

BIBLIOTEKA
KATEDRY
PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO
PUBLICZNEGO
U. 4

ANDRÁSSY
DIPLOMATIE UND
WELTKRIEG



DIPLOMATIE UND WELTKRIEG

VON

GRAF JULIUS ANDRÁSSY



Chwajca

Wydz. Bibl. Prawnicza



1806141644

1 9 2 0

VERLAG VON ULLSTEIN & CO, BERLIN UND WIEN



Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1920 by Ullstein & Co, Berlin

Inhalt

Erster Teil

Die Vorgeschichte des Krieges

Erstes Kapitel

Unsere Kriegsmotive

3—64

Das System der Bündnisse 3—8. Russische Expansion und Panslawismus 8—10. Der Berliner Vertrag 10—12. Die serbische Frage 12. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina 13—16. Unser Verhältnis zu Rußland seit 1878 17—21. Entstehung des englisch-deutschen Gegensatzes 21—34. Die Politik Eduards VII. 34—38. Rußland und die großserbische Politik 38—44. Ährenthals Großmachts-Politik 44—48. Balkankrieg und Marokkokrise 48—50. Die großserbische Idee und Österreich-Ungarns politischer Kurs 50—51. Notwendigkeit der Detente der großen Staatenbündnisse 51—57. Rußlands aggressive Politik 57—59. Der Mord von Sarajevo 59—64.

Zweites Kapitel

Wer hat den Krieg verbrochen?

65—97

Die Mittelmächte wollten keinen Weltkrieg 65—70. Rußlands Mobilmachung 70—71. Frankreichs Stimmung 72—74. Rußlands Kriegsmotiv 75—80. Englands vorsichtige Politik 80—84. Allgemeines Mißtrauen als Kriegsursache 85—86. Die Schuld der Presse 86—89. Die Lage vor dem Kriege 90—91. Imperialismus und Weltkrieg 92—94. Kulturgegensätze als Kriegsursache 94—97.

Drittes Kapitel

Die Überlegenheit der Entente-Diplomatie

98—126

England politisch isoliert, Deutschlands günstige Situation 98—100. England wird zur führenden politischen Macht 100—106. Vergleich englischer und deutscher Politik 106 bis 114. Englands vergebliche Annäherungsversuche an Deutschland 114—118. Deutsches Abkommen mit Rußland 118—119. Deutsch-englische Flottenkonkurrenz 120—124. Deutschlands Verhältnis zu Rußland 124—126.

Zweiter Teil

Der Krieg

Erstes Kapitel

Unsere politischen Fehler

129—207

Die Verletzung der belgischen Neutralität 129—132. Der Schlieffensche Kriegsplan 132—136. Das Ultimatum an Serbien 136—138. Die Haltung Italiens 138—139. Unsere Verständigungsversuche mit Italien 139—146. Italiens Eintritt in den Krieg 146—148. Rumänien 148. Amerika und der U-Boot-Krieg 149—153. Die Frage der Anwendung der Blockade, der Luft- und U-Boot-Waffe 153—155. Österreich-Ungarns Stellung zum U-Boot-Krieg 155—158. Die polnische Frage 158—171. Der mitteleuropäische Gedanke 171—177. Die Kriegsziele der Mittelmächte 177—183. Die Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens 183—191. Die Taktik in den Friedensbemühungen der Mittelmächte 191—197. Die Brest-Litowsker Friedensverhandlungen 197—200. Der rumänische Friede 200—203. Französische Friedensfühler. Czernins Politik 203—206. Die Friedensaktion des Papstes 206—207.

Zweites Kapitel

Unsere militärischen Fehler

208—218

Der bürokratische Geist 208—210. Stellung der Ungarn in der Armee 210—212. Mangel an strategischer Harmonie zwischen den Mittelmächten 212—217. Unterschätzung Amerikas 218.

Dritter Teil

Innere Krise und Zusammenbruch

221—272

Die ungarische Nation und die Dynastie 221—226. Der staatsrechtliche Ausgleich von 1867 226—229. Tiszas Regime, die Frage der „ungarischen Armee“ 229—236. König Franz Joseph als Persönlichkeit 237—241. Mein Gegensatz zu Stefan Tisza 242—245. Die Partei der nationalen Arbeit und die Opposition, die Wehrgesetzvorlage und die Frage des Wahlgesetzes, die Frage der Verstaatlichung der Verwaltung 245 bis 249. Nationale Gegensätze 249—251. Der Krieg und die innere Lage 251—253. Wahlrecht und Besitzreform 253—260. Die Opposition übernimmt die Regierung 260—262. Wirkungen des Krieges, Ernährungsfrage, Konflikte der Nationalitäten, sittliche Verwilderung 262—265. Die Aktion Wilsons, die Tätigkeit der Internationale 265—270.

Vierter Teil

Das Ende

Erstes Kapitel

Meine Ministerschaft des Auswärtigen
und die Oktober-Revolution

273—320

Defaitismus und Sonderfriedensidee 273—275. Wilsons Theorien 275—277. Meine Mission in der Schweiz 277—278. Das Manifest des Königs und seine Wirkung 278—282. Die ungarische politische Krise 282—283. Karolyi und seine Partei 283—285. Meine Politik 285—288. Die kroatische

Frage 289. Wekerles Rücktritt 290—294. Die Übernahme des Portefeuilles des Auswärtigen 294—296. Wir und die Deutschen 296—298. Die Frage des Sonderfriedens 298—301. Die revolutionäre Gefahr, das Verhältnis Ungarns zu Österreich 301—307. Das Sonderfriedensangebot 307—309. Karolyis Ministerpräsidentenschaft und die revolutionäre Entwicklung 309—312. Ministerrat beim König in Schönbrunn 312 bis 315. Der politische Zusammenbruch 315—318. Ungarn und die Revolution 318—320.

Zweites Kapitel

Die bürgerliche Republik

321—340

Die Waffenstreckung und die Nationalitäten 321—323. Die Revolution wächst über sich hinaus 323—328. Karolyis erfolglose Politik 328—329. Gütergemeinschaft und Agrarfrage 329—331. Vergleich der Revolution in Deutschland und in Ungarn 331—333. Der Kampf mit den destruktiven Elementen 333—336. Die Idee des bewaffneten Widerstandes 336—337. Konstituierung der Sowjet-Regierung 338—339. Die Entente und die Sowjet-Regierung 339—340.

Drittes Kapitel

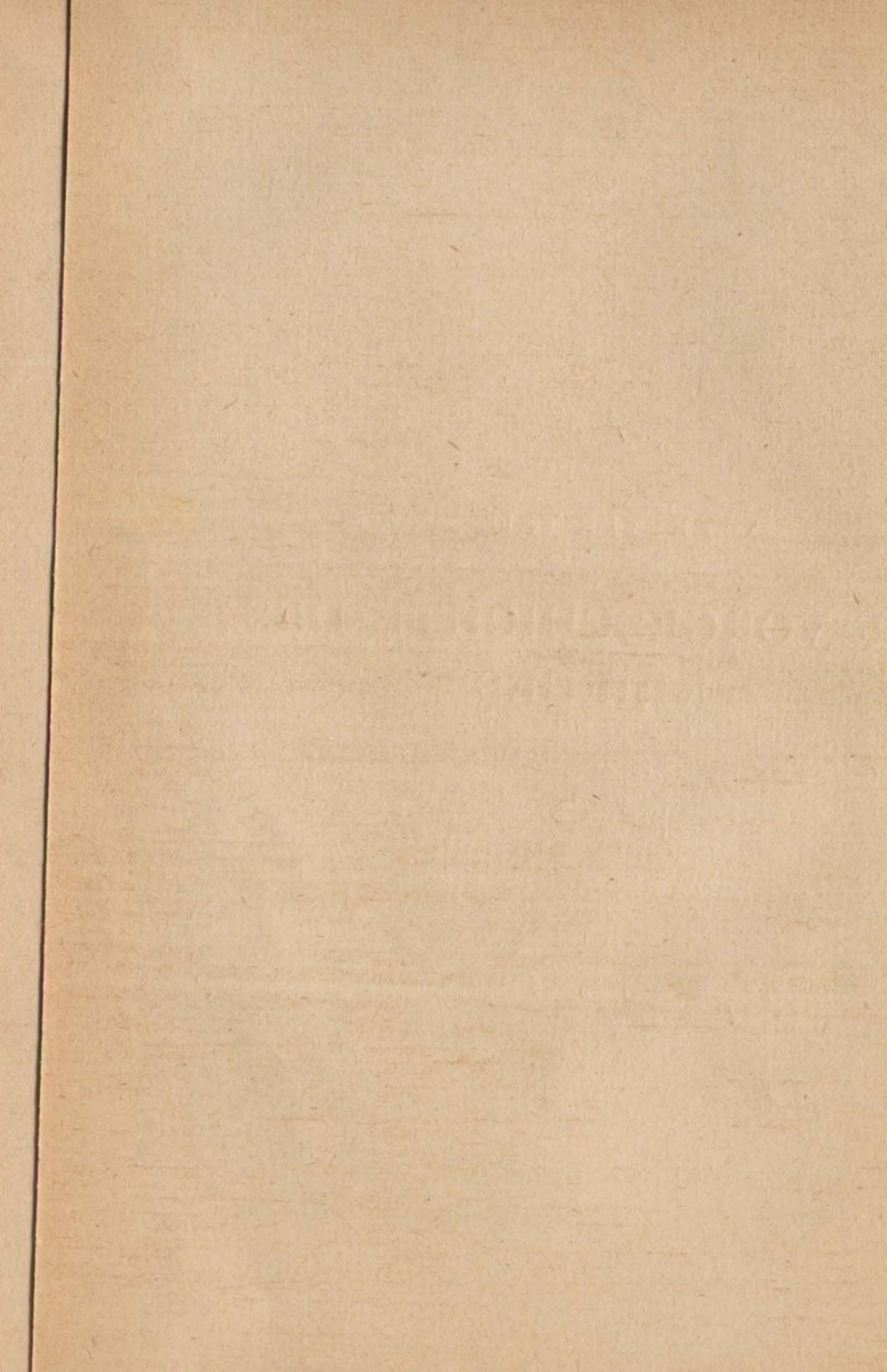
Die Sowjet-Republik

341—349

Grundprinzip und Durchführung des Sowjet-Systems 341 bis 345. Die auswärtige Politik des Sowjets 345. Die Schwächen des Sowjet-Systems 345—347. Gegenrevolution und Fremdherrschaft 347—349.

ERSTER THEIL

DIE VORGESCHICHTE DES
KRIEGES



Unsere Kriegsmotive

ZU jener Zeit, als in den Straßen von Sarajevo die Revolverschüsse knallten, die mehr Blutvergießen und größere Verheerungen zur Folge hatten als jemals vorher irgendeine einzelne menschliche Tat, und als die Monarchie entschlossen war, mit den Folgen dieses Mordes abzurechnen, stand ich dem Kabinett Tisza in schärfster Opposition gegenüber. Dennoch unterstützte ich diese außenpolitische Aktion der Regierung. Die große Masse der Nation tat dasselbe. Die erste Frage, über welche ich Rechenschaft zu legen habe, ist demnach die, welche Ursachen uns geleitet haben, als wir ein energisches Auftreten gegen Serbien unterstützten.

Während vor der napoleonischen Koalition und seit dem Zerfall der nach Napoleon zustande gekommenen Heiligen Allianz die Geschichte Europas auf der unabhängigen Politik und gegenseitigen Konkurrenz der einzelnen Großmächte basierte, lebten wir seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder in einem Zeitalter der großen Bündnisse.

Europa war in zwei Lager geteilt. In der internationalen Politik dominierte nicht das gegenseitige Verhältnis der

unabhängigen Völker, sondern jenes der beiden großen Staatengruppen. Das Ziel dieser Mächtegruppierungen war die Sicherung des Friedens, das Mittel dazu war die Schaffung des Gleichgewichtes der Mächte. Und dennoch war die Folge dieses Systems der Ausbruch eines Krieges von solchen Dimensionen, wie ihn die Weltgeschichte nicht gekannt hat. Obzwar ich überzeugt bin, daß dieses System den europäischen Frieden länger erhalten hat, als das Konzert der voneinander unabhängigen Staaten es hätte tun können, glaube ich doch, daß dieses Konzert der Staaten niemals zu einem Zusammenstoße von solchem Umfange hätte führen können wie das System der großen Bündnisse.

Die mit dem System der großen Bündnisse sich entwickelnden riesigen Rüstungen konnten unmöglich ins Unendliche gesteigert werden. Es war vorauszusehen, daß, wenn diese Rüstungen keinen Abschluß finden, wenn sie nicht an einer wirtschaftlich erträglichen Grenze haltmachen, sie nach einer vielleicht noch langen, aber doch nicht unbegrenzten Zeitdauer zum finanziellen Zusammenbruch, zur Weltrevolution oder zum Weltkriege führen müssen. Nur eine internationale Vereinbarung, welche die Rüstungen einschränkt, wäre imstande, die Katastrophen zu verhindern. Es muß als ein Mißerfolg der europäischen Diplomatie bezeichnet werden, daß eine solche Lösung nicht gefunden wurde.

Wenn wir die heutige furchtbare Weltkrise begreifen wollen, müssen wir vor allem prüfen, wie die Staatengruppen

sich bildeten und wie sich das Verhältnis unter ihnen vergiftete.

Den ersten Anstoß zum System der Bündnisse gaben die führenden Staatsmänner Deutschlands und Ungarns: Bismarck und Andrassy, indem sie das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis im Jahre 1879 abschlossen. Andrassy wollte jedoch bei diesem Bündnisse stehenbleiben. Die Tripelallianz war nicht sein Werk und war überhaupt keine Folge der Initiative österreichischer oder ungarischer Staatsmänner. Andrassys Grundgedanke war die Verteidigung gegen die russische Gefahr, und er fürchtete, daß die Einbeziehung Italiens den Anschein hätte, als würde seine Kombination sich gegen Frankreich richten. Auch fürchtete er, daß der Anschluß Italiens zur Bildung einer russisch-französischen Allianz führen würde. Er hielt vom Standpunkte der Monarchie ein Tete-a-tete mit Deutschland für vorteilhafter als eine Tripelallianz, in welcher Italien und Deutschland einander näherstehen und das ohnehin große Übergewicht Deutschlands durch diesen Umstand nur noch gesteigert würde. Er hätte es vorgezogen, daß England der Dritte im Bunde sei. Es gelang ihm auch, England, noch bevor das Zweierbündnis zustande kam, der Monarchie näherzubringen. Auf dem Gebiete der Orientpolitik entstand ein Parallelismus zwischen England und uns. Beim Entwurf des Defensivabkommens mit Deutschland telegraphierte Andrassy dem Kaiser Franz Joseph (31. August 1879), England wäre von diesem Abkommen zu unterrichten und wenn möglich, wie es Bismarck hoffte, auch

beizuziehen. — Leider ist diese Idee nicht verwirklicht worden.

Nach der Demission Andrássys näherte sich Italien uns, dem „Erbfeind“, aus dem Grunde, weil Italien die Freundschaft Deutschlands brauchte und der Weg nach Berlin über Wien führte. Italien wollte zu jener Zeit das Bündnis mit Deutschland deshalb erwerben, weil Frankreich in Tunis seine alten Pläne kreuzte und weil die öffentliche Meinung in Italien einsah, daß Italien alleinstehend seine Interessen nicht wahrnehmen und im Mittelländischen Meere keine entsprechende Machtposition erlangen könnte.

Infolge des Anschlusses Italiens gewann das Dreierbündnis eine gegen Frankreich gerichtete Spitze, was Andrassy vermeiden wollte, Bismarck aber von Anfang an beabsichtigte. Im Jahre 1879 wollte Andrassy unter keinen Umständen die von Bismarck verlangte Verpflichtung übernehmen, daß Österreich-Ungarn im Falle eines Angriffes Frankreichs das Deutsche Reich unterstützen solle, weil er befürchtete, daß Frankreich dies als eine Drohung auffassen und dadurch in die Arme Rußlands getrieben werden könnte. Als Bismarck ihn in diese Richtung drängte, erklärte er, lieber auf die Verwirklichung des Bündnisses verzichten zu wollen.

Nach dem Zustandekommen des Dreierbündnisses erstand sogleich die Gefahr, daß Frankreich und Rußland sich trotz des Gegensatzes, welcher zwischen der Republik und dem Zarismus herrschte, verbünden würden. Bismarck fühlte dies und arbeitete dem entgegen, indem er mit

Rußland freundschaftliche Beziehungen unterhielt, die für uns schädlich waren. Trotzdem gelang es ihm nicht, eine Annäherung der beiden Staaten zu verhindern. Schon im Jahre 1888, zur Zeit der Kanzlerschaft Bismarcks, kommt die erste große französische Anleihe zustande, die ein Symptom der politischen Intimität und der erste, vorbereitende Schritt zur französisch-russischen Allianz war.

Ungarn wollte das abgeschlossene Dreierbündnis aufrechterhalten, weil Ungarn seit dem Jahre 1848 Sympathien für Italien bewahrte und weil angesichts des zustande gekommenen französisch-russischen Gegenbündnisses die Sicherung des Gleichgewichtes ohne den Anschluß Italiens unmöglich gewesen wäre. Der von uns verschmähte Verbündete hätte sich der feindlichen Mächtegruppe angeschlossen. Das treue Festhalten an dem geschlossenen Bündnisse involviert aber keine Verantwortlichkeit für den Abschluß des Bündnisses.

Die beiden Mächtegruppen hätten übrigens friedlich nebeneinander leben können; ein Zusammenstoß zwischen ihnen war nicht unbedingt notwendig. Es ist wohl wahr, daß Frankreich sich mit dem Verluste von Elsaß-Lothringen niemals befreundete und mit der ganzen Wucht des französischen Patriotismus an der Hoffnung auf Revanche hing; es ist auch wahr, daß Gambetta der französischen Mentalität den richtigen Ausdruck verlieh, als er sagte, daß Frankreich stets an Elsaß-Lothringen denken müsse, aber niemals davon sprechen dürfe. Eine aufrichtige und sichere Freundschaft zwischen Frankreich

und Deutschland war nicht denkbar; allein in Anbetracht der größeren Macht Deutschlands war nicht zu befürchten, daß Frankreich bei seiner sichtlich zunehmenden Friedensliebe einen Krieg ausschließlich wegen Elsaß-Lothringens beginnen würde. In der ersten Zeit des Dreierbündnisses war der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien am schärfsten. Wenn dieser Gegensatz damals einem anderen Konflikt begegnet wäre, hätte der Krieg nicht vermieden werden können; da aber ein solcher Konflikt sich nicht ergab, wurde der Friede durch die italienische Frage nicht gestört.

Auch die Orientfrage führte nicht notwendigerweise zu einer Katastrophe. Mit dieser Frage will ich mich gründlicher beschäftigen, denn sie birgt das Maß der Verantwortlichkeit Ungarns für den Krieg in sich, und sie wurde der Ursprung des Weltkrieges.

Seitdem die türkische Rasse ihre Offensivkraft eingeübt hatte, war die Expansion Rußlands, im Bunde mit dem Panslawismus und mit der Orthodoxie, die Hauptgefahr für den ungarischen Staat. Schon Peter der Große suchte Fühlung mit jenen Serben, die vor der türkischen Verfolgung nach Ungarn geflüchtet waren. Seither hatte der russische Zar die ganze orthodoxe und slawische Welt immer mehr unter seine Protektion genommen. Diese ständige Gefahr war seit dem Krimkriege, welcher die russischen Ambitionen zurückdrängte, in den siebziger Jahren wieder akut geworden, als Ignatiew den Petersburger Hof von neuem zu einer aktiven Orientpolitik

drängte. Nach den Siegen der russischen Armeen schien es, als würden die russischen Zaren ihre alten Träume verwirklicht sehen und erreichen, daß das Doppelkreuz auf der Hagia Sophia aufgerichtet und die Christenheit des Balkans von Moskau aus regiert werde.

Wäre die Konzeption Ignatiew's gelungen, so hätte das für die österreichisch-ungarische Monarchie eine unmögliche Situation hervorgerufen. Die Monarchie wäre so wirtschaftlich wie politisch lahmgelegt worden, wenn Cetinje, Belgrad, Warschau und Moskau unter eine Leitung geraten wären. Sie wäre gleichsam von einem eisernen Ring umschlossen gewesen; ihre innere Widerstandskraft wäre dem Zerfall preisgegeben. Der Irredentismus hätte aus dem Übergewicht des Zarismus neue Kräfte gewonnen. Die in der panslawistischen Idee sich bergende Gefahr wurde durch Ignatiew selbst enthüllt, der in seinen Memoiren aufrichtig eingesteht, sein Ziel sei keineswegs die Bildung von selbständigen slawischen Staaten, sondern die Vereinigung des gesamten Slawentums unter der Führung des Zaren, zur Vernichtung des Deutschtums und Österreich-Ungarns. Als Werkzeug zur Erreichung dieses Zieles wollte Rußland damals Großbulgarien benutzen, welches gegen den Willen der Türken, der Serben, der Griechen und der Rumänen zustande kommen sollte und, den Feindseligkeiten aller seiner Nachbarn ausgesetzt, unter russischer Leitung stehend, vollständig auf Rußlands Unterstützung angewiesen, eine russische Dependenz geworden wäre.

Im Gegensatze hiermit befolgte England wie auch unsere Monarchie eine Politik, die auch die Interessen der übrigen Balkanstaaten vor Augen behielt und die Türkei in einem solchen Kräftezustande erhalten wollte, daß sie im Besitze der Meerengen und Konstantinopels verbleibe, dabei die Unabhängigkeit der einzelnen christlichen Völker des Balkans gesichert werde, ohne daß irgendeines dieser Völker ein künstliches Übergewicht über die anderen erlange. In großen Zügen ist dieses Programm auf dem Berliner Kongreß zur Geltung gekommen.

In den Kreisen unserer Feinde ist es zur Mode geworden, die späteren Wirrnisse des Balkans auf den Berliner Vertrag zurückzuführen. Diese Beschuldigung ist jedoch ganz und gar ungerecht. Der Berliner Vertrag war nicht die Ursache, sondern eine Folge der Wirrnisse des Balkans. Man kann gegen diesen Friedensvertrag höchstens den Einwand erheben, daß es ihm nicht gelang, die Orientfrage zu lösen. Ich bin jedoch der Ansicht, daß es im Jahre 1878 unmöglich war, eine solche Regelung zu finden, welche dieses Ziel erreicht hätte. Daß die damalige russische Lösung, nämlich das Übergewicht Bulgariens, ohne den hartnäckigen Widerstand der benachbarten Staaten nicht zu erreichen war, das beweisen alle Ereignisse, die seit dem Berliner Kongresse eingetreten sind: der bulgarische Krieg und der letzte Balkankrieg, ja sogar auch der Weltkrieg, in welchem Serbien lieber sein Dasein auf das Spiel setzte, als Bulgariens Herrschaft in Mazedonien zu dulden. Eine solche Formel der mazedonischen Frage, welche die

bulgarischen, griechischen und serbischen Wünsche gleichmäßig befriedigt hätte, konnte weder damals noch seither gefunden werden. Das Tendenziöse dieser Kritik wird am besten durch die Tatsache bewiesen, daß gerade diejenigen dem Berliner Vertrag die Schuld beimessen, die heute dasselbe tun, was der Berliner Kongreß getan hat: sie bekämpfen die Suprematie Bulgariens.

Ich glaube übrigens, daß auch die gegenwärtige Regelung der Balkanfrage keine endgültige sein wird. Bulgarien hat für das im Verträge von San Stefano vorgezeichnete Großbulgarien so viel Blut vergossen, daß es heute weniger auf dieses Ideal wird verzichten wollen als je vorher.

Die Schwierigkeiten des Balkanproblems sind die folgenden: Bei den Balkanstaaten fehlen die traditionellen, geschichtlichen und fehlen die natürlichen Grenzen. Das staatbildende Prinzip bei ihnen ist ausschließlich die Nationalität, doch sind auf dem Balkan die Rassen so sehr durcheinandergemischt, daß dieses staatbildende Prinzip zu einer Quelle fortwährender Zwistigkeiten wurde. Die Grundlage eines gesunden staatlichen Lebens ist ein zusammenhängendes, wirtschaftlich zusammengehöriges Gebiet mit natürlichen Grenzen und einer einheitlich fühlenden Bevölkerung. Auf dem Balkan sind das Nationalitätenprinzip, welches sich unbedingte Geltung verschaffen will, und die übrigen staatbildenden Faktoren nicht in Harmonie, daher die ewigen Zwistigkeiten. Der Balkan wird von selbst kaum zu einem dauernden Frieden gelangen. Nur eine Föderation könnte einen solchen

Frieden ermöglichen, dazu ist aber der gegenseitige Haß zu groß, das gegenseitige Verständnis zu gering und das Bildungsniveau unzureichend. Die Festigung des Weltfriedens könnte auch den Frieden des Balkans festigen, nicht aber umgekehrt. Der Balkan bleibt eine Achillesferse des Friedens. Unter solchen Umständen ist es eine krasse, ungerechte Beschuldigung, wenn man die auf dem Balkan entfesselten Stürme jener Politik zuschreibt, welche wir im Berliner Vertrag zur Geltung gebracht haben.

Wie verhält es sich nun aber mit der serbischen Frage? Ist es wahr, daß der serbisch-österreichisch-ungarische Widerstreit die Veranlassung der Weltkatastrophe war und in der Okkupation von Bosnien-Herzegowina seinen Ursprung hatte? Auch bei dieser Frage kann ich nur das Gesagte wiederholen. Der Beschluß des Berliner Kongresses ist eine Folge der akuten Krise in der serbischen Frage, ein Lösungsversuch, nicht aber die Quelle der Krise.

Diejenigen, die die Quelle des Gegensatzes in dem vom Berliner Kongreß unserer Monarchie erteilten Mandat erblicken, berufen sich darauf, daß die Serben naturgemäß nach dem Besitze von Bosnien-Herzegowina strebten, daß sie schon in der Vergangenheit für die Befreiung dieser Länder Opfer brachten, daß wir also, indem wir in diese einzogen, die natürlichen Wege Serbiens kreuzten und sein Volk zu unserem Feinde machten.

Alle diese Tatsachen sind wahr, aber die Folgerung ist eine irrtümliche. Die Gegensätze sind nicht daraus entstanden, daß wir mit der Okkupation von Bosnien-

Herzegowina die Wege Serbiens kreuzten; sondern wir haben Bosnien und die Herzegowina okkupiert, weil Serbien nicht nur nach dem Besitze dieser Länder strebte, sondern auch nach dem Besitze von Gebieten, die von alters her der Monarchie gehörten. Die Überlassung von Bosnien-Herzegowina würde die Serben nicht befriedigt haben, wäre vielmehr für sie nur ein neuer Ansporn gewesen, mit verdoppelter Energie nach dem Meere zu streben und die Hand auch nach Dalmatien und Kroatien auszustrecken. Es ist wahr, daß die Aufstände der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung gegen das türkische Regime von Serbien und Montenegro unterstützt wurden, aber es ist nicht minder wahr, daß schon in den sechziger Jahren Miletics eine großserbische Politik befolgte, und zwar auf Kosten der Gebietsintegrität Ungarns. Wahr ist endlich auch, daß der Aufstand der Crivoscie in Dalmatien gleichfalls von Montenegro genährt wurde, in der Hoffnung, daß diese Landesteile sich den Schwarzen Bergen anschließen werden. Je mehr sich Serbien dem Meere genähert hätte, um so eifriger wäre sein Bestreben gewesen, das Meer auch zu erreichen. Ein Serbien, das sich bis zur Grenze von Dalmatien erstreckt, konnte auf Zara, Ragusa-Cattaro noch weniger verzichten als ein Serbien, dessen Grenze die Drina war. Je mehr die Möglichkeit der Vereinigung der Südslawen an Wahrscheinlichkeit gewann, um so stärker mußte die Sehnsucht nach dieser Vereinigung in Belgrad sein. Eine lange kroatische und dalmatinische Grenze, die nicht verteidigt werden konnte, würde nur den

Irredentismus gekräftigt und die Lage der Monarchie zu einer unerträglichen gemacht haben.

Wir haben Bosnien und die Herzegowina besetzt, um unseren Weg zum Meere und unseren alten Besitzstand in Dalmatien gegen die großserbische Idee zu verteidigen. Die großserbische Idee ist nicht eine Folge der Okkupation, sondern die Okkupation war ein Mittel der Verteidigung gegen die großserbische Idee.

Die ganze Aktion war übrigens keine Herausforderung, war kein gegen Serbien gerichteter Akt, war nicht verletzend für die serbische Staatlichkeit. Bosnien und die Herzegowina waren ja kein serbischer Besitz, wir nahmen diese Länder nicht Serbien weg, sondern der Türkei. Nicht serbische Bewohner widersetzten sich unseren Truppen, sondern die mohammedanischen Grundbesitzer und die mohammedanische Demagogie. Hadzsi Loja stachelte den muselmanischen Fanatismus auf, nicht aber das großserbische Gefühl. Serbien hätte einen weit größeren Widerstand überwinden müssen als wir, wenn es Bosnien hätte besetzen wollen, weil zu jener Zeit die militärische Gewalt völlig in den Händen der Türkei lag. Die Monarchie erschien nicht als Eroberer in Bosnien-Herzegowina, sondern als ein Schützer der Zivilisation und der Christenheit, mit dem Berufe, dort Ordnung zu machen. Keine einseitige Aktion, keine Machtberechnung leitete die Monarchie nach Sarajevo und nach Mostar, sondern Europa hatte auf dem Berliner Kongreß auf Vorschlag Englands einhellig ausgesprochen, daß nur

wir in der Lage seien, dort die Ruhe und die Ordnung herzustellen.

Der in Berlin revidierte Vertrag von San Stefano war für Serbien nicht günstig. Dieser Vertrag beließ Bosnien und die Herzegowina unter türkischer Herrschaft, obgleich diese Herrschaft dort nicht aufrechterhalten werden konnte. Die genannten Länder hingen nur zur See mit Konstantinopel zusammen. Es war sicher anzunehmen, daß diese unglücklichen Provinzen der Schauplatz blutiger Unruhen blieben. Rußland behandelte den König Milan sehr unsanft, begünstigte hingegen Bulgarien. Auf dem Berliner Kongreß wurden Serbien solche Gebiete zugesprochen, welche Rußland für Bulgarien bestimmt hatte. Der Berliner Kongreß schuf keine Gegensätze zwischen Serbien und Österreich-Ungarn, im Gegenteil, als er die Macht Österreich-Ungarns in der Nähe Serbiens steigerte, schützte er zugleich die Interessen Serbiens. Serbien leitete denn auch die Konsequenzen der neuen Lage ab; es gab seiner Politik eine neue Richtung und befolgte anstatt der früheren russischen Politik eine österreichisch-ungarische Politik. Der Berliner Vertrag war nicht die Ursache jenes Zerwürfnisses, welches zwischen uns und Serbien später eintrat, er brachte uns vielmehr unserem Nachbar näher. Die Serben fühlten, daß im Orient unser Wille maßgebend sein werde, deshalb glichen sie sich mit uns aus.

Unsere Feinde verbreiteten und glaubten es leider auch, daß wir außer Bosnien und der Herzegowina auch noch

Albanien und Mazedonien erobern wollten, und daß Saloniki das Ziel der Politik Andrássys sei. Davon ist kein Wort wahr. In der Konzeption Andrássys war für Eroberungsgelüste kein Raum. Er wollte nur die wirtschaftlichen Verbindungen und den politischen Einfluß für uns sichern, darum legte er so großes Gewicht darauf, daß Serbien und Montenegro den Sandschak Novibazar nicht unter sich aufteilen, daß sie uns nicht von dem Südbalkan abschließen und daß wir nicht von einem südslawischen Reiche eingeschlossen seien. In seiner Konzeption lag aber nichts, was die nach einem unabhängigen und friedlichen Leben strebenden Balkanstaaten gefährdet hätte. Der Grundgedanke seiner Politik war, daß die Monarchie ihren Einfluß zum Schutze der Freiheit der einzelnen Staaten gebrauchen möge, auch wollte er sie ebenso gegen die Übergriffe und die väterliche Protektion des Zaren wie gegen die eventuellen Revanchegedanken des Sultans schützen. Dabei wünschte Andrassy eine solche wirtschaftliche Politik zu befolgen, welche uns dem Balkan näherbrächte und einen lebhaften wirtschaftlichen Verkehr zwischen uns fördern würde. Er wollte nicht erobern, hatte doch die Monarchie ohnehin zu viele fremde Nationalitäten, überdies wohnten die in Frage kommenden Völker in schwer zugänglichen Berggegenden, waren aus der Ferne nur schwer zu regieren, ihre Erwerbung wäre daher ein schlechtes Geschäft gewesen.

Die Machtposition, die wir seit dem Berliner Vertrag eingenommen hatten, trug denn auch in den achtziger

Jahren ihre Früchte. Bulgarien, welches die Russen befreit, es jedoch in seiner freien Entwicklung behindert hatten, suchte zur Zeit des Battenbergers und Stambulows Schutz bei der Monarchie. Als Serbien einen Krieg mit Bulgarien begann, ist es Fürst Khevenhüller, unser Gesandter, der Serbien rettete. Der Beherrscher Montenegros nahm von unserem Monarchen ein fixes Jahresgehalt an.

Leider konnten wir diese Situation nicht völlig ausnutzen. Infolge der Einführung von Agrarzöllen und unserer energielosen Haltung in der bulgarischen Frage verloren wir viel von der Sympathie und dem Prestige, welches wir dadurch erworben hatten, daß wir zur Zeit des russisch-türkischen Krieges trotz der russischen Siege unserem eigenen Programm Geltung zu verschaffen wußten. Doch trotz unserer Fehler blieb unsere Lage eine solche, daß die Entwicklung des Balkans den Frieden nicht gestört haben würde, wenn nicht die Weltlage eine Änderung erfahren und die neue politische Konstellation neue Energien jenem großserbischen Gedanken zugeführt hätte, den wir zwar zurückgedrängt hatten, aber nicht ganz aus der Welt zu schaffen vermochten.

Die hier gekennzeichnete Orientpolitik der Monarchie mußte nicht zu einem ständigen Gegensatze zwischen uns und Rußland führen. Nicht Andrassy war es, der den russischen Revanchegeist heraufbeschwor. Seine Politik war auch Rußland gegenüber in allen Stücken loyal. Rußland war in Berlin aus dem Grunde in eine Situation der Demütigung geraten, weil es seine uns gegebenen Versprechungen

nicht einhielt. Bevor Rußland sich zu dem Orientkriege entschlossen hat, kam ein Vertrag zwischen Rußland und uns zustande folgenden Inhalts: Rußland werde die Folgen des russisch-türkischen Krieges nicht allein bestimmen, sondern die Frage vor den Areopag Europas bringen, Rußland wird keinen solchen christlichen Staat schaffen, welcher die übrigen Balkanvölker gefährden und auf dem Balkan eine künstliche Suprematie ausüben könnte; endlich wird Österreich-Ungarn, wenn der Status quo nicht aufrechterhalten werden könnte, Bosnien und die Herzegowina annektieren. In dem Vertrage von San Stefano geriet Rußland mit diesen Abmachungen in Widerspruch. Diese Abmachungen kamen in Berlin zur Geltung. Andrassy wollte keineswegs Rußlands schwierige Lage zur Demütigung dieses Reiches ausnutzen, wollte auch keineswegs sich selbst Ruhm und seinem Lande vergängliche und gefährliche Vorteile sichern. Lebhaft erinnere ich mich jener kritischen Zeiten, als der europäische Friede an einem Haare hing, als Rußland die von ihm übernommenen Pflichten verletzte und fraglich wurde, ob es so weit nachgeben würde, daß eine Vereinbarung zustande kommen könnte. Mein Vater rechnete unbedingt auf einen leichten Sieg. Die russische Armee, durch einen zweijährigen Krieg geschwächt, stand vor Konstantinopel einem noch aktionsfähigen türkischen Heere und England gegenüber, mit unserer Wehrmacht im Rücken.

Rumänien, das sich durch den Verlust Bessarabiens verletzt fühlte, hielt zu jener Zeit mit uns. Mein Vater

sagte mir oft, daß, wenn es in dieser Situation zu einem Kriege käme, die gefangene russische Armee sicherlich über die Ringstraße ziehen würde. Er glaubte zuversichtlich, daß sein Ruhm demjenigen Cavours und Bismarcks gleichkommen würde, aber einen Krieg wollte er nicht. Auch sagte er oft: Rußland kann nicht auf einen Schlag vernichtet werden wie ein gefährliches feindseliges Individuum, es überlebt seine Niederlage und wird zu einem Rachekriege rüsten. Die in ihren Hilfsquellen schwächere Monarchie wird erschöpft sein, bevor es zu einem neuen Zusammenstoße kommt. Deshalb suchte mein Vater eine Lösung, welche keine unwiderruflichen Interessengegensätze zwischen uns und Rußland schaffen würde.

Anfänglich war die Erbitterung in Rußland natürlich groß, doch lastete das Odium hauptsächlich auf Bismarck, von dem man erwartet hatte, daß er im Interesse Rußlands einen Druck auf uns ausüben werde. Nachdem aber die Monarchie die russische Nervosität damit beantwortete, daß sie ein Schutzbündnis mit Deutschland abschloß; nachdem ferner der innere Friede Rußlands durch den Nihilismus gefährdet erschien, konnte und wollte Rußland keine ernste Revanchepolitik verfolgen, so daß nach nicht gar langer Zeit das frühere Verhältnis zwischen unserer Monarchie und dem Zarenreiche wiederhergestellt war. Schon im Jahre 1881 kam eine Vereinbarung zwischen den beiden Kabinetten zustande, und im Jahre 1884 hatten die beiden Monarchen eine Begegnung in Skierniewice.

Die Harmonie wurde im Jahre 1888 durch die bulgarische Frage wieder gestört; dieses neue Zerwürfnis entsprang aber nicht dem Gefühl der Revanche oder dem Entschlusse, den Berliner Vertrag umzustößen. Die Ironie des Schicksals fügte es, daß die Ursache des Konfliktes gerade der Umstand wurde, daß Rußland sich bemühte, jene Vergrößerung Bulgariens, welche es in Berlin gegen unseren Widerstand forcierte, zu verhindern. Der russische Zar exponierte sich für den Vollzug des Berliner Vertrages, was meine Behauptung bestärkt, daß die von Andrassy, Bismarck und Beaconsfield ins Leben gerufene Schöpfung keinen dauernden Gegensatz zur slawischen Welt begründete. Nach dieser längere Zeit währenden Zwiste wurde in der Orientpolitik die Harmonie zwischen unserer Monarchie und Rußland wiederhergestellt (1892—1908).

Das Verhältnis der beiden Staatengruppen zueinander nahm erst dann eine gefährlichere Wendung, als zu den bisherigen Gegensätzen sich auch der englisch-deutsche Gegensatz gesellte, welcher die in allen übrigen Fragen sich bergende Spannung steigerte.

Die Politik Andrassys und Disraelis hatte England und Österreich-Ungarn einander nähergebracht. Gladstone entzweite uns zwar wieder, allein Salisbury stellte die frühere Harmonie wieder her. Für die Auffassung des letzteren Staatsmannes ist es bezeichnend, daß er im Jahre 1879 über das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis sich dahin äußerte, es sei eine „glückliche Nachricht“; und daß er später, als Ministerpräsident des

Britenreiches, in der bulgarischen Frage entschlossen auf unserer Seite stand und mit uns gemeinsam gegen die überspannten russischen Ansprüche kämpfte.

Im Jahre 1887 kam zwischen England, Italien und Österreich-Ungarn eine Vereinbarung in Betreff der Unabhängigkeit Bulgariens zustande. Als England in demselben Jahre seine Flotte verstärkte und die These aufstellte, daß dieselbe mindestens so stark sein müsse als die nachfolgenden zwei stärksten Flotten zusammen, dachte es in erster Reihe an die Flotte Frankreichs. England geriet zu jener Zeit in einen akuten Gegensatz zu Frankreich wegen gewisser kolonialer Interessen in Afrika und Asien, so daß England, obgleich in keinem direkten Vertragsverhältnis zum Dreibunde, diesem dennoch näherstand als der russisch-französischen Allianz und in den großen Fragen der Weltpolitik seine Stimme meistens zu unseren Gunsten erhob.

Als Kaiser Wilhelm II. seinen ersten Besuch in England machte, begrüßte ihn der Prinz von Wales, der später sein Rivale wurde, mit den Worten, daß die deutsche Armee und die englische Flotte zusammen den Frieden schützen werden. Der jugendliche Kaiser aber sprach damals (1889) von den Traditionen der Schlachten bei Malplaquet und Waterloo. Der erste Kanzler, den der Kaiser ernannte und der seine persönliche Politik zu vertreten hatte, Caprivi, befolgte eine entschieden englandfreundliche Richtung (1890—1894). Im Jahre 1890 kam zwischen England und Deutschland eine Vereinbarung

zustände, welche die strategisch wichtige Insel Helgoland Deutschland zusprach im Austausch gegen afrikanische Kolonien, wodurch Deutschlands maritime Position wesentlich verstärkt wurde.

Doch einige Jahre später brach England mit seinen Überlieferungen und wechselte seine Stellung in der Weltordnung. Es gab die Politik auf, welche Pitt und Wellington befolgten, für welche Palmerston einen Krieg begann, für welche Beaconsfield bereit war, neue Opfer zu bringen, und welche auch Salisbury sich zu eigen machte. Die Kaiserin von Indien, die Schützerin des Suezkanals, die größte mohammedanische Macht, betrat einen Weg, der sie zu dem Vertrage führte, der Konstantinopel dem russischen Zaren überlassen sollte. Es wurde englisches Blut vergossen, um jene Machtstellung zu vernichten, welche durch englisches Blut verteidigt worden war.

Wie erklärt sich eine solche Wandlung gerade bei einer Nation wie der englischen, die stets eine konsequente Politik befolgte und an ihren Überlieferungen zäher festhielt als irgendein anderer Staat?

Diese Wandlung erklärt sich dadurch, daß in der Zwischenzeit Deutschland sich gründlich umgestaltet hat, im Innern erstarkt ist und sein Ziel wechselt. Seine wirtschaftliche Kraft, sein Export und Import wachsen rapid an, die Auswanderung hört auf. Auch seine Handelsflotte vermehrt sich sehr bedeutend.

Bismarck hat noch bescheidenere, schwierigere Zeiten gekannt; er hat dem König von Preußen gedient, der noch

von minder hochfliegenden Ambitionen getragen war. Trotz seiner wunderbaren politischen Erfolge ist daher auch seine staatsmännische Tätigkeit nach der Begründung des Reiches hauptsächlich durch Behutsamkeit gekennzeichnet. Als Leiter des neuen Reiches übersah er keinen Augenblick die gefährdete politische und militärische Situation Deutschlands, als des Mittelpunktes Europas. Er fürchtete für sein Vaterland fortwährend auswärtige Bündnisse. Der eiserne Kanzler wagte es nicht, mit voller Kraft eine Weltpolitik zu machen. Seine Entwürfe und Aspirationen bewegen sich auch nach seinen Siegen und auch in der neuen Lage zwischen den alten Schranken. In gewissem Sinne verharrt seine Tätigkeit im Rahmen der früheren preußischen Politik selbst dann, als er sich schon an der Spitze des deutschen Imperiums sah. Er ist sogar behutsamer wie früher, da seine frühere Kühnheit die Folge der Unhaltbarkeit der Lage Preußens war.

Kaiser Wilhelm II. hingegen war vom ersten Augenblick in eine solche Machtstellung gelangt, wie sie seit Ludwig XIV. kein Monarch geerbt hatte. Die beiden Napoleon hatten ihre riesige Macht selbst erworben. Unter jenen Herrschern aber, die kraft ihrer Geburt zu einer Machtstellung gelangt waren, die der deutschen gleichkam, war der Zar von Rußland durch die Korruption und die kulturelle Zurückgebliebenheit des russischen Volkes, der König von England aber durch die englische Verfassung beschränkt.

Im Gefühle seiner riesigen Macht war Kaiser Wilhelm II. herangewachsen. Im Bewußtsein des Wissens, der

Sittlichkeit, der wirtschaftlichen Mittel und der wunderbaren Organisationsfähigkeit, der numerischen Kraft des deutschen Volkes, im Gefühle des deutschen Ruhmes und seiner eigenen persönlichen Eigenschaften fühlte er sich von Gott berufen, die ererbte riesige Macht in allen seinen Handlungen und Worten zum Ausdruck zu bringen und sogar zum Vorteil seiner Nation und zum eigenen Ruhme weiter zu entwickeln. Er hat die deutsche Rasse in der Zeit ihrer großartigen Entwicklung glänzend personifiziert. Schon sein Auftreten war ein Beweis seines Machtbewußtseins. Sein Händedruck ist kräftig, sein Blick scharf und gebieterisch. In jedem seiner Worte, in jeder seiner Taten läßt er die Macht fühlen, über die er verfügt. Wenn es jemals einen Herrscher gegeben, der in seiner Nation und für seine Nation gelebt und gewebt, die ganze Größe seines Volkes in sich selbst gefühlt hat, so war es Kaiser Wilhelm II.

Eine schwache Seite der Bewaffnung Deutschlands war die Flotte. Zu Lande war Deutschland ohne Zweifel der stärkste Staat, zur See kam das neue Reich kaum in Betracht, es stand in der sechsten Linie. Die Notwendigkeit einer stärkeren Flotte machte sich immer mehr fühlbar. Der Außenhandel Deutschlands nahm von Tag zu Tag zu. Es hatte zahllose Interessen und einen solchen Besitz, welchen nur die Flotte schützen kann. Die Kriegsflotte ist nicht nur berufen, die abgeschlossenen Geschäfte zu verteidigen, sondern auch neue Geschäfte vorzubereiten. Das überseeische Prestige trägt auch seine geschäftlichen Früchte.

In den Adern des Kaisers Wilhelm II. fließt englisches Blut. Seine englische Vorliebe für das Meer drängt ihn dazu, seine ganze Autorität und seine Tatkraft der Entwicklung seiner Kriegsmarine zu widmen (1897—1900 bis 1905). Dadurch kreuzt er die Wege Englands und betritt ein Gebiet, welches England beherrscht und beherrschen will, ein Gebiet, wo es sein Übergewicht niemals in Frage stellen ließ, auch nicht lassen konnte.

Aber auch in der Frage der Kolonien ändert sich Deutschlands Grundauffassung. Bismarck tat noch die Äußerung, daß das Verbleiben Salisburys an der Spitze der englischen Regierung ihm mehr wert sei als eine afrikanische Kolonie und daß er, Bismarck, niemals ein Kolonist gewesen. Ihm dünkt die Kolonie so wenig als eine kontinentale Machtquelle, so gering, daß er seinen Gegenfüßler Frankreich in der Erwerbung von Kolonien geradezu unterstützt. Sein Nachfolger Caprivi tat den Ausspruch, es sei ein Glück, daß Afrika schon von anderen Mächten okkupiert sei, denn wenn es in deutsche Hände käme, würde es Deutschland in einen Gegensatz zu England bringen. Seiner Ansicht nach kann es sich nur darum handeln, „wie klein die Flotte sein kann und nicht wie groß“.

In der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. wurde die Frage der Kolonien eine Herzensangelegenheit der Deutschen. Wenn zu jener Zeit Deutschland im Endresultate weniger Erwerbungen aufzuweisen hatte als zur Zeit Bismarcks, so ist doch aus allen Handlungen und Äußerungen des Kaisers zu ersehen, daß er in der Zukunft mit

größerem Eifer alle Möglichkeiten erfassen und im Notfalle selbst vor einem Kriege nicht zurückschrecken wird, um seinen Kolonialbesitz zu vergrößern oder zu erhalten. England fühlt, daß es bei der Aufteilung der Welt einen neuen mächtigen und entschlossenen Rivalen hat.

Wenn auch Wilhelm II. sich einer Prestigepolitik im Sinne Napoleons III. enthält, so verläßt er dennoch den Standpunkt Bismarcks, der sich nur in eine solche Frage einmengen wollte, welche Deutschlands Interesse direkt berührte. Kennzeichnend für die Denkweise des Kaisers ist eine Rede, welche Wilhelm II. im Jahre 1900 hielt und in welcher er unter anderem folgendes sagte: „Ohne Deutschland und ohne den Deutschen Kaiser darf keine große Entscheidung fallen. Geschähe das, so wäre es ein für allemal mit der Weltstellung des deutschen Volkes vorbei, und ich bin nicht gewillt, es dazu kommen zu lassen. Hierfür die geeigneten und, wenn es sein muß, auch die schärfsten Mittel rücksichtslos anzuwenden — ist meine Pflicht, mein schönes Vorrecht.“

Während Bismarck sich darüber freute, daß Frankreich nach Tunis Verlangen trug und England Ägypten unterwerfen wollte, erblickt Kaiser Wilhelm in ähnlichen überseeischen Expansionen der anderen Großmächte eine Tatsache, welche Deutschland zwingt, auch seinerseits sich jenseits der Meere auszubreiten. Das ist eine schwerwiegende Wandlung und eine gefährliche Auffassung bei einem Lande von so kontinentaler Lage wie Deutschland.

Diese Wandlung ist eine der Hauptursachen des Weltkrieges. Diese Politik Deutschlands gerät immer häufiger und an immer mehr Orten in Konflikt mit England. In Ostasien wird der Gegensatz nahezu permanent. Kaiser Wilhelm beginnt seine Aktion im fernen Osten (1905) damit, daß er, ohne die Kaiserin von Indien einzubeziehen, im Einvernehmen mit Frankreich und Rußland Japan einen für Japan ungünstigen und für das besiegte China günstigen Frieden aufnötigt und damit die beiden Seemächte England und Japan verletzt und einander in die Arme treibt. Eine Folge dieses ersten Schrittes ist, daß das dankbare China seine Häfen Rußland und Deutschland eröffnet, was wieder die Eifersucht Englands und Japans erweckt. Diese Orientpolitik veranlaßt Japan zu solchen Rüstungen, die ihm die Suprematie im Osten sichern. Es beginnt der Boxeraufstand als Reaktion gegen die europäische Invasion. Wilhelm begann seine koloniale Aktion dort, wo sie am gefährlichsten war, wo die meisten Großmächte interessiert waren und wo diese Aktion vom Standpunkte der Zivilisation am wenigsten motiviert erschien, weil sie sich da den kultiviertesten Nationen des Ostens gegenüber fand.

In einem späteren Stadium des so begonnenen Wettbewerbes, als die unter Führung Deutschlands stehende gemischte europäische Armee den Boxeraufstand niederwarf und Rußland, indem es China unter seine Protektion nahm, zu einem übermäßig guten Geschäfte gelangte, näherten sich England und Deutschland einander. Im

Jahre 1900 schlossen diese beiden Mächte einen Vertrag zur Aufrechterhaltung des Status quo in China; dieser Vertrag hatte eine Spitze gegen Rußland. Allein im Endresultate führte sogar diese Annäherung doch wieder nur zu einem Gegensatz zwischen England und Deutschland, denn als England diesen Vertrag so auslegte, daß derselbe Deutschland auch dazu verpflichtete, die Expansion Rußlands in der Mandschurei zu verhindern, wies Deutschland diese Auslegung zurück (1902) und näherte sich von neuem Rußland, so daß, als der russisch-japanische Krieg ausbrach, Deutschland der Freund Rußlands ist, ohne Rußland von Frankreich trennen zu können, während England im Bunde mit Japan steht. Dieser Gegensatz spitzte sich während des Krieges so sehr zu, daß England (1904) dem deutschen Botschafter erklärte, daß es selbst dann genötigt wäre, mit Japan zu gehen, wenn dieses Reich wegen der den Russen gelieferten Waffen Deutschland den Krieg erklären würde. England hielt also zur gelben Rasse gegen den deutschen Bruder.

Zur Zeit des spanisch-amerikanischen Krieges (1898) geriet die öffentliche Meinung in England und Deutschland in Gegensatz zueinander; in England hielt man es mit Amerika, in Deutschland mit Spanien. Wie im russisch-japanischen Kriege und im Balkankriege hatte England seine Hoffnungen wieder auf den Sieger, Deutschland die seinigen wieder auf den Besiegten gesetzt.

Es ist allgemein bekannt, welch einen tiefen Keil die Burenfrage zwischen das englische und das deutsche

Volk trieb. Seit der berühmten Depesche des Kaisers (1896), bis zur Beschlagnahme der deutschen Schiffe (1900) und bis zur Rede Chamberlains, durch welche die deutsche Armee sich beleidigt fühlte, wurden je nach ihren Sympathien und Interessen diese Völker in zwei feindliche Lager geteilt. Der Gegensatz zwischen der englischen und der deutschen öffentlichen Meinung war schon so groß, daß, als die Regierungen der beiden Reiche der Republik Venezuela gegenüber eine gemeinsame Aktion entwickelten, die öffentliche Meinung in England gegen diese Tatsache Stellung nahm (1902).

Ein weiterer Gegensatz entstand zwischen England und Deutschland wegen des von Kanada und von England gefaßten Entschlusses, in ein engeres wirtschaftliches Verhältnis zueinander zu treten. Während die übrigen Staaten diese Politik Chamberlains akzeptierten, benutzte Deutschland diesen Anlaß zu einer zollpolitischen Retorsion und geriet dadurch in Gegensatz zu einem Lieblingsgedanken des englischen Imperialismus.

Die Balkanfrage, welche in früherer Zeit Deutschland und England einander näher gebracht hatte, führte in den neunziger Jahren die beiden Reiche auseinander. Während Bismarck keine besondere Orientpolitik trieb und höchstens Österreich-Ungarn unterstützte, welches Hand in Hand mit England vorging, spielt Kaiser Wilhelm auch auf dem Balkan eine führende Rolle und seine Wege trennen sich von jenen Englands. Des Kaisers Orientpolitik ist nicht einmal identisch mit jener, welche Österreich-

Ungarn seit Andrassy befolgt hatte. Sein Hauptziel ist nicht mehr der Schutz der christlichen Völker des Balkans, die Pazifizierung dieses Feuerherdes durch Reformen und Autonomien, er will vielmehr das militärische Bündnis mit der Türkei sichern und den ganzen Balkan sowie die asiatische Türkei wirtschaftlich ausnutzen. Die türkische Wehrmacht, die durch deutsche Instruktooren auf die Beine gestellt wurde, konnte und sollte im Notfall die Aufgabe übernehmen, den Suezkanal und Ägypten zu bedrohen.

Diese Politik hätte sich nicht einmal mit der früheren Politik Englands, mit der Politik Beaconsfields, vertragen können.

Die Konzeption Andrassys und Beaconsfields konnte sich ergänzen; die Gleichgewichtspolitik am Balkan und die englische Vormachtstellung in Türkisch-Asien passen wunderbar zusammen, die Orientpolitik des Kaisers Wilhelm und diejenige Beaconsfields schließen sich aber direkt aus: beide trachten, die Protektion der muselmanischen Welt für sich zu erwerben.

Diese neue Richtung der deutschen Politik würde England zu allen Zeiten nervös gemacht haben, um so mehr war dies jetzt der Fall, da an allen Orten der harte Wettkampf zwischen England und Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete tobte und die Möglichkeit eines deutsch-englischen Krieges näher brachte. Der Gegensatz zwischen der türkenfreundlichen Politik Deutschlands und der Politik Englands trat um so leichter zutage, als eine

türkenfeindliche Politik in England Platz griff. Die englische Demokratie hatte schon infolge der großen Agitationen Gladstones und nach den armenischen Massakern eine entschieden türkenfeindliche Richtung eingeschlagen. Das in der Türkei herrschende System stieß in England auf entschiedenen Widerwillen. Abdul Hamid wird einer der verhaßtesten Namen. Während früher diese Antipathie gegen die Türkei ein Gegengewicht fand in der Besorgnis, daß, wenn die Herrschaft der Türkei unterginge, Rußland seine Hand auf Konstantinopel legen werde, erschien diese Möglichkeit jetzt nicht mehr so furchtbar. Seitdem Beaconsfield Zypern (1878), Gladstone Ägypten (1892), Salisbury den Sudan (1898/99) unter englischen Einfluß gebracht hatte, hielt man in England das Schicksal Konstantinopels im Hinblick auf Indien nicht mehr für so wichtig wie früher. Eine auf Deutschland sich stützende Türkei schien vielen gefährlicher zu sein als die russische Protektion in Konstantinopel.

So kam es, daß in jenen Orientfragen, welche einen internationalen Charakter gewonnen hatten, England und Deutschland einen gegensätzlichen Standpunkt einnahmen. Salisbury nahm Partei für die Armenier und Griechen, der deutsche Reichskanzler von Bülow hingegen für die Türken (1897). Besondere Besorgnis erregte es in der öffentlichen Meinung Englands, daß der Deutsche Kaiser in einer Rede, die er in Asien gehalten, erklärte, daß dreihundert Millionen Mohammedaner in ihm stets den wahrsten Freund finden werden. Wie sollte England mit

seinen vielen Millionen mohammedanischen Untertanen eine solche Äußerung des mächtigen Kaisers gleichmütig hinnehmen? Den deutschen Plan der Bagdadbahn, das deutsche Ideal eines wirtschaftlichen Imperialismus beurteilte man in England nicht als wirtschaftliche, sondern als politische Expansionsgelüste, welche die englische öffentliche Meinung tief beunruhigten. England war bemüht, diese Pläne zum Scheitern zu bringen. Zwar wurden alle diese konkreten Gegensätze mit Aufbietung aller Kraft ausgeglichen, sie trugen aber doch in außerordentlichem Maße dazu bei, das Mißtrauen der beiden Nationen gegeneinander zu wecken und in den beiden Reichen eine solche Stimmung entstehen zu lassen, in welcher, wie man zu sagen pflegt, die Kanonen von selbst losgehen.

Alle diese kleineren Gegensätze, die ganze Richtung der Politik des Kaisers erweckte in England die Überzeugung, daß Deutschland eine Gefahr für das Britenreich bedeute. Viele fürchteten eine plötzliche Invasion, und jedermann hatte das Gefühl, daß Deutschland im Besitze einer solchen Macht sei, die zu einer Gefahr für England werden könne, zu einer Gefahr, welcher unbedingt ein Gegengewicht geboten werden müsse. Laut englischer Auffassung ist die Flotte für England eine Lebensnotwendigkeit, für Deutschland ein Luxus; deshalb betrachtete man es in England geradezu für eine Herausforderung, daß Deutschland, ohne auf die englische Nervosität Rücksicht zu nehmen, seine Flottenbaupläne fortsetzte.

Bei der ganzen Flottenaktion bildete tatsächlich England den Maßstab. Ihr Zweck war: Deutschland von England zu emanzipieren und auf dem Meere die Alleinherrschaft der britischen Macht zurückzudrängen. Ernstlich war nie die Rede davon, England anzugreifen, Deutschland aber war mit gewohnter Gründlichkeit und Kraft bestrebt, eine solche Machtposition zu erwerben, die Englands bisherige Sicherheit gefährden und seine bisherige Weltlage automatisch verändern sollte.

Deutschland nimmt unter Wilhelm II. nach und nach eine Machtstellung ein, wie sie bisher England bei keinem anderen Staate geduldet hat. Warum sollte England gerade Deutschland gegenüber eine Ausnahme machen? Allerdings war Deutschland für England nicht so gefährlich wie zum Beispiel der katholische Philipp II., König von Spanien, wie Ludwig XIV., Protektor der Stuarts, oder der Welteroberer Napoleon, die alle die der englischen Insel gegenüberliegende Küste beherrscht hatten oder sie sich unterwerfen wollten. Nichtsdestoweniger war die Machtstellung Deutschlands derartig, daß es völlig begreiflich erscheint, wenn England alles aufbot, um sich ihr gegenüber zur Wehr zu setzen. Nachdem es Großbritannien nicht gelungen war, mit Deutschland ein Übereinkommen zu treffen, und zwar, wie ich glaube, hauptsächlich wegen Deutschlands Politik, welche der Möglichkeit und Aufrichtigkeit eines englischen Bündnisses nicht traute und der Anlehnung an Rußland den Vorzug gab, ist es begreiflich, daß England um jeden Preis bestrebt

war, sich mit seinen übrigen Rivalen auszusöhnen und sich freie Hand für den Fall zu sichern, wenn es zu einem Zusammenstoß mit Deutschland kommen sollte. Die von Tag zu Tag sich kräftigende Weltmachtstellung Deutschlands spornte England an, eine neue Politik zu inaugu-rieren, eine Politik, die mit dem Namen König Eduards verbunden ist. Diese Politik aber wirkte aufreizend auf die deutschen Gemüter. Deutschland erblickte in der Wirksamkeit König Eduards einen Offensivgeist, und dies bestärkte Deutschland nur noch in dem Beschlusse, sein Ansehen und seine weltpolitische Stellung immer noch zu befestigen und auch weiter beim Imperialismus zu verharren. Das durch beispiellose militärische Siege geschaffene und durch einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung nur noch erhöhte deutsche Machtbewußtsein fand in der Gegenaktion Englands eine neue Nahrung.

Auch Frankreich hatte eine genug starke Flotte, und England duldet dies. Italien und hauptsächlich Frankreich hatten in den letzten Jahrzehnten viel größeren Kolonialbesitz erworben als Deutschland. Im Deutschen Reiche wurde also Englands Nervosität gegenüber der deutschen Entwicklung für puren Neid und bösen Willen angesehen.

Die Entente cordiale kam zustande (1904). Sie ward zwischen England und Frankreich geschlossen und teilte die europäischen Mächte scheinbar in drei Gruppen, indem sich zu dem Dreibund und dem Zweibund noch die Entente gesellte; tatsächlich aber wurde dadurch, daß

Frankreich Mitglied der Entente sowohl wie des Zweibundes war, Rußland ebenfalls England angeschlossen, wodurch die europäischen Mächte in zwei Lager geteilt wurden: in die unter englischer Führung stehende Entente und den von Deutschland geleiteten Dreibund. Diese beiden Lager stießen in zwei Fragen aneinander. Die eine war die Marokkofrage, die andere abermals die ewig lebendige Orientfrage.

In bezug auf Marokko hatten sich England und Frankreich dahin geeinigt, daß sie über den Besitz des Sultans der Türkei und des Sultans von Marokko, das heißt über Ägypten und Marokko, verfügen, ohne die wirtschaftlich interessierten Völker, darunter die vorbrechende deutsche Weltmacht, zu befriedigen oder auch nur zu befragen (1904). England und Frankreich garantieren sich gegenseitig, wie es Caillaux bemerkt: „la liberté de conquête*.“ Wegen des auf solche Weise entfachten Konfliktes stand Europa zweimal an der Schwelle des Weltkrieges (1905 und 1911), beide Male aber wird eine Einigung erzielt. Keine der Parteien war mit den Lösungen vollkommen zufrieden: Frankreich schmolte, weil es genötigt war, mit Deutschland zu rechnen, weil ein Minister des Äußern wegen Deutschland geopfert werden mußte, und weil es von seinem afrikanischen Besitz etwas abzutreten gezwungen war, Deutschland, weil Frankreich in Marokko seine Ziele vollständig erreichte und sich über die Vereinbarungen hinweggesetzt hatte, weil es trotz des langen Widerstandes,

* Caillaux „Augadi“.

trotz seiner kriegerischen Allüren gezwungen war, nachzugeben. Von vielen deutschen Parteien wurde das Kompromiß als beschämend angesehen und der Meinung Ausdruck verliehen, Frankreich habe die Oberhand gewonnen. In der Tat hielten es die meisten Mächte in der Konferenz von Algeciras mit Frankreich, und dieses hatte schließlich an Position und Nutzen mehr gewonnen als Deutschland. In Frankreich hörte die Angst vor Deutschland auf, die zu Lebzeiten Bismarcks noch recht lebendig war.

Die innere Einheit der Entente festigte sich. Anfänglich war es für die Franzosen schwer, die englische Freundschaft zu akzeptieren, denn den Abmachungen mit England war eine arge Demütigung Frankreichs in Faschoda vorangegangen, und weil es eine Vorbedingung der Entente cordiale war, daß Frankreich seinen vielhundertjährigen Wettbewerb auf dem Kolonialgebiete England gegenüber endgültig aufgabe. Der Franzose ist auch leidenschaftlicher, eitler und kann rasonhalber nicht so rasch vergessen wie der Engländer. Daher war es von besonderer Wichtigkeit, daß die Entente in der Marokkofrage im Interesse Frankreichs in der Schlachtreihe stand und die Franzosen dadurch für das neue System innerlich gewonnen wurden. England und Frankreich schlossen eine Militärkonvention ab, die zwar nur dann zur Exekution gelangen soll, wenn beide Staaten den casus belli als gegeben erachten, die zwar kein formelles Obligo bedeutet (1905/06), die aber einesteils das Verhältnis der beiden Staaten zueinander verinnerlicht, andernteils die

Dislozierung der Kräfte schon im Frieden auf das Zusammenwirken der Entente basiert und auf diese Weise ein Aufeinanderangewiesensein entstehen läßt, das die Trennung voneinander und das unabhängige Auftreten erschwert.

Die Schwäche des Dreibundes dagegen wird unter der Einwirkung der Marokkokrise offenkundig. Wie aus den veröffentlichten vertraulichen Äußerungen französischer Staatsmänner ersichtlich ist, scheint Italien schon 1902 mit Frankreich dem Bunde entgegengesetzte geheime Abmachungen getroffen zu haben. Es scheint erklärt zu haben, daß es gegen Frankreich nicht kämpfen werde, wiewohl es hierzu im Falle einer Offensivaktion Frankreichs verpflichtet gewesen wäre. Als Gegenleistung sicherte Frankreich Italien freie Hand in Tripolis. Dieser geheime Richtungswechsel findet unter der Einwirkung der marokkanischen Krise in der öffentlichen Meinung Italiens eine Stütze und beginnt sich durch Tatsachen zu äußern dadurch, daß sich Italien in der Marokkofrage auf den französischen Standpunkt stellt. Hieran vermöchte nur eine Sympathie Englands mit dem Dreibunde etwas zu ändern, denn Italien ist in Anbetracht seines langen Küstengebietes und seiner überseeischen Bedürfnisse fast unfähig, jener Staatengruppe entgegenzutreten, die die unbedingte Herrschaft über die Meere ausübt. Englands Anschluß an den Zweibund lenkt aber Italien noch entschiedener gegen die Entente hin.

Das Gesamtergebnis der marokkanischen Krisen ist eine neuerliche Nervenaufregung, ein neuerliches Heraufbeschwören des Grimmes und der Gehässigkeit, die Anhäufung von frischem Pulver, das nur auf den Funken harret, um zu explodieren.

Die Orientfrage war zu diesem Zeitpunkte gefährlicher geworden als je zuvor, denn Serbien begann unter russischem Einfluß mit aller Kraft großserbische Politik zu treiben.

Wie kam das?

Die russische Regierung wußte, daß ein unter russischem Einfluß stehendes Serbien gleichbedeutend damit sei, uns zwischen zwei Feuer zu bringen, auch gleichbedeutend damit, innerhalb unserer Grenzen bei den bei uns lebenden orthodoxen Serben zaristischem Einflusse Spielraum zu gewähren. Jeder russische Politiker mußte wissen, daß die unter zaristischer Ägide betriebene großserbische Politik das bewußte Aufrollen der Daseinsfrage Österreich-Ungarns bedeutet und die Integrität der Monarchie unter zaristischem Schutze gerade dort angreift, wo diese Integrität darum von besonderem Werte war, weil sie unsere einzige Verbindung mit der See sichert.

Für Rußland war — wollte es nicht gegen Österreich-Ungarn Front machen — das fernliegende Serbien weder politisch noch wirtschaftlich wichtig. Wirtschaftlich, militärisch und politisch von Bedeutung für Rußland waren jene Teile des Balkans, die in der Nähe des Schwarzen Meeres und der Meerengen liegen. Die Protektion Serbiens

war nur ein Mittel der gegen Österreich-Ungarn und Deutschland gerichteten Politik, und sobald Petersburg die großserbische Idee unter seinen Schutz genommen hatte, konnte man wissen, daß es die österreichisch-ungarische Frage früher oder später aufwerfen wolle.

Die Aufteilungsvorschläge, die der Petersburger Hof seit den Zeiten der Zarin Katharina bis auf Gortschakoff dem Wiener Hofe gemacht hatte, basierten alle auf der Annahme, daß es eine Vorbedingung des Übereinkommens mit der österreichisch-ungarischen Monarchie sei, daß Serbien in der Einflußsphäre der letzteren verbleibe. Kaunitz, Metternich, Buol, Andrassy, all jene Minister des Äußern, die sich mit der Orientfrage befaßt hatten, haben mehr als einmal erklärt, daß, falls Rußland die Hand nach Serbien ausstrecke, dies den Krieg bedeute. Napoleon, der größte Kenner der strategischen Fragen, äußerte mehrmals, Belgrad sei für Österreich-Ungarn von vitaler Bedeutung.

Dementsprechend hat Bismarck den Berliner Vertrag im Einvernehmen mit Rußland zur Zeit der bulgarischen Krise in den achtziger Jahren stets dahin interpretiert, daß der Ostbalkan, nämlich Bulgarien, unter russischem, der Westbalkan, das ist hauptsächlich Serbien, unter österreichisch-ungarischem Einfluß stehe. Er sagte, daß er in Serbien österreichische, in Bulgarien russische Politik mache. Allerdings akzeptierte Andrassy auch diese Auslegung nicht, aber nicht etwa, als ob er geneigt gewesen wäre, in Serbien russischen Einfluß zu dulden, sondern

weil nach seiner Ansicht der Berliner Vertrag den russischen Einfluß auf dem ganzen Balkan ausschloß. Hinsichtlich Serbiens bestanden keine Meinungsdivergenzen, jedermann wußte, daß dort Rußland im Sinne des Vertrages nichts zu suchen habe.

Auch ist es unannehmbar, daß Rußland mit Serbien durch so alte Bande der Überlieferung verbunden gewesen wäre, die einen Interessenverband zu ersetzen vermöchten.

In den napoleonischen Zeiten opferte Rußland das im Freiheitskampfe stehende Serbien zur Sicherung der russischen Interessen vollständig auf.

Im Frieden von San Stefano ging es mit seinem angeblichen Liebling stiefmütterlich um.

Als die Heere des Battenbergers Belgrad bedrohen, sind wir es, die Milane retten, nicht Rußland. Die Annexion Bosniens gibt Rußland uns oft zu. Zum ersten Male in Reichstadt: bei der Entrevue Gortschakoff-Andrássy, zum letzten Male in Buchlau bei der Besprechung Iswolski-Berchtold.

Wenn der Zar mit uns in gutem Einvernehmen sein wollte, ließ er zu, daß Serbien sich unserem Lager anschließe. Sogar während der jetzigen Krise sagt Sasanow unserem Botschafter, „er habe gar kein Gefühl für die Balkan-slaven. Diese seien eine schwere Last“.

Serbien paßte sich denn auch lange Zeit der europäischen Auffassung an und schmiegte sich an die Donaumonarchie. Erst nach dem Rücktritte König Milans begann es den

Kurs zu ändern, und erst die Dynastie Karagyorgyevics stellte Serbien endgültig unter die Schutzherrschaft Petersburgs.

Die Ursache der Kursänderung war, daß die Position der Monarchie im Osten sich geschwächt und das russische Prestige sich gemehrt hatte. Milan hatte sich uns genähert, weil im Berliner Kongreß unser Einfluß in der Orientfrage entscheidend war. Sobald sich dieser Einfluß abschwächte, änderte sich auch Serbiens Verhältnis zu uns.

Eine Gelegenheit hätte es wohl gegeben, daß Österreich-Ungarn seinen Einfluß in Belgrad wieder zur Vorherrschaft hätte bringen können. Als der letzte Obrenovics auf schändliche Weise niedergemacht wurde, machte, soviel ich weiß, der russische Minister des Auswärtigen unserem Petersburger Botschafter, dem Prinzen Lichtenstein, den Vorschlag, wir möchten in Belgrad einmarschieren, dort die Ordnung wiederherstellen und für eine Weile die Regierung übernehmen. Auch dies beweist, daß das russische Interesse für Serbien nicht so ständig und tief war, wie in letzter Zeit behauptet wurde. Der Antrag auf Einmarschieren wurde nicht angenommen, die Dynastie Karagyorgyevics erstarkte, und sie, die ihr Dasein uns zu verdanken hatte, stellte sich auf die Seite Rußlands.

Der erste Gegensatz zwischen uns und Serbien zeigte sich auf wirtschaftlichem Gebiete. Nach der Auffassung Andrássys hätte die durch den Berliner Vertrag geschaffene politische Lage unseerseits nicht mittels Eroberung, sondern mittels Schaffung starker wirtschaftlicher Verbindungen,

moralischer Eroberungen ausgenutzt werden sollen. Statt dessen wollten wir, durch die deutschen Agrarzölle (1905) aus dem Westen verdrängt, uns gegen Osten abschließen und die Vieheinfuhr Serbiens durch allerlei Mittel verhindern. Die unglückselige Forderung, daß Serbien seine Kanonen bei Skoda bestelle, mißfiel in Serbien ebenfalls ungemein und wirkte entfremdend. Die Veterinärsperrern und die schwerfälligen Vertragsverhandlungen machten gegen uns gerade zu der Zeit Stimmung, als Serbien uns etwas weniger zu fürchten begann, da die Monarchie durch ihre inneren Verhältnisse geschwächt war.

Die Erbitterung und der Glaube, daß wir allmählich schwächer würden, haben Serbien auf den Pfad der russischen Politik gelenkt.

Besonderen Mut verlieh Serbien die englisch-russische Annäherung (1907/08). Die Politik Rußlands war um diese Zeit einer Änderung unterworfen, infolge welcher Rußland geneigt war, die serbische Annäherung anzunehmen, und zwar trotz aller ihrer offenbaren Gefahren und ihres provokativen Charakters. Zar Nikolaus legte seit seiner Thronbesteigung das Hauptgewicht seiner Tätigkeit auf das ferne Asien. Nachdem das bulgarische Beispiel gezeigt hatte, daß auch der mit russischem Blute gegründete Staat keine zuverlässige Stütze sei, und Rußland sehr nahe daran war, trotz aller seiner Opfer den ganzen Einfluß auf dem Balkan einzubüßen, und sich schließlich mit einem halben Resultat bescheiden mußte, als es die Annäherung des anfangs verpönten Koburgers akzeptieren

mußte, nachdem es immer deutlicher hervortrat, daß die auf dem Balkan zu gewärtigenden Vorteile in ihren Dimensionen verschwindend gering im Verhältnis zu jenen Vorteilen waren, die Rußland in Asien, sowohl hinsichtlich der Möglichkeit wirtschaftlicher Expansionen wie der Gebietsvergrößerung, zu erringen vermochte, lenkte Rußland sein Hauptbestreben dahin, sich das fernere Asien zu unterjochen.

Dieses Bestreben erlitt jedoch an den Japanern und an dem im Hintergrund stehenden England Schiffbruch. Die Reaktion trat ein. Gleichwie die Resultatlosigkeit der Balkanpolitik die asiatische Aktivität vorbereitet hatte, ebenso ermöglichten die Erfolglosigkeit des asiatischen Unternehmens und die Siege Ojamas und Togos die Betreibung der Hartwigschen Politik: und deren serbophile Richtung. Das zaristische Regime vertrug die Passivität in der Außenpolitik nicht lange. Eine länger währende Unterbrechung der seit Jahrhunderten andauernden fortwährenden Vergrößerung gefährdete das Prestige des Zaren und konnte einen Umsturz bedeuten. Daher wurde der eine Offensivgedanke durch das Scheitern des anderen genährt. Aus diesem Grunde löste die aktive Balkanpolitik die asiatische ab. Dieser Richtung leistete die schon früher erwähnte antideutsche Politik Englands besonderen Vorschub. Im Jahre 1907/08 gelingt es Rußland durch Englands Annäherung, europawärts eine gewisse Aktionsfreiheit zu bekommen, bald nachdem das Zarenreich in Asien auf eine undurchbrechliche Mauer gestoßen ist.

Zwischen uns und Rußland aber wird der Gegensatz dadurch verschärft, daß wir, gerade als Rußland von neuem in der Lage und geneigt ist, den alten Kurs auf dem Balkan zu befolgen, ebenfalls Anstalten treffen, eine energischere Balkanpolitik zu betreiben. Als Rußland im fernen Asien gebunden war, betrieben unsere Minister des Auswärtigen eine passive Politik. Und gerade als Rußland seine Aufmerksamkeit abermals dem Balkan zuwendet, haben wir am Ballplatz einen Minister, der die selbstbewußteste Großmachtpolitik seit Andrassy betreibt und unser Ansehen im Osten heben, unsere wirtschaftlichen Verbindungen vervielfachen will. Ich meine den Freiherrn v. Aehrenthal. Der erste Schritt dieses ehrgeizigen energischen Staatsmannes ist die Sicherung der Eisenbahnverbindung nach Saloniki. Schon dies erweckt in Petersburg Eifersucht, wiewohl der Schritt vollständig berechtigt und in keiner Weise aggressiv war.

Die Lage entspannt sich. Iswolskis Politik ist noch nicht bedingungslos gegen uns gerichtet. Es bedarf im Osten gewisser Erfolge; können sie mit uns im Einvernehmen erzielt werden; um so besser. Aehrenthal und Iswolski haben (1908) eine Zusammenkunft in Buchlau, und es scheint, daß ein Abkommen zwischen ihnen getroffen werden kann. Im Tausche für eine günstige Lösung der Meerengenfrage ist Rußland geneigt, die Annexion Bosniens und der Herzegowina zu unterstützen. Die Besprechung präzisiert jedoch weder die Art der Lösung noch ihren Zeitpunkt. Aehrenthal geht selbständig vor, er spricht die Annexion

aus, und Iswolski fühlt sich hintergangen, weil die Frage der Meerengen nicht aufs Tapet gelangt. Es setzt ein scharfer diplomatischer Kampf ein, Serbien hetzt zum Kriege, der Weltkrieg ist ganz nahegerückt.

Aehrenthal jedoch erweist sich als ruhiger und vortrefflicher Fechter. Er führt die diplomatische Kampagne siegreich zu Ende. Europa erkennt die Annexion an. Der Dreibund hat sich als stark erwiesen, wiewohl Italien nicht zuverlässig war. Die Treue und die Energie Deutschlands und die persönlichen Eigenschaften Aehrenthals waren es, die zum Ziele führten. Bülow glaubt, daß dieser diplomatische Sieg die Einkreisung der Entente entzweireißt, wiewohl der Sieg nur die Entente verletzte.

Der Grundgedanke dieser in ihren Einzelheiten ausgezeichnet geführten Kampagne war verfehlt und wurde in der Folge eine der Ursachen des Weltkrieges. Wir hatten eine formell klare Rechtsverletzung begangen, wir hatten ein Beispiel gegeben, das Italien, sich auf uns berufend, eiligst nachahmte, zum Teil auch wohl darum, weil nach unseren Erfolgen auch Italien die Notwendigkeit empfand, gewisse Ergebnisse aufzuzeigen. Nicht einen Mann, nicht einen Groschen haben wir gewonnen, wir waren nicht mächtiger geworden — im Gegenteil. Den Sandschak von Novibazar gaben wir auf, entsagten unseren Rechten an der Montenegriener Meeresküste und erkaufte mit Gelde von der Türkei, was de facto schon uns gehört hatte. Rußland haben wir gegen uns erzürnt, aber nicht geschwächt. Die serbische Agitation nimmt nicht

ab, sie wird mit intensiverem Haß und mehr Konsequenz betrieben als je zuvor. Rußland und Serbien bewaffnen sich. In Petersburg sinnt man auf Revanche. Rußland trifft mit Japan ein Übereinkommen (1909), nähert sich Italien (1908/09), bereitet die Lösung der Meerengenfrage vor. Da es nicht gelungen war, dies mit uns zu erzielen, arbeitet Petersburg hinter unserem Rücken auf das unveränderte Ziel hin. In Raccionigi einigen sich der Zar und der König von Italien dahin, daß der eine in der Frage der Meerengen, der andere in der tripolitischen Frage einander an die Hand gehen werden (1909). Serbien und Montenegro, die nach dem Attentat auf König Nikita einander entfremdet waren, verbünden sich von neuem miteinander.

Um diese Zeit war ich Minister des Innern. Aus den oben angeführten Ursachen nahm ich gegen die Annexion Stellung. Ich wollte mit Serbien abrechnen, Serbien zu einem Übereinkommen zwingen, durch welches die serbische Armee zur Abrüstung veranlaßt und die ständige Bedrohung von seiten Serbiens aufgehört hätte. Rußland war noch nicht zum Eingreifen bereit, es verspürte noch die von Japan erlittene Niederlage, und sein Verhältnis zu diesem Staate war noch nicht geklärt... Ich war der Ansicht, daß Serbien nachgeben und dessen Desarmierung gelingen werde. Würde Serbien widerstehen, bliebe es isoliert. Aus der kürzlich veröffentlichten serbischen diplomatischen Korrespondenz ist ersichtlich, daß ich recht hatte. Iswolski erklärt dem

serbischen Gesandten klipp und klar, Rußland sei noch nicht bereit und würde sich selbst dann nicht rühren, wenn Österreich-Ungarn Serbien angriffe. Diesen meinen Standpunkt habe ich im Ministerialprotokoll schriftlich als Separatvotum festgelegt.

Unter dem persönlichen Einflusse des Deutschen Kaisers scheint sich Rußland uns wieder zu nähern (1910/11). Diese Politik entsprach jedoch dem neuen Kurs der öffentlichen Meinung Rußlands so wenig, daß sie sich nicht zu halten vermochte. Der Revanchegedanke bleibt in Petersburg die nationale Idee, welche auch durch die Orientpolitik Deutschlands — den Hamburg-Bagdad-Plan — geschürt wird. Das im Osten lahmgelegte Rußland fühlt sich auch im Westen zur Passivität gezwungen.

Der erste Triumph der russischen Politik war, daß es gelang, den Balkanbund unter russischem Protektorat zu dem Zwecke ins Leben zu rufen, daß er sich in erster Reihe gegen die Türkei, in zweiter Reihe aber eventuell gegen uns wende (1912). Dieser Balkanbund war eine vollständige Niederlage unserer Politik. Er verdrängte uns vom Balkan. Wenn sich dieser unter russischer Leitung gebildete Bund konsolidierte, hätte er schon damals an uns glänzend Revanche genommen, und das Machtgleichgewicht hätte sich völlig zu unseren Ungunsten verschoben.

In dem Glauben, daß, sobald die Balkanstaaten sich verbänden, die türkische Herrschaft in Mazedonien ohnehin nicht mehr aufrechtzuerhalten sei, und der

mazedonisch-albanische Besitz für den Sultan nur noch eine Debetpost bedeuten könne, hätte ich damals den richtigen Gegenzug darin erblickt, daß wir die Forderung der Balkanstaaten nach einer Autonomie Mazedoniens unterstützen, die Türkei warnen, daß sie, falls sie nicht nachgebe, ihre europäischen Besitzungen verlieren könne, dem Balkanbund aber den Status quo ante unter der Bedingung gewährleisten, daß unsere Interessen respektiert werden. Dies habe ich in den ersten Tagen des Krieges (Oktober 1912) angedeutet und in der Delegation (November und Dezember 1913) des näheren ausgeführt.

Wir haben aber nicht diesen Pfad eingeschlagen. Mit Rußland zusammen haben wir die Unmöglichkeit gefordert, daß die christlichen Staaten sich auch im Siegesfalle mit ihren bisherigen Grenzen zufriedengeben. Als Folge dieser Politik kam kein Übereinkommen zwischen uns und Serbien zustande, und wir mußten unsere Interessen gegen das siegreiche Nachbarvolk schützen, was zu fortwährenden Zusammenstößen und zur Heraufbeschwörung der Kriegsgefahr führte. Das Endergebnis war, daß sich Serbien trotz unseres offenkundigen Widerstandes vergrößerte und uns womöglich ein noch erbitterter Feind wurde als vordem.

Während des Balkankrieges ist der Weltkrieg so nahegerückt, daß Rußland nach allen Seiten hin versucht, seine Chancen zu verbessern und sich vor den immer drohender werdenden Gefahren zu sichern. Mit Japan einigt es sich (1912) dahin, daß dieses im Falle einer

europäischen Komplikation die russischen Interessen in Ostasien unter seinen Schutz nimmt, russische Gebiete nicht besetzt und als Gegenleistung den Deutschen Kiautschou wegnehmen kann. Rußland schließt auch mit Frankreich ein Marineabkommen und zieht unter dem Vorwande einer Probemobilisierung an der Westgrenze Truppen zusammen.

Daraus, daß weder die marokkanische Krise noch der Balkankrieg zu einem Weltkonflikte führte, ist ersichtlich, daß wenigstens zu dieser Zeit noch keine Staatengruppe den Krieg wollte und daß in allen Kabinetten der Friedenswunsch dominierte.

Dennoch bedeuteten diese beiden Krisen große Schritte dem Weltkriege zu. Die Ententevölker erinnerten sich nur des Säbelrasselns der Marokkokrise und wähten hierin die Unerträglichkeit des deutschen Imperialismus zu erkennen. Nach dem Orientkriege sprachen sie nur von unserem an Montenegro und Serbien gerichteten Ultimatum. Sie vergaßen, daß Deutschland in der Marokkofrage meritorisch nachegeben, trotz der vorteilhaften militärischen Lage, in der es stand, als Rußland noch schwach war. Sie vergaßen, daß die Monarchie geduldet hatte, daß die südslawischen Staaten, die ihre feindseligen aggressiven Ziele nicht einmal zu verheimlichen der Mühe wert erachteten, wesentlich erstarkten. Niemand besann sich darauf, daß wir eine Gebietsverkürzung des durch uns errichteten Albanien hinnahmen, daß Novibazar, das uns mit Albanien verband, aus freundschaftlicher Türkenhand

in feindselige südslawische Hand gelangte und daß wir die Unwahrheit des Salonikimärchens dadurch klar bewiesen, daß wir uns durch einen südslawischen Ring vom Balkan abschließen ließen.

Wir erinnerten uns nur dessen, daß die Entente in Marokko Deutschland übers Ohr hauen und der Weltpolitik ohne Deutschland die Richtung geben wollte, so daß sogar Caillaux, der friedlichste Ministerpräsident Frankreichs, seine Politik darin zusammenfassen konnte: „Le Maroc pour la France ou le conflit,“ ferner, daß die Entente auf dem Balkan die aggressive Politik Serbiens unter ihren Schutz genommen hatte, obwohl dort für sie keine wichtigen lokalen Interessen bestanden, und vergaßen, daß in ultima analysi die Entente ja doch in beiden Fragen zu verhandeln geneigt war, zum Zeichen dessen, daß ihre Haupt Rücksicht trotz alledem auf die Sicherung des Friedens gerichtet war.

Die Folge der Orientkrise war noch schädlicher als die der afrikanischen, denn während es gelang, in Marokko die Gegensätze vollständig zu eliminieren (1911), war dies auf dem Balkan nicht der Fall. Dort blieben solche lokale Gegensätze bestehen, die auch ohne den Willen der Großmächte zum Kriege führen konnten, wie z. B. die großserbische Idee.

Das durch seine Siege kühn gewordene Belgrad trifft Anstalten zur restlosen Verwirklichung seines nationalen Programms: Nachdem es in Mazedonien sein Ziel erreicht und Bulgarien besiegt, die Türkei arg geschwächt

hatte, bereitet Belgrad die Irredenta in Österreich und in Ungarn vor. Die Minierarbeit geht innerhalb unserer Grenzen vonstatten. Der Zweck ist, durch Herbeiführung revolutionärer Zustände die österreichisch-ungarische Frage aufzurollen und den Krieg vorzubereiten. Rußland betrachtet diese Machenschaften wohlwollend und bereitet sorgfältig das Festhalten an der großserbischen Idee in der serbischen politischen Welt vor.

Bei uns beginnen sich die leitenden Kreise immer eingehender mit der Frage zu befassen, wie der Gefahr ein Ziel gesetzt werden könnte. Ich war zu der Überzeugung gelangt, daß Serbien isoliert und dann entweder durch einen Krieg gebrochen oder auf einen Pfad gezwungen werden müsse, auf dem es mit der großserbischen Idee aufräumen und sich uns in Wirklichkeit nähern müsse. Klar erkannte ich, daß wir dieses Ziel unter Vermeidung des Weltkrieges nur durch eine gewisse Kursänderung in unserer auswärtigen Politik erreichen können.

Das Mittel war die Detente der beiden feindlichen großen Staatenbündnisse vor Lösung der serbischen Frage. Diese Detente hielt ich noch für möglich. Zwischen Österreich-Ungarn und Frankreich und England gab es keine direkten Gegensätze. Noch während der Orientkrise war es zu empfinden, daß eine Einigung mit Grey möglich sei, und daß England unsere Position im Orient als für sich nicht gefährlich betrachte. Diese Situation mußte zu einem Vermitteln zwischen den beiden Leitmächten England und Deutschland benutzt werden, denn

der Konflikt dieser beiden Staaten war es, der die politische Lage zugespitzt hatte. Wege zu einem Übereinkommen existierten wohl, sie mußten nur gefunden werden. Zwischen den beiden Ländern waren Mißtrauen und Haß groß. Es gab jedoch in keiner großen, konkreten Frage solche lokale Gegensätze, die nur mit den Waffen hätten beigelegt werden können. Keiner der Staaten hatte ein Gebiet, das der andere unbedingt notwendig gebraucht hätte. Die Entwicklung und Erstarkung des einen gefährdete in keiner Weise das Gebiet des andern. Zwischen den englischen und deutschen Interessen gab es bei weitem keine Gegensätze, wie sie zum Beispiel zwischen Frankreich und England, in Indien und Nordamerika, zwischen Preußen und Österreich in bezug auf die deutsche und zwischen Savoyen und Österreich in bezug auf die italienische Frage lange bestanden hatten, oder wie sie zwischen Serbien und Bulgarien oder zwischen Serbien und uns obwalteten.

Einem Journalisten hatte einst Bismarck erklärt, daß England nur dann beruhigt werden könnte, wenn Deutschland seine wirtschaftliche Fortentwicklung zum Stehen brächte. Dies habe ich keinen Augenblick lang geglaubt und akzeptiere es auch heute nicht. Meine Überzeugung war stets die, daß das Mittel zur Einigung ein auf den Flottenbau bezügliches derartiges Abkommen sei, das die englische Suprematie sichert. Ich habe es stets für den größten Fehler unserer Politik gehalten, daß wir nach dieser Richtung hin keinen ernstesten Versuch unternahmen,

daß wir, die Initiative verlierend, vollkommen unter die Führung Berlins gelangten und nicht vermittelten. Ich war stets der Ansicht, daß im Interesse beider Parteien ein Übereinkommen viel klüger sei als unbeschränkter Wettbewerb oder gar ein Krieg.

Hätten wir außerdem Rußland hinsichtlich der Meerengen dadurch beruhigt, daß wir sie für seine Kriegsschiffe mit der Beschränkung öffnen, daß auf einmal nur ein Schiff die türkischen Gewässer befahren kann, so hätten wir, das ist mein starker Glaube, die Vorbedingungen zur friedlichen Schlichtung der serbischen Frage schaffen können*.

* Die Notwendigkeit der Detente habe ich in der Delegation und in der Presse (1919, Oktober—Dezember) mehrmals ausgeführt.

(Drei Reden über auswärtige Politik, S. 28): „Doch in diesem Bündnisse müssen wir eine gewisse selbständige Rolle spielen, und ich stimme darin mit meinem guten Freunde Grafen Michael Károlyi überein, der gesagt hat, unsere Rolle in diesem Bündnisse sei die, daß wir die Gegensätze mildern, welche zwischen dem Dreibund und der Entente bestehen. In der Tat sind wir hierzu am meisten berufen, weil es zwischen uns und jenen übrigen Großmächten die wenigsten speziellen Interessengegensätze gibt. Ich glaube, daß wir hierin dem Dreibunde, dem Frieden Europas großen Nutzen leisten können. Europas Friede ist so lange gesichert, als zu dem französisch-deutschen Gegensätze nicht ein anderer akuter Gegensatz hinzukommt. Ein solcher war in der letzten Zeit der deutsch-englische, und seit der Annexion wieder der Gegensatz zwischen Rußland und uns. Diese Gegensätze brachten es mit sich, daß der Friede fast einen Krieg aufwiegt, daß er mit so schrecklichen materiellen Opfern verbunden ist, die man à la longue wirklich nicht ertragen kann. Da muß Hilfe geschaffen werden; das ist unsere Pflicht der Menschheit gegenüber, unsere Pflicht gegen uns selbst (So ist's! im Zentrum), unsere Pflicht gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung. Solange die Atmosphäre Europas mit so viel Pulverdampf erfüllt ist, wie das in den letzten fünf, sechs Jahren der Fall war, ist ein wirtschaftlicher Aufschwung in Europa fast ausgeschlossen. Hier tut Abhilfe not. (So ist's! im Zentrum.)

Mittlerweile hat sich von den erwähnten Gegensätzen der eine, der deutsch-englische, wie ich höre, gemildert, was jedenfalls ein großer Vorteil ist. Mit großer Freude begrüßte auch ich es, daß unser Thronfolger in London war und daß er den Faden der persönlichen Fühlungnahme mit der dortigen Dynastie aufgenommen hat. Es ist sehr nützlich, wenn wir in ein intimes, vertraulicheres Verhältnis zu England treten, denn Englands Interessen sind traditionellerweise mit den unserigen identisch. Hauptsächlich im Orient läuft seit dem 18. Jahrhundert die englische Aktion bis zum heutigen Tage fast immer mit der unserigen parallel, ausgenommen — wir bedauern es genug — bei dem Anlaß der bosnischen

Diese Politik war ich bestrebt, auch dadurch vorzubereiten, daß ich Fühlung mit französischen Staatsmännern suchte. Durch Vermittlung eines in Frankreich lebenden Ungarn (namens Mannheim) sollte ich auch eine Zusammenkunft mit dem ehemaligen Minister Steg haben. Die Begegnung hat jedoch der Krieg vereitelt.

Serbien gegenüber hätten wir uns darauf beschränken müssen, einen vollständigen Regimewechsel um jeden Preis herbeizuführen. Diesen Regimewechsel hätten wir dann auf die Weise unterstützen können, daß wir mit Serbien einen guten wirtschaftlichen Vertrag schließen und ihm hierdurch den freien Zugang zum Meere sichern, natürlich ohne jeden Korridor und lediglich durch wirtschaftliche Bestimmungen.

Annexion. Diese Interessengemeinschaft berechtigt zur Hoffnung, daß wir instande sein werden, auch zur Milderung des Gegensatzes zwischen England und Deutschland beizutragen.

Folgt unser Verhältnis zu Rußland. Da sind wir direkt interessiert. Ich würde es für die wichtigste, notwendigste Sache halten, wenn wir jetzt die Spannung zu mildern versuchten, die zweifellos zwischen uns in den letzten Jahren bestanden hat. Ich glaube, daß jetzt eine günstige Gelegenheit dazu vorhanden ist, und dabei schreckt es mich absolut nicht, daß das Verhalten Rußlands uns gegenüber in den letzten Zeiten kein freundschaftliches war. Im Gegenteil, gerade dieses bildet den Anreiz für mich, die Besserung unseres Verhältnisses zu Rußland für dringlich zu erkennen.

Denn ohne realen, wirklichen Interessengegensatz, bloß auf Grund gewisser Empfindlichkeiten der Selbstliebe und des Prestiges besteht dieser Konflikt, der in gewissen Fällen große Gefahren nach sich ziehen kann und uns jedenfalls ungeheures Geld kostet. Ich habe volles Vertrauen dazu, daß man ihn wird mildern können, denn ich sehe keinerlei Grund dazu, daß dieser Gegensatz bestehe.“

„Frankreich gegenüber wäre es, glaube ich, gleichfalls richtig, ein wenig andere Töne anzuschlagen. Ich hätte nicht gewünscht, das, was ich im Ausschusse gesagt habe, hier nochmals vorzubringen; nachdem aber die Sache heute wieder erwähnt worden ist, so will ich darauf zurückkommen, daß ich den Ton des Exposés für nicht sehr gelungen gehalten habe, denn dasselbe enthält nur Einwände, ohne jedes Wort der Anerkennung, und doch ist es, wenn auch an den Pariser Preßorganen manches auszustellen ist, zweifellos, daß in Frankreich auch der Wille zum Frieden sehr groß war, und das muß jeder friedliebende Mensch mit Dank anerkennen.“ (9. Dezember.)

Die Entente hätte Serbien nicht aufgeben müssen, bloß den großserbischen Gedanken, der für sie nur so lange einen Wert repräsentierte, bis sie gegen uns Krieg beginnen wollte oder in dem Glauben war, daß wir sie angreifen wollen. Die Idee hätte jedoch allen Wert verloren, wenn die Detente gelungen wäre.

Im Falle einer Detente wäre die serbische Frage ohne einen Weltkrieg, ja überhaupt ohne Krieg zu lösen gewesen; ohne Detente war jedoch hierzu wenig Aussicht vorhanden. Das gegenseitige Mißtrauen der beiden großen Völkerbündnisse und ihr Haß hätten kaum der Hoffnung Raum gestattet, daß die Entente es friedlich zugeben würde, daß wir den Händen Serbiens das Schwert, dessen es bald doch bedürfen konnte, entwänden.

Auch unsere Regierung fühlte die Notwendigkeit einer Behebung der serbischen Gefahr. Doch war ihr Hauptfehler, daß sie aufgehört hatte, in der europäischen Politik einen selbständigen Willen zu haben. Sie befolgte bloß eine Balkanpolitik, die serbische Frage aber war friedlich nur im Falle einer gewissen Änderung der europäischen Politik zu lösen. Die serbische Gefahr war eine Konsequenz der europäischen Spannung und konnte ohne Blut und Eisen nur mit dem Grundübel zusammen geheilt werden.

Berchtold rechnete schon im Jahre 1913 damit, eine Abrechnung mit den Waffen herbeizuführen, er wurde jedoch hieran durch die Erklärung Italiens behindert, daß dieses uns in solchem Falle nicht unterstützen würde.

Gerade zur Zeit, als das unglückselige Attentat von Sarajevo sich abspielte, wollte Berchtold durch Änderung des Balkangleichgewichtes die serbische Gefahr paralisieren. Aus dem auf dem Ballplatze redigierten und jüngst veröffentlichten, vor dem Morde von Sarajevo geschriebenen Memorandum ist ersichtlich, daß man damals zu diesem Zwecke Bulgarien endgültig gewinnen und die Lage Rumänien gegenüber klären wollte, was wohl richtig, aber nicht hinreichend war. Das Wesen der Frage lag in der Verbesserung des Verhältnisses zur Entente.

Auch in dieser Richtung wurden Versuche unternommen, aber nicht mit hinreichendem Ernst... England und Deutschland einigten sich miteinander hinsichtlich einzelner Fragen. Die Frage der portugiesischen Kolonien wurde (1913/14) bereinigt, hinsichtlich der Bagdadlinie wurde (1914) ein Abkommen getroffen — diese Abmachungen klärten jedoch keineswegs die Fragen, die die Hauptursachen des gegenseitigen Mißtrauens waren, und waren keine Begleiterscheinung einer neuen politischen Richtung wie das Abkommen hinsichtlich der französisch-englischen und der englisch-russischen konkreten Interessen.

Es gelang nicht, die Flottenfrage zu klären. Im Jahre 1912, nach der Marokkokrise und noch nach dem letzten Balkankriege, wurden wohl auch in dieser Hinsicht Versuche unternommen, die jedoch zu einem Mißerfolg führten. Auf dem Meere dauert die Rivalität der beiden Weltmächte weiter. In bezug auf die Frage der Meerengen geschah gar nichts. Die Stimmung

in Rußland uns gegenüber verschlimmert sich von Tag zu Tag.

Neue Aufregung verursacht die Rolle des Generals Liman von Sanders. Hierin wurde der Versuch erblickt, die türkische Armee gewissermaßen zu mediatisieren und unter deutsches Kommando zu stellen. Für Konstantinopel wird die deutsche Vorherrschaft befürchtet.

Durch Nachgiebigkeit löst die deutsche Regierung auch diese Frage, so wie sie schon viele andere auf friedlichem Wege beilegte, doch war deren Nachwirkung wieder nur eine Vertiefung des Mißtrauens, wie es auch bei der Schlichtung vieler anderer Gegensätze der Fall war.

Die russische Presse ergeht sich in heftigen Ausfällen, besonders die „Nowoje Wremja“, die den deutsch-russischen Handelsvertrag zum Vorwande nimmt, um eine große Kampagne gegen Deutschland einzuleiten. Die russische Heeresleitung trifft immer offener und offener Anstalten zum Kriege. Der Kriegsminister brüstet sich damit, zum Schlagen bereit zu sein, und fordert Frankreich öffentlich auf, sich zu rüsten. Die Mobilmachung wird vorbereitet, und zwar nicht nur mit Hilfe organischer Verfügungen, die die Mobilisierung ständig beschleunigen, sondern auch durch Vorkehrungen, die bloß die damalige Mobilisierung erleichterten und hinausgeworfenes Geld waren, wenn diese Mobilisierung nicht durchgeführt würde, wie zum Beispiel die Zurückbehaltung unter Waffen einzelner militärpflichtiger Kategorien oder die Einberufung anderer. Mit Hilfe von Truppentransporten und

-konzentrierungen war die Mobilmachung eigentlich insgeheim schon im Zuge. Der Zar besuchte den König Karl von Rumänien und buhlte förmlich um seine Freundschaft.

Da während des letzten Balkankrieges die russische Volkswirtschaft am eigenen Leibe verspüren mußte, welche schädliche Folgen der Umstand nach sich ziehe, daß die Dardanellen nicht Rußland gehören, beginnt die Frage der Meerengen in der russischen Politik eine stets bedeutendere Rolle zu spielen. Anstatt an eine internationale Lösung wird immer mehr an die Erwerbung gedacht, statt an die friedliche, an eine kriegerische Lösung. Im Februar 1914 erklärt Sasanow in einer amtlichen Besprechung, es sei „die historische Mission Rußlands“, die Meerengen in Besitz zu nehmen. Wiewohl er in der nächsten Zukunft keine Verwicklungen voraussieht, vermag der russische Minister des Äußern doch keine Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan zu übernehmen, daher hält er es schon damals für notwendig, das militärische Projekt einer Besetzung der Meerengen festzusetzen. Die ganze russische Regierung ist hinsichtlich der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Aufgabe mit dem Minister des Auswärtigen einer Meinung.

Hiermit steckt sich die russische Politik ein Ziel, das ohne einen Weltkrieg nicht zu verwirklichen ist.

Auch die Detenteverhandlungen mit England kräftigen in Rußland die Kriegspartei. Je näher die Möglichkeit

gerückt erscheint, daß England sich mit Deutschland ausgleiche, desto intensiver arbeitet Rußland daran, das Verhältnis innerhalb der Entente so innig wie möglich zu gestalten und jede Brücke zwischen London und Berlin zu zerstören. Im April 1914 trachtet Iswolski ein ordentliches Bündnis mit England zu errichten. Es werden auch Verhandlungen in bezug auf die Marinekonvention geführt. Selbst die französischen Staatsmänner sind überrascht, wie sehr Grey Neigung bezeigt, mit Rußland in ein ähnliches Verhältnis zu treten wie mit Frankreich. Der Wettbewerb in den Rüstungen nimmt überall neuen Aufschwung. 1913 macht Deutschland gewaltige Anstrengungen, durch Entwicklung seiner eigenen inneren Macht die Verschlimmerung der Balkanposition wettzumachen. Frankreich nimmt seine Zuflucht zum dreijährigen Militärdienst. Auch Österreich-Ungarn entwickelt seine Heeresmacht.

So war die Weltlage geartet zur Zeit des Mordes in Sarajevo. Dieser war kein alleinstehendes Attentat, sondern der Schlußpunkt einer ganzen Reihe von Anschlägen. In einem Pulverturm war eines der am stärksten gefüllten Fässer explodiert. In der Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens mußte eine Frage gelöst werden, die selbst auf Grund von Vertrauen nur schwer zu schlichten gewesen wäre, denn ihr Wesen war, daß Serbien auf Grund des Nationalitätenprinzipes für sich das beanspruchte, was unser zweifelloses, wertvolles Eigentum war. Alle Welt hatte die Empfindung, daß dieser Mord nicht an einer

bestimmten Person verübt worden war, sondern an dem Vertreter der Monarchie. Alle Welt wußte, daß nicht isolierte Fanatiker den Mord begangen hatten, sondern daß er gezeitigt worden war durch den glühenden Haß einer ganzen Gesellschaft, einen Haß, den die offizielle Politik des serbischen Staates schürte. Daher war es natürlich, daher begegnete es überall Zustimmung, daß sich die Monarchie entschloß, mit dieser Richtung abzurechnen und Serbien um jeden Preis zur Abrüstung zu zwingen. An der Lage ändert es durchaus nichts, daß der Schuß von einem bosnischen Untertan auf bosnischem Gebiete abgefeuert worden war, denn dieser Bosniake war serbischer Nationalität, trieb serbische Politik, war das Werkzeug eines aus Serbien hervorgegangenen Impulses und wollte im Interesse Serbiens handeln. Und wird seitens der Entente darauf verwiesen, daß das Leben des Zaren oft durch im Auslande angezettelte Mordanschläge gefährdet wurde und der Präsident der Französischen Republik Carnot von einem Italiener erschossen worden sei, ohne daß deswegen Rußland oder Frankreich von dem betreffenden ausländischen Staate Genugtuung verlangt hätte, so erwidere ich, daß dies wohl wahr sei, aber nichts beweise, denn in dem Falle von Sarajevo war die Lage eine andere als in den übrigen Fällen, in welchen es sich um anarchistische Attentate handelte und nicht um nationalistische, nicht um Anschläge, die die Folge feindlicher Politik der Nachbarvölker waren. Diese Attentate wurden nicht im Interesse der Forderungen

von feindlichen Staaten begangen. Ihre Zwecke verurteilte auch das Land selbst, zu dessen Bürgern diese Mörder gehörten. Ich frage: Hätte wohl Frankreich die Ermordung Sadi Carnots ruhig hingenommen, wenn diese Freveltat eine Folge dessen gewesen wäre, daß in Italien Presse, Dynastie und Regierung zur Eroberung Nizzas, Savoyens und Tunesiens aufreizten und diese Aufreizungen den Dolch in fanatische Hände gegeben hätten, um ihn gegen den Vertreter des französischen Staates zu zücken?

Ich habe hiemit meine Antwort auf die erste Frage erteilt, und ich habe begründet, warum die überwiegende Mehrheit der Nation und ich selber die Nachricht des Ultimatums mit Beruhigung aufgenommen hatten, wiewohl ich vorher nichts vom Ultimatum gewußt hatte und unser Vorgehen weder damals für geschickt hielt, noch jetzt gutheißen kann. Wir hatten eben die Empfindung, daß es um den Schutz vitaler nationaler Interessen ging, um eine Defensivpolitik, die jeder Patriot unterstützen mußte, mochte er das Vorgehen der Regierung für verfehlt oder für fehlerfrei halten.

Ich gebe zu, daß auch ein öffentlicher Geist denkbar ist, der selbst in solch gefährlicher Situation, nach einem solchen Schlag ins Gesicht an keine gewaltsame Retorsion denkt, ich konzedere, daß es einen öffentlichen Geist geben könnte, der den eigenen Rechten zu entsagen oder seine Lebensinteressen einer internationalen Gerichtsbarkeit zu unterwerfen geneigt wäre. Jene Nation, die in einem dem unserigen ähnlichen Falle ihr Geschick der

Gerechtigkeitsliebe anderer anvertraut hat, könnte füglich und mit moralischem Rechte von uns fordern, daß auch wir ein Gleiches tun. Eine solche Nation existiert aber nicht, denn in einem ähnlichen Falle hat sich noch niemand an das Wohlwollen eines dritten Faktors gewendet.

Nicht die Frage mußte entschieden werden, ob der Mord in Sarajevo und die Teilnahme der serbischen Gesellschaft an dem Morde vom Standpunkt des strikten Rechtes eine Grundlage zur Genugtuung und Strafe bot, sondern es mußte die Frage entschieden werden, welcher Garantien es bedurfte, um die mit dem Morde verknüpfte, unser Dasein und den internationalen Frieden ständig bedrohende serbische Politik aus der Welt zu schaffen. In einer solchen Frage aber hat der Haager Schiedsgerichtshof noch nie einen Beschluß erbracht. Auch unter den Befürwortern der internationalen Reform war die allgemeine Auffassung zu jener Zeit noch die, daß Fragen, die die nationale Ehre und die nationalen Daseinsinteressen berühren, vor keinen Gerichtshof gehören.

Als Krüger in einer ähnlich wichtigen Frage seinerzeit England den Antrag stellte, die Entscheidung durch einen Richterspruch fällen zu lassen, hat England die Zustimmung verweigert. In dem zwischen England und Frankreich geschlossenen Vertrage wird *expressis verbis* ausgesprochen, daß aus dem Wirkungskreise des Schiedsgerichtes Angelegenheiten dieser Art auszuschließen seien. Als demnach auch wir unsere Daseinsinteressen nicht

dem Haager Schiedsgericht anvertrauen wollten, wandelten wir auf bereits beschrittenen Pfaden. In Anbetracht der öffentlichen Auffassung und der bisherigen Praxis hat kein Volk das Recht, uns deswegen Vorwürfe zu machen. Als die Nation die Idee einer Abrechnung mit Serbien zustimmend begrüßte, als sie der Militärflicht begeistert Genüge leistete, wähnte sie in ihrem Rechte zu sein und eine rein defensive Politik zu befolgen. Wegen ihrer damaligen Haltung hat unsere Nation auch nachträglich keine Ursache, sich zu schämen.

Die furchtbaren Folgen des jetzigen Krieges werden die Völker hoffentlich dazu bestimmen, zur Schlichtung internationaler Konflikte einen friedlichen Modus zu finden. Will man aber nicht — auf Grund von Prinzipien, welche in der Zukunft hoffentlich die Herrschaft erlangen werden — sämtliche Völker, die bisher Kriege geführt haben, verurteilen, dann darf auch über uns der Stab nicht gebrochen werden, denn bei uns Ungarn gab es keinen einzigen Menschen, der den Krieg um einer Eroberung, um einer Machtausdehnung willen gewollt hätte. Bei uns galt es förmlich als Axiom, daß es genug Nichtungarn auf ungarischem Gebiete gebe, und daß es verfehlt wäre, einer Eroberung zuliebe auch nur ein einziges Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Wir fühlen uns auch dazu nicht stark genug, um von dem Kriege irgendeine große weltpolitische Rolle oder führenden Einfluß zu erwarten.

Eine Besiegung Rußlands, die eine aggressive zaristische Politik für lange Zeit unmöglich gemacht hätte, wagte

bei uns niemand zu erhoffen. Frankreich und England in die Knie zu zwingen und auf dem ganzen Kontinent die Vorherrschaft Deutschlands aufzurichten, konnte kein Zweck sein, für den auch nur ein einziger besonnener Ungar sein Blut zu opfern bereit gewesen wäre. Im Gegenteil, wie jede kleine Nation, hatte auch die unsere Interesse an der Erhaltung des Gleichgewichtes, das durch den Krieg mit Umstürzung bedroht erschien. Mit dem Kriegsgedanken haben wir uns ausschließlich zu dem Zwecke befreundet, um unseren Besitzstand zu schützen. Jede andere Behauptung ist entweder ein Irrtum oder eine Lüge. Ein Beweis hierfür ist die Haltung Tizasas im entscheidenden gemeinsamen Ministerrate. Gerade jener Ungar, den man am meisten der Heraufbeschwörung des Krieges beschuldigte, der mit dieser Begründung ermordet wurde, der in den entscheidenden Beratungen Ungarn allein vertrat — gerade dieser Ungar war es, auf dessen Antrag der Ministerrat pro foro interno, nicht irgendeiner taktischen Wirkung zuliebe, den Beschluß faßte, keinen Eroberungskrieg zu führen und keine serbischen Gebiete zu erwerben, und der unter allen Teilnehmern den friedlichsten Standpunkt einnahm.

Wer hat den Krieg verbrochen?

NUN will ich mich mit der Frage beschäftigen, wer den Weltkrieg gewollt hatte: War es Deutschland, das nach der Weltherrschaft strebte und daher den Weltkrieg heraufbeschwor? Oder war es England, das aus Eifersucht gegen Deutschland und in der Absicht, Deutschlands in Entwicklung begriffene Flotte zu vernichten und die rapide Entwicklung seiner Volkswirtschaft niederzudrücken, Frankreichs Revanchegelüste schürte und Rußlands herkömmlichen Expansionsdrang förderte? Oder hat Rußland den Krieg gewollt und verursacht?

Friedrich II., König von Preußen, hatte eine volle Schatzkammer und ein gutes Heer geerbt. Schlesien war eine schöne Ergänzung seiner Provinzen, der König fühlte, daß er hochbegabt sei, ihn düstete nach Ruhm: er griff daher Österreich an.

Der große italienische Staatsmann Cavour gelangte zur Einsicht, daß er nur über den Leib Österreichs hinweg zu der Vereinigung aller Italiener gelangen könne, er suchte daher Anlaß zum Kriege und gewann in Plombières den Kaiser Napoleon III. für die Idee der Offensive.

Bismarck wußte, daß Preußen ohne die Verdrängung Österreichs nicht instande sei, in Deutschland die Vorherrschaft zu erringen, er suchte daher einen Vorwand, mit Österreich anzubinden.

Wer hat nun in der jüngsten Gegenwart die Rolle dieser Männer gespielt? Grey oder Bethmann Hollweg? Poincaré oder Wilhelm II.?

Wir Mittelmächte wollten keinen Weltkrieg, weder Deutschland noch Österreich-Ungarn, aber wir wollten Serbien besiegen. Die politischen Ziele unserer Regierungen gipfelten in der Erhaltung des Vorhandenen, nicht aber in Eroberungen, denen zuliebe es der Mühe wert gewesen wäre, einen Weltkrieg zu riskieren. Deutschlands einziger an dem bestehenden Machtverhältnisse ändernder Gedanke war der Ausbau der Flotte, aber selbst dieser Gedanke hatte keine Niederringung oder auch nur Schwächung der Machtfaktoren anderer Staaten zur Folge, sondern nur die friedliche Entfaltung der eigenen Kraftquellen. Ja, eben dieser Ehrgeiz unseres Verbündeten hätte einen Weltkrieg am ehesten hintangehalten, denn es liegt doch klar auf der Hand, daß die begonnene Flottenentwicklung nur in Friedenszeiten zur Reife gelangen konnte. Der Krieg, bevor Deutschland die „Gefahrzone“ der Seeschwäche passierte, drohte mit sicherer Vernichtung der um den Preis großer Opfer schon erzielten Ergebnisse.

Österreich-Ungarn will aber die serbische Frage radikal lösen, weil es fühlt, daß, wenn es nach dem Morde keine ernste Gewähr dafür erhält, daß Serbien seine aggressive

Politik nicht weiter betreiben werde, die Monarchie aufhört, aktionsfähig zu sein, auf ihre Zukunft zu vertrauen und in die Gefahr kommt, auseinanderzufallen wie gelöste Garben. In diesem Falle würde keine Hoffnung mehr bestehen, daß sich die Lage auf dem Balkan bessere; sie könnte nur schlechter werden.

Deutschland fühlte, daß die Ententestaaten Serbien nicht deswegen in Schutz genommen hatten, weil sie die Forderung Serbiens an und für sich für berechtigt hielten, sondern weil sie in uns eine vorgeschobene Bastion der deutschen Weltmacht zu treffen wähten. Gegen uns unterstützte die Entente Serbien nur, weil sie dadurch Deutschland vom Orient abschneiden wollte. Ließe man uns unter diesem Drucke zusammenbrechen, so würde sich Deutschland selber aufgeben und sich jener Koalition ausliefern, von deren aggressiven Zielen die öffentliche Meinung Deutschlands durchdrungen war. Von Deutschland erheischten dessen vitale Interessen und Empfindungen gleichfalls, eine Lösung zu suchen, die das jugoslawische Damoklesschwert entfernen würde. Aus diesem Grunde geschah es auch, daß der Botschafter von Tschirschky, wie er mir dies, nachdem wir die serbische Frage in Anregung brachten, selber erzählte, uns zu einer energischen Aktion zu bewegen trachtete und uns fühlen ließ, daß Österreich-Ungarn in Berlin seinen Wert als Bundesgenosse verlieren würde, wenn es diese Frage nicht zu lösen vermöchte. Darum auch sind der Deutsche Kaiser und der Reichskanzler der Ansicht,

daß ein rasches militärisches Auftreten am vorteilhaftesten wäre (7. Juni).

In jenem ersten Ministerrate, der sich mit den Konsequenzen des Attentates befaßte, fordern mit Ausnahme Tizas sämtliche Teilnehmer, alle gemeinsamen und österreichischen Minister den Krieg und halten ein schnelles überraschungsweises Vorgehen als das einzig zum Ziele führende. Tiza allein verhindert die Erbringung eines derartigen Beschlusses. Er würde sich mit dem diplomatischen Sieg bescheiden, der zum Ausgangspunkte einer aktiveren Orientpolitik werden und unsere Lage verbessern könnte.

Doch nicht diese Auffassung diene der Politik der Monarchie als Richtschnur. Bei Abfassung des Ultimatum und bei der späteren Aktion kommt augenscheinlich die Absicht zur Geltung, Serbien dem Kriege zuzudrängen. Infolge des Dazwischentretens Tizas bietet sich Serbien Gelegenheit, den Krieg zu vermeiden, unser weiteres Vorgehen aber scheint den Zweck zu haben, zu erschweren, daß Serbien von dieser Gelegenheit ohne volle Demütigung Gebrauch mache.

Machen es nun auch die Daten des neuen Rotbuches völlig klar, daß man in Wien den Krieg mit Serbien als die beste Lösung betrachtete, so wird auch aus diesen Daten ersichtlich, daß man in Wien keinen Weltkrieg mochte. Muß man dies überhaupt beweisen? Ist es nicht selbstverständlich, daß die morsche Monarchie und der alte Herrscher keinen Weltkrieg wollten? Liegt in der Tatsache, daß wir die Initiative zur Aktion ergriffen, nicht der

Beweis, daß es sich um ein bescheideneres Ziel handelte als den Weltkrieg? Kein einziger Minister — ob Reichsdeutscher, Österreicher oder Ungar — sprach davon, man müsse die Gelegenheit wahrnehmen, um Rußland oder die Entente zu besiegen oder um die Lage zwischen den beiden Weltbündnissen mit bewaffneter Hand ein für allemal zu klären. Von dem Weltkriege ist nur wie von einer möglichen Eventualität die Rede, die nur riskiert werden müsse, da sie ohnehin kaum vermeidlich sei. Unsere ganze diplomatische Wirksamkeit erschöpft sich in dem Versuch, die europäische Frage von der serbischen zu trennen. Wir sind bereit, mit Rußland in bezug auf die Sicherung unserer Interessen ein Abkommen zu treffen. Rußland zuliebe wären wir geneigt, Serbien günstige Friedensbedingungen zu stellen, nur wollen wir zuerst mit Serbien bewaffnet abrechnen. Den Antrag Tizzas — keine Eroberung auf Kosten Serbiens zu machen — nimmt das Ministerium einstimmig an in der Hoffnung, durch ihn den Weltkrieg vermeiden zu können.

Als wir zu der klaren Erkenntnis kommen, daß dies unerreichbar ist, daß der serbische Krieg einen Weltkrieg verursachen werde, ändert sich unsere Politik. Am 29. Juli mobilisiert Rußland gegen Österreich-Ungarn. Wir sind im klaren darüber, daß Frankreich für Rußland Stellung nehmen wird. Grey läßt es Herrn von Bethmann Hollweg klipp und klar sagen, er möge auf Englands Neutralität nicht rechnen, und es könne geschehen, daß sich England sehr rasch zur Intervention entschließe.

Der Deutsche Kaiser, der schon bereit gewesen wäre, die serbische Antwort als Grundlage von Verhandlungen zu akzeptieren, erschrickt nun vor dem Weltkriege und rät aufs entschiedenste zur Nachgiebigkeit. Bethmann Hollweg schreibt fast drohend an Berchtold und empfiehlt diesem, den Vorschlag Greys anzunehmen, in dessen Sinne wir unsere Truppen zum Stehen zu bringen und, Belgrad als Faustpfand behaltend, die Intervention der Großmächte zwischen uns und Rußland anzunehmen hätten.

Auch bei uns scheint sich eine gewisse Kursänderung bemerkbar zu machen. Wir lassen uns mit Rußland in eine Konversation über das serbische Ultimatum ein (30. Juli), obwohl Berchtold noch am 28. Juli auf einen derartigen Vorschlag Sasanows nicht eingehen wollte. Auch der bisher zurückgewiesenen Vermittlung à quatre sind wir schon unter gewissen Bedingungen geneigt, näherzutreten (30. Juli). Wir geben die Absicht, die serbische Armee zu schlagen, noch nicht auf, da wir, sagt der Minister des Äußern, „in zwei bis drei Jahren wieder einen Angriff Serbiens“ befürchten, aber wer weiß, ob die erste Konzession nicht weitere entgegenkommende Schritte zur Folge haben werde?

Die Ententediplomaten beginnen zu hoffen. Da erfolgt aber Rußlands allgemeine Mobilmachung, die allen Friedensmöglichkeiten mit einem Schlage ein Ende bereitet. Deutscherseits wurde schon vorher angedeutet, daß, falls Rußland gegen Deutschland mobil mache, letzteres gezwungen wäre, das gleiche zu tun, und daß Deutschlands

allgemeine Mobilisierung den Krieg bedeute. Als Rußland in Kenntnis dieser Umstände dennoch mobilisiert, ist man in Berlin der Überzeugung, daß Rußland den Krieg wolle, wie es denn auch unbezweifelbare Tatsache ist, daß Rußland wußte, die Folge dieser seiner Mobilmachung würde der Weltkrieg sein. Sasanow übermittelt (29. Juli) an Poincaré die Botschaft, daß infolge seiner militärischen Maßnahmen „mit der Unvermeidlichkeit des Krieges“ gerechnet werden müsse. In Berlin empfindet man als einzige Pflicht, durch rasches Eintreten in den Krieg die Siegesaussichten zu verbessern und den in der größeren Schnelligkeit liegenden Vorteil auszunützen.

Als die Verhandlungen durch die russische Mobilisierung entzweigeschnitten wurden, wäre eine Sicherung des Friedens noch immer möglich gewesen. Die Vermittlungsversuche blieben unvollendet, sie scheiterten noch nicht endgültig. Es bestand noch die Möglichkeit, daß Österreich-Ungarn seine Truppen zum Stehen bringt und sich in Unterhandlungen einläßt. Es wäre möglich gewesen, daß die Entente eine Besiegung Serbiens dulde und sich damit begnüge, Serbien nach der militärischen Niederringung zu retten und Bedingungen zu erreichen, welche die künftige Lebensfähigkeit und Unabhängigkeit dieses Landes sichern.

Die russische Mobilisierung war es, die diese Möglichkeiten zunichte machte. Welche Motive führten zu dieser Mobilisierung? Wollte die Entente den Weltkrieg? Was wissen wir über die Absichten der Ententestaaten? Sind nicht diese die gesuchten Verbrecher?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Frankreich Ursache zum Weltkrieg hatte.

Elsaß-Lothringen war nur durch einen Weltkrieg an Frankreich zu bringen, die Schmach, die 1870/71 für Frankreich bedeuteten, war nur durch deutsches Blut abzuwaschen. Die jüngsten ans Tageslicht gekommenen Dokumente beweisen auch, daß Frankreich seit der Entente cordiale und namentlich seit der Marokkokrise den Augenblick des großen Ringens, der großen historischen Abrechnung immer mehr nahen fühlte.

Zur Zeit der Marokkokrise (1911) äußert sich der französische Botschafter in London, Cambon, also eine jedenfalls zuständige Persönlichkeit, dem Londoner serbischen Gesandten gegenüber: die damaligen Gegensätze würden wahrscheinlich im Wege gütlichen Übereinkommens geschlichtet werden, jedoch „durch diese Verständigung werden und können die Gefahren, welche von der draufgängerischen Politik Deutschlands drohen, nicht für längere Zeit beseitigt werden. Das Resultat dieser Verständigung wird nur ein Aufschub des Krieges um drei bis vier Jahre sein.“ Frankreich ist sich bewußt, daß ihm in jedem Falle der Krieg aufgezwungen werden wird. Aber Frankreich sowohl als auch seine Verbündeten sind der Ansicht, daß selbst um den Preis größerer Opfer der Krieg auf einen entferneren Zeitraum verschoben werden müsse, das heißt auf 1914 bis 1915!*

* Diese Zitate sind alle dem neuen deutschen Weißbuche über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges (Berlin 1919) entnommen.

1912 erklärt Poincaré, damals Ministerpräsident, Herrn von Iswolski: „Frankreich ist unzweifelhaft friedlich gesinnt und sucht und wünscht keinen Krieg, doch Deutschlands Auftreten gegen Rußland wird diese Gesinnung sofort ändern,“ und er ist überzeugt, daß in diesem Falle das Parlament und die öffentliche Meinung die Entschlossenheit der Regierung in der Erweisung einer bewaffneten Unterstützung Rußlands ausnahmslos billigen werden. Zu gleicher Zeit bekräftigt er dasselbe gegenüber dem russischen Botschafter: „Im Laufe des Gesprächs sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland voll und ganz auf die bewaffnete Unterstützung Frankreichs rechnen könne.“

Während des Balkankrieges (1913) berichtet der russische Botschafter in London Graf Benckendorf, also abermals ein kompetenter und unparteiischer Zeuge, an seine Regierung: „De toutes les Puissances, c'est la France seule qui, pour ne pas dire qu'elle veut la guerre, la verrait sans grand regret. En tout cas rien ne m'a indiqué qu'elle contribue activement à travailler dans le sens d'un compromis. Or, le compromis, c'est la paix, en dehors d'un compromis — c'est la guerre!“ Der russische Botschafter schreibt: „La situation, telle que j'ai pu l'observer, me paraît être que toutes les Puissances travaillent en réalité à la paix. Mais de toutes, c'est la France qui accepterait la guerre avec le plus de philosophie. La France, comme il a été, c'est reprise'. Elle a, à tort ou à raison, confiance

complète en son armée; le vieux levain de rancune repa-rait; elle pourrait bien juger les circonstances plus favo-rables aujourd'hui qu'elles ne le seraient plus tard.“

Auf kriegerische Absichten scheint auch ein Gespräch Michael Károlyis hinzudeuten, das er ein paar Wochen vor Verübung des Serajewer Anschlages mit dem Präsi-denten der Republik, Poincaré, führte, und von dem mir Károlyi in den letzten Kriegswochen Mitteilung machte. Poincaré versuchte, Károlyi zu bewegen, Ungarn möge das Bündnis wechseln und sich in dem Kriege, den der Präsi-dent für 1916 erwartete, auf seiten der Entente stellen. Wenn sich Ungarn entschlösse, das deutsche Bündnis und Österreich in Stich zu lassen, verspräche ihm Poincaré völlige Selbständigkeit. Der Präsident wies auch darauf hin, daß in dem Kriege Deutschland ohnehin nicht siegen könne, da Italien aus dem Bündnis springen würde.

All dies spricht dafür, daß man in Frankreich den Krieg bereits für unvermeidlich hielt. Man fürchtete ihn auch immer weniger. Die französische Politik sah es als ihren Hauptzweck an, sich auf den Krieg vorzubereiten. Es ist indes dokumentarisch nicht nachgewiesen, daß Frankreich beschlossen hätte, den für „unvermeidlich“ gehaltenen Krieg im Jahre 1914 oder zu einem anderen bestimmten Zeitpunkte zu provozieren. Wir kennen keinen Vertrag, der Frankreich hierzu verpflichten würde. Klar ersicht-lich ist nur, daß Frankreich absolut entschlossen war, in den Krieg einzugreifen, sobald Deutschland und Rußland zusammenstoßen würden, und daß dies in Rußland längst

bekannt war, was diesem Reich eine große Sicherheit und Aktionsfreiheit sicherte und den Ausbruch des Krieges erleichterte.

Auch Rußland hatte ein Weltkriegsmotiv. Das Tor seiner Meere und seiner reichsten Gegenden, das dem russischen Herzen so nahestehende Byzanz, vermag es nur mit Hilfe eines Weltkrieges zu gewinnen. Nebstbei kann auch Jugoslawien nur aus einem Meer von Blut entstehen, was man in Petersburg sehr wohl weiß.

Der russische Gesandte in Bukarest, Fürst Urusoff, sagte dem serbischen Gesandten zur Zeit der Annexionskrise (1898): „Kein Vernünftiger habe denken können, daß Österreich-Ungarn aus eigenen Stücken die okkupierten Provinzen aufgeben würde und daß sie an Serbien fallen würden.“ Diese Eventualität kann nur die „Folge eines für Österreich-Ungarn unglücklichen Krieges oder einer erfolgreichen Revolution in Bosnien“ sein. Zu derselben kritischen Zeit äußert sich der russische Minister des Äußern Iswolski zu dem serbischen Gesandten, es sei allgemein bekannt, Österreich würde Bosnien und die Herzegowina niemals ohne Krieg an die Türkei und noch weit weniger an die Serben abtreten. Ein gleiches sagt der Zar:

„Der Zar,“ berichtet ein serbischer Diplomat, „gab seinen großen Sympathien für Serbien Ausdruck, riet eine ruhige Haltung an, denn unsre Sache sei gerecht, aber unsre Vorbereitung schwach. Die bosnisch-herzegowinische Frage werde nur durch einen Krieg entschieden werden.“

Rußland, trotzdem es dies weiß, schürt und kräftigt die großserbischen Ambitionen. Und der Zar fährt weiter fort: „Unsre Direktive möge sein: Verständigung mit der Türkei, ruhige Haltung, militärische Vorbereitung und Abwarten.“

Als Gutschkow 1909, ebenfalls zur Zeit der bosnischen Krise, Serbien mitteilte, Rußland könne sich in die Frage nicht einmengen, fügte er in bezug auf die Zukunft hinzu:

„Ist unsre Rüstung einmal vollkommen durchgeführt, dann werden wir uns mit Österreich-Ungarn auseinandersetzen. Beginnet jetzt keinen Krieg, denn dies wäre euer Selbstmord, verschweiget eure Absichten und bereitet euch vor, es werden die Tage eurer Freuden kommen.“ Über Bobrinski berichtet der serbische Gesandte, er habe ihm gesagt: „Bei uns war gegen Österreich kein Haß, aber die von Österreich uns bereitete Erniedrigung hat gegen Österreich einen fürchterlichen Zorn und Haß entfesselt, sie werden das teuer bezahlen.“

Und wieder äußert sich Iswolski zu dem serbischen Gesandten, „Serbien werde so lange zu einem kärglichen Leben verurteilt sein, bis der Moment des Verfalls von Österreich-Ungarn eingetreten sein werde. Die Annexion habe diesen Moment nähergerückt, wenn er eintritt, werde Rußland die serbische Frage aufrollen und lösen. Iswolski sieht ein, daß der Kampf mit dem Germanentum unausweichbar sei.“

Zur Zeit des Balkankrieges berichtet der serbische Gesandte über den neuen russischen Minister des Auswärtigen,

Sasanow, „er hege nach den großen Erfolgen Vertrauen zu unserer Kraft und glaube, daß wir Österreich-Ungarn erschüttern werden. Wir sollten uns damit begnügen, was wir bekommen würden, und dies als eine Etappe betrachten, denn die Zukunft sei unser.“

Im Jahre 1913, ebenfalls während des Balkankonfliktes, wiederholt Sasanow, daß Serbien für die künftige Zeit arbeiten müsse, „wenn es viel Land von Österreich-Ungarn bekommen werde“. Sasanow läßt (1913) dem russischen Geschäftsträger in Belgrad, Hartwig, sagen: „Serbien hat erst das erste Stadium seines historischen Weges durchlaufen, und zur Erreichung seines Zieles muß es noch einen furchtbaren Kampf aushalten, der seine ganze Existenz in Frage stellen kann. Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiet des heutigen Österreich-Ungarn und nicht dort, wohin es jetzt strebt und wo auf seinem Wege die Bulgaren stehen. Unter diesen Umständen ist es ein Lebensinteresse Serbiens, einerseits die Bundesgenossenschaft mit Bulgarien zu erhalten und sich anderseits in zäher und geduldiger Arbeit in den erforderlichen Grad der Bereitschaft für den in der Zukunft unabweichlichen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und zum Verderben seiner Feinde, die schon deutliche Zeichen der Zersetzung aufweisen. Ein Bruch zwischen Bulgarien und Serbien wäre ein Triumph Österreichs. Seine Agonie würde dadurch um viele Jahre hinausgeschoben werden.“ Kann man deutlicher sein?

Im selben Jahre berichtet der serbische Gesandte in Petersburg, eine berufene Persönlichkeit habe ihm zur Kenntnis gebracht, „daß wir unmittelbar vor der Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges standen, und daß der Grund, aus dem dieser Krieg mit gewissen moralischen Opfern für jetzt vermieden worden ist, unter anderem auch auf den Wunsch zurückzuführen sei, den Balkanverbündeten Gelegenheit zur Erholung, Sammlung und Vorbereitung für Eventualitäten, die in einer nicht fernen Zukunft eintreten könnten, zu gewähren“.

Der Hauptvertreter der großserbischen Idee, Pasics, meldet (1914) nach Belgrad, der Zar hätte ihm gesagt, er habe „seine Slawenpflicht erfüllt“, als er während des Balkankrieges gegen Österreich-Ungarn mobil machte. Der Zar ermuntert Pasics, Serbien möge sich Rumänien nähern, dem sich die österreichischen und ungarländischen Rumänen anschließen wollen. Als sich der serbische Ministerpräsident vor dem Zaren rühmt, die Südslawen der Monarchie gravitieren auswärts, merkt er, daß dies dem Zaren „sehr lieb“ sei. Nikolaus drückt die Hoffnung aus, die russischen Banken würden sich für die slawischen Länder nun mehr interessieren als bisher, und betont, Österreich behandle die slawischen Staatsbürger schlecht, was sich, wenn dies so weiterginge, rächen müßte. Der Zar gibt seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß Serbien über eine starke Armee verfügt. Als Pasics das Projekt ventiliert, zwischen der russischen und der serbischen Dynastie müßte ein Ehebündnis geschlossen werden, so daß die

Großfürstin „zur Zarewna sämtlicher Südslawen“ würde, nimmt dies der Zar, wie es in dem Berichte des serbischen Staatsmannes heißt, „mit sichtbarer Freude“ entgegen. Das charakteristische Gespräch endigt damit, daß der mächtige Zar erklärt, er werde „für Serbien alles tun“.

All dies beweist, daß Rußland 1908/09 gelegentlich der bosnischen Annexion den Krieg wohl nicht mochte, aber nur, weil es sich damals noch für zu schwach hielt, daß es aber die großserbische Idee schon damals billigte. Die russische Diplomatie arbeitete konsequent darauf hin, daß Serbien dieses offensive Bestreben nicht aufgebe, wiewohl sie wußte, daß dessen Verwirklichung nur um den Preis eines Krieges möglich sei. Anlässlich des Balkankrieges wollte Rußland noch immer keinen Krieg führen, aber wieder nur, weil es sich noch immer für zu schwach hielt. Doch nährte es mit der Sorgsamkeit der Vestalin die Flamme, aus der der heutige Feuerbrand entstand. Durch Aufmunterung sorgte es dafür, daß Großserbien ein lebendiges Ideal bleibe und dieses auf unsere und nicht auf Bulgariens Kosten zu verwirklichen trachte.

Rußlands Schuld am Kriege ist daher nicht fraglich. Es sammelte das Material des Weltbrandes mit bewußter Zähigkeit.

Es will unsere Vernichtung: durch Krieg oder Revolution.

Fraglich ist nur, ob die Regierung des Zaren den Krieg schon für 1914 beschlossen hatte. Positive Beweise liegen hierfür nicht vor. Jedenfalls ist das größte Hindernis

des Friedens darin zu suchen, daß Rußland, nachdem es Serbien auf jene schiefe Ebene schob, welche zur Katastrophe führte, es unserer Strafe nicht preisgeben konnte.

Rußland wollte auch keine Lösung annehmen, die das Schwert aus der Hand der Karagyorgyevics entwenden könnte.

England hatte die mindeste Ursache, einen Weltkrieg zu wollen. Die deutschen Kolonien würden den Krieg nicht verlohnen. Man müßte mehr darauf zahlen, als es trüge. Den deutschen wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Schwert vernichten zu wollen, wäre ebenfalls eine schlechte Berechnung. Den eigenen Abnehmer zugrunde zu richten, wäre unklug. Überhaupt wären die Kosten des Weltkrieges so groß, daß er kein gutes Geschäft sein könne. Die Vernichtung der deutschen Flotte wäre allerdings ein ernstes Interesse, doch wurde die in der deutschen Flotte enthaltene Drohung durch das Bündnissystem und den Flottenbau Englands auch ohne Kriegsrisiko paralytisch. Dieser allgemeinen Lage entspricht es, daß sich auch in den neueren Mitteilungen keine Einzelheiten finden, die Englands kriegerische Absicht verraten würden.

Seitdem England mit Deutschland nicht übereinzukommen vermag, schart es gegen seinen Rivalen ein großes Lager um sich. Diese Stellungnahme Großbritanniens verschärft die Lage. Sie gibt den Feinden Deutschlands Mut. Sie stärkt die Revancheidee Frankreichs und macht das blutige Spiel Rußlands mit Serbien möglich.

Doch ist mir keine Äußerung englischer verantwortlicher Staatsmänner bekannt, die für eine kriegerische Absicht zeugen würde.

Man muß sogar anerkennen, daß die englische Politik sich peinlich von jeder Übernahme von Verpflichtungen, von jeder Aufmunterung fernhält, und solange sie dadurch die Freundschaft der Franzosen nicht riskiert, im Interesse des Friedens zu wirken trachtet.

Zur Zeit des letzten Marokkokonfliktes ist die Haltung Greys eine solche, daß der französische Ministerpräsident Caillaux, wie er schreibt, nicht die genügende Beruhigung besitzt, im Notfalle die militärische Unterstützung Englands zu erhalten, was ihn vorsichtig stimmt.

In der Epoche des Balkankrieges ist Poincaré der Meinung, England werde Rußland im Kriegsfall einer diplomatischen Unterstützung teilhaftig werden lassen, was — fügt Poincaré hinzu — immerhin nicht ausschließe, daß England eventuell auch noch weiter gehe. In seinem schon erwähnten Berichte über die Kampfbereitschaft Frankreichs hebt Graf Benckendorf hervor, der französische Botschafter Cambon vertraue auf die Hilfe Englands und hoffe, daß das Ehrgefühl oder das Bewußtsein nationaler Würde England das Schwert in die Hand drängen würde. Er betont jedoch, daß die englische Regierung und öffentliche Meinung den Frieden wollen, auf ein Kompromiß hinarbeiten. Wenn er trotzdem der Meinung ist, England würde zum Schutze Frankreichs auf den Plan treten, kann doch nicht geleugnet werden, daß die

englische Politik auch in diesem Falle eher zur Vorsicht mahnt, als zum Kriege hetzt.

Auch während der letzten Krise scheint England eine vorsichtige Politik gemacht zu haben, die bis zum letzten Moment jede solche Verpflichtung zu vermeiden wußte, welche Frankreich die Sicherheit der Hilfeleistung geben könnte, ohne anderseits dadurch das Vertrauen der Alliierten zu verlieren.

Am 27. Juli telegraphiert der russische Botschafter, daß das Vertrauen, welches Berlin und Wien zur Neutralität Englands hegen, nicht mehr gerechtfertigt sei. Dabei scheint er aber auch nicht positiv auf England rechnen zu können. Am 30., also einen Tag bevor dem französischen Botschafter Cambon Sir Edward erklärte, er könne keine Verpflichtung dafür übernehmen, daß England sich an der Kampagne beteiligen werde, sagt Cambon zu Benckendorf, er glaube, „die Lage im Parlament sei noch nicht genügend dazu geklärt, daß Grey ohne Risiko schon heute offen auftreten könnte“, was offenkundig so viel heißt, daß sich die Regierung mit Sicherheit noch nicht auf die Seite Rußlands und Frankreichs stellen könne. Am 31. sagt der russische Botschafter, „Grey sehe klar“ und wisse, daß „Vorsicht notwendig sei“. Die öffentliche Meinung betrachte die ganze serbische Affäre als eine rein slawische, und die Regierung könne „nicht auftreten“, wenn die öffentliche Meinung nicht hinter ihr stehe. Nur falls die Gefahr Frankreichs in Erscheinung treten würde, könnte sich die Frage in England entscheiden. „Die Geschichte

mit Serbien“ hat in der öffentlichen Meinung keine Bedeutung, „in Nordengland seien die Geld-, Handels- und gewerblichen Zentren gegen den Krieg“. Unter solchen Verhältnissen, sagt der russische Botschafter, könnte sich „die auf England gesetzte Hoffnung als trügerisch erweisen“ und der Ausdruck von Rußlands Vertrauen zu England die Aktion Greys paralysieren.

Die Entscheidung für das kriegerische Eingreifen Englands wurde erst durch die Verletzung der luxemburgischen und der belgischen Neutralität herbeigeführt. Aus diesem Grunde hält Iswolski diese Verletzungen (2. August) als für Frankreich „vorteilhaft“.

Diese Daten bürden dem Sir Edward Grey individuell eine größere Verantwortlichkeit auf, als es die amtlichen Mitteilungen getan hatten. Sie stellen fest, daß Rußland Greys Absicht, sich gegen uns einzumischen, früher wußte als wir es wissen konnten — was die Friedenschancen minderte, obgleich man weder in Petersburg noch in Paris sicher wissen konnte, daß die Greysche Politik die Oberhand behalten werde. Keinesfalls wollte Grey die europäische Konflagration heraufbeschwören. Als er aber die Wahl hatte, entweder Frankreich und Rußland zu brüskieren und diese eventuell als Bundesgenossen für die Zukunft zu verlieren oder aber den Krieg unter günstigen Bedingungen zu riskieren, wählte er diese letztere Modalität.

Ich kenne keinen Vertrag, keine Handlung oder keine Äußerung verantwortlicher Personen, die nur wahrscheinlich

zu machen vermöchten, daß England für 1914 oder für wann immer später einen Offensivkrieg geplant hätte. Wäre dies der Zweck des Kabinetts Asquith gewesen, so würde es die irische Frage nicht forciert und sich auf die Eventualitäten des Krieges besser vorbereitet haben. Ich vermag also auch in dem „perfiden Albion“ den zu allem entschlossenen und wissentlichen Störenfried nicht zu erblicken.

Friedrich II., Cavour, Bismarck konnten die Folgen ihres Unternehmens approximativ berechnen. Das Verhältnis der im Weltkriege gegeneinander ankämpfenden unermesslichen Kräfte war aber im vorhinein schwerer feststellbar. Die Leiden und das Risiko, die mit dem Kriege verbunden sind, haben so ungeheuerliche Dimensionen, daß es kaum denkbar ist, daß jemand einen Weltkrieg heraufbeschwören würde, wenn er nicht der Überzeugung ist, daß dieser Krieg ohnehin unvermeidlich sei.

Ich würde mich daher nicht getrauen, den Vorwurf, den Weltkrieg absichtlich heraufbeschworen zu haben, gegen irgend jemanden zu erheben. Mein persönlicher Eindruck ist der, daß keiner der in verantwortlicher Stellung befindlichen Staatsmänner Europas den Weltkrieg jetzt wollte.

Während der Krise schienen alle Regierungen eine Verständigung zu suchen.

Sogar Rußland scheint den Krieg nicht um jeden Preis forcieren zu wollen.

Aus alldem ersehe ich, daß der Weltkrieg eher die Folge der Fehler, der Gehässigkeit, der total verdorbenen Situation und des Mißtrauens als des politischen Kalküls ist. Es ist mir keine einzige politische Handlung bekannt, die nicht durch die Voraussetzung genügend begründet erschiene, man sei der Überzeugung gewesen, daß der Gegner zum Kriege entschlossen sei. Selbst die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee mag darauf zurückzuführen sein, daß die russische Heeresleitung eine Angriffsabsicht von unserer Seite befürchtete und glaubte, daß, wenn sie sich nicht beeile, unsere ohnehin bedeutendere Raschheit Rußland entscheidenden Nachteil bringen könnte. Wer vermöchte es abzuleugnen, daß in unserer Haltung viel auf den Glauben schließen ließ, daß wir den Weltkrieg wollten?

Daß die wahre Ursache des Weltkrieges nicht der zielbewußte politische Wille, sondern der Instinkt des Mißtrauens und der Selbsterhaltungstrieb waren, wird schon durch die Tatsache plausibel gemacht, daß der Krieg nicht erklärt wurde, weil politischer Wille und politische Ziele miteinander kein Kompromiß zu schließen vermochten und weil sämtliche Vermittlungsversuche vollständig und endgültig versagten, sondern weil im Laufe der Verhandlungen die Empfindung des Mißtrauens und der Selbstverteidigung zu militärischen Maßnahmen führten, die mit dem Selbsterhaltungstrieb und dem Mißtrauen der übrigen Staaten in unausgleichbarem Gegensatz standen.

Man könnte ein lehrreiches Buch über jene der Massensuggestion entsprungenen und eine Massensuggestion bewirkenden Reden und Schriften schreiben, welche die kriegerische Stimmung seit Jahrzehnten hervorgerufen und die friedlichen Absichten der meisten Staatsmänner zu durchkreuzen imstande waren.

Die unwillkürlichen und häufigen Haßausbrüche der französischen Volkspsyche bestärkten Deutschland in dem Glauben, es suche vergebens mit Frankreich in Frieden zu leben, die Franzosen würden die erste sich anbietende Gelegenheit wahrnehmen, um aus ihrer Erinnerung Sedan auszumerzen. Viele Kundgebungen und die allgemeine Haltung führender Staatsmänner, der Presse und dem öffentlichen Leben fernstehender Personen Deutschland gegenüber bezeugen, daß Frankreich Sedan und Lothringen nie vergessen und nie verzeihen werde.

Die Überzeugung, daß die serbische Frage nur mit Feuer und Schwert gelöst werden könne, wurde bei uns durch die serbische Presse, die Kundgebungen der serbischen Nationalisten und die auf unseren Herrscher Franz Joseph gestreuten Schmähungen gefestigt. Nicht nur einzelne politische Handlungen, sondern tausend und aber tausend Offenbarungen der Volksstimmung haben das Verhältnis zwischen uns vergiftet.

Nichts hat die italienisch-österreichische Freundschaft mehr verdorben als die verantwortungslose Presse, die an alten Erinnerungen zehrende politische Demagogie, das Mißtrauen und die Antipathie, die in den nationalistischen

Massen lebten und sich so oft in Straßenkundgebungen und Insulten offenbarten. In der Atmosphäre gegenseitiger Antipathie und gegenseitigen Mißtrauens hielt es schwer, die Freundschaft zwischen Italien und uns aufrechtzuerhalten, um so leichter aber, einen Zwist hervorzurufen. Und wenn der Feldmarschall Conrad sich darauf beruft, daß ihm die Ereignisse in bezug auf Italien recht gaben, stellt sich die Frage ein: Hat er durch seine bekanntgewordene Absicht, Italien anzugreifen, und durch seine antiitalienische Preßkampagne nicht die feindliche Stimmung unseres Verbündeten ungemein verschärft?

Auch das englische und deutsche Verhältnis wurden am meisten durch Wort und Schrift vergiftet. Nicht so sehr wirkliche Interessengegensätze und Staatshandlungen waren es, die die große Katastrophe herbeiführten, als vielmehr die aufgeregte Volksstimmung und die unverantwortliche Presse. Durch einige Beispiele will ich den Prozeß illustrieren, der die Feindschaft zwischen den beiden großen Völkern nach sich gezogen hat. Zunächst einmal ein Blick auf die englische Presse:

Im Jahre 1895 schreibt die „Saturday Review“: „Im Falle eines Krieges mit Deutschland können wir nur gewinnen und gar nichts verlieren.“ 1897 schreibt dasselbe Blatt, England und Deutschland rivalisierten überall miteinander. „Diese vielen kleinen Gegensätze sind der größte Casus belli, der jemals existiert hat.“ „Bricht Deutschland morgen zusammen, so gibt es keinen Engländer, der übermorgen nicht reich wäre.“

Die „National Review“ läßt sich 1902 vernehmen: „Deutschland ist der Feind. Die Führung der Welt gehört den angelsächsischen und den slawischen Elementen.“

Als im Jahre 1902 England und Deutschland in Venezuela zum Schutze gewisser gemeinsamer Interessen eine einheitliche Aktion einleiteten, griff die englische Presse aus dieser Ursache die Regierung scharf an und verdächtigte Deutschland, es hege Eroberungsabsichten.

Im Jahre 1904 lesen wir in der „Army and Navy Gazette“: „Der Zeitpunkt ist herangekommen, mit der deutschen Flotte abzurechnen.“

„Daily Chronicle“ schreibt 1905: „Hätten wir im vorigen Jahre die deutsche Flotte vernichtet, der Friede Europas wäre auf sechzig Jahre hinaus gesichert gewesen.“

Für die antideutsche jahrelange und leidenschaftliche deutschfeindliche Propaganda hat Lord Northcliffe am Ausbruch des Krieges eine größere Verantwortung zu tragen als Welch immer anderer Staatsmann. Die als Folge von Parteikämpfen aufgetauchten Enthüllungen und Anschuldigungen nach der Marokkokrise 1911 erweckten in dem deutschen Publikum den Eindruck, England wolle die deutsche Flotte unversehens überfallen und vernichten.

Chamberlains Rede und Bülow's Antwort zur Zeit des Burenkrieges in Angelegenheit der militärischen Atroziäten, die Drohung des Kriegssekretärs Lee, die englische Flotte könnte die feindlichen Eskader zugrunde richten, noch bevor das Publikum wüßte, daß der Krieg erklärt sei — all dies hetzte die beiden Nationen gegeneinander,

wiewohl jene Äußerungen eher eine Folge des Mißtrauens der einen Nation gegen die andere und ein Rechnen mit der Stimmung des Landes waren, als der Ausdruck kriegerischer Absichten. Der Fehler ist aber leider nicht einseitig. Auch Deutschland sorgte reichlich für Verdachtsmaterial. Selbst die Worte des friedfertigen, anfänglich anglophilen Kaisers trugen viel zur Erweckung der englischen Antipathie bei. Der Kaiser versteht es, seine Gedanken so prägnant, kraftvoll und in geflügelten Worten auszudrücken, daß sie im Gedächtnis haften bleiben und oft solche Intentionen zu enthüllen scheinen, die dem Kaiser fernstehen. Wie sehr wurde gegen die Person des Kaisers damit Stimmung gemacht, er habe einmal gesagt, daß er von seinen Soldaten erwarte, sie würden auf seinen Befehl selbst ihre Väter und Brüder niederschließen; oder der berühmte Ausspruch, deutsche Soldaten mögen während der chinesischen Expedition den Boxern keinen Pardon geben. Der erste Ausspruch bezweckte wohl nur die Betonung unbedingter Mannszucht, der zweite aber war ein Ausfluß der momentanen Leidenschaft und entsprach durchaus nicht dem wirklichen Seelenleben des Kaisers, schadeten ihm aber ungemein. Auch ganz besonders nachteilig wirkte in England das berühmte Telegramm an Krüger und der Ausspruch, Deutschlands Zukunft liege auf dem Meere. Wieviel hat die Haltung der deutschen Presse während des Burenkrieges in England geschadet! Die geharnischten Äußerungen des Kronprinzen machten den Eindruck, daß die Friedenspolitik Deutschlands keinesfalls für lange Zeit gesichert sei.

Die Agitation der Flottenliga rief in England den Eindruck hervor, die Flotte werde gegen England ausgebaut, ebenso wie die Agitation des Lord Roberts für die Festlandarmee in Deutschland den Eindruck erweckte, sie sei eine Vorbereitung zum Angriffe gegen das Deutsche Reich.

Am meisten aber haben der Friedensmöglichkeit die Alldeutschen geschadet durch all jene Reden und Artikel, die den Grundgedanken ausdrückten, die deutsche Nation sei die erste auf der Welt und berufen, überall zu befehlen. Wüste Orgien feierte die alldeutsche Idee besonders zur Zeit der Jahreswende der Leipziger Völkerschlacht (1913).

In der Marokkofrage war es nicht so sehr das Wesen des deutschen Standpunktes, als die deutschen politischen Allüren, die die englische Eitelkeit verletzten. Das persönliche Auftreten des Kaisers im Seehafen und die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir wirkten auf die öffentliche Meinung Englands wie Ohrfeigen.

Wenn ich nun nach all dem Gesagten meine bisherige Untersuchung zusammenfasse, komme ich zu folgendem Endresultat:

Die Spannung,* die Kriegsgefahr und das Mißtrauen ist in Europa so groß und beständig, daß Rußland die gefährliche Politik betreibt, sich mit der großserbischen Idee zu verbinden und sie im geheimen zu nähren, was von den westlichen Großmächten mit Nachsicht geduldet wird.

Die so entfachte Leidenschaft läßt sich aber nicht zügeln: es kommt zur Sarajevoer Freveltat.

Als wir durch diese Tragödie gezwungen sind, endlich mit der serbischen Gefahr abzurechnen, finden wir Rußland auf unserem Weg, welches den Mord verurteilt, daher bereit ist, bis zu einem gewissen Grade Serbiens Demütigung zuzulassen, aber eine derartige Schwächung der serbischen Schlagfertigkeit, welche unsere innere und äußere Ruhe allein sichern könnte, nicht dulden will. Es braucht die Allianz und Kraft Serbiens auch für die Zukunft. Frankreich aber deckt Rußland und England Frankreich, was die natürliche Konsequenz der allgemeinen Politik dieser Staaten ist und der Angst vor der deutschen Suprematie.

Den Weltkrieg will keine Macht, vielleicht nicht einmal Rußland. Bis zum letzten Moment werden Versuche gemacht, um einen friedlichen Ausweg zu finden. Die Schwierigkeiten der Lage sind aber mächtiger als der Wille der Staatsmänner. Bevor die Vermittlungsversuche endgültig scheitern, entsteht aus dem allgemeinen Mißtrauen, aus der Angst, unvorbereitet angegriffen zu werden, aus der Überzeugung, der schon so oft erwartete Weltkrieg sei doch unvermeidlich, eine solche militärische Situation, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Die russische Mobilisierung bringt die Entscheidung mit sich.

Wenn ein Kompromiß in der serbischen Frage zustande gekommen wäre, hätte man den Krieg verschieben, aber nicht vermeiden können; den wirklichen Frieden hätte aber nur eine Veränderung der bisherigen Politik der Großmächte bringen können.



Die schwerste Verantwortung trägt Rußland, indem es die serbische Aggressivität jahrelang förmlich züchtete, und indem es den letzten Stoß zum Ausbruche des Krieges gab.

Die Grundursache des Weltbrandes ist erstens der allgemeine Haß und die allgemeine Überzeugung, daß der Krieg früher oder später doch ausbrechen wird, daher eine Politik, welche Machtfaktore der Zukunft für den Frieden opfern würde, sich schrecklich rächen müßte, und zweitens die englisch-deutsche Rivalität.

Es könnte die Frage gestellt werden, ob ich in obigem nicht eigentlich jener Behauptung der Sozialdemokratie recht gebe, nach welcher der Weltkrieg eine natürliche, unabwendbare Folge des kapitalistischen Systems sei, und daß daher, wer den Frieden will, der Sozialdemokratie zur Herrschaft verhelfen muß?

Ich glaube nein! Allerdings ist es wahr, daß der Weltkrieg auf dem Boden des Imperialismus großgezogen wurde, jenes Imperialismus, der im Interesse der großen industriellen Produktion um Kolonien wetteifert, der seine Gebiete durch Schutzzölle abschließt und dessen betäubende Konkurrenz im Zeichen völliger internationaler Anarchie entfacht wurde. Es ist zweifelsohne, daß nur der moderne Industrialismus und Kapitalismus den jetzigen Krieg technisch ermöglicht haben, und daß der wahnsinnige Wettbewerb des Imperialismus das Gefühl der menschlichen Solidarität schwächte und den Nationalismus à outrance erhöhte. Darum ist aber der Weltkrieg noch

keine notwendige Folge des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Der Krieg von heute gereicht dem Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft ebenso zum Schaden wie der Menschheit im allgemeinen. Das Kriegsrisiko, dessen ungeheure Kosten, der Verlust an Menschenmaterial, die mit dem Kriege Hand in Hand gehende politische Erregung setzen die Produktion und die innere Ordnung gleichermaßen großer Gefahr aus, sie bedeuten einen solchen Rückfall auf dem Gebiete der Zivilisation, daß der Krieg ebensowenig ein Interesse der kapitalistischen Welt sein kann wie der Arbeiterwelt.

Die Kriege, die wir bisher gekannt haben, waren Mittel und Meilenzeiger der Entwicklung des Imperialismus. Der Weltkrieg jedoch, den wir jetzt erlebten, würde, wiederholte er sich, auch dem Imperialismus das Grab schaufeln. Er ist mit seinen ungeheuren Massen und technischen Mitteln ein solch maßloses Unglück, das keinem einzigen Lande und keinem einzigen wirtschaftlichen System zum Vorteile reichen kann. Einen solchen Krieg kann höchstens die Partei der Anarchie herbeisehnen. Wer die bestehende gesellschaftliche Ordnung aufrechterhalten will, kann nur ein Freund des Friedens sein. Das Trachten der Sozialdemokratie nach internationaler Regelung und Solidarität ist zwar ein Friedensfaktor ersten Ranges, immerhin aber nur ein Bestreben, das den Frieden nur dann gewährleisten könnte, wenn es nicht auch selber den Geist des Friedens verneinen würde, indem es jenen Klassenkampf und Klassenhaß zum Prinzipie erhebt, welcher

zu den Verwüstungen und Kriegen der Bolschewisten führte, und wenn die Sozialdemokratie das Geheimnis der Ausgleichung der auf territorialen und nationalen Grundlagen beruhenden, divergierenden Interessen und Gefühle — welche zu beheben auch sie nicht imstande ist — entdeckt hätte. Der Wille allein genügt noch nicht.

Meiner Ansicht nach muß die große Frage, ob die gesellschaftliche Ordnung auf Grundlage des Privateigentums oder des Gemeineigentums stehen solle und welche Rolle diese beiden Prinzipien in der Volkswirtschaft der Nationen spielen sollen, auf Grundlage der lokalen Verhältnisse, der Menschennatur, der Volkswirtschaft und deren großer Gesetze gelöst werden, nicht aber aus dem Gesichtspunkt des Krieges oder des Friedens.

Es ist eine Lehre des Weltkrieges, daß sich jede soziale Ordnung gleichermaßen an das Interesse des Friedens zu halten hat, daß jede Kraftanstrengung nach einem Ziele gravitieren muß, nach jenem Ziele, welches die gegensätzlichen Klassen- oder Staatsinteressen mit der menschlichen Solidarität in Zusammenhang bringt, um die Bewaffnung institutiv einzuschränken, den Frieden unter den Schutz neuer Institutionen zu stellen und die internationale Anarchie zu beseitigen. Kapitalismus, bürgerliche Ordnung und Patriotismus dürfen eine Wiederholung des jetzigen Weltkrieges ebensowenig dulden wie die Sozialdemokratie. Ein Weltkrieg von solcher Dimension hört auf, eine rationelle Waffe des Imperialismus zu sein. Dies ist auch der Bankrott des Imperialismus, denn

selbst der Sieger vermag keinen wirklichen Nutzen daraus zu ziehen. Und die verheerende Wirkung eines solchen Krieges wird sich mit dem Fortschritte der Technik von Jahr zu Jahr mehren.

Im Verlaufe des Krieges wollten viele Leute die Ursache des Kampfes darauf zurückführen, daß zwei Kulturen sich miteinander messen. Jede der Parteien verherrlichte ihre Kultur und hielt diese mit der der anderen Partei für unvereinbar. Diese Ausgeburt der Kriegsneurose ist aber völlig unhaltbar. Wenn mir gelegentlich ein deutsches Werk derartiger Richtung in die Hand geriet, zum Beispiel die Schrift H. St. Chamberlains über die Superiorität des deutschen Genius und die einzig seligmachende deutsche Kultur und Freiheit, blitzte mir stets der Gedanke durchs Hirn, ob wir nicht wohl unbewußt unter deutscher Suggestion für irgendeine geistige Tyrannei, für die Übergriffe eines Menschentypus kämpfen. Eine Beruhigung suchte und fand ich rasch in ähnlichen Schriften der Entente. Die Entente hat eine ganze Literatur, die, den Krieg auf die deutsche Mentalität, auf die Einseitigkeit der deutschen Kultur, auf die politische Unmoral Friedrichs II., Nietzsches und Treitschkes zurückführend, behauptet, daß die Kultur, Freiheitsliebe und Demokratie des höher kultivierten Westens die deutsche Barbarei im Interesse der Menschheit hätte niederringen müssen.

Demgegenüber bin ich der Ansicht, daß die Menschheit auf all diese Kulturen gleichermaßen angewiesen ist, daß sie des deutschen Genius gerade so bedarf wie des

französischen, englischen oder italienischen, und daß die geistige Selbständigkeit der kleinen Nationen auch ein Weltinteresse bildet. Der Hauptcharakterzug des modernen Fortschrittes und seine Überlegenheit über die römische Kultur besteht in seiner Vielseitigkeit. Ich will keinen Vergleich zwischen den Kulturen ziehen und keinen Rangunterschied zwischen ihnen aufrichten, denn jede von ihnen hat samt all ihren etwaigen Schwächen einen ungeheuren Wert, jede von ihnen enthält außerordentlich viel Edles, Nützliches und Schönes, und wir bedürfen aller. Wer eine einzelne selbständige ursprüngliche Entwicklung verhindern will, beraubt die Menschheit. Wenn sich Kulturen miteinander messen, so hat dies mit dem bewaffneten Kampfe nichts gemein. Die Zeit ist vorbei, da die arabische Kultur gegenüber der christlichen, der katholische Glaube gegenüber dem protestantischen mit den Mitteln der Gewalttätigkeit vorgehen zu können vermeinte. Ist die eine Kultur und Auffassung irrig, so muß gegen sie mit den Waffen des Geistes angekämpft werden und nicht mit Bomben und Luftfahrzeugen.

Es gibt keine ungerechtere und einseitigere Auffassung als die, welche den politischen Zynismus, die politische Selbstsucht für eine deutsche Spezialität hält. Allerdings haben einige deutsche Schriftsteller die Richtigkeit des politischen Egoismus scharf hervorgehoben, es waren aber keineswegs nur deutsche Schriftsteller, die dies taten. Machiavelli allein schon beweist, daß im Bereiche der politischen Theorie die Palme des Zynismus nicht den Deutschen

zufällt. Auf dem Gebiete der praktischen Politik aber hat ebenfalls keine Nation das Recht, über die andere den Stab zu brechen, denn in der Geschichte einer jeden von ihnen sind unzählbare egoistische Handlungen zu verzeichnen. Wollen wir ein Urteil über die zweifellos zynischen Ausdrücke und einzelnen skrupellosen Handlungen Friedrichs II. von Preußen fällen, so dürfen wir jene ungeheuren Verdienste nicht vergessen, die sich dieser König erworben hat, die große Liebe, die er seinem Volke entgegenbrachte, und wir dürfen auch nicht vergessen, daß Ludwig XIV. oder Napoleon I. dem Ehrgeize zuliebe mindestens ebensoviel Blut vergossen und ihr Wort mindestens ebensowenig gehalten haben wie Friedrich der Große.

Aus der Kriegsfrage wollen wir die Frage des Wertes der Kulturen ausschalten. Der Friede wird erst dann zum Frieden, zum ständigen Frieden, wenn die Rassen mit ihrer auf gegenseitiger Verachtung beruhenden chauvinistischen Übertreibung brechen, wenn sie einsehen, daß sie voneinander lernen müssen, daß sie aufeinander angewiesen sind, daß Franzosen, Engländer und Amerikaner heute keineswegs dort stünden, wo sie stehen, wenn es keine deutsche Kultur mit ihren ruhmvollen Schöpfungen gäbe. Und dies ist auch umgekehrt der Fall. Auf der ganzen Welt hat die Menschheit möglichst rasch Schulter an Schulter zu der Arbeit zurückzukehren und das Gefühl der menschlichen Solidarität zu festigen.

Die Überlegenheit der Entente-Diplomatie

ES ist leichter, zu bestimmen, welcher Staat mehr diplomatische Geschicklichkeit entfaltetete, als festzustellen, welches Maß der Verantwortung für den Krieg auf jedem Staat lastet. Die Entente hat uns gegenüber große Überlegenheit an den Tag gelegt. Es ist unleugbar, daß England schon vor dem Kriege einen fast beispiellos dastehenden diplomatischen Erfolg über Deutschland davongetragen hat.

Wir wollen einmal das Verhältnis Englands zu Deutschland in den Jahren 1900 und 1908 vergleichen. Im ersten Jahre führt England einen harten Kampf gegen die Buren. Es hat den Anschein, daß die Macht des größten Reiches der Welt an der Heldenhaftigkeit einer kleinen Nation zerschellt und sich der Fall Goliaths und Davids wiederholt. Die öffentliche Meinung der Welt wendet sich gegen England. Was 1914 Deutschland, das konnte England um die Wende des Jahrhunderts von sich sagen, daß es sich die Sympathien der Welt verscherzt habe, mit dem Unterschiede, daß Deutschland noch Verbündete hatte, England aber völlig isoliert dastand. Lord Rosebery klagt darüber, sein Vaterland werde auf der ganzen Welt beispiellos gehaßt. Der Leader der Opposition, Campbell

Bannerman, bricht in den erbitterten Ausruf aus: „Wir haben unser Blut, unsere Schätze, unsere Macht und unser Prestige verloren, uns ist die Quelle unserer Kraft versiegt; und wir sind der Sympathien, der Anerkennung und der Wertschätzung verlustig geworden.“

In Frankreich glüht und glimmt die öffentliche Meinung gegen England wegen Faschoda und infolge der in Paris herrschenden Burensympathien. Die Anglophobie beginnt dem Deutschenhaß bereits den Rang abzulaufen. Ist dieser Haß auch nicht so tief, so ist er um so akuter. Das französische Parlament nimmt Stellung für die Buren, und die französische Presse läßt selbst die alte Königin Viktoria nicht unbehelligt.

Englands anderer alter Rivale, Rußland, greift in China, Tibet und Persien Platz. Überall konkurriert es mit England. Es gefährdet Indien. In Petersburg will man zugunsten der Buren intervenieren und leitet zu diesem Zwecke eine Aktion in Berlin und Paris ein.

In Amerika ist man geneigt, der Burenrepublik recht zu geben und England zu verurteilen.

Und so schwierig die Lage Englands ist, so günstig ist diejenige Deutschlands. Deutschlands Wege sind überallhin frei. Mit Rußland, das wegen seiner asiatischen Expansion in großem Maße des Wohlwollens Deutschlands bedarf, steht es in gutem Verhältnis. Niemals stand Frankreich Deutschland näher als 1899 nach dem Dreyfusprozeß, da die Armee desorganisiert und der gesellschaftliche Friede durch eine aggressive Kirchenpolitik aufgewühlt

wurde. Von allen französischen Staatsmännern war es Ministerpräsident Waldeck-Rousseau (1899—1902), der am liebsten einen Modus vivendi zum Zusammengehen mit dem mächtigen Nachbar gefunden hätte. Österreich-Ungarn ist durch die Balkangefahr noch nicht gebunden; es stellt sich mit all seiner Macht in den Dienst des Bündnisses. Mit Rußland hat die Monarchie ein Abkommen getroffen. Die Balkanstaaten betreiben eine friedliche und bescheidene Politik. In Konstantinopel spielt Deutschland eine führende Rolle. Um diese Zeit erwirbt Deutschland die Konzession zum Bau der Bagdadbahn und zur selben Zeit ereignet es sich, daß in China die ganze zivilisierte Welt unter deutscher Oberleitung gegen den Boxeraufstand kämpft. Französische Soldaten stehen unter dem Befehl eines deutschen Marschalls. Holland befaßt sich unter der Einwirkung der Leiden des Burenstaates mit der Idee, mit Deutschland eine Zollunion zu schließen.

Wie ganz anders liegt die Situation acht oder zehn Jahre später! England hat abermals den Beweis erbracht, daß es ein großer Steher sei. Es hat mehr Truppen nach Afrika gesandt, als jemals übers Meer gebracht werden konnten. Die englische Demokratie hat bewiesen, daß sie auszuhalten vermag und daß auch sie einen Imperialismus unterstützen kann. Die Kolonien bleiben treu. England einigt sich mit Amerika. Das Solidaritätsgefühl der beiden angelsächsischen Rassen beginnt tief Wurzel zu schlagen. England gewinnt in Japan einen Verbündeten, der sich stärker erweist als Rußland und Indien rettet. Die feindselige

Stimmung in Frankreich nimmt ab. Es kommt die Entente cordiale zustande. Eine vielhundertjährige Rivalität erreicht ihr Ende. Auch aus dem feindseligen Rußland ist allgemach ein Freund geworden. Italien, wiewohl Mitglied des Dreibundes, freundet sich mit Frankreich an und gerät abermals unter englischen Einfluß. Serbien steht England durch Rußland zur Verfügung und paralysiert die Kräfte unserer Monarchie.

Was hat zu diesem vollständigen Umschwunge geführt? England hat den Moderduft der Verwesung empfunden, hat verstanden, daß, wenn der Imperialismus nach allen Seiten hin Raum gewinnt, wenn die Sehnsucht nach überseeischen Kolonien in jedem Staate zur Übermacht gelangt, die bisherige „splendid Isolation“ unhaltbar wird. Und England weiß auch, daß es sich nicht retten kann, ohne Opfer zu bringen, daß es zahlen muß, wenn es ernste Werte gewinnen will; es paßt sich also dem Geiste des *do ut des* an.

England fürchtet weder das Risiko noch das Odium, noch scheut es Opfer. Es gewinnt Japan dadurch, daß es bereit ist, sich mit der gelben Rasse gegen die weiße zu verbinden. Gewiß kein leichter Entschluß, aber ein notwendiger. Daher wird er in London ohne viel Zaudern gefaßt. Um seinen Besitz in Indien durch das Schwert Japans zu verteidigen, ladet England die Gefahr auf sich, eventuell einer russisch-französischen Koalition gegenüber sich auf die Seite Japans stellen zu müssen. Es will sich Frankreich nähern und riskiert dennoch das Bündnis mit Japan. Seine Berechnung hat sich bewährt. Japan hat

Frankreichs Bundesgenossen Rußland Einhalt geboten, und doch gelingt es England, Japans Freund, Frankreich zu gewinnen. Zum Teil war es die persönliche Geschicklichkeit des Königs Eduard, wodurch Frankreich gewonnen wurde; zum Teil war es Englands Entschluß, den kolonialen Ansprüchen Frankreichs selbst um den Preis ernster realer Interessen entgegenzukommen. Indem England auf Marokko, welches es lange Zeit der eigenen Macht-sphäre einverleiben wollte, zugunsten Frankreichs verzichtet, indem es zugibt, daß sein bisheriger Haupttrival, Frankreich, sich bald nach Faschoda in der Nähe von Gibraltar festsetzt und außerdem sogar bereit ist, im Notfalle für die französischen Interessen in Marokko alles aufs Spiel zu setzen: bringt es schwere Opfer. Um in Frankreich keine Eifersucht zu erregen, sucht es die Erhaltung des nötigen Gegengewichtes in Marokko auf Spanien zu überwälzen. Diese Verzichtleistungen und diese Umsicht haben sich für England ausgezahlt: es hat seinen vielhundertjährigen Haupttrivalen an sich gefesselt.

Durch eine ähnliche großzügige Entschließung weiß England auch Rußland zu gewinnen. So wie es Frankreich erst bei Faschoda überzeugen mußte, daß es ohne England in der Weltpolitik nicht zur Geltung kommen kann, und so wie die englische Politik nach dieser Kraftprobe das Wohlwollen Frankreichs durch Konzessionen und Zuvorkommenheit jeder Art gewinnen mußte, so ging es auch Rußland gegenüber vor. Japans Aufgabe war es diesmal, dem Zarenreiche jene Bescheidenheit und

Mäßigung beizubringen, welche die Einigung mit England ermöglichte. Allein selbst nach dieser Schwächung konnte auch Rußland nur durch eine weitgehende Opferwilligkeit gewonnen werden. Bisher hatte England die Expansionsbestrebungen Rußlands nach jeder Richtung verhindert; jetzt war England genötigt, eine Berechnung zu machen und die russische Expansion dort zuzulassen, sie sogar zu begünstigen, wo sie für England weniger gefährlich erschien. Wenn England, ohne sich mit Deutschland verständigt zu haben, die russischen Expansionsbestrebungen nach jeder Richtung auch künftighin verhindert hätte, wäre es der Gefahr ausgesetzt gewesen, daß Deutschland und Rußland eine Vereinbarung träfen, durch welche die Linien Suez-Indien und China-Indien gleichzeitig bedroht wären. Es war eine wiederholt auftauchende Idee Napoleons I., durch eine französisch-russische Allianz England über die Türkei und Ägypten und anderseits über Zentral-Asien anzugreifen. Diese Gefahr konnte in neuer Form wieder akut werden. Deutschlands Arm würde ohnehin bald bis Bagdad reichen. Was wird aus Englands Machtstellung, wenn der Zar den Druck des Kaisers Wilhelm durch die Bedrohung Mittelasiens erhöhen würde? Um an Japan Revanche zu nehmen, um sich die riesigen Hilfsquellen Chinas zu erwerben und um in Afghanistan und Persien zu dominieren, konnte Rußland sich sehr leicht mit dem Vordringen Deutschlands auf der Linie Konstantinopel-Bagdad befreunden, bedeutend leichter als mit jener vollständigen Passivität, welche

ihm die alte Politik Englands aufzwang. Schon zur Zeit des Burenkrieges war die russisch-deutsche Allianz im Werden begriffen. Englands größte Gefahr war in Sicht. Um dieselbe abzuwenden, war England genötigt, die Expansion Rußlands dort zu ermöglichen, ja sogar zu helfen, wo sie ihm weniger gefährlich war. England hatte größere Furcht vor einem Vordringen Rußlands in Asien, in der Richtung auf China oder Persien, als vor einem Raumgewinn des Zarenreiches auf dem Balkan. Nachdem England Rußlands Vordringen in der Mandschurei durch Japan zurückdrängen ließ und in Persien durch einen Vertrag zum Stillstehen brachte (1907), unterstützte England auf dem Balkan die russische Ambition (1908). England machte sich diese Politik um so leichter zu eigen, weil es in der Lage war, der von Konstantinopel herkommenden Gefahr gegenüber sich zu verteidigen. Wenn Rußland ernste Erfolge auf Kosten des türkischen Reiches aufzuweisen hätte und die erste Verteidigungslinie des indischen Imperiums durchbrechen würde, dann hätte England noch immer eine zweite Linie ausbauen können. Wenn der politische Gedanke Peters des Großen und Katharinas II. Gestalt annehmen würde, gegen welchen die Pitt, die Palmerston und die Disraeli kämpften, dann würde England das Reich Alexanders des Großen in neuer Form zu verwirklichen trachten und, auf Ägypten gestützt, die Hand auf Arabien und Mesopotamien legen, so daß Malta, Zypern und Ägypten durch ein unmittelbares englisches Imperium mit Indien verbunden wären.

Das neue englische Bündnissystem hatte mit bedeutenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Einer der Freunde Englands, Rußland, mußte sich mit dem andern seiner Freunde, mit Japan, versöhnen. Diese beiden großen Gegner mußten die blutigen Ereignisse einer nicht fernen Vergangenheit vergessen. Es ist das Nonplusultra diplomatischer Geschicklichkeit, daß der englischen Politik dieses gelang. Es kam zwischen Rußland und Japan ein Übereinkommen zustande, welches ermöglichte, daß England sein Verhältnis zu beiden von Tag zu Tag inniger gestaltete.

Der englischen Diplomatie gelingt es, auch Japan und Nordamerika zu gewinnen, trotz des gespannten Verhältnisses dieser Mächte zueinander. Während England die Verpflichtung übernimmt, Japan eventuell gegen einen Angriff seitens Nordamerikas zu verteidigen, gelingt es der britischen Regierung, auch die Vereinigten Staaten zu gewinnen. Zu diesem Zwecke bringt England zur Zeit des Burenkrieges empfindliche Opfer. Es hatte das Recht, einen neuen Knotenpunkt des Weltverkehrs, den Panamakanal, wenigstens zum Teil unter seinem Einflusse zu halten, doch es verzichtete auf dieses wertvolle Recht und überließ den Kanal völlig der Machtsphäre Amerikas, nur um sich das Wohlwollen der Vereinigten Staaten zu erwerben.

Für die Gewinnung Italiens brauchte England keine Opfer zu bringen, vielmehr tat es Frankreich, indem es Italien Tripolis verhielß. Zur Gewinnung Italiens war auch

keine besondere Geschicklichkeit notwendig. Hohe Kunst war eher von beiden Seiten in der Richtung erforderlich, daß Italien mit der Entente ein inniges Freundschaftsverhältnis unterhalte, ohne aus dem Dreibunde austreten zu müssen.

Es wäre interessant, in die Einzelheiten dieses großen diplomatischen Werkes Einblick zu gewinnen. Dasselbe verdient einen Platz neben der gewaltigen Leistung Bismarcks, mit welcher dieser große Staatsmann seine politischen Gegner nacheinander überwand, Frankreich, Österreich und Rußland voneinander fernzuhalten wußte und nach seinen Siegen zum Schutze des Friedens und der Machtposition Deutschlands ein die Welt beherrschendes Bündnis ins Leben zu rufen vermochte.

Die Theoretiker lieben es, die Wege der Staaten mit den Wegen der Sterne zu vergleichen, die von bestimmten ehernen Gesetzen vorgezeichnet werden. Das ist aber ein schwerer Irrtum. Nicht die automatische Wirkung der Interessen der Völker ist die Triebkraft der Staatsaktionen, wie das Zusammenwirken der zentrifugalen und der zentripetalen Kraft der Bewegung der Sterne, sondern die Anschauungen über diese Interessen, und letzteres ist eine gar labile Sache. Diese Anschauungen wechseln unter der unwiderstehlichen Einwirkung der Stimmungen und Gefühle, der Anschauungen der Staatsmänner. Eben darum besteht auch die Kunst der Politik nicht nur in dem richtigen Rechnen mit den Interessen der Staaten, sondern auch in der Beeinflussung dieser Staaten. Einesteils muß der

Staatsmann solche Konstellationen herbeizuführen trachten, welche die Politik, die er sichern will, im Interesse der betreffenden Staaten gelegen erscheinen lassen; anderseits besteht seine Geschicklichkeit darin, die Auffassung der anderen Staaten so zu beeinflussen, wie er es wünscht. Er muß es verstehen, den Anschauungen und Stimmungen der fremden Staaten eine solche Richtung zu geben, welche diese zu den von ihm gewünschten Überzeugungen und Handlungen führt. Der Staatsmann muß über große Menschenkenntnis, Takt, Geschicklichkeit verfügen, muß Nimbus besitzen, seine Machtmittel richtig anzuwenden verstehen, die fremden Nationen und ihre Führer richtig begreifen. Anpassungsfähigkeit, Geschmeidigkeit, Vorsicht und im gegebenen Falle auch Kühnheit besitzen, um in dem fremden Staate Vertrauen, Sympathie und Respekt zu erwecken. Heute treten immer mehr jene Mittel in den Vordergrund, mit welchen man auf die Psychologie der Massen wirken kann und die geeignet sind, der öffentlichen Meinung bestimmte Auffassungen zu suggerieren.

Die Engländer haben in der Anwendung dieser Mittel exzelliert. In allen diesen Dingen zeigten sie sich in der letzten Epoche ihrer Geschichte den Deutschen weit überlegen. Seitdem Deutschland kein solches Genie mehr hatte wie Bismarck, kam die bessere diplomatische Schulung, das größere politische Talent der englischen Rasse zur Geltung. Nicht die Überlegenheit einzelner Staatsmänner, sondern das politische Übergewicht der in der Entente vereinigten Nationen, und besonders dasjenige der englischen

Nation, hat die für uns ungünstige diplomatische Entscheidung herbeigeführt.

Eines der Machtmittel der englischen Diplomatie ist das große politische Prestige der Nation. Der deutsche Genius ist ebenso tief und breit wie der englische oder der französische. Die Kultur der Deutschen ist so alt, so vielseitig und gründlich wie nur irgendeine in der Welt. Ihre großen Männer gehören zu den allerersten, die es jemals gegeben. Das Wissen ist in Deutschland allgemeiner und gründlicher als derzeit in irgendeinem andern Lande. Die Organisationsfähigkeit, die Disziplin, die Kunst des Zusammenwirkens hat eben in dem letztverflossenen halben Jahrhundert in Deutschland einen unvergleichlichen Grad von Vollkommenheit erreicht. Und dennoch hat in politischer Beziehung Deutschland für lange Zeit seinen natürlichen Rang eingebüßt. Die Deutschen als solche waren seit den Hohenstaufen kein führender Faktor mehr. Das Deutschland der Hohenzollern wurde stets für einen Emporkömmling angesehen, welcher die erworbenen Rechte der anderen Nationen gefährdet. Das Prestige der Deutschen ist nicht so groß, nicht so stabil, nicht so altgewohnt wie das der Engländer, welches seit Jahrhunderten sich nur immer gehoben hat. In Paris, Rom, Konstantinopel, Petersburg ist der Nimbus der Engländer größer als derjenige der Deutschen; außerdem begegnen die Engländer zumeist größerer Sympathie, weil ihr inneres Leben ein freieres ist, und weil ihnen der Begriff des Militarismus nicht so sehr anhaftet.

England verwendet größere Geldmittel für seine Kriegszwecke als Deutschland, führt viel mehr Kriege als Deutschland und hat sich viel mehr fremde Rassen unterworfen. Die englische Rasse ist die am meisten imperialistische in der Welt, ja man darf sagen, sie ist seit Rom der größte Eroberer, der einzige wahrhaft erfolgreiche Eroberer. Da aber gleichzeitig seine Verfassung und seine ganze innere staatliche Organisation die freieste ist, da in England Staat und Regierung ganz und gar bürgerlich und nicht im mindesten militärisch sind, da die Engländer die einzige europäische große Nation sind, bei welcher die allgemeine Wehrpflicht nicht eingeführt war, da das Militär in England am wenigsten politischen Einfluß hat, macht dieses Reich nicht jenen militaristischen, kasernenhaften Eindruck wie das Deutsche Reich. Es gewinnt leichter die Sympathie der modernen Demokratie als das deutsche Imperium. Hinter dem König Eduard stand eine ebenso große militärische Macht wie hinter Kaiser Wilhelm, und König Eduard hatte vermöge seiner Geschicklichkeit und seines Taktes in der auswärtigen Politik vielleicht ein ebenso entscheidendes Wort in allen Fragen des Friedens und des Krieges wie der auch auf diesem Gebiete rechtlich mit ganzer Vollmacht ausgestattete Deutsche Kaiser, und dennoch macht der König von England den Eindruck eines bürgerlichen Gentleman, er erscheint immer in Zivilkleidung, während Kaiser Wilhelm immer den Begriff des obersten Kriegsherrn verkörpert.

Diesen Unterschied kann man auch bei den von diesen Herrschern repräsentierten Nationen beobachten. Der deutsche Diplomat läßt sich gern und leicht dazu verleiten, seine Macht fühlen zu lassen, und er weist mit Vorliebe auf das scharfe Schwert des waffenmächtigen Reiches hin. Die Faust des Engländers kann ebenso rauh sein wie die des preußischen Junkers, aber sein Handschuh ist weicher. Der Engländer hat viel angenehmere Manieren; er ist nicht so einschmeichelnd, nicht so geschmeidig wie der Franzose, hat auch nicht so viel Esprit wie dieser, besitzt nicht das gründliche, vielseitige Wissen des Deutschen, aber der gesellschaftliche Verkehr mit dem Engländer ist der sicherste und angenehmste, was ein wichtiges Hilfsmittel des Diplomaten ist. Der englische Typus findet viel Nachahmer. Die Anglomanie und der Snobismus ist eine weitverbreitete Krankheit und in den Händen der englischen Diplomatie ein mächtiges Werkzeug. Gar viele Menschen sehen es gern, wenn sie für Engländer gehalten werden. Einem großen Teil unserer Diplomaten imponiert der englische Gentleman. Unsere meisten Diplomaten sind stolz darauf, wenn ein englischer Lord ihnen freundschaftlich begegnet, und sie glauben blindlings, was ihnen ein Salisbury oder ein Grey sagt. Das ungesuchte, unmittelbare, schlichte Auftreten des Engländers macht auch den Eindruck der Aufrichtigkeit. In dem Blute eines jeden Engländers ist so viel weltpolitische Erfahrung, so viel Selbstverwaltungspraxis angehäuft, wie sie kein Sohn einer anderen Nation geerbt hat. Jeder Engländer ist in

der Schule der Weltpolitik und der Selbstverwaltung in einem Maße erzogen wie kein Sohn derselben gesellschaftlichen Schichte eines anderen Volkes, weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart.

Nicht in dem Genie einzelner führender Staatsmänner, sondern in diesen allgemeinen, durch die Freiheit und Weltmacht anerzogenen nationalen Eigenschaften erblicke ich das Geheimnis der zur Zeit des Königs Eduard erzielten großen Erfolge. Im Bunde mit der französischen Diplomatie, die gleichfalls glänzende Überlieferungen und eine große Schulung besitzt, hat es die englische Diplomatie sehr wohl verstanden, die Presse und die große Masse des Auslandes zu beeinflussen. Zum Zwecke der Einwirkung auf die öffentliche Meinung der großen Welt haben keinem andern Staatenbunde so viele Mittel zur Verfügung gestanden wie der Entente in den überseeischen Kabeln, in den großen internationalen Finanztrusts, in den Presseorganisationen, in den Telegraphenagenturen, in dem großen Prestige, welches die Engländer und die Franzosen umgibt. Keine andere Staatengruppe hat jemals über eine so große, zur Propaganda geeignete Kraft verfügt, wie sie in dem Stolze und in der Zusammengehörigkeit der angelsächsischen Rasse zur Geltung kommt.

Ein klassisches Beispiel der Gewinnung der öffentlichen Meinung eines fremden Volkes in modernem Genre wird die Aktion der Entente in Rom bleiben, mit welcher es gelang, in kurzer Zeit die Vertragspflicht und die Erinnerungen einer Halbvergangenheit auszutilgen und sich eine

solche öffentliche Meinung zu erwerben, welche in entscheidenden Augenblicken stärker war als die verfassungsmäßigen Faktoren.

Und leider wurden diese diplomatischen Siege durch Deutschlands Politik erleichtert. Zu einer Zeit, da es am leichtesten gewesen wäre, die neue Staatengruppierung zu verhindern, legt Deutschland nicht genügendes Gewicht auf diese Aufgabe. Während man auf englischer Seite große Interessen opfert, um sich noch größere zu sichern, will Deutschland auf nichts verzichten, vielmehr alle seine Interessen gleichmäßig sichern. Die deutsche Politik verfolgt das Ziel, die vorhandenen Bündnisse zu erhalten und auf dieselben gestützt einerseits das kontinentale Übergewicht Deutschlands zu bewahren, anderseits die deutsche Macht zur See so weit zu entwickeln, daß es Deutschland im Notfalle selbst mit England aufnehmen und vermöge des eigenen Gewichtes Kolonien erwerben könne, eventuell auch unabhängig von England. Im Interesse seiner wirtschaftlichen und imperialistischen Entwicklung will Deutschland jede Möglichkeit ausnützen und glaubt dies am besten dadurch erreichen zu können, daß es Verbündete sucht, die schwächer sind als Deutschland selbst, Verbündete, deren Freundschaft es nicht durch ernste Opfer erkaufen muß und die unter deutscher Führung gehalten werden. Deutschland lebte in der Furcht, daß ein Verbündeter, der ihm an Kraft gleich kommt oder überlegen ist, es ausnützen und dann im Stiche lassen könnte. In Berlin glaubt man nicht, daß die Weltmächte

sich gegen Deutschland verbünden werden, auch wenn es ihm nicht gelingt, ihre Freundschaft zu erwerben. Deutschland will keine andere Großmacht vernichten oder in ihren Interessen schädigen, es weiß sich friedfertig und stark und rechnet deshalb darauf, daß die Weltmächte ihre voneinander verschiedenen, ja in vielen Dingen gegensätzlichen Interessen nicht deshalb preisgeben werden, um sich gegen Deutschland zu verbünden.

Die alten historischen Gegensätze, der englisch-französische und der englisch-russische, werden in Berlin für so stark gehalten, daß man die deutschfeindliche Koalition dieser Weltmächte nicht für eine unmittelbare Gefahr hält. Selbst zu einer Zeit, da man in Berlin sieht, daß sich Frankreich England und England Rußland nähert, glaubt man nicht an eine solche Solidarität der Interessen, welche diese Staaten zu einer ernststen gemeinsamen Aktion befähigen würde. Wenn Deutschland Rußland hätte überwinden wollen, um russisches Gebiet zu erobern oder um Rußlands Machtstellung zu erschüttern, würde es alles aufgeboten haben, um England zu gewinnen, gleichwie Bismarck alle ihm zu Gebote stehenden Mittel in Anspruch nahm, um Napoleon III. hinzuhalten, bis er mit Österreich fertig wird, und um Rußland zu beruhigen, bis er Frankreich niederringt. Hätte Wilhelm II. mit England abrechnen wollen, so wäre er sicherlich zu den größten Opfern bereit gewesen, um sich der Neutralität oder Allianz Rußlands zu versichern; da er aber nur die friedliche Entwicklung seines Landes fördern wollte und der Meinung

war, daß er mächtig genug war, seine großen Interessen mit der eigenen Kraft zu schützen, legte er größeres Gewicht auf die Erhaltung seiner freien Hand als auf den Abschluß neuer Bündnisse.

Diese Politik würde sich auch bewährt haben, wenn die Welt von Deutschland dieselbe Meinung gehabt hätte, wie die Deutschen es von sich selber haben. Leider war dem nicht so. Die Deutschen wollen es nicht glauben, wie sehr die Welt sie fürchtet und ihnen mißtraut. Sie bemerken nicht, daß das Ausland auch dort Eroberungsgelüste erblickt, wo sie nur der Wunsch leitet, wirtschaftlich zur Geltung zu kommen; daß das Ausland auch dort monopolistische Bestrebungen argwöhnt, wo die Deutschen nur an eine Beteiligung denken. Insbesondere wollen die Deutschen nicht einsehen, mit welcher Nervosität England auf sie und auf ihre Politik blickt, durch welche Englands Sicherheit tatsächlich leicht gefährdet werden kann. Und der deutsche Michel will es nicht glauben, daß England alles aufbieten wird, um sich gegen ihn — selbst um den Preis schwerer Opfer — durch Schaffung starker Bündnisse zu sichern.

So kam es, daß in den entscheidenden Augenblicken dem starken Willen und der großen Aktivität Englands nicht ein gleich starker Wille und eine gleich große Aktivität gegenüberstanden. Deutschland hätte besonders in den ersten Jahren des Jahrhunderts zahlreiche Gelegenheiten finden können, den zu seiner Bedrohung geschaffenen Bündnissen zuvorzukommen. Es hätte England

gewinnen können. England bewarb sich (1898—1901) um die Freundschaft Deutschlands, und das ist eben die größte Rechtfertigung seiner späteren Politik. Bevor England daran ging, eine Liga gegen Deutschland zu schaffen, bot Chamberlain Deutschland ein Bündnis an, aber leider ohne Erfolg.

Die deutsche Regierung leistete zur Zeit des Burenkrieges durch ihr korrektes Verhalten — im Widerspruch mit der allgemeinen Stimmung des eigenen Volkes — England einen großen Dienst, ja, als Rußland im Vereine mit Frankreich intervenieren wollte, verhinderte dies Deutschland damit, daß es die Kooperation an die unmögliche Bedingung knüpfte, daß Frankreich den Besitzstand Deutschlands, also auch Elsaß-Lothringen, garantieren sollte. Für diesen großen Dienst verlangte aber Deutschland keinen Gegenwert von England, wenn wir nicht etwa die auf den eventuellen Ankauf der belgischen Kolonien bezügliche Vereinbarung, die übrigens auf dem Papier geblieben ist, als Gegenwert betrachten. Deutschland schließt kein Bündnis, klärt auch nicht die großen kolonialen Fragen, wie z. B. die Marokkofrage, welche England zu jener Zeit gerne durch Deutschland — mit einer gegen Frankreich gerichteten Spitze — erledigt gesehen hätte.

Reichskanzler Bülow fürchtete eine Vereinbarung mit England. Wie Bismarck, so hielt auch er dieselbe im Hinblick auf die wechselnden Parteiregierungen nicht für fest genug. Aber ich glaube, daß er sich darin täuschte. Die späteren Ereignisse bewiesen dies. England ist politisch so

sehr geschult und besitzt so viel imperialistischen Sinn, daß es Fragen der auswärtigen Politik nur selten zu parteipolitischen Fragen macht und daß, wenn es einmal gelungen ist, die öffentliche Meinung für eine bestimmte Richtung der auswärtigen Politik zu gewinnen, hierin eine größere Garantie liegt als in jedem Geheimvertrag und als in dem Willen der Herrscher.

Bülow fürchtete, England werde Deutschland dazu ausnützen, Rußland in seinem Vordringen in Asien, wodurch England bedroht war, Deutschland aber nicht, aufzuhalten, sodann aber Deutschland im Stiche zu lassen. Diese Furcht war aber auch wenig begründet. Da England an der asiatischen Frage in erster Reihe interessiert war, war es leicht, bei allen konkreten Aktionen England den Vortritt zu lassen und sich auf die Rolle der Nachhut zu beschränken.

Die deutsche Politik wollte sich aber England gegenüber überhaupt nicht binden, sie wollte die gefahrvolle Zeit des Flottenbaues durch geschickte Diplomatie überleben, um dann nach Durchführung des Flottenplanes sich von England zu emanzipieren.

Bülow wollte auch später keinen Krieg mit England — er wollte aber eine von England unabhängige Weltstellung erwerben, konnte sich daher England gegenüber nicht binden.

Nachdem man so die günstige Gelegenheit ungenützt hatte vorübergehen lassen, war es schon schwieriger, England zu gewinnen, aber es ist meine feste Überzeugung,

daß dies durch eine ernste Flottenkonvention auch später zu erreichen gewesen wäre. Im Jahre 1912, nachdem die Marokkofrage erledigt war, am Vorabend der neueren Komplikationen auf dem Balkan, geschah auch ein Versuch zu einem solchen Übereinkommen. Der damalige deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg strebte entschieden eine Annäherung an England an, allein der Versuch mißlang. England wünschte ein Übereinkommen bezüglich der Flottenbaupläne; Deutschland wäre dazu geneigt gewesen, aber nur unter der Voraussetzung einer vorherigen politischen Vereinbarung, die ihm im Falle eines Angriffs am Kontinent Sicherheit für Englands wohlwollende Neutralität bieten würde. England war aber nicht geneigt, eine solche Verpflichtung *expressio verbis* zu übernehmen. Im Hinblick darauf, daß schon sämtliche Weltmächte an seiner Seite waren und es keinerlei Gegensätze zwischen ihm und Frankreich, noch auch zwischen ihm und Rußland gab, bedurfte es des Bündnisses mit Deutschland nicht mehr so ernstlich als zu Zeiten Chamberlains. Es fürchtete, durch den Abschluß eines Vertrages, welcher der Tradition der englischen Politik entgegengesetzt war, und welcher weitergehende Verpflichtungen übernahm als die Frankreich und Rußland gegenüber bestehenden, die Freundschaft mit diesen Mächten zu gefährden.

Nach der englischen Auffassung wäre die Freundschaft die automatische Folge der Aufhebung aller konkreten Gegensätze, der Wiederherstellung des Vertrauens und

besonders des Flottenübereinkommens gewesen, müßte daher nicht schon früher in einem besonderen Vertrage ausgesprochen werden. Nach der Meinung der Deutschen aber hätte der politische Bündnisvertrag dem Flottenübereinkommen vorangehen müssen. Welcher Teil hatte da recht und welcher Weg wäre geeignet gewesen, das Übereinkommen zu sichern? Jeder wollte laut altbewährter Gewohnheit handeln. Ich glaube auch, daß beide Systeme zum Ziel geführt haben würden. Das Malheur war nur, daß die englische öffentliche Meinung zu den Deutschen so wenig Vertrauen hatte und von solcher Antipathie erfüllt war, daß sie keine Neigung zeigte, für Deutschland wie für Japan eine Ausnahme zu machen und die deutsche Methode zu akzeptieren, während die deutsche öffentliche Meinung die englische Methode ablehnte. So konnte eine Besserung in dem beiderseitigen Verhältnisse nicht zustande kommen, obgleich, wie ich glaube, beide Regierungen diese ehrlich anstrebten.

Auch Rußland hätte gewonnen werden können. Hätte Bülow den vorhin erwähnten russischen Vorschlag während des Burenkrieges angenommen, so hätte er einen Keil zwischen England und Rußland getrieben und dadurch Rußland Deutschland näherbringen können. Allein Bülow fürchtete, daß Rußland das Deutsche Reich gegen England ausspielen wolle, um nachher, wenn Bülow die Kastanien aus der glühenden Asche geholt hätte, ihn im Stiche zu lassen.

Während des russisch-japanischen Krieges, da England sich auf die Seite Japans stellte und auch Deutschland

wegen der den Russen gebotenen Hilfe bedrohte, machte der Deutsche Kaiser einen Versuch, den Zaren zu gewinnen, und es kam auch zwischen ihnen ein erfolgverheißendes Übereinkommen zustande (1905). Doch fand die Sache keine Fortsetzung, weil Rußland schon zu sehr unter dem Einflusse des französischen Geldes stand und es nicht wagte, mit Frankreich zu brechen. Meisterhaft behandelte Kaiser Wilhelm den schwachen Zaren, den Autokraten, den Souverän, war aber doch nicht imstande, eine feste Basis für eine gemeinsame Politik der Nationen zu finden.

Ich habe eine Vereinbarung mit einer der Weltmächte stets für notwendig gehalten, weil ich fühlte, daß die Unabhängigkeit, die wir allen Weltmächten gegenüber beobachteten, uns in eine nachteilige Lage bringen und allzu viel Zündstoff anhäufen werde. Ich war für meine Person stets ein Anhänger einer Vereinbarung mit England. Als nach der Annexion von Bosnien der Deutsche Kaiser in Wien war und ich nach dem Hofdiner mit ihm sprach, erwähnte ich, daß, nachdem wir der Kriegsgefahr mit knapper Not entkamen, es jetzt dringend wünschenswert wäre, das Verhältnis zu England zu verbessern, um die Wiederholung derselben Gefahr zu vermeiden. Der Deutsche Kaiser brach das Gespräch ab, und ich merkte, daß der angeregte Schritt entweder seinen Absichten nicht entspreche, oder daß er ihn für undurchführbar halte.

Das Fingerziehen mit England habe ich für einen entschiedenen Fehler gehalten. Es war ein begreifliches

instinktmäßiges Bestreben Deutschlands, welches im Aufstieg war und sich wirtschaftlich immer mehr entwickelte, auch zur See zur Geltung kommen zu wollen und sich von England vollständig zu emanzipieren. Doch das war eine schlechte Berechnung. Es war nicht zu hoffen, daß die deutsche Kriegsmarine die englische an Größe und Macht erreichen oder wenigstens das durch England akzeptierte Stärkeverhältnis übersteigen werde; es konnte höchstens so viel erreicht werden, daß England durch ihre extensive Entwicklung seine Schiffsbautätigkeit noch steigern. England konnte seine Suprematie zur See unmöglich aufgeben; das war für das Britenreich eine Frage von Leben und Tod. So friedlich auch die deutsche Politik war, so ist es doch Tatsache, daß England den friedfertigen Absichten Deutschlands nicht traute und von dem Gefühl beherrscht war, daß, wenn einmal die deutsche Flotte an Kraft der englischen nahekommen würde, Deutschland mit seiner vielfach stärkeren Landarmee ein größerer Machtfaktor sein werde als England und sich vielleicht dazu verleiten ließe, weniger friedliche Politik zu machen als zur Zeit seiner Seeschwäche. Man mußte in London mit der Möglichkeit rechnen, daß ein Zusammenstoß mit England dann leichter vorkommen und für dieses Reich verhängnisvoll werden könnte. Auch das konnte man in Deutschland wissen, daß in dem Wettbewerb der Rüstungen England Sieger bleiben müsse, weil Großbritannien reicher war, weil die englische Landarmee weit geringere Kosten verursachte als die deutsche, und weil die öffentliche Meinung

Englands die Notwendigkeit der Flotte besser begriff als die deutsche.

Die große und starke Landarmee lag den Deutschen im Blute, in der Tradition, und war für sie eine Notwendigkeit, die Flotte hingegen war eine neue Passion. Die öffentliche Meinung Deutschlands mußte sich die Frage früher oder später stellen, ob das Reich nicht unter den Lasten zusammenbrechen werde, wenn es nebst der stärksten Armee auch noch eine der stärksten Flotten aufrechterhalten müßte, um die Bautätigkeit Englands zu überflügeln. Und wenn dieses Konkurrieren zu einem Kriege mit England führen würde, bevor das Machtverhältnis sich verschoben hätte, so wäre die Folge dieser ganzen Anstrengung nur, daß noch mehr Millionen ihr Grab in den Tiefen der Meere fänden, oder daß die Beute Englands eine größere Quote des deutschen Fleißes ausmachen würde. Als Deutschland sich auf das Meer warf, verließ es das Gebiet, wo es fast unbesiegbar war, und erwarb eine Achillesferse. Es suchte auf einem Gebiete zur Geltung zu kommen, wo es der Schwächere war. Im Interesse Deutschlands hätte ich den starken Bundesgenossen weniger gefürchtet als den starken Feind. Ich glaube nicht, daß die Erwerbung und Verteidigung der Kolonien, die ohne Weltkrieg noch zu erlangen waren, großen Nutzen verhieß. Aus den Kolonien anderer Staaten hätte Deutschland größere wirtschaftliche Vorteile ziehen können als aus seinen eigenen, wie denn auch England und Amerika schon bisher weit stärkere Käufer der deutschen Produkte waren als die deutschen

Kolonien. Eine bedeutende Auswanderung, die nur durch Kolonien für das Vaterland gerettet werden könnte, war schon längst nicht vorhanden. Nach meiner Überzeugung hätte übrigens Deutschland im Wege einer Vereinbarung mit England leichter Kolonien erlangen können als im Wege der freien Konkurrenz mit England, solange es nicht das erforderliche Machtgewicht erlangt hätte, um das zu erzwingen, was man ihm nicht gutwillig geben will. Das Deutsche Reich hätte im Falle einer Vereinbarung mit England eine starke Flotte sogar leichter bauen können, als wenn das feindselige Verhältnis fort dauerte, welches ohne Zweifel die Gefahr eines Weltkrieges in sich barg.

Ein freundschaftliches Verhältnis zu England wäre auch geeignet gewesen, den Dreibund zu stärken, denn Italien war wegen seiner langen Küste von England abhängig und hätte im Falle eines Krieges kaum gegen England Stellung nehmen können. Es wäre den Beziehungen zu Österreich-Ungarn förderlich gewesen, denn ein sich auf England stützender Dreibund hätte eine solche Orientpolitik befolgen können, innerhalb welcher unsere sämtlichen Interessen Befriedigung gefunden hätten.

Eine Vereinbarung mit England war auch leichter zu erreichen als eine solche mit Rußland, besonders seit dem russisch-japanischen Kriege.

Einen wirklichen Interessengegensatz zwischen England und Deutschland gab es nicht. Hätte es zwischen diesen beiden Mächten keine Flottenkonkurrenz gegeben und

wäre England nicht von dem Glauben erfüllt gewesen, daß es zum Zwecke des Schutzes der eigenen Machtstellung gezwungen sei, sich mit den Feinden Deutschlands zu verbinden, so wären Deutschland und England nicht feindlich gegeneinandergeraten. Hat doch England in Marokko nur Frankreich zuliebe und auf dem Balkan nur Rußland zuliebe einen deutschfeindlichen Standpunkt eingenommen, und zwar in beiden Fällen gegen seine lokalen Interessen, die durch eine mit den Deutschen parallel geführte Aktion leichter hätten befriedigt werden können. Das Zerwürfnis entstand nicht wegen der Interessengegensätze, sondern das Zerwürfnis rief die Interessengegensätze hervor. Die Schwierigkeit einer Übereinkunft lag nicht so sehr in den Interessengegensätzen als in gegenseitigem Mißtrauen und in der Antipathie, welche sich zwischen den beiden Nationen zum schweren Nachteil der ganzen Menschheit entwickelt hatte.

Wie natürlich ein Freundschaftsverhältnis zu England ist, beweisen alle Erfahrungen des neuen Deutschen Reiches auf dem Gebiete der auswärtigen Politik bis Bülows Kanzlerschaft. Bismarck hatte die Erringung der deutschen Einheit zum großen Teile seiner Russenfreundschaft zu verdanken; dieser größte aller Junker fühlte mehr Sympathie für die konservative Politik des Zarismus als für das parlamentarische System Englands. Er hatte kein Vertrauen zur Freundschaft mit England, weil er die englische Politik für wandelbar hielt und keine Mittel hatte, um die öffentliche Meinung Englands zu beeinflussen, während

der Hof des Zaren für ihn keine Geheimnisse hatte und er ihn stets meisterhaft zu behandeln wußte. Bismarck machte überhaupt keine Welt-, sondern nur eine kontinentale Politik, bei welcher er von der altbewährten Russenfreundschaft mehr erwartete als von der Freundschaft Englands. Darum blieb Bismarck auch nach 1870, als er an der Spitze des neuen Reiches stand, ein überzeugter Russenfreund. Trotzdem entwickelte er alsbald eine mit England parallel laufende Aktion, und das Bündnis mit Rußland lockerte sich automatisch. Die auswärtigen Aktionen Bismarcks harmonisieren zum großen Teile mit den Aktionen Englands und geraten in einen Gegensatz zur Politik des Zarenreiches.

Die Orientpolitik Österreich-Ungarns und die des Zarismus entzweit Bismarck mit Rußland. Vergebens bemüht er sich als „ehrlicher Makler“: er kann den Gegensatz nicht bannen. Schließlich ist Bismarck genötigt, sich an unsere Seite zu stellen. Wenn wir uns in den damaligen türkisch-russischen Krieg eingemengt hätten, hätte Deutschland die Nachhut Englands und Österreich-Ungarns gebildet und hätte gegen Rußland Stellung genommen. Die Hauptaktion der Kanzlerpolitik Bismarcks, der Gasteiner Vertrag, bezweckte den Schutz gegen Rußland und löste in England große Freude aus. Später versuchte Bismarck die Russenfreundschaft zu erneuern, doch trotz gewisser Erfolge steht er bald wieder nahe daran, wegen des von England unterstützten Österreich-Ungarn in Gegensatz zu Rußland zu geraten. Deutschland verbündet sich nicht

mit England, aber es leistet England Vorschub, damit England, Österreich-Ungarn und Italien auf dem Balkan gemeinschaftlich Stellung nehmen können, um dem russischen Einfluß ein Gegengewicht zu bieten.

Bismarcks englische Politik kommt durch den interessanten Brief, welchen der eiserne Kanzler im Jahre 1887 an den englischen Ministerpräsidenten Salisbury schrieb, zum vollen Ausdruck. In demselben stellt Bismarck die folgenden Grundsätze auf: Deutschland wird es niemals gestatten, daß Frankreich England niederringe; er sieht es mit Freude, daß England, Österreich-Ungarn und Italien zum Schutze ihrer Interessen im Orient sich verbünden. Er betrachtet es für ausgeschlossen, daß Deutschland jemals einen Krieg gegen jene Macht führen wird, von welcher es erwartet, daß sie Deutschland im Falle eines Angriffes von russischer Seite unterstützen würde — wie es bezüglich Englands der Fall ist —; der Weltfriede wird durch die Ambitionen Frankreichs und Rußlands bedroht, nicht aber seitens Englands, Österreich-Ungarns und Deutschlands, die alle drei saturierte Mächte sind.

Nach diesen Grundsätzen hätte man die Politik Deutschlands auch in den letzten Jahrzehnten leiten sollen.

Meiner Ansicht nach wäre eine Übereinkunft mit England die vorteilhafteste Kombination gewesen, die verfehlteste aber war die, daß Deutschland weder England noch Rußland gegenüber eine klare Lage zu schaffen wußte. Dies führte zum Weltkriege und zu dem für uns so verhängnisvollen Ausgang desselben. Wenn Deutschland sich

mit England nicht einigen konnte, hätte es mit Rußland ein festes Bündnis schließen müssen, selbst um den Preis ernster Opfer. Deutschland hätte zwischen der Tirpitzschen Politik und der Bagdad-Hamburg-Politik wählen müssen.

Der Entschluß, beide gleichzeitig zu verfolgen, mußte sich rächen.

ZWEITER TEIL

DER KRIEG

Unsere politischen Fehler

DER Krieg wurde unter so schwierigen Umständen eröffnet, daß es nicht erlaubt war, noch weitere Fehler zu begehen. Nur die absolute Überlegenheit in der militärischen und politischen Führung hätte uns einen günstigen Erfolg sichern können. Leider hat sich aber unsere Diplomatie während des Krieges nicht bewährt. Nichts hat den Zentralmächten so viel geschadet als die Invasion des schwachen und neutralen Belgiens. Allerdings gibt es genug Präzedenzfälle. Im Kriege treten die kriegführenden Parteien das internationale Recht in der Regel mit Füßen. Es gibt keine Nation, die dies nicht schon getan hätte; es gibt keinen Krieg, in welchem das Völkerrecht nicht verletzt worden wäre. Da das Völkerrecht eine *Lex imperfecta* ist, und da es kein Gericht gibt, um in diesem Belange Recht zu sprechen, auch keine Macht, welche die Einhaltung der Vorschriften des Völkerrechtes zu erzwingen imstande wäre, da im Kriege die Existenz auf dem Spiele steht; da der oberste Richter seiner Handlungen der Staat selbst ist und im Kriege jeder Teil von dem andern das Schlimmste erwartet und erfahrungsgemäß auch erwarten muß, wird

ein völkerrechtlicher Grundsatz, welcher den Erfolg ernstlich gefährdet, niemals respektiert.

Ich kenne keine einzige Nation, welche deshalb einen Krieg verloren hätte oder deshalb unter viel schwierigeren Umständen gekämpft hätte, weil sie das Völkerrecht respektierte.

England hat die Verletzung der Neutralität Belgiens nicht immer für einen so empörenden Rechtsbruch betrachtet wie heute. Eine englische offizielle Persönlichkeit, ein Militärattaché, hat sich noch unlängst mit dem Gedanken befaßt, ob man nicht Belgiens Neutralität gegen den Willen Belgiens verletzen solle (1912). Als England es mit dem Dreibunde hielt und den Russen als seinen Feind ansah, und Dilke (1887) die Frage aufwarf, was England wohl tun würde, wenn Deutschland in einem Kriege mit Frankreich die Neutralität Belgiens verletzen würde, stellte sich die Regierungspresse auf den Standpunkt, daß man dies nicht verhindern könnte und England sich darauf beschränken müßte, Belgiens Neutralität und Unabhängigkeit im Friedensvertrage zu sichern. Dilke faßte seine Erfahrungen darin zusammen, daß er sehe, man sei in England entschlossen, sich der vertragsmäßig übernommenen Pflichten unter irgendeinem Vorwande zu entledigen.

Im gegenwärtigen Kriege war die Verletzung der belgischen Neutralität nicht die einzige Handlung fraglicher Rechtmäßigkeit. Auch unsere Feinde handelten gegen das internationale Recht. Die Neutralität Griechenlands und

Korpus wurde nicht respektiert. Die gegen Mitteleuropa verhängte Blockade war gleichfalls eine Handlung strittigen Rechtes. Trotz alledem halte ich Belgiens Übrerrumplung doch für ein großes Unglück, für einen großen Fehler. Erstens ist es nicht zu leugnen, daß wir durch die Invasion Belgiens die erste rechtswidrige Handlung vollbrachten, welche als Rechtfertigung oder Entschuldigung aller anderen Rechtsverletzungen dienen konnte. Durch diese Tat wurde die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen uns gestimmt, was auf den ganzen Verlauf des Krieges von entscheidendem Einflusse blieb. Belgiens Schicksal hat England das Eingreifen erleichtert, es hat der italienischen Kriegspartei die stärkste Waffe in die Hand gedrückt und in Amerika den Haß der Bevölkerung entfacht.

Bismarck, sicherlich ein Staatsmann frei von jedem Sentimentalismus, sah ein, daß es ein Fehler wäre, einen gegen Frankreich geführten Krieg mit der Verletzung der Neutralität Belgiens zu beginnen. Als 1887, wie ich bereits erwähnte, in England die belgische Frage aufgeworfen wurde, ließ Bismarck in seinem Blatte erklären: „Deutschland würde nie einen Krieg mit der Verletzung eines europäischen Vertrages beginnen. Jedenfalls befindet sich derjenige im Irrtum, der meint, die Leitung der Politik sei bei uns den Gesichtspunkten des Generalstabs unterworfen und nicht umgekehrt.“

Das eigentliche Motiv der englischen Regierung, das sie bewog, sich in den Krieg einzumengen, war nicht der an Belgien verübte Neutralitätsbruch, sondern die Zwangslage,

nicht dulden zu können, daß das feindlich gesinnte Deutschland nach einer Jahrzehnte hindurch währenden Rivalität auf dem Kontinente unbedingte Suprematie erlinge und insbesondere daß es nach der Niederkämpfung Frankreichs die zunächst gelegene Meeresküste beherrsche. Den in England tief wurzelnden Pazifismus konnten aber nur die Leiden Belgiens zum Schweigen bringen.

Die Invasion in Belgien hat auch bei uns schmerzliche Gefühle erweckt. Vergebens berief man sich auf Präzedenzfälle, jedermann fühlte, daß sie ihren Urhebern nicht zum Ruhme gereichten. Suchten wir auch diesen Vorgang zu verteidigen, so taten wir es nur gezwungen, und nur deshalb, weil wir fühlten, daß man einen Krieg auf Leben und Tod nicht mit Schamgefühl und mea culpa beginnen kann, und weil wir wußten, daß die deutsche Regierung von patriotischer Überzeugung geleitet war, als sie zu diesem verfehlten Entschlusse gelangte. Doch uns alle schmerzte es, eine Nation den Schrecknissen des Krieges auszusetzen, die nicht daran dachte, uns anzugreifen. Die später gelieferten Beweise von Belgiens Kriegsabsichten halte ich nicht für stichhaltig.

Ich für meine Person habe, ganz unabhängig von dem Rechtsstandpunkte, die Haltung der deutschen Regierung für einen Fehler erachtet, weil diese Haltung eine Folge des überlebten Schlieffen-Kriegsplanes war, eine Folge jener Voraussetzung, daß das isolierte Frankreich durch die deutsche Übermacht niedergeworfen werden kann, ehe die russische Armee auf dem Plan erscheint. Diese

Voraussetzung entsprach aber nicht mehr den Tatsachen. Der Druck der russischen Wehrmacht mußte viel rascher fühlbar werden, als man zur Zeit Schlieffens annehmen konnte. Außerdem blieb Frankreich, zum Teil gerade infolge der Verletzung der belgischen Neutralität, nicht isoliert. Gerade die englische Unterstützung trug dazu bei, daß den raschen Erfolgen der Deutschen Halt gemacht wurde. Ich war stets der Ansicht, daß der richtige Grundgedanke gewesen wäre, zuerst Rußland anzugreifen und im Westen sich zunächst auf die Defensive zu beschränken. Meine militärischen Gründe für diesen Standpunkt werde ich später anführen, hier will ich nur auf die politischen verweisen.

Rußland war die Achillesferse der Entente. Den inneren Umsturz Rußlands habe ich stets in Rechnung gezogen. Die nach dem japanischen Kriege eingetretenen Ereignisse und die seither stets gärende innere Unzufriedenheit ließen es als sehr wahrscheinlich annehmen, daß einer größeren Niederlage der Armee die innere Zersetzung, der inneren Zersetzung aber die vollständige militärische und politische Ohnmacht folgen würde. Da ich in die diplomatischen und militärischen Berichte und in die tatsächliche Situation keinen Einblick hatte, kam ich in die Lage, daß mein Vertrauen auf die russische Revolution fast bis zu dem Augenblicke bestand, bis da sie ausbrach, und ich eben dann meine Hoffnung aufzugeben begann, als die Katastrophe unmittelbar bevorstand.

Die natürliche Fortsetzung des diplomatischen Kampfes wäre gewesen, Rußland anzugreifen, gegen dessen aggressive Politik der Krieg gerichtet war. Die günstigste Eröffnung des Kampfes wäre ein gemeinsames Auftreten der Verbündeten gewesen, was naturgemäß nur auf dem russischen Kriegsschauplatze erfolgen konnte, auf dem einzigen Kriegsschauplatze, welcher beide Verbündete in gleichem Maße interessierte. Das politisch schwerwiegendste Argument für eine gegen Rußland geführte Offensive war aber, daß nur auf diese Weise die Neutralität Englands eventuell gesichert und überhaupt die Auffassung der Demokratie der ganzen Welt günstig hätte beeinflußt werden können. Es wäre für die Demokratie des Westens ebenso schwer gewesen, ihren Einfluß zugunsten des Zarismus zu mobilisieren, als wie es leicht war, für das Völkerrecht und für die Verteidigung des schwachen Belgien Stimmung zu machen.

Im Interesse der raschen Durchführung des Schlieffen'schen Kriegsplanes nahm Deutschland auch das Odium der rasch aufeinanderfolgenden Kriegserklärungen auf sich, was alles hätte vermieden werden können, wenn wir unsere Offensive gegen Osten gerichtet hätten.

Wollte man aber die belgische Frage dennoch sofort klären, so kann ich nicht begreifen, weshalb Deutschland der britischen Regierung nicht den Vorschlag machte, den Vertrag zu erneuern, welchen Gladstone im Jahre 1870 mit Napoleon und mit dem Kaiser Wilhelm abschloß, den Vorschlag nämlich, daß Deutschland geneigt sei, die

Neutralität Belgiens zu respektieren, ja sogar mit bewaffneter Hand zu schützen, wenn England sich vertragsmäßig verpflichtet, dies auch im Falle eines von französischer Seite kommenden Angriffes zu tun. Hätte England diesen Vorschlag angenommen, dann wäre alles in Ordnung gewesen, und auch die Neutralität Englands hätte als gesichert betrachtet werden können. Hätte hingegen England diesen Vorschlag nicht angenommen, was wahrscheinlich war, weil ja im Jahre 1870 England sich nur für das Schicksal Belgiens interessierte, jetzt aber auch für die Machtstellung Frankreichs, dann hätte England seinen vorteilhaftesten Casus belli verloren. Wenn England jenes Mittel, durch welches im Jahre 1870 auf seine Initiative hin Belgiens Neutralität gerettet wurde, jetzt zurückweist, dann verrät es seine Absichten, und es wird offenkundig, daß es nicht zur Verteidigung Belgiens und des Völkerrechtes das Schwert zieht.

Als ich während des Krieges Herrn Bethmann Hollweg diese meine Ansicht darlegte, sagte er mir, er habe diesen Schritt nicht unternehmen können, weil die Heeresleitung selbst die kürzeste Verzögerung nicht gestattete, sondern im Interesse des Erfolges zur augenblicklichen Offensive drängte. Das leuchtete mir nicht ein, da ein ernster Zeitverlust kaum zu befürchten war. Es hätten langwierige Verhandlungen vermieden werden können, England hätte nur ja oder nein zu sagen gehabt. Bismarcks und Gladstones vereinbarter Vertrag lag ja fertig vor, man brauchte ihn nur anzunehmen oder abzulehnen.

Allerdings ist es wahr, daß die gegen Frankreich gerichtete Offensive den von ihr erwarteten Erfolg fast erreichte, als die Marneschlacht alle Hoffnungen zunichte machte, und es blieb von der ganzen Kombination nichts übrig als das Odium.

Auch die Art und Weise, wie die serbische Frage ins Rollen gebracht wurde, hielt ich nicht für glücklich. Das neueste österreichische Rotbuch zeigt uns, daß zwei Auffassungen gegeneinander kämpften. Die eine war die, daß man den Krieg sofort und in überraschender Weise beginnen müsse; die andere Auffassung gipfelte in dem Wunsche, daß eine friedliche Lösung durch die Aufstellung zwar schwerer, aber dennoch annehmbarer Bedingungen versucht werde, und daß der Krieg nur erklärt werden solle, wenn die Bedingungen zurückgewiesen würden. Der Weg, den man schließlich einschlug, entsprach keinem dieser beiden Auffassungen. Ich habe den Eindruck, daß der Vorschlag Stefan Tizas dazu benutzt wurde, das Odium des Krieges auf den Gegner zu überwälzen, doch die offizielle Politik sah auch weiterhin den Krieg als die entsprechende Lösung an. Die Note wurde so verfaßt, daß die Annahme derselben sehr schwer sein sollte.

Dieser Beschluß war verhängnisvoll! Die Absicht war durchsichtig und wurde noch klarer, als wir die geschickte und nachgiebige Antwort Serbiens kurzweg zurückwiesen und den Krieg erklärten. So kam es, daß wir das Odium des gewaltsamen Auftretens nicht von uns abwälzen konnten und obendrein auch noch der Hinterlist beschuldigt

wurden. Wenn unsere Regierung den Krieg gegen Serbien für nicht notwendig hielt, hätte die Note anders verfaßt sein sollen, und die Antwort Serbiens hätte zur Grundlage der Verhandlung gemacht werden müssen. Wollten wir aber den Krieg, dann genügte als Ursache desselben jene Politik Serbiens, welche zu den Mordtaten in Sarajevo führte und den Bestand der Monarchie gefährdete. Es gab ja auch später kein anderes unanfechtbares Motiv für den Krieg als bloß dieses, da die in Sarajevo geführte Untersuchung nicht einmal Verdachtsmomente aufweisen konnte, daß die serbische Regierung an der Vorbereitung der Mordtaten teilgenommen habe. Daher wäre das schnelle Eingreifen wertvoller gewesen als der durchsichtige Schein der Langmut und Milde. Ein rasch erzielter militärischer Erfolg und, im Falle, daß die Entente sich eingemengt hätte, ein rasches Anbieten annehmbarer Friedensbedingungen hätte selbst die Gefahr des Weltkrieges leichter beseitigt, als der Weg, den man einschlug.

Doch meines Erachtens war unsere Lage auch so keineswegs hoffnungslos. Die Beherrschung der inneren Operationslinien, Rußlands organische Schwäche, die unvollkommene Entwicklung der englischen Wehrmacht, unsere größere militärische Fertigkeit, unsere einheitlichere und bessere Führung, all dies zusammen hätte es ermöglicht, daß wir trotz der ziffermäßigen Überlegenheit unserer Feinde und trotz der englischen Suprematie zur See mit Erfolg hätten Widerstand leisten können. Es war aber

ganz sicher, daß wir einen sehr schwierigen Kampf zu bestehen haben werden, und daß man selbst um den Preis von schmerzlichen Opfern den Eintritt neuer Feinde in den Krieg hätte verhindern sollen. Aber leider ist uns dies nicht gelungen.

Italien war der erste Staat, mit dessen Eintritt in den Krieg zu rechnen war. Als sich Italien beim Ausbruch des Krieges nicht an unsere Seite stellte, war ich darüber im klaren, daß fortan unser Hauptbestreben sein müsse, es vom Eingreifen gegen uns abzuhalten. Die Gefahr war schon aus der Motivierung der Neutralität zu erkennen. In dieser Motivierung bezeichnete es unsere Politik als aggressiv. Als rasche militärische Erfolge, auf die wir mit Zuversicht rechneten, sich nicht einstellten, hatte ich die Empfindung, daß die Neutralität Italiens nur durch territoriale Konzessionen gesichert werden könne. Obzwar es ein schmerzlicher Entschluß ist, Gebiete, welche rechtmäßig einem gehören, aus politischer Berechnung ohne einen Schwertstreich zu übergeben, hielt ich dies dennoch für unvermeidlich.

Cavour entsagte 1859 dem Stammsitze der Dynastie: Savoyen, und dem Geburtsorte Garibaldi's: Nizza, um die italienische Union zustande zu bringen. Die Türkei gab im Laufe des Weltkrieges Bulgarien die vor kurzem erworbenen Gebiete zurück, um sich für den begonnenen Kampf die freie Hand zu sichern. Durften nicht auch wir Opfer bringen, um unser Dasein beschützen zu können?

Ich hatte kein Vertrauen, daß wir auch einem neuen Feind mit Erfolg begegnen könnten, und ein Eingreifen Italiens schien um so gefährlicher, da ich es für sicher hielt, daß Rumänien dem Beispiel gleichzeitig folgen würde.

In erster Linie mußte man bestrebt sein, nur in dem Falle territoriale Konzessionen zu machen, wenn wir uns hierdurch Italiens aktive Teilnahme sichern könnten, oder wenn unseren Siegen zufolge die Machtverhältnisse und das kontinentale Gleichgewicht sich derart verändern würden, daß Italien Grund zur Beunruhigung hätte. Wir hätten aber die Forderung Italiens selbst in dem Falle nicht ablehnen dürfen, wenn es die unbedingte Übergabe gewünscht hätte. Stand doch unser Dasein auf dem Spiele. Wir hätten sogar eine gewisse Geneigtheit und Wohlwollen bekunden müssen und mit wohlbedachter Umsicht auch den Eindruck vermeiden sollen, als ob wir nur der Gewalt weichen und für den Fall des Sieges an Rache denken würden.

Als ich im Herbst 1914 sah, daß in dieser Richtung nichts geschah, fing ich an, mich zu beunruhigen. Im Monat Dezember suchte ich Berchtold auf, um ihm meine Bedenken mitzuteilen. Ich sah, daß der Minister des Äußern sich mit der Frage auch schon viel befaßt hatte und daß er meiner Auffassung nicht sehr fern stehe. Ich hatte den Eindruck, daß er Zeit gewinnen wollte, ohne Italien zu verbittern oder mißtrauisch zu stimmen. Unser Generalstab war der Meinung, die Entscheidung am längsten in acht Monaten erzwingen zu können. Es gelang

Berchtold, einen großen Teil dieses Zeitraumes verstreichen zu lassen, ohne daß sich unser Verhältnis zu Italien verschlechtert hätte. Aber jetzt hatte auch er die Empfindung, daß die Entscheidung in kurzer Zeit fallen müsse.

Am 11. Januar war ich wieder bei Berchtold und mahnte ihn wieder zur Entscheidung. Der Minister des Äußern teilte mir mit, daß seit unserer letzten Unterredung ein entschiedener Schritt nach vorwärts zu verzeichnen sei, indem der italienische Gesandte Avarna den italienischen Anspruch auf österreichisches Gebiet zum erstenmal klar notifiziert habe. Ich hatte den Eindruck, daß Berchtold meine Auffassung teile und die Notwendigkeit eines freundschaftlichen und kulanten Übereinkommens einsehe. Er frug mich, was für ein Verhältnis zwischen Tisza und mir bestehe, ob ich glaube, daß ich ihn beeinflussen könne, und als ich darauf zur Antwort gab, daß, obzwar ich Tisza seit dem Ausbruch des Krieges unterstütze, die politische Lage in unseren Gesprächen überhaupt nicht berührt werde, ersuchte er mich, den Wiener Vertreter der ungarischen Regierung, Burian, aufzusuchen und ihm meine Auffassung darzulegen.

Ich entsprach diesem Wunsche, und Burian hat mir gegenüber der Meinung Ausdruck verliehen, daß Italien die territoriale Frage darum auf das Tapet brachte, weil Berchtold übertrieben nachgiebig ist und die Italiener durch die Reise des Fürsten Bülow nach Rom ermutigt werden. Er glaube, daß man den Italienern solche Forderungen durch eine kraftvollere und selbstbewußtere

Sprache abgewöhnen könne. Möglicherweise kann später der Augenblick eintreten, wo man den Italienern Gebiete abtreten muß, dies wäre aber jetzt bestimmt verfrüht. Er erwarte in Galizien einen größeren militärischen Erfolg, welcher den italienischen Aspirationen endgültig einen Dämpfer aufsetzen werde.

Ich erfuhr es erst am nächsten Tage, am 13. Januar, daß Berchtold schon abgedankt hatte und Burian sein Nachfolger ist. Ich sah der weiteren Entwicklung der Frage mit großer Besorgnis entgegen, da ich befürchtete, daß Burians Auftreten in Italien solches Mißtrauen hervorrufen kann, daß hierdurch eine günstige Lösung auch in der Zukunft unmöglich wird.

Der erwartete militärische Erfolg — welcher die Entsetzung Przemysls hätte sein sollen — erfolgte leider nicht. Burian führt — wie es aus dem Rotbuch ersichtlich ist — eine energischere Sprache als Berchtold, aber erfolglos, da Italien seine Absicht nicht abändert. In Rom hat die Überzeugung Wurzel gefaßt, daß man das Ziel nur mit Blut und Eisen erreichen kann.

Wenn die Regierung der friedlichen Lösung traute, würde sie die Agitation eindämmen und die Rüstungen einstellen. So aber rüstet Italien, wodurch sein Selbstbewußtsein gesteigert und die Entscheidung für den Krieg erleichtert wird, und die Regierung läßt der gegen uns gerichteten Agitation freien Lauf, fördert sie sogar mit allen Mitteln. Infolge dieser Umstände wird die friedliche Lösung täglich schwerer, und die italienischen Forderungen

nehmen an Dimension fortwährend zu. Die Republikaner, die Irredentisten, die Franzosenfreunde, die Österreichfeinde, die Freimaurer arbeiten mit Dampfkraft darauf los, daß der Krieg unabwendbar werde. Auch die Entente bietet alles auf. Besonders wirksam ist der Druck, welchen England mit seiner kolossalen Übermacht zur See ausübt. Kein Hilfsmittel der Agitation bleibt unversucht. Belgiens Leiden bieten den dankbarsten Stoff. Im Namen der Demokratie und der Freiheit der Völker wird zum Kreuzzug haranguiert.

Trotz alledem bleibt die Mehrheit des Parlamentes Anhänger der Neutralität. Giolitti, der politische Führer der Majorität, verkündet in der italienischen Presse Ende Januar, daß die Konzessionen allem Anschein nach ohne Krieg erreicht werden können. Unter dem Eindruck des Terrors wagt er es nicht, offen für den Frieden einzutreten, er versucht aber, durch Hervorheben der Möglichkeit des Friedens hierfür Stimmung zu machen.

Während dieser Periode bemühte ich mich, durch in der Presse veröffentlichte Artikel in Rom nach Möglichkeit den Glauben hervorzurufen, daß wir Italien gegenüber freundschaftlich gesinnt sind und, trotzdem es sich nicht an unsere Seite gestellt hat, zu einer Verständigung geneigt sind. Bis die Regierung die Geneigtheit zu territorialen Opfern nicht offen erklärt hat, konnte natürlich auch ich diesbezüglich meinen Standpunkt nicht präzisieren.

Ich schrieb in der „Neuen Freien Presse“ am 27. Januar 1915 folgendes:

„Wenn Italien in der augenblicklichen kritischen Lage die zwischen uns obschwebenden Fragen durch ein freundschaftliches Übereinkommen erledigen will und neutral bleibt, kann es mit Sicherheit darauf rechnen, daß Österreich-Ungarn sein ständiger Verbündeter sein wird. Wir werden die Freundschaft Italiens auch nach dem Sieg benötigen. Es hängt von den italienischen Staatsmännern ab, daß diese Freundschaft gefestigt und beständig werde. Es wäre verfehlt, vorauszusetzen, daß infolge des Umstandes, daß sich Italien uns nicht angeschlossen hat, bei uns ein bitteres Gefühl zurückgeblieben sei. Wir haben uns mit diesem Entschluß Italiens endgültig und ohne Vorbehalt befreundet. Wir müssen anerkennen, daß die Interpretierung der übernommenen Verpflichtungen ein souveränes Recht Italiens sei, und niemand kann die Politik verurteilen, welche sich in den Weltkrieg nur in dem Falle einmengen will, wenn dies unabwendbar ist und wenn sie durch einen absoluten Zwang hierzu gedrängt wird.“ „Es ist meine unerschütterliche Überzeugung, daß es mit ein wenig gutem Willen und auf der Grundlage des Dreibundes gelingen könnte und müßte, das Verhältnis der beiden Nachbarn inmitten der jetzigen Krise auf eine noch solidere Basis zu stellen, wie sie bisher bestanden hat.“ Was konnten aber solche Erklärungen nützen, solange die offiziellen Verhandlungen resultatlos blieben?

Als das italienische Parlament im Februar zusammentrat, hatte es den Anschein, daß die Regierung und die

leitenden Politiker vereinbart hätten, daß Italien auf unsere Kosten neue Gebiete erwerben müsse, und zwar selbst um den Preis eines Krieges.

Eine böse Folge des Mißtrauens ist die Forderung Sonninos (13. März) auf sofortige Durchführung des eventuellen Übereinkommens und auf Festsetzung einer fünfzehntägigen Frist für die Verhandlungen*.

Durch die Verschleppungstaktik vollzieht sich in der Aufgabe selbst eine allmähliche Umwandlung. Anfangs mußten wir uns mit der italienischen Regierung verständigen, im April konnten wir nur über den Kopf der Regierung hinweg mit der parlamentarischen Majorität unterhandeln. Diese Aufgabe war natürlich schwieriger als die vorherige, sie war aber nicht unlösbar. Die Majorität scheint noch immer den Frieden zu wollen. Der Krieg ist mit einem großen Risiko verbunden, wer nicht fanatisiert ist, scheut ihn naturgemäß. Die katholische

* Beweise des zunehmenden Mißtrauens sind folgende Stellen des Rotbuches:

Nach der ersten Konversation mit Burian telegraphiert (26. Januar) Sonnino an Avarna: „Man wird uns aufsitzen lassen.“ Am 2. Februar sagt ebenfalls Avarna: „Auf jemand, der die Verständigung wünscht, muß es sehr befremdend wirken, daß Burian, nachdem er beim Deutschen Kaiser war, nichts anderes zu sagen hat, als daß er die Frage studieren wird.“ Am 12. Februar telegraphiert er folgendes: „In Wien wird alles versucht, um die Sache zu verschleppen. Nach dieser dilatorischen Taktik hege ich keine Illusionen.“ Andererseits äußert sich Avarna Burian gegenüber (15. Februar) in dem Sinne, daß letzterer die Sache in die Länge ziehe und daß seine Regierung sämtliche bisherige Vorschläge zurücknehme und sich auf die Bemerkung beschränke, daß sie gegen unsern Einmarsch in Serbien — ohne vorherige Verständigung — protestiere. Sonnino schreibt (18. Februar) an Avarna: „In Wien hat man für die Lage kein Verständnis und hält alles für einen Bluff oder für einen phantastischen Traum Bülow's.“ Avarna (23. Februar) schreibt: „Die Monarchie wird unter den jetzigen Verhältnissen nie dazu zustimmen, eigenes Gebiet abzutreten.“ Derselbe meldet (3. März) Sonnino folgendes: „Die Konversationen können bis ad infinitum dauern, da Burian immer wieder neue Argumente vorbringt.“ Sonnino erteilt Avarna am 10. März den Auftrag: „dem ewigen Verschleppen der Verhandlung soll ein Riegel vorgeschoben werden.“ Aus dieser Stimmung ging die vorher erwähnte Forderung vom 13. März hervor.

Partei, die Sozialdemokraten, die Arbeiter und die Mehrheit der Bauern möchten den Krieg vermieden sehen. Auch der König wünscht ihn nicht herbei. Es besteht also noch immer die Möglichkeit des Friedens, selbst gegen den Willen der Regierung. Eben jetzt wird in Athen Venizelos, der Kriegshetzer, gestürzt, und die Friedensliebe des wackeren Königs siegt gegen die Regierungspolitik. Kann nicht in Rom dasselbe geschehen?

Es gab hierfür nur eine Möglichkeit: wir hätten mit einem raschen Entschluß alles anbieten müssen, was wir als Preis der Neutralität Italiens hinzugeben entschlossen waren, und hätten unser Angebot auf irgendwelche Weise veröffentlichen müssen. Statt in dieser Weise vorzugehen, haben wir ratenweise nachgegeben. Auch jetzt noch haben wir nicht den Eindruck wachgerufen, daß wir ernstlich eine Verständigung herbeiführen wollen. Die Überzeugung faßte tief Wurzel in der italienischen öffentlichen Meinung, daß die friedliche Verständigung gefährlich sei, da wir den Sieg, den wir der Neutralität Italiens verdanken könnten, dazu benützen würden, uns zu rächen.

Auch der Zeitpunkt, in welchem wir endlich doch Angebote stellten, war ungünstig. Wir stellten das erste territoriale Angebot am 28. März, eine Woche nach dem Verlust Przemysls (22. März). Und die späteren ergänzenden Angebote kamen in rascher Folge zu einer Zeit, als die Verständigung zwischen der italienischen Regierung und der Entente schon zustande gekommen ist (25. April) und Italien infolgedessen schon dieses neue

Übereinkommen hätte verletzen müssen. Aber selbst zu diesem Zeitpunkt sind noch so starke Kraftfaktoren gegen den Krieg, daß die Partie noch nicht endgültig verloren ist. Die Regierung ist noch nicht unbeschränkter Herr der Situation. Die Majorität im Parlamente ist ausgesprochen giolittianisch. Die Regierung kann nur siegen, indem sie sich mit dem Terror der Straße verbindet. Sie demissioniert (17. Mai) und schreckt mit Revolutionsszenen jeden ab, der sich an die Kabinettbildung heranwagen möchte. Wir kämpfen mit der größten Anstrengung bis zum letzten Moment weiter. Bülow verhandelt und kapazitiert unermüdlich. Von Tisza hierzu aufgefordert, richte ich an ihn eine Interpellation, die bezweckt, eine Manifestation hervorzurufen, womit das ungarische Parlament erklärt, auch in der Zukunft an der Freundschaft Italiens festzuhalten (17. Mai). Wir machen neuere Konzessionen, aber Sonnino ruft uns höhnisch das: „Troppo Tardo“ zu. Terror und Leidenschaft ersticken jedes Gegenargument. Die Majorität des Parlamentes ergibt sich. Die Regierung erklärt den Krieg (23. Mai).

Wäre diese Krise zu der Zeit ausgebrochen, als zwischen Italien und der Entente noch kein Vertrag bestanden hat und die öffentliche Meinung noch nicht von der Empfindung durchdrungen war, daß wir die Verständigung als eine solche Schmach ansehen, welche bei der ersten Gelegenheit rückgängig gemacht werden muß, hätte vielleicht noch alles in Ordnung kommen können.

Konnten wir aber darauf rechnen, daß, wenn Italien mit uns ein freundschaftliches Übereinkommen trifft, es an der Neutralität tatsächlich festhalten und uns auch später nicht in den Rücken fallen wird? Wir sind nicht berechtigt, vorauszusetzen, daß der italienische Staat die freiwillig übernommene präzise Verpflichtung verletzt hätte, bevor noch die Tinte der Unterschriften getrocknet ist. Es ist übrigens anzunehmen, daß uns die Neutralität zu solchen Erfolgen verholfen hätte, daß unsere Freundschaft ein imperatives Interesse Italiens geworden wäre. Es ist anzunehmen, daß, wenn der italienische Angriff nicht jahrelang unsere Streitkraft unterbunden hätte, wir auf den übrigen Fronten, besonders im Osten gleich nach Gorlice, solche Erfolge erzielt hätten, welche auch Rumänien an unsere Seite gebracht hätten. Und ist es nicht anzunehmen, daß, wenn Italien und Rumänien neutral geblieben wären, und wenn demzufolge der Niederbruch Rußlands früher erfolgt wäre wie er sich tatsächlich eingestellt hat, wir Gelegenheit gehabt hätten, einen loyalen Verständigungsfrieden zu schließen, noch bevor wir mit Amerika in Konflikt gerieten, und ist es nicht wahrscheinlich, daß wir so stark geblieben wären, daß Italien in Wahrnehmung der eigenen Interessen am neuerlichen Vertrag festgehalten hätte?

Übrigens hat die Annahme, daß Italien den Vertrag eventuell nicht einhalten würde, in den Erwägungen unserer Regierung keine leitende Rolle gespielt, da auch sie entschlossen war, mit Italien abzuschließen.

Der Ausbruch des italienischen Krieges wurde katastrophal. Er beeinflusste das für uns auch ohnedies ungünstige Kräfteverhältnis noch mehr zu unseren Ungunsten und wurde eine Hauptursache des traurigen Ausgangs. Als eine weitere Rückwirkung dieser Ereignisse verschlimmerte sich das Verhältnis zwischen Wien und Berlin. Wenn Fürst Bülow und unsere Diplomatie ihr Spiel in Einklang gebracht hätten, würden sie, glaube ich, ein günstiges Resultat erzielt haben. Da dies aber nicht der Fall war, ist Bülows Versuch, Italien zurückzuhalten, nicht nur mißlungen, sondern hinterließ auch bei uns ein unvergänglich schmerzliches Gefühl und ward eine Hauptursache jenes unbefriedigenden Verhältnisses zwischen den Verbündeten, auf welches ich später noch zurückkommen werde.

Was Rumänien betrifft, so war ich über die Haltung dieses Landes während des Krieges nicht orientiert. Ich vermag auch heute nicht zu beurteilen, ob es möglich gewesen wäre, Rumänien von dem Eintritt in den Krieg zurückzuhalten, doch habe ich den Eindruck, daß Rumäniens Haltung hauptsächlich von unserer militärischen Lage abhing, und daß Rumänien nur dann neutral geblieben wäre, wenn es nicht geglaubt hätte, daß wir unterliegen und hauptsächlich, wenn wir auf dem östlichen Kriegsschauplatze die Oberhand behalten. Dieser Umstand war gleichfalls ein wichtiges Argument dafür, daß wir unsere Hauptmacht gegen Rußland verwenden.

Ein arger Fehler war unser Verhalten in der amerikanischen Frage. Ich habe nicht geglaubt, daß Wilson sich an dem Kriege beteiligen wolle; ich war vielmehr der Ansicht, es sei sein Ehrgeiz, seinen Namen als den des Schöpfers des Weltfriedens in der Geschichte verewigt zu wissen. Eine edlere Rolle hätte einem Menschen auch nicht zuteil werden können. Dem mörderischsten Kriege der Weltgeschichte ein Ende zu setzen, bei den wichtigsten Friedensverhandlungen das allgemeine Empfinden und die gemeinsamen Interessen der Menschheit zu vertreten, die Rolle des über den Parteien stehenden Richters zu erfüllen, das wäre die ruhmvollste Aufgabe für einen Menschen oder eine Nation. Durch eine solche Tätigkeit hätte Wilson auch der Tradition Amerikas entsprochen, welche stets darin bestand, daß Amerika sich in die Angelegenheiten Europas nicht einmengen solle. Auch heute glaube ich noch, daß es möglich gewesen wäre, Amerika von dem Eintritt in den Krieg zurückzuhalten, aber dann hätten wir seine Interessen und seinen Stolz nicht verletzen dürfen und hätten in gar keinem Fall einen solchen Casus belli schaffen dürfen, wie wir ihn England mit der Verletzung der Neutralität Belgiens lieferten, einen Kriegsgrund, welcher geeignet ist, die breiten demokratischen Volksmassen in Bewegung zu bringen.

Einen unpopulären Krieg kann Amerika nicht führen. Bismarck hat in seinem an Salisbury gerichteten Briefe, dessen ich schon weiter oben gedachte, sehr schön ausgeführt, daß man die Millionen Deutschlands nicht in

Bewegung setzen kann, wer immer auch der Kaiser sei und was immer auch der Kaiser wolle, wenn die Nation die Ursache des Krieges nicht begreift und nicht billigt. Dies gilt unzweifelhaft für Amerika noch eher als für Deutschland.

Mit dem Unterseebootkriege haben wir Amerika einen idealen Casus belli geliefert. Amerika fühlte sich in seinem Selbstbewußtsein dadurch, daß seine Drohungen unbeachtet blieben, verletzt. In Anbetracht seines hochentwickelten Handels hielt es seine Interessen durch den Unterseebootkrieg gefährdet. Die Tötung von Frauen und Kindern verletzte Amerika auch in seinen Gefühlen. Die Mißachtung des Völkerrechtes lieferte der Kriegspartei gleichfalls eine wirkungsvolle Waffe gegen die Zentralmächte. Und hätte es noch eine Friedensmöglichkeit gegeben, so wäre sie illusorisch geworden infolge des in die Öffentlichkeit gelangten Planes der deutschen Regierung, sich mit Mexiko und Japan gegen Amerika zu verbinden, mit jenem Mexiko, welches in Amerika der Gegenstand tiefsten Hasses und größter Verachtung ist.

Als ich im Sommer 1916 in Berlin war, hatte ich Gelegenheit, mit mehreren führenden Politikern über diese Frage zu sprechen. Der Reichskanzler bekräftigte meine Impression, daß die Anwendung der Unterseeboote ein verhängnisvoller Fehler wäre. Er setzte mir auseinander, daß der Unterseebootkrieg die militärische Entscheidung nicht herbeiführen, vielmehr Amerika in den Krieg drängen

werde und daß wir dann die Partie verlieren müssen, weil wir unter den gegebenen Verhältnissen der großen militärischen Macht Amerikas nicht gewachsen sind.

Die führenden Männer der konservativen Partei hingegen erwarteten alles von dem Unterseebootkriege. Ich war verblüfft, als ich sah und hörte, mit welcher einseitigen Verbissenheit sie sich an die Hoffnung klammerten, durch diese Waffe den Hauptfeind, England, auf die Knie zu zwingen.

Ich weiß nicht, was Bethmann Hollweg bewogen haben mag, seinen Standpunkt in dieser Frage zu ändern. Möglich, daß er mittlerweile zur Überzeugung gelangte, daß Amerika sich auch ohne diese Wendung in den Krieg einmengen werde; möglich, daß er sich dem Drucke der öffentlichen Meinung ergab. Möglich, daß er es nicht wagte, dem Kaiser zu raten, ungeachtet der Pression der öffentlichen Meinung auf diese Waffe zu verzichten. Er mag sich die Frage gestellt haben: wird man nicht den Kaiser verantwortlich machen und verdammen, wenn er trotz des Drängens der Fachkreise und der öffentlichen Meinung, aus politischen Rücksichten, sich scheut, zu dieser vielversprechenden Waffe zu greifen? Wenn ich mich nicht täusche, mag es ein ähnlicher Grund gewesen sein, welcher den Deutschen Kaiser hinderte, die Beschießung Londons durch Zeppeline einstellen zu lassen. Ich habe mir sagen lassen, daß auch diese Angriffe auf die britische Hauptstadt dem Geschmack des Kaisers natürlicherweise nicht entsprachen. Auch der Reichskanzler hatte

wenig Freude davon, doch erwartete das Publikum von diesem Vorgehen so viel und würde es weder begriffen noch geduldet haben, daß das durch die Blockade so schwer heimgesuchte Deutschland England gegenüber Schonung übe, daß ich annehmen muß, daß die verantwortlichen Faktoren gegen ihre bessere Einsicht genötigt waren, mit dem Strom zu schwimmen.

Wenn sie ihr Gewissen davon abgehalten hätte, zum Gebrauch dieser Waffen ihre Zuflucht zu nehmen, so würden sie gewiß keiner Pression nachgegeben haben; sie scheuten aber davor nur deshalb zurück, weil sie den Gebrauch dieser Waffen für unzweckmäßig erachteten.

Wenn wir gerecht sein wollen, müssen wir dies begreifen. Es wäre heute noch verfrüht, volle Objektivität zu erwarten, aber es muß bald die Zeit kommen, wo auch die Nationen, die einander feindlich gegenübergestanden, imstande sein werden, ihre Handlungen gegenseitig richtig zu beurteilen. Die große öffentliche Meinung der Entente ist überzeugt, die deutsche Nation habe bewußt den Krieg herbeigeführt, um sich die Weltherrschaft zu sichern und ist natürlich empört, wenn sie sieht, daß der Gegner im Dienste eines solchen sträflichen Zieles solch grausame Mittel anwendet wie die Zeppeline und die Unterseeboote. Diese Anklage ist aber nicht begründet. Unter der Einwirkung des Selbsterhaltungstriebes, in den angstvollen Augenblicken des Kampfes auf Leben und Tod beurteilen die Nationen die Dinge gewöhnlich in der Beleuchtung, in welcher dieselben zu energischer Handlungsweise antreiben

und das Gewissen beruhigen. Die deutsche Nation war überzeugt, daß der Neid Englands, die Revanchegelüste Frankreichs und die Ambitionen des Slawentums sich verbündet haben, um das Deutsche Reich zu zerfleischen. Das deutsche Volk glaubte sich einer planmäßigen, seit langer Zeit ersonnenen machiavellistischen Verschwörung gegenüber zu befinden, einer Verschwörung, mit deren Niedertracht nur die Heuchelei und Hinterlist der Ententestaaten zu wetteifern vermag. Und indem sie so dachte, war die deutsche Nation natürlich auf das äußerste empört, zu sehen, daß dieser perfide Angriff die grausame Waffe der Blockade anwendet. Diejenigen aber, die die Absichten des Feindes nicht so hart beurteilten, fanden darin die Rechtfertigung der schonungslosen Kampfweise, daß sie keinen Krieg gegen die Entente wollten. Der Kaiser und der Reichskanzler, die sich vor dem Gedanken eines Weltkrieges entsetzten und des Glaubens waren, daß sie zur Vermeidung desselben bis zur äußersten, von den Interessen der Nation zulässigen Grenze gegangen waren, die die Motive der Entente streng verurteilten, sind bereit, zu den stärksten Mitteln zu greifen, um die ihrer Führung anvertraute Nation zu retten. Die Engländer und die Franzosen, welche die psychologischen Folgen der von deutschen Fliegern angerichteten Verwüstungen sahen und unter dem Eindrucke der Leiden der unschuldigen Brüder standen, die an sich selbst erfahren konnten, welchen Seelenzustand die gegen wehrlose Menschen ausgeübte Brutalität hervorbringt, könnten es begreifen, welche

maßlose Entrüstung die Blockade, dieser Massenmord, in den Gemütern des deutschen Volkes hervorrief. Hinter der Front sind bei uns viel mehr unbewaffnete Bürger zugrunde gegangen als bei der Entente. Die Unterseeboote betrafen nur solche Individuen, die in den gefährdeten Seezonen verkehrten, Zeppeline gab es verhältnismäßig nur wenige, während durch die Blockade bei uns jedermann ohne Ausnahme schwer zu leiden hatte. Besonders litten aber die Kranken, die Mittellosen, die Greise und Kinder. In diesen Kategorien hatte der Tod reiche Ernte gehalten. Die Aussicht, daß, wenn es nicht gelingt, den Feind bald niederzuringen, oder wenn wir uns nicht auf Gnade und Ungnade ergeben wollen, unsere Bevölkerung des Hinterlandes dem schrecklichen Hungertode preisgegeben sein wird, diese Aussicht brachte bei uns die Stimmung hervor, daß wir in der Wahl der Waffen das Zartgefühl beiseitelassen und zu jedem Erfolg verheißenden Mittel greifen sollen. Nicht die Grausamkeit, sondern die Schonung betrachtete man als ein Verbrechen gegen Vaterland, Frau und Kind.

Es ist ein fürchterliches Fatum, vielleicht der tragischste Zug der Katastrophe, die über die Welt hereingebrochen, daß hochkultivierte und auf hoher moralischer Grundlage stehende Nationen in einen solchen Seelenzustand geraten konnten. Es ist daher wahrlich nicht richtig und nicht gerecht, ausschließlich einzelne Nationen zu verurteilen, denn alle am Kriege beteiligten Völker haben sich als sittenroh erwiesen und jedes war mehr oder weniger

strafbar. Halten wir Einkehr in uns und erkennen wir, daß am Menschen vieles von der Bestie haftet. Derjenige, der zur Waffe der Blockade griff, hat nicht das Recht, denjenigen zu verachten und zu verurteilen, der den Unterseebootkrieg in Anspruch nahm, und dies gilt auch umgekehrt. Wer die eine Waffe gebrauchte, würde auch die andere gebraucht haben, wenn sich ihm die Möglichkeit dazu geboten hätte. Derjenige, der infolge eines un gerechten Angriffes seine Nation in äußerster Gefahr glaubt, wird den Gebrauch all jener Waffen für berechtigt erachten, von welchen er im gewöhnlichen Leben nichts hören wollte, hauptsächlich wenn auch der Gegner ungewöhnlich scharfe Mittel in Anspruch nimmt. Ich glaube, daß ich mir mit dieser Feststellung viele Feinde zuziehe und niemand befriedige, dies kann mich aber nicht zurückhalten, die Wahrheit festzustellen, ohne Rücksicht auf die momentane Wirkung, denn nur die Wahrheit besitzt Heilkraft. Ich möchte aber sehr nachdrücklich betonen, daß man diese Auffassungen nicht der ungarischen Nation nachtragen wolle; es ist meine persönliche Ansicht, für welche ich allein die Verantwortung trage.

Unsere Regierung hat sich, wie es scheint, lange gesträubt, den Unterseebootkrieg anzuwenden. Sie glaubte nicht an die Wirksamkeit desselben. Schließlich hat sie aber dennoch nachgegeben. Als Tisza mir, einem der Führer der Opposition, die Entschließung der verbündeten Regierungen mitteilte, standen wir schon einem fait accompli gegenüber. Er bat mich, daß die Opposition den

gefaßten Beschluß zur Kenntnis nehmen möge. Ich hatte in der Fachfrage keine selbständige Meinung, konnte auch keine haben. Mir standen keine Daten zur Verfügung. In Anbetracht, daß Bethmann Hollweg, ungeachtet dessen, was er mir wenige Monate vorher gesagt hatte, dieser Maßregel zustimmte, hatte ich den Eindruck, daß die Unterseebootflotte in einem alle Erwartungen übertreffenden Maße zugenommen haben müsse, daß also ihre militärische Wirkung entscheidender geworden ist, als wie man es früher geglaubt hat. Natürlich hatte ich auch schwere Besorgnisse wegen der Rückwirkung auf Amerikas Haltung, was ich auch nicht unerwähnt ließ. Auch Tisza rechnete mit der Einmischung Amerikas, doch verwies er auf jene Hoffnung der militärischen Kreise, daß der Krieg sich auf den europäischen Kriegsschauplätzen entscheiden werde, ehe Amerika seine Wehrmacht organisieren und — durch die Unterseeboote gehindert — nach dem Festlande senden könnte. Er schien mehr die moralische Wirkung des Eingreifens der großen Republik zu fürchten, besonders aber die Möglichkeit, daß solche europäische Staaten dem Beispiele Amerikas folgen könnten, die dem Kriegsschauplatze näher liegen. Von den Unterseebooten erwartete er nicht jenen raschen Niederbruch Englands, welchen die sanguinischeren Faktoren der Admiralität auch bei uns verhiessen; doch mir gegenüber schloß er sich der These an, daß die Unterseeboote auf dem europäischen Kriegsschauplatze dadurch einen entscheidenden Einfluß üben werden, weil sie den Truppentransport und die

technische Ausrüstung unserer Feinde erschweren. Den Endsieg auf dem französischen Kriegsschauplatze erwartete auch er — wie es schien — von dieser Einmischung.

Doch hat sich diese Berechnung als unzutreffend erwiesen. Unsere Feinde behielten ihre Bewegungsfreiheit, die englisch-französische Front konnte nicht niedergebroschen, England nicht ausgehungert werden. Amerika brachte seine Truppen rechtzeitig und mit riesiger Machtentfaltung nach Europa, ohne daß gleichzeitig die Versorgung der Entente unmöglich gemacht worden wäre. Damit war der Krieg für uns endgültig verloren. Die Prophezeiung Bethmann Hollwegs war Punkt für Punkt eingetroffen.

Ich nahm im Parlament den Entschluß der Regierung zur Kenntnis, doch bemerkte ich (in meiner Rede vom 26. Februar 1917), „daß die Anwendung des Unterseebootkrieges nur dann richtig sei, wenn diese Waffe so wirksam ist, daß die Einmischung eventueller neuer Feinde weniger Nachteil zur Folge haben würde, als wie der Nutzen groß wäre, den uns die Anwendung dieser Waffe brächte. Ob sich dies so verhalten werde, das wissen wir nicht; dafür können wir (die Opposition) keine Verantwortung übernehmen. Die Kriegsleitung allein ist dafür verantwortlich.“ Ich wollte mit nachträglichen und völlig unfruchtbaren Zweifeln die Ruhe und das Selbstvertrauen der Nation nicht erschüttern, wollte keinen Defaitismus verbreiten und würde in einer ähnlichen Lage abermals so handeln. Einer ganz anderen Beurteilung unterliegt es

aber, ob ich als verantwortlicher Faktor diesem Entschlusse vorher meine Zustimmung gegeben hätte. Dies würde ich in jedem Falle nur dann getan haben, wenn die Berechnung der Militärs mich von der Richtigkeit dieses Schrittes überzeugt hätte; keinesfalls aber unter dem Druck Deutschlands, wie Czernin es getan, der die verhängnisvollen Folgen dieser Entschliebung mit seltener Klarheit und Bestimmtheit voraussagte und dennoch die Verantwortlichkeit dafür übernommen hat. In diesem Kriege, in welchem für Österreich und Ungarn alles auf dem Spiele stand; in diesem Kriege, dessen siegreiche Beendigung tagtäglich zweifelhafter wurde, durfte man niemand zuliebe und keiner Pression nachgebend, bewußt einen neuen Fehler begehen. Eher hätte man sich von Deutschland trennen sollen, als ihm zuliebe ein solches Mittel ergreifen, dessen Schädlichkeit uns keinen Zweifel ließ. Für die verfehlte Berechnung und die Leidenschaftlichkeit befreundeter Staatsmänner und Heerführer darf man die Nation nicht zugrunderichten, die der Obhut der Regierung anvertraut war.

Von den Fragen der auswärtigen Politik, welche während des Krieges auftauchten, war es die polnische Frage, mit der ich mich am meisten beschäftigte. In einem Artikel, welchen ich für die „Neue Freie Presse“ schrieb (September 1915), brachte ich diese Frage als Erster vor die Öffentlichkeit. Auch im ungarischen Parlament regte ich zuerst diese Frage an (17. Dezember 1915). Ich hielt sie für eine der wichtigsten und dringendsten. Gerechtigkeit,

unser Interesse, Gefühl und Berechnung drängten in eine und dieselbe Richtung. Die einzig richtige Politik war: alles aufzubieten, um die polnische Nation für uns zu gewinnen. Unsere Feinde lieben es, uns damit zu beschuldigen, daß wir die kleinen Nationen zugrunderichten wollen. Es war geradezu ein Schlachtruf, daß die Entente sämtliche schwachen Nationen gegen uns beschützen muß. Das Schicksal Serbiens und Belgiens machte ihr eine solche Agitation leicht. Eine gerechte Lösung der polnischen Frage, die Befreiung einer unterjochten Nation, die Gutmachung eines alten Verbrechens wäre eine glänzende Widerlegung der gegen uns erhobenen Beschuldigung gewesen. Es bot sich uns hier eine glänzende Gelegenheit, unsere vor der öffentlichen Meinung der ganzen Welt arg kompromittierte Sache zu verbessern. Überdies konnten wir auf einem Hauptkriegsschauplatz uns einen Freund erwerben und nach einer gewissen Zeit ein gutes Soldatenmaterial gewinnen. Die Habsburger-Monarchie hätte jene einzige Expansion erlangen können, welche wirklich einen Gewinn an Kraft bedeutet, weil es die einzige war, die mit den Gefühlen und Interessen der betreffenden Bevölkerung nicht in Widerspruch stand, keine Beschränkung der Freiheit eines Volkes, sondern im Gegenteil ihre Befreiung zur Folge gehabt hätte. Wir hätten Rußland seiner Offensivbastei beraubt, hätten uns eine günstige strategische Grenze gesichert und hätten damit doch keine solche Lage geschaffen, welche für das Zarenreich unerträglich gewesen wäre.

Nach meiner Auffassung wäre die einzig richtige Lösung dieser Frage die sogenannte österreichisch-polnische Lösung gewesen. Man hätte aus Galizien und aus Russisch-Polen einen neuen souveränen Staat schaffen müssen, auf dessen Thron das polnische Volk unseren Herrscher hätte erheben sollen. An die Stelle des Dualismus wäre der Trialismus getreten.

Jede andere Lösung hätte für uns eine Gefahr bedeutet, selbst im Falle unseres Sieges hätte sie zum Verlust eines Landesteiles oder doch zur Gefährdung desselben geführt. Es war leicht einzusehen, daß, wenn wir im Interesse der polnischen Nation nichts tun, sie sich unter die Fittiche Rußlands flüchten wird. Von uns würde sie nichts mehr zu erwarten haben, daher würde sie sich mit ihren letzten Hoffnungen an Rußland wenden, welches sie zwar nicht befreien, jedoch die in drei Teile zerrissene polnische Nation vereinigen könnte. Dieses Gefühl würde sich auch Galiziens bemächtigen, welches stets das Gefühlsleben der polnischen Nation teilte und Österreich fremd blieb. Würden wir Polen Deutschland überlassen, so würde dies die schmerzliche Knechtschaft der Polen bedeuten, vor der sie mehr zurückschrecken als vor der russischen Tyrannei. Sie würden für den slawischen Herrscher den germanischen eintauschen, der stärker ist und mit dem sie in den letzten Jahrzehnten schlimmere Zusammenstöße hatten als mit dem russischen Gebieter. Eine neuerliche Aufteilung Polens zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland wäre eine Wiederholung des historischen Verbrechens,

würde die gegen uns geschleuderten Beschuldigungen rechtfertigen und die revolutionäre Stimmung nähren in einer Zeit, in der die Gefahr der Revolution ohnehin eine imminente ist. Wir hätten uns auf einem der wichtigsten Kriegsschauplätze einen erbitterten Feind erworben, statt einen Freund zu gewinnen.

Hätten wir den Versuch gemacht, aus dem Warschauer Gouvernement ein selbständiges Land zu machen, so hätten wir damit nur ein Warmbeet des Irredentismus künstlich geschaffen. Denn der einzige Lebenszweck eines so kleinen und lebensunfähigen Landes wäre notwendigerweise die Befreiung und Vereinigung. Wir würden uns nur ein neues Serbien geschaffen haben, mit dem Unterschied, daß die Einheit des polnischen Volkes eine positive Tatsache, während die südslawische Einheit nur eine scheinbare ist.

Auch ist zwischen den Regierungen der beiden Staaten der Gedanke eines gemeinsamen Besitzes aufgetaucht, eine Nachahmung unserer unglückseligen schleswig-holsteinischen Okkupation, welche uns wieder zu Konflikten mit Deutschland geführt hätte. Der bloße Gedanke des Kondominismus war eine schwere Beleidigung der Polen, weil die Auffassung, als bedürfte die polnische Nation, die eine so große historische Vergangenheit besitzt, einer Vormundschaft, an und für sich schon eine verletzende ist.

Der Gedanke, daß Polen als unabhängiger Staat in einen staatsrechtlichen Verband mit Österreich-Ungarn treten soll, fand günstige Aufnahme sowohl bei dem Kaiser-

König Franz Joseph wie auch bei seinem Nachfolger Kaiser-König Karl. Trotzdem machten wir leider in dieser Richtung keinen ernstesten Schritt. Unsere führenden Männer konnten lange Zeit über die Frage mit sich selbst nicht ins reine kommen. Tisza war entschieden gegen diesen Plan. Als ich ihm zum erstenmal sagte, daß ich ein Anhänger dieser Lösung bin, gab er seiner größten Verwunderung Ausdruck. „Du wirst doch nicht den Dualismus preisgeben wollen,“ bemerkte er, „gerade du, der Sohn jenes Mannes, der den Dualismus geschaffen; du, der du stets ein treuer Anhänger dieses Systems gewesen bist.“

Er erblickte eine Gefährdung der ungarischen Interessen darin, daß Österreich und Polen eventuell in gewissen Fragen Ungarn majorisieren könnten. Auch er war dafür, Polen für die Monarchie zu gewinnen, doch wollte er dieses Land an Österreich anschließen, ungefähr in einem solchen Verhältnisse, wie Kroatien zu uns stand. Um das Gleichgewicht zwischen Österreich und Ungarn herzustellen, wollte er Dalmatien und Bosnien-Herzegowina der ungarischen Krone anschließen. Alle meine Argumente im Interesse der von mir vorgeschlagenen Lösung waren vergeblich; vergeblich verwies ich auch darauf, daß, obzwar der Dualismus aufhören würde zu existieren, die Unabhängigkeit des ungarischen Staates doch plastischer hervortreten und reelle Bürgschaften gewinnen würde. In Verbindung mit dem Trialismus würde auch die gemeinsame Armee aufhören, in den Fragen der auswärtigen Politik aber müßte man dem ungarischen Parlament das Vetorecht

sichern. Das bürokratische, zentralisierte Österreich würde bei dieser Lösung endgültig verschwinden und an die Seite des auf nationaler Basis stehenden Ungarn würde der polnische, gleichfalls nationale Staat als natürlicher Bundesgenosse treten. Vergebens verwies ich auch darauf, daß der Dualismus und die Parität ohnehin jede Existenzberechtigung einbüßen würden, wenn Polens Angliederung an Österreich zustande käme und infolgedessen ein Reich mit vierzig Millionen Seelen dem bloß zwanzig Millionen zählenden Reiche der heiligen Krone St. Stefans gegenüberstünde, daß es eine Unmöglichkeit wäre, Warschau von Wien aus zu regieren, daß dieses Maß von Unabhängigkeit, welches schon Kroatien mit seinen zwei Millionen Seelen nicht befriedigte, Polen mit seinen zwanzig Millionen Seelen und seiner großen Vergangenheit noch weniger befriedigen könnte. Vergebens begründete ich meine Überzeugung, daß, wenn der Dualismus jene neue Gestaltung, daß das befriedigte Polen sich uns anschließe, verhindert, was selbst nach Tizas Ansicht im Interesse Europas, der Monarchie, der Dynastie und Ungarns das einzig richtige wäre, der Dualismus ohnehin unhaltbar werden würde. Tiza gab nicht nach. Er gelangte zu dem Schlusse, daß Polen lieber russisch bleiben solle oder lieber aufgeteilt werde, als daß wir unsere Verfassung verändern. Der Dualismus und die Parität waren für ihn solche unerschütterlichen Grundpfeiler unseres ganzen politischen Systems, daß er diese auch dann nicht preisgeben wollte, als der Weltkrieg eine ganz neue Weltlage geschaffen hatte.

Der mächtigen Individualität Tiskas fehlte jene geistige Elastizität, welche die Anpassung an neue Situationen erleichtert. Er gehörte nicht zu jenen Staatsmännern, die bei unermüdlicher Beobachtung der Entwicklungen stets lernen und stets bereit sind, sich den neuen Erscheinungen anzupassen. In den meisten Fragen blieb er dort stehen, wohin er in seiner Jugend gelangt war. Als leitender Staatsmann hielt er es zumeist für seine Aufgabe, all das zu verwirklichen und aufrechtzuhalten, was er als heranwachsender Jüngling als richtig erkannte und woran er während seiner ganzen Laufbahn mit starkem Glauben und Zähigkeit festhielt. Diese Zähigkeit war einer der Faktoren, aus welchen sich seine Aktionskraft zusammensetzte: dies imponierte seinen Anhängern und festigte ihr Vertrauen, aber andererseits war seine Schwäche, daß er nicht einsah, daß die Wechselfälle des Lebens eine Änderung der Politik oft unabweisbar erfordern.

Doch stieß die neue Konzeption nicht nur in Ungarn, sondern auch in Österreich auf große Schwierigkeiten. Ein großer Teil der österreichischen Staatsmänner war nicht geneigt, Galizien für Österreich deshalb zu verlieren, um Polen für die Monarchie zu gewinnen. Sie wollten die Gewähr haben, daß Polen wirtschaftlich von Wien abhängen, und zwar dauernd abhängen würde, damit es den Österreichern mit Polen nicht so ergehe wie mit Ungarn, dessen Markt es von Zeit zu Zeit mit schweren Verhandlungen erkaufen mußte. Die echten Schwarzgelben haben es übelgenommen, daß selbst bei den Polen der höchsten

Gesellschaft, bei den verhätſchelten Günstlingen des Hofes, das polnische nationale Gefühl sich als die stärkste Triebfeder erwies. Nur schwer vermochte sich die Wahrheit durchzusetzen, daß nur eine mit Befriedigung der polnischen Nation zustande gebrachte Vereinbarung neue Kraft verleihen kann, nur diese eine moralische sei und jede andere Lösung für uns nur eine neue Achillesferse bedeuten würde. Nach Tizas Sturz stand Ungarn der austro-polnischen Lösung nicht mehr im Wege, allein eine klare Übereinkunft war zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung nicht zustande gekommen, ja selbst die ungarische Regierung war, glaube ich, zu keinem endgültigen Entschlusse gelangt.

Natürlich hat diese Lage die ohnehin sehr schwierige Aufgabe, in dieser Frage mit Deutschland zu einer Einigung zu gelangen, nur noch erschwert. Als ich eben wegen der polnischen Frage im Herbst des Jahres 1915 nach Berlin ging, machte ich die Erfahrung, daß eine Einigung mit Deutschland, besonders mit Bethmann Hollweg, möglich sei, weil dieser Staatsmann einsah, daß die Geschichte und die Gefühlswelt eine schwer überbrückbare Kluft zwischen den Polen und den Deutschen geschaffen hatte und daß die einzig natürliche, dem Willen der Völker entsprechende Lösung der von mir vertretene Gedanke sei. Im Falle einer wirtschaftlichen und militärischen Übereinkunft mit Deutschland wäre der Reichskanzler bereit gewesen, diesen von mir vertretenen Gedanken anzunehmen. Allein, Bethmann Hollweg war keinen Augenblick Herr der Situation

in Deutschland. Starke Kräfte arbeiteten stets gegen ihn und auch gegen die austro-polnische Lösung. Das Oberkommando wollte von einem Verzicht auf Polen nichts hören. Es war der Ansicht, daß die Deutschen Polen erobert hätten, daß wir niemals die Fähigkeit besitzen werden, Polen zu organisieren und gegen den russischen Druck zu verteidigen, und daß dies Deutschland sehr nahe berühre, da Polen dessen Ostgrenze schütze. Auch war das Oberkommando der Meinung, daß es nur deutscher Kraft und deutscher Disziplin gelingen wird, Polen zu einem widerstandsfähigen Lande zu machen. Es verwies auf den galizischen Schlendrian, auf die zahlreichen Verrätereien unter den Ruthenen als auf Beweise dafür, daß Österreich nicht imstande sein werde, die Polen von dem russischen Einflusse zu befreien. Es gab auch bei den Deutschen wenig Sympathie für die Polen, wenig Vertrauen zu dem guten Willen der Polen. Die deutsche Industrie wollte sich die polnischen Rohstoffe sichern. Die Alldeutschen hätten vielleicht am liebsten auf Deutsch-österreich selbst Hand gelegt; sie wollten nichts davon hören, daß Polen an die Habsburger-Monarchie angeschlossen werde. Je geringer die Aussichten auf eine Expansion gegen Westen wurden, um so schwerer war es zu erreichen, daß die Deutschen eine Lösung annehmen, welche unsere Dynastie an die Spitze Polens stellen wollte. Auch waren sie der Ansicht, daß sie es vor der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht vertreten könnten, daß sie, die Stärkeren, mit leeren Händen aus

dem Kriege heimkehren sollen, während wir, der schwächere Bundesgenosse, ein neues Königreich erwerben?

Infolge der Schwierigkeiten der Koalition begann leider in den deutschen Kreisen ein gewisses Mißtrauen gegen uns sich zu verbreiten. Es wurde die Frage aufgeworfen, daß im Falle Warschau und Prag unter das Zepter desselben Herrschers kommen, ob da Schlesien nicht völlig umzingelt und eventuell gefährdet sein würde? Wird ein Reich mit zwanzig Millionen Polen die Dynastie der Habsburger nicht in eine slawische Richtung drängen und wird der polnische Einfluß nicht bei uns das Bündnis mit Deutschland unmöglich machen?

Unter solchen Umständen war es denn auch schwer, die Zustimmung Berlins zu erreichen, besonders schwer, solange wir selbst nicht klar wußten, was wir wollen, nicht einig darüber waren, wie wir dieses neu befreite Land in die Habsburgische Monarchie einfügen sollen, und bezüglich der Ausgestaltung des deutsch-österreichisch-ungarischen Verhältnisses weder mit uns selbst noch mit den Deutschen im reinen waren. Infolge der Unsicherheit unseres Benehmens konnte sich auch in Polen keine starke öffentliche Meinung für uns bilden.

Als ich im Sommer des Jahres 1916 den deutschen Reichskanzler zum zweiten Male besuchte, hielt auch er schon den Gedanken für unausführbar, welchen er wenige Monate früher mir gegenüber billigte. Jetzt wollte Deutschland aus dem Warschauer Gouvernement einen Pufferstaat unter einem deutschen Fürsten machen; doch dieser

Gedanke war verfehlt und kam nicht zur Verwirklichung. Schließlich machten wir aus den erwähnten Provinzen ein unabhängiges Land.

Dem neuen polnischen Staat wurde jedoch weder Leib noch Seele verliehen; Polen wurde auf dem Papiere selbständig gemacht, tatsächlich aber blieb es zwischen den beiden Nachbarmächten ohne jede Selbständigkeit aufgeteilt. Die Administration versah fremdes Militär. Die polnische Regentschaft hatte keinen ernsten Wirkungskreis. Die Landesgrenzen waren nicht festgesetzt, und die papierene Unabhängigkeit gestaltete die tatsächliche Abhängigkeit nur noch unerträglicher. Und nicht genug daran. Für diese Schein-Unabhängigkeit wurden Blutopfer gefordert, jedoch naiverweise nicht für die polnische, sondern für die unter deutscher Führung stehende Armee. An dem Tage der Ausrufung des Königreiches Polen wurden ohne Verzug von diesem lediglich ein Scheindasein führenden Staate Soldaten angefordert.

Die beiden Bundesmächte rivalisierten unausgesetzt miteinander, was das Ansehen beider untergrub und uns daran behinderte, die Sympathien Polens zu gewinnen, was leichtes Spiel gewesen wäre, da Polen uns gegenüber immer Geneigtheit gezeigt hatte. Wir setzten den bis dahin begangenen Fehlern die Krone auf, indem wir in dem Vertrag von Brest-Litowsk die cholmische Provinz der Ukraine überließen. Die Mehrzahl der cholmischen Bevölkerung ist polnisch. Cholm ist zu dem Schutze Polens vom militärischen Gesichtspunkte aus notwendig, überdies jedem

polnischen Patrioten teuer wegen der vielen Kämpfe, die Polen für Cholm in der Vergangenheit geführt hatte. Die Polen beschuldigten auch unsere Regierung wegen der Überlassung dieser Provinz direkt des Wortbruches.

Das Konto unserer polnischen Politik ist also äußerst ungünstig. Diese Politik hat das Bündnis mit Deutschland geschwächt, die polnische Nation nicht gewonnen, die erwartete Wehrkraft nicht zur Stelle geschafft und hat dabei doch den Separatfrieden mit Rußland erschwert. Bei größerem gegenseitigen Vertrauen, bei besserem Einvernehmen und der polnischen Nation gegenüber bekundeter größerer Sympathie und rascherer Entschliebung hätte sich die polnische Frage zum Bindegliede zwischen den beiden Bundesmächten auswachsen und uns die wirkliche und reelle Unterstützung der Polen samt dem ersehnten Militär zubringen können. Wenn die Politik Hindenburgs und Ludendorffs befolgt worden wäre, hätten wir wenigstens ein separates Abkommen mit Rußland erleichtert. So haben wir keine Vorteile, nur Nachteile aus Polen gehabt. An diesem traurigen Endresultat änderte es wenig, daß, als der Krieg bereits verloren und es schon klar war, daß nicht unser Wille die polnische Frage entscheiden würde, Deutschland sich unserem Standpunkte näherte und auch der Mißgriff von Cholm wieder gutgemacht wurde. Da war alles zu spät!

Die polnische Frage führt unwillkürlich zur Besprechung unseres Verhältnisses zu Deutschland, denn diese Fragen hängen organisch miteinander zusammen. Ich habe schon

darauf hingewiesen, daß die polnische Politik unser Verhältnis zu Deutschland verschlimmert hatte. Ein harmonisches Zusammenwirken der beiden Großmächte wurde unter sämtlichen politischen Fragen vielleicht aufs ärgste nach der italienischen durch die polnischen Schwierigkeiten gestört. Und das unbefriedigende Verhältnis zwischen diesen beiden Großmächten blieb nicht ohne Rückwirkung auf die Lage in Polen.

Gleichwie in der polnischen, wurden auch in der deutschen Frage große Fehler begangen, und zwar von beiden Seiten. Von deutscher Seite lag der Fehler, abgesehen von der Handhabung des polnischen Problems, in dem taktlosen Auftreten der einzelnen Organe, in dem Prahlen mit der Übermacht, in der häufigen und öffentlichen Äußerung der Geringschätzung, hauptsächlich also in den Manieren. Illoyalität und Vernachlässigung der Bundespflicht kam nicht vor, und dennoch wuchs bei uns tagtäglich die Erbitterung. Auch gingen unsererseits Trotzen und kleinliches Fingerziehen mit blindem Gehorsam Hand in Hand. Auf mich hat unser Benehmen oft den Eindruck des schmolenden, abhängigen Dienstboten gemacht. Wir hätten Deutschland gegenüber mehr Vertrauen an den Tag legen und das tatsächliche Machtverhältnis ohne Apprehension anerkennen müssen, anderseits wäre es notwendig gewesen, in den großen Fragen mehr Selbständigkeit für uns in Anspruch zu nehmen. Ich hegte die Befürchtung, was ich auch dem Kaiser Franz Joseph nicht verschwieg, daß Österreich-Ungarn das Spiel unter allen Umständen

verlieren müsse, da die Monarchie mit den Siegern und mit den Stärkeren stets auf schlechtem Fuße stehen wird. Verlöre die Monarchie den Krieg, so war dies natürlich und unabwendbar, aber in Anbetracht des schlechten Verhältnisses zwischen uns und Deutschland, des Mißtrauens und der Geringschätzung, das in Berlin uns gegenüber um sich griff, hätte uns auch der gemeinsame Sieg Gefahren bringen können. Er hätte uns in deutsches Joch gebeugt. Um dies zu vermeiden, hielt ich eine Klärung unseres Verhältnisses zu Deutschland und die Feststellung der Kriegsziele für notwendig.

Ich war lange Zeit ein Anhänger der „Mitteleuropa“ benannten Lösung, aber nicht im Sinne Friedrich Naumanns, der eine völlige staatliche Gemeinsamkeit zwischen den Verbündeten schaffen wollte, was ein völliges Aufgehen der schwächeren Monarchie in die deutsche Weltmacht zur Folge gehabt hätte. Mir schwebte ein neues, rein defensives, lösbares politisches Bündnis und eine Militärkonvention vor Augen. Diese Militärkonvention hätte die Ausbildung, die gleichmäßige Ausrüstung und Bewaffnung sowie auch eine gewisse gegenseitige paritätische Kontrolle der Armeen ermöglicht, ohne aber die Selbständigkeit der Leitung und das parlamentarische Recht der Wehrmachtbestimmung und des Kriegsbudgets zu gefährden. In wirtschaftlicher Hinsicht war ich für die Anerkennung des Rechtes, daß Deutschland und wir einander Begünstigungen gewähren können, die die anderen meistbegünstigten Staaten für sich nicht ipso jure fordern

konnten. Die abzuschließende wirtschaftliche Konvention selbst, deren Inhalt und Zeitdauer wären von Zeit zu Zeit Gegenstand freier Abmachungen gewesen. Ich dachte auch an ein Übereinkommen in dem Sinne, daß jeder wie immer geartete Gegensatz und Zwist zwischen uns durch ein internationales Gericht entschieden werde, so daß zwischen uns ein Krieg durch gesetzliche Garantien unmöglich gemacht würde.

Ein solches Übereinkommen hielt ich für notwendig, weil hierdurch das harmonische Zusammenwirken der beiden Verbündeten in dem Kampf auf Leben und Tod gesichert gewesen wäre, von dessen Ausgang beider Existenz abhing. Auf diese Art würde deutscherseits die Befürchtung schwinden und das Mißtrauen zerstreut werden, daß, indem die deutsche Wehrmacht die österreichische oder die ungarische Grenze schützt, indem sie Opfer dafür bringt, daß die polnische Krone und die unsrige auf dasselbe Haupt gesetzt werde, sie hierdurch einen Faktor stärkt, der unter der Einwirkung der Reibungen in der Koalition zum Gegner überlaufen könnte.

Auch hielt ich das Aneinanderfesthalten schon darum für notwendig, weil es mir klar war, daß der Krieg sich nicht durch die gegenseitige Versöhnung der beiden Staatengruppen auf einmal zum ewigen Frieden verwandeln könne, und weil der Schutz der erreichten Resultate ohne ein Bündnis erfolgreich nicht zu sichern sein wird. Nach dem Kriege, welcher schreckliche Opfer erforderte, hätten wir die Aufgaben der Retablierung selbst im Falle des Sieges

nicht allein lösen können. Natürlich konnten wir von unseren besiegten Feinden keine Unterstützung erwarten, so daß wir gegenseitig aufeinander angewiesen gewesen wären. Unsere Aufgabe stand mir daher klar vor Augen. Der Grundgedanke meiner Politik war immer der: es sei unsere Aufgabe, innerhalb dieses Bündnisses die Versöhnlichkeit, den Frieden und das Interesse einer Verständigung zu repräsentieren und den Übergang von dem Frieden, welcher auf der Übermacht basiert, zum ständigen, durch Institutionen gesicherten Frieden zu bewerkstelligen. Stets habe ich unsere Aufgabe darin erblickt, zwischen West- und Osteuropa zu vermitteln und die Verständigung vorzubereiten. Diese unsere Rolle wäre dadurch erleichtert worden, daß Polen im Grunde seines Herzens stets frankophil war, und daß wir Ungarn, dies kann ich mit Stolz behaupten, weder vor dem Kriege noch während des Krieges gegen unsere Feinde einen Haß empfanden.

Das innige Verhältnis zwischen uns und Deutschland wäre auch aus dem Grunde notwendig gewesen, damit wir diese segensreiche Vermittlerrolle schon während des Krieges hätten spielen können. In unserer tatsächlichen Lage vermochten wir in dieser Hinsicht wenig Nützliches zu leisten. Unsere kleinliche Eifersüchtelei und Apprehension hat das Vertrauen der Deutschen erschüttert, bei den übrigen Völkern wurde aber unser Wert durch unseren unbegrenzten Gehorsam herabgesetzt. Man hielt uns für abhängiger als wir es in Wirklichkeit waren. Zar Nikolaus sagte einst, daß er, wenn er über Rußland rede, stets auch

Österreich mit darunter verstehe, denn von den Entscheidungen Rußlands hängen auch jene Österreichs ab. Deutschland sagte dies zwar nicht, tatsächlich aber verhielt sich leider die Sache dennoch so. Wir hatten aufgehört, selbständige Faktoren zu sein, unser Wille wurde nicht in Berechnung gezogen, man nahm die Möglichkeit unserer Emanzipation von Deutschland nicht ernst, und schließlich hegte Deutschland kein Vertrauen mehr zu uns. Wie hätten wir also die deutsch-englische und die deutsch-französische Spannung zu lindern vermocht? Ein Übereinkommen hinsichtlich der Zukunft und die Entwaffnung des deutschen Mißtrauens: das hätte der erste Schritt sein sollen, und das auf diese Art gesicherte Vertrauensverhältnis hätten wir mit Selbstbewußtsein offen und redlich im Interesse eines europäischen Verständnisses ausnützen müssen.

Klar erkannte ich auch, daß Deutschland im Falle unseres gemeinsamen Sieges uns Mitteleuropa ohnehin in jener Form aufdrängen würde, welche es wollte. War es daher nicht klüger, mit Deutschland zu einer Zeit übereinzukommen, als es noch unser bedurfte, als es die Welthegemonie noch nicht erreicht hatte? Während des Krieges brauchte Deutschland uns ebenso notwendig wie wir Deutschland. Damals hätten wir unsere Interessen noch schützen können, was später höchst problematisch geworden wäre. Auch glaube ich, wir hätten den Frieden erleichtern können, wenn unser Zusammenschluß gesichert gewesen wäre. Die Berechnung der Entente, daß man

uns gegeneinander ausspielen könne, wäre hinfällig geworden. Und die von uns gestellten Bedingungen hätten billiger sein können, wenn unsere Zukunft durch die Gründung eines Mitteleuropa ohnehin gesichert gewesen wäre. Ich glaube mich kaum zu täuschen, wenn ich voraussetze, daß die Amerikaner und die Engländer im Interesse der französischen Integrität allen ihren bisherigen Überlieferungen zum Trotze nur aus dem Grunde eine Gewähr übernommen hatten, damit der Schutz, den Frankreich in der Rheingrenze suchte, durch die angelsächsische Hilfe ersetzt werde und Frankreich so dieser seiner Forderung entsagen könnte. Eine ähnliche Wirkung hätte das Zustandekommen Mitteleuropas auf Deutschland ausüben können.

Demgegenüber hegte ich Bedenken, ob ein Verständigungsfriede vor der Entscheidung nicht dadurch unmöglich gemacht würde, daß die Entente, um das Zustandekommen Mitteleuropas zu vereiteln, einen Krieg bis aufs Messer führen würde. Als unsere Position bereits arg bestellt war und ich unsere einzige Rettung in einem raschen Frieden zu suchen begann, gab ich die Idee der mitteleuropäischen Konzentration auf, ja, ich hielt es für verfehlt, Verhandlungen mit Deutschland über einen langfristigen wirtschaftlichen Vertrag fortzusetzen, weil selbst dies der Kriegspartei der feindlichen Länder eine Waffe in die Hand gab. Ich befürchtete aber nicht, daß eine vorherige Abmachung die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens gefährden könnte. Ich rechnete vielmehr darauf, daß wir

durch eine eventuelle Lösung des zwischen Deutschland und uns bestehenden Abkommens den Friedensschluß erleichtern und andere Konzessionen überflüssig machen können.

In Deutschland bestand zu einer Zeit der entschiedene Wille, Mitteleuropa zu schaffen. Bei uns gab es demgegenüber keinen entschiedenen Widerstand, aber auch, wie ich glaube, keine endgültige Stellungnahme dafür. So viel ich weiß, mochte die Heeresleitung von einer Militärkonvention nichts wissen, aber große Anhänger hatte die wirtschaftliche Annäherung unter den Deutschösterreichern und unter den ungarischen Agrariern, sie figurierte auch in dem Programm des Kabinetts Wekerle, die Idee stieß jedoch auf harten Widerstand bei einem Teile der Industrie, bei den tschechischen und südslawischen Parteien und bei allen in der Donaumonarchie erstarkten deutschfeindlichen Strömungen. Der günstige Zeitpunkt wurde verpaßt. Es wurde immer schwerer, einen günstigen Erfolg zu erreichen, bis schließlich ich selbst mit Rücksicht auf das Abflauen der Siegesaussichten eine weitere Forcierung für verfehlt hielt. Mein einziger Leitgedanke wurde jetzt die Sicherung des Friedens — ein Ziel, dem weitere Verhandlungen mit Deutschland geschadet hätten.

In bezug auf unser Verhältnis zu Deutschland will ich nur noch hervorheben, daß ich während des Krieges ein gemeinsames, einheitliches, oberstes militärisches Kommando für absolut notwendig hielt und daß ich mich überall und stets nach Kräften für eine oberste Leitung

Hindenburgs einsetzte. Unser Hauptvorzug bestand in der inneren Kriegsoperationslinie, dies konnten wir jedoch nur bei einer nach einheitlichem Plane vorgenommenen Konzentrierung aller Kräfte ausnützen. Hindenburgs Prestige war auch bei uns sehr groß. In ihm erblickte die öffentliche Meinung den großen Feldherrn des Krieges. An seinen Namen heftete sich der Gedanke des Erfolges. Vertrauen zur Leitung aber ist schon halber Sieg. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Leitung hat später die Entente auch zugegeben, und die Ereignisse haben es bewiesen, daß auch die Entente nur dann einen militärischen Erfolg zu erringen vermochte, als es ihr gelungen war, die Einheitlichkeit der Leitung zu sichern.

In einem frühen Zeitpunkte empfand ich die Notwendigkeit dessen, daß wir jene Bedingungen, unter welchen wir zum Friedensschluß geneigt wären, klären.

Wir mußten eine dreifache Eventualität in Berechnung ziehen.

Die eine war unser Sieg. Die zweite der Sieg der Entente, der in dem Maße wahrscheinlich wurde, in dem sich der Krieg in die Länge zog. Die dritte Eventualität war der Remisfall, die Einigung vor der endgültigen Entscheidung, was ich seit dem Eingreifen Italiens für die günstigste Modalität hielt. Für die Eventualität im zweiten Fall mußte nicht vorher gesorgt werden, denn da hätten wir ja bei der Feststellung der Friedensbedingungen ohnehin nicht mitzureden gehabt. Wir mußten also bloß ein gemeinsames Programm finden, das im Falle des Sieges

verwirklicht und im Falle von Verhandlungen als deren Basis dienen konnte.

Die Bedingungen, die zu erreichen waren, waren durch die Ursache des Krieges gegeben. Wenn Clausewitz mit seinem bekannten Ausspruche recht hat, der Krieg sei eine bewaffnete Fortsetzung jenes politischen Kampfes, der zu dem Zusammenstoße führe, so ist es auch wahr, daß die Friedensverhandlungen die logische Fortsetzung der bewaffneten Kraftanstrengung sein müssen. Die Ziele sollten in diesen drei Phasen die gleichen bleiben, es ändern sich nur die Mittel. Oft ermöglicht es zwar der Sieg, daß die Kriegsziele weit über die Kriegsursachen hinausgehen, selten aber ist es eine richtige Politik, über den ursprünglichen Zweck hinauszuschießen und die Forderungen vollständig den Resultaten anzupassen. Dem Kaiser Napoleon I. wurde es zum Verhängnis, daß er die durch sein militärisches Genie erworbenen Möglichkeiten restlos verwirklichen wollte. Daher wurde jeder seiner Kriege die Ursache eines neuen Krieges, bis er schließlich ein Reich zustande brachte, welches für die Dauer nicht aufrechtzhalten war, und er sich so viele Feinde zuzog, daß er ihren vereinten Kraftanstrengungen nicht mehr Widerstand zu leisten vermochte. Es ist ein großes Verdienst Bismarcks, daß er 1866 die Forderungen Preußens innerhalb des Rahmens der ursprünglichen Kriegszwecke zu halten verstanden hat und sich durch die Möglichkeiten, die der Sieg bot, nicht hinreißen ließ.

Es gilt als allgemeine Regel, daß nur erobert werden darf, was auch behalten werden kann und was auch in Wirklichkeit zur Kräftigung und Erstarkung beiträgt. Man darf nur nach einer solchen Machtstellung streben, die im Verhältnis zu den ständigen Kräften steht, nicht aber auf eine Machtposition abzielt, welche die Frucht vergänglicher militärischer Erfolge oder momentaner Allianzen ist. Wer das außer acht läßt, wandelt das Glück des heutigen Tages zu dem Unglücke des morgigen um.

Für uns war die Mäßigung auch für den Fall des Sieges die einzig richtige Politik. Das Machtverhältnis war für uns ungünstig. Hätten wir einen etwaigen Sieg vollständig ausgenützt, dann hätten wir uns den Revanchegeleüsten der Übermacht ausgesetzt. Es tat nicht not, unsere Machtlage weiter zu entwickeln; unser Ziel war nur die Sicherung der vorhandenen Machtfaktoren. Dem mußten unsere Bedingungen angepaßt werden.

Die natürlichste und berechtigteste Forderung war die Abschaffung der Hauptkriegsursache. Die serbische Gefahr mußte beseitigt werden. Das hätten wir erreichen können, wenn wir Mazedonien an Bulgarien abtreten und uns selber nur auf strategische Grenzberichtigungen beschränken, die die militärische Herrschaft über das Donautal und die Bucht von Cattaro gewährleisten. Serbiens und Montenegros übrige Teile aber hätten sich mit Skutari vielleicht unter König Nicolas zu einem lebensfähigen Bundesstaate ausgestalten können, mit einem Seehafen, mit einer zu der Aufrechterhaltung der

inneren Ordnung notwendigen Armee und in Zollunion mit uns.

Unser Hauptquartier und gewisse politische Kreise Österreichs forderten die Eroberung des serbisch-montenegrinischen Volkes in dessen Gänze. Ich selber wurde wegen meines gemäßigten Standpunktes in der Presse durch Teschen heftig angegriffen. Leitende militärische Persönlichkeiten waren der Ansicht, daß die serbische Gefahr nur dann zu bannen wäre, wenn das gesamte Serbentum unter dem Zepter der Habsburger vereinigt würde. Meine Meinung ging dahin, daß die an Unabhängigkeit gewöhnten Serben mit einer derartig geschaffenen neuen Lage sich niemals zufriedengeben würden. Vergebens würden wir ihnen die südslawische Einheit gebracht haben, sie würden diese bloß dazu benützen, abzufallen und sich ihre Freiheit zu erwerben. Ich bin dessen überzeugt, daß die eigentliche Triebkraft der südslawischen Frage nicht in dem Wunsche liegt, daß sich die Nation vereinige, wie dies zum Beispiel bei der tatsächlich einheitlichen polnischen Nation der Fall war, sondern daß das Hauptmovens der Unabhängigkeitstrieb ist. Die innere Einheit existiert bei den Südslawen nicht. Eine vielhundertjährige Geschichte, der Kampf zwischen Ost und West, zwischen Rom und Byzanz, zwischen Orthodoxie und Katholizismus haben die wirkliche, innere Gefühlseinheit trotz der ethnographischen Einheit in Stücke gerissen. Auch die Topographie verweist die Stämme der Südslawen darauf, ein autonomes, unabhängiges Dasein zu führen.

Bei ihnen war der Lokalpatriotismus stets stärker als das nationale Gemeingefühl. Was jetzt nach dem Kriege in Kroatien und Bosnien vor sich geht, der große Widerwille gegen ein zentralisiertes Serbien, spricht für die Richtigkeit meiner Auffassung. Es ist schon heute ersichtlich, daß die Jugoslawen keine politische Einheit bilden, und daß es sehr schwer sei, Zagreb, Sarajevo und Ragusa aus Belgrad zu regieren oder gar umgekehrt Belgrad aus einer dieser Städte. Hätten wir Jugoslawien unter kroatische Führung zu stellen versucht, wir hätten Unmögliches gefordert. Hätten wir zugegeben, daß sich Jugoslawien serbisch gestalte, so hätten wir jene Kroaten geopfert, die an unserer Seite tapfer gekämpft hatten, und wir hätten die Irredenta innerhalb unserer Grenzen gestärkt. Hätten wir die Kroaten und Serben getrennt gehalten, so hätten wir die imperialistischen Tendenzen beiderseits verletzt. Ich hielt es auch nicht als im Interesse der Monarchie gelegen, die Nationalitäten in größerem Maßstabe zu vermehren. Das Gros der öffentlichen Meinung Ungarns war hierin mit mir einverstanden, Tisza, Apponyi und Károlyi standen auf demselben Standpunkte wie ich. Schon aus diesem Grunde ist es absurd, die Kriegsursache in den ungarischen Eroberungsgelüsten zu suchen, wo doch bloß der Notwehrtrieb Ungarns seinen Teil an dem Ausbruche des Krieges hatte.

Was Deutschland anbetrifft, so wäre die Erwerbung eines Teiles von Litauen und Kurland wünschenswert gewesen. Außerdem hätte es sich in Rußland immense wirtschaftliche

Vorteile sichern können, aber jede Eroberung westwärts hielt ich für einen schweren Mißgriff. Die Eroberung französischer, belgischer oder italienischer Landteile trüge die Keimsaat des Revanchekrieges in sich. Nach dem Westen hin hätte höchstens von einer ganz geringen strategischen Grenzberichtigung mit gegenseitigem Gebietsaustausche die Rede sein können, ebenso für Deutschland wie für uns. Der Fehler Deutschlands, der zu dem Weltkriege geführt hat, war, daß es die Pfade Englands und Rußlands zu gleicher Zeit kreuzte. Beim Friedensschlusse durfte dieser Fehler nicht abermals begangen werden, sonst wäre der Friede kein wirklicher Friede geworden; man hätte sich damit bescheiden müssen, die Tore der russischen Offensive zu schließen, Rußland von Frankreich zu trennen und den Westen auszusöhnen.

England derart zu besiegen, daß das britische Reich in die Knie gezwungen würde, habe ich nicht für erreichbar erachtet. Wenn wir aber am Kontinent den Sieg erringen und ein Verständigungsfriede zustandekommt, wäre eine Zurückgewinnung der deutschen Kolonien und ein Ländertausch, welcher die Lebensfähigkeit dieser Kolonien erhöht, zu erreichen gewesen.

Als ich Ende 1915 und im Sommer 1916 in Berlin weilte, berührte ich im Gespräche mit Bethmann Hollweg die eben erwähnten Fragen. Mit Beruhigung stellte ich fest, daß wir eines Sinnes waren. Leider merkte ich aber auch, daß zwischen Wien und Berlin kein Einvernehmen bestehe,

was kein Wunder ist, da die volle Verständigung nicht einmal zwischen Wien und Budapest zustande kam.

Das weiter oben skizzierte Friedensprogramm war das Maximum dessen, was wir im Falle eines Sieges fordern durften. Mir wurde es aber bald klar, daß wir sogar unter diesem Maximum würden bleiben müssen, und schon in 1916 habe ich eingesehen, daß es einem vollen Erfolge gleichkäme, wenn der Status quo ante auf der ganzen Linie zu sichern gewesen wäre.

Unsere Lage glich der Friedrichs II., Königs von Preußen, im Siebenjährigen Kriege, dessen großer Erfolg darin bestand, daß die weit mächtigere Koalition ihn nicht zu besiegen vermochte. Auch wir hätten zufrieden sein können, wenn es der feindlichen Koalition nicht gelang, uns zu werfen. Ein Friede vor der Entscheidung lag so sehr in unserem und in dem Interesse der Menschheit, daß ich stets bereit gewesen wäre, im Notfalle zur Sicherung dieses Friedens selbst territoriale Opfer zu bringen.

Ich war einer der ersten, die im Parlament das Wort Friede aussprachen, am 7. Dezember 1915, als Tisza mir erwiderte, er unterschreibe all das, was ich gesagt habe, verüble es mir aber dennoch, daß ich es gesagt habe*.

* „Wenn wir bedenken, welch entsetzliche, unwiederbringliche Schäden ein einziger Tag des Krieges verursacht, welch schreckliche Opfer er von jeder einzelnen Nation fordert, wenn man überlegt, daß diese Staaten, die heute einen Kampf auf Leben und Tod führen, letzten Endes darauf angewiesen sind, miteinander gemeinsam an dem Werke des Friedens und der Zivilisation zu arbeiten, wenn man überlegt, daß in den höchsten Fragen der Menschheit die Solidarität bestehen bleibt und bleiben wird wie ich hoffe, auch nach dem

Da nach meiner Ansicht das Haupthindernis des Friedens vor der Entscheidung darin bestand, daß die Entente vor dem vollständigen Siege keinen Frieden schließen wollte, habe ich mich über dieses Thema in der „Revue Politique Internationale“ zweimal (im Herbst 1916 und im Herbst 1917) für das ausländische Publikum geäußert. Da es meine damalige Überzeugung am besten ausdrückt und die erwähnten Fragen größtenteils auch heute noch aktuell sind, zitiere ich aus den Aufsätzen folgendes:

„La prolongation de la guerre n'est qu'un crime contre l'humanité; les avantages, que l'on pourra retirer d'une victoire finale, ne valent pas les sacrifices en vies humaines qu'elle exigerait.“

Ich habe darauf verwiesen, daß wegen der Reform des internationalen Rechtes der Krieg nicht fortgesetzt zu werden brauche, wie die Entente es behauptet, denn zu dieser Reform seien auch wir zu haben; im übrigen sei „le problème d'une paix durable trop compliqué pour qu'un homme d'état responsable puisse se contenter d'en chercher la solution dans une simple réforme du droit international. Pour assurer la paix d'une façon sérieuse,

Kriege: kann es nach meiner Ansicht keine Meinungsverschiedenheiten darüber geben, daß in dem Augenblicke, in dem ein Friede geschlossen werden kann, ein solcher Friedensschluß zu einer Menschenpflicht wird.

Der Sieg ist ein großer Ruhm, gewiß, der größte Ruhm aber, er wird jenem zufallen, der sich im Siege mäßigen und in den Augenblicken des Sieges auf Grund seiner eigenen Initiative die Menschheit mit dem Frieden wird beschenken können.

Ich bin vollständig überzeugt, daß der Kampf siegreich fortgeführt wird, daß, wenn es unausbleiblich ist, wir auch den letzten Widerstand besiegen werden können, bis unsere Gegner gezwungen sein werden, uns um Frieden zu bitten. Ich bin aber der Meinung, daß, wenn vor dem letzten Stadium Friede gemacht werden könnte, dies ein Glück wäre, ein Glück für die gesamte Menschheit und auch für unseren Staat.“

après la guerre actuelle, il faudra tout d'abord éliminer les antagonismes irréductibles, il faudra surtout empêcher, que de nouvelles sources de conflits soient créés dont jailliraient inévitablement des guerres nouvelles.“

Ich führte aus, daß der vollständige Sieg der Entente keineswegs zu dem von ihr erwarteten langen Frieden führen wird: „La période de paix que l'Entente promet à l'humanité, sera indubitablement compromise par la rivalité des vainqueurs.“

In dem ersten meiner beiden Artikel wies ich auf die Rivalität Englands und Rußlands hin, was jedoch durch den Zusammenbruch Rußlands für jetzt gegenstandslos geworden ist. An Stelle des etwaigen russisch-englischen Konfliktes aber sei der Wettbewerb Amerikas und Englands getreten, eine wohl nicht imminente, aber unleugbar ernste Eventualität der Zukunft. Hierüber schrieb ich in meinem zweiten Aufsatz: „Le succès de l'Amérique ne signifia-t-il pas sa prépondérance en même temps, que la déchéance de l'Europe?“ . . . „Au point de vue économique Londres n'est plus le centre du monde. Or si les États-Unis sauvent l'Entente par leur intervention militaire, c'est encore ceux qui joueront le premier rôle diplomatique. Quelle ne sera pas la force d'attraction de la puissante Union Américaine sur le Canada et sur l'Australie.“ . . . „Que deviendra l'idéal de la plus Grande-Bretagne en face d'un panaméricanisme triomphant? L'impérialisme de Roosevelt est-il compatible avec l'héritage politique de Joseph Chamberlain?“

Ich erwähnte auch, daß das Raumbreiten Japans gleichfalls zu Konflikten führen könnte, die den Frieden gefährden. Desgleichen würde Italien unzufrieden sein: „Même en cas de triomphe, l'Italie ne jouerait qu'un rôle secondaire: certes, elle deviendrait la maîtresse de l'Adriatique, mais dans la Méditerranée et en Afrique, où ses ambitions l'appellent, elle serait condamné à s'effacer devant l'Angleterre.“

Die slawisch-italienische Rivalität wird sich kriegsdrohend gestalten: „Ils se disputent déjà pendant la guerre la possession de la rive orientale de l'Adriatique. Là, il est impossible de tracer une ligne de démarcation entre les deux races; là il est évident, que l'une tomberait sous la domination de l'autre.“ „Si l'Italie ne recevait rien de l'héritage ottoman, elle serait déçue dans ses ambitions impérialistes. Si elle en obtient quelque chose, il y aura des nouvelles possibilité de conflits entre elle et ses alliés d'aujourd'hui, car, en Afrique et en Asie-Mineure l'Italie ne pourra jamais jouer qu'un rôle effacé, ce qui lui serait sûrement douloureux après les immenses espoirs qu'elle nourrissait.“

„L'amitié anglo-française paraît encore la plus assurée. Cependant, le partage de la Turquie et des colonies allemandes ne sera nullement facile et peut toujours créer des amertumes nouvelles.“ „Lorsque la haine de l'Allemagne sera assouvie lorsque de nouvelles surfaces de frottement se créeront entre les puissances le problème anglo-français entrera aussi dans une nouvelle phase.“

Und zu dem Rivalisieren der Sieger gesellt sich „un danger nouveau: la revanche des peuples vaincus. Quarante millions d'Allemands habitent au centre de l'Europe un territoire compact. Leur science, leurs talents d'organisation, leur grand patriotisme, leurs qualités militaires et économiques, leur natalité croissante sont des facteurs dont aucune défaite, aucune humiliation, aucun traité de paix ne pourra les priver et qui seront en contradiction criante avec la situation nouvelle qu'on veut leur imposer. Même si l'empire germanique subit un morcellement nouveau, si son unité est supprimée en droit public, rien ne pourra empêcher que son passé glorieux, le souvenir des vertus admirables qui se manifestent dans la guerre actuelle, ne maintiennent l'unité des âmes en dépit de tous les artifices et de toutes les restrictions.“

Weder Ungarn noch Bulgarien, noch auch die Türkei werden so leichten Kaufes für das Programm der siegenden Entente zu gewinnen sein, das ich in folgendem definierte: „La victoire de la Quadruple-Entente signifierait le partage de la Turquie, l'asservissement de la Bulgarie par la Russie, le démembrement et l'affaiblissement de l'Autriche-Hongrie, la décentralisation et le morcellement de l'Allemagne, y compris la perte de ses colonies.“

Und die Fortsetzung des Krieges bis zum Äußersten trotz der Friedensmöglichkeit wird zur Revolution führen: „Refuser consciemment une possibilité de paix, c'est ébranler dans l'âme des peuples la confiance à l'égard des formes des gouvernements que les états représentent

aujourd'hui, c'est rendre odieux l'ordre social contemporain, c'est réparer la voie a ses détracteurs.“ „Comment empêcher que le mécontentement sans cesse croissant qui gronde dans les masses populaires hostiles à la guerre ne conduise à un bouleversement absolu de l'ordre social?“ „Pourquoi ne pas méditer l'exemple que nous offre la Russie? La tsarisme, et avec lui tout le système bourgeois, s'effondrent sous le poids de leur responsabilité en ce qui concerne la guerre. Les gouvernements, qui refusent la paix lors qu'elle est possible, ne peuvent pas fermer les yeux sur le péril, qui les menacera si la guerre mondiale, au lieu de conduire à une paix capable de guérir les plaies, se transforme en guerre civile, guerre autrement passionnée et autrement destructrice que la lutte actuelle. Les expériences de l'Histoire ne sont-elles pas la pour servir de leçon aux classes dirigeantes? Faut-il que chaque nation passe par l'école de la souffrance, faut il que chacune fasse à ses propres frais l'expérience du chaos qu'elle pourrait éviter si elle avait des yeux pour voir?“ (1917.)

Den ständigen Frieden erhoffte ich hauptsächlich davon, daß „le résultat de la guerre signifierait une défaite de l'impérialisme conquérant.“ „Une guerre qui finit sans l'écrasement d'une partie des belligérants, une paix qui maintient l'équilibre des forces dans leurs traits fondamentaux, une solution qui ne comporte aucune réalisation impérialiste, ne pourraient encourager personne a la répétition des horreurs actuelles. Les adversaires de la guerre auraient beau jeu dans tous les pays, car nulle part les

sacrifices consentis ne pourront être considérés comme une mise de fonds heureuse. En Angleterre, on finira par se convaincre de l'impossibilité d'écraser l'Allemagne, car il sera difficile de mettre sur pied une coalition encore plus puissante que celle de la Quadruple-Entente. En Allemagne, on comprendra que la Grand-Bretagne est invincible et que sa suprématie navale constitue un fait accompli jusqu'ici inébranlable avec lequel il faudra compter.

Comparez les deux tableaux que nous venons de tracer et dites où il faut chercher les vraies garanties de la paix future: est-ce dans l'expérience que l'équilibre du monde ne peut plus être facilement bouleversé par le sabre et que la victoire elle-même est une mauvaise affaire, ou est-ce dans la preuve qu'il est toujours possible de créer par l'épée des empires gigantesques à l'instar d'Alexandre le Grand, de Jules César et de Napoléon, et que les guerres sont toujours des opérations fructueuses? Laquelle des deux cartes porte-t-elle les marques d'une œuvre destinée à durer: celle que certains hommes d'états tiennent à octroyer au monde dans leur enivrement de victoire et de haine, ou celle qui résultera d'un compromis en s'accommodant, dans ses lignes essentielles tout au moins, des nécessités de l'évolution historiques?"

Und wie notwendig es ist, in der Frage des Friedens vor der Entscheidung auch ein Opfer zu bringen, darauf habe ich deutlich im nachstehenden hingewiesen:

„Aujourd'hui l'Entente n'est pas vaincue. Même l'Italie, à laquelle les puissances centrales viennent de

porter quelques rudes coups, continue a résister héroïquement. La paix que l'on pourrait conclure en ce moment devrait compter avec ce fait. Celui qui désire la paix actuellement — et nous le désirons sincèrement, — ne peut poser de conditions humiliantes pour aucune des parties belligérantes.“ „Sur aucun point nos désirs n'excluent le respect des intérêts de chacun, nulle part nous ne voulons humilier aucun de nos adversaires, nulle part l'Autriche-Hongrie ne s'opposera a une politique de conciliation permanente.“

Es war jedoch außerordentlich schwer, den Verständigungsfrieden zu verwirklichen. Die Lage der Entente war der unsrigen unähnlich. Während unser Selbstbewußtsein durch den glänzenden Widerstand vollständig befriedigt sein konnte, standen wir doch einer ungeheuren Übermacht gegenüber, erblickten viele im Lager der Entente in dem Ausbleiben eines absoluten Sieges eine Demütigung. Während bei uns nicht der Glaube vorherrschte, daß die aggressive Politik der einen feindlichen Großmacht eine ständige Gefahr für uns und für die Menschheit sei, ein Glaube, den selbst die Agitation „Gott strafe England“ nicht verallgemeinern konnte, hatte das Gros der Ententevölker die aufrichtige Überzeugung, daß ohne die Niederwerfung Deutschlands die Freiheit und das Recht der Welt ständig gefährdet bliebe und die Größe und Sicherheit des eigenen Landes illusorisch würde. Während uns die Empfindung leitete, die Zeit sei wider uns, war die Entente, und hauptsächlich England, von der

Überzeugung durchdrungen, die Kitchener in Ägypten im Laufe eines Privatgesprächs folgendermaßen ausdrückte: „Die Schlachten werden vielleicht durch die Mittelmächte gewonnen werden, der Krieg aber sicherlich durch die Entente, denn sie vermag länger durchzuhalten.“ Wie konnte gegenüber einer solchen Auffassung der Entente der Gedanke eines Verständigungsfriedens doch zum Erfolg geführt werden? War dies überhaupt möglich? Czernin und Ludendorff behaupten, daß eine solche Möglichkeit nie bestand. Sie weisen darauf hin, daß akzeptable konkrete Bedingungen uns nie gestellt wurden. Dies mag wohl wahr sein, beweist aber noch nicht, daß, wenn wir anders vorgehen, die Entente solche Bedingungen nie eingegangen wäre. Die Frage ist nicht bloß die, ob wir positive Gelegenheiten verpaßt haben, sondern auch die, ob eine bessere Politik nicht imstande gewesen wäre, günstige Friedensgelegenheiten zu schaffen.

Jedenfalls war die *conditio sine qua non* des Verständigungsfriedens: fest zusammenzuhalten, Kraft und Selbstvertrauen zu zeigen, um das sichere Siegesbewußtsein der Entente zu erschüttern. Ich hielt es für das größte Verbrechen, den Willen zum Frieden als innerpolitisches Werbemittel zu verwenden. Die pazifistische Agitation war, wenigstens bei uns, die sicherste Verlängerung des Krieges. Sie brachte bei der Entente die Überzeugung zur Reife, wir seien schon besiegt, und ein Kompromiß sei nicht mehr notwendig. In Österreich oder in Ungarn war die pazifistische Propaganda besonders verfehlt, denn sie

war vollkommen überflüssig. Der junge König wollte den Frieden, nur den Frieden, und ein jeder wußte das von ihm. Die öffentliche Meinung war ebenfalls für den Frieden. Eine Kriegspartei von Belang gab es weder in Wien noch in Budapest. Der Krieg wäre nicht fortzusetzen gewesen, sobald die öffentliche Meinung Kenntnis erlangt hätte von der Möglichkeit eines anständigen Friedens. Selbst unsere Heerführer rieten schon seit langem zum Frieden.

Die eventuell von deutscher Seite kommenden Hindernisse durften nicht durch die pazifistische Propaganda überwunden werden, sondern von einer energischen, aber geheimen Aktion des Ministers des Äußern. In letzter Analyse wäre ich nicht einmal vor der Drohung eines Sonderfriedens zurückgeschreckt, nur hätte ich mich bis zum äußersten von öffentlichen Zwistigkeiten enthalten, weil dies das sieghafte Selbstbewußtsein der Entente nur steigern mußte.

Tatsächlich geschah oft das Gegenteil. Der Gegensatz zwischen Wien und Berlin wird offenbar, und wir sind nicht imstande, in Berlin mäßigend zu wirken, da man dort genau weiß, daß man uns auch gegen unsern Willen mitschleppen kann. Hätte die Entente nicht eine mildere Sprache geführt, hätten die Friedensfreunde in London und Paris keinen günstigeren Boden für ihre Aspirationen gefunden, wenn wir besser zusammengehalten hätten und wenn die Kriegshetzer der Feinde sich nicht ewig auf die ausschlaggebende politische Macht des Militärs in Deutschland hätten berufen können?

Wir hätten unsere Friedensabsicht und die Weigerung unserer Feinde, den Frieden anzunehmen, mit Hilfe einer geschickten Propaganda besser ausnützen müssen und können. Ich billigte den öffentlichen Friedensantrag, den wir zu Ende des Jahres 1916 gemacht hatten, ja einen derartigen Schritt hatte ich selber im Oktober 1915 Bethmann Hollweg anempfohlen, d. h. wenn einmal Serbien niedergebroschen sein würde, nur war ich aber der Meinung, es müsse größtes Gewicht darauf gelegt werden, daß ein derartiger Schritt nicht als Schwäche ausgelegt werden könne. Es war Sache des politischen Taktgeföhls und der Gewandtheit, die beiden einander zuwiderlaufenden Rücksichten gleicherweise in Übereinstimmung zu bringen und zu ein und derselben Zeit Friedenswillen und Kampffähigkeit zu bekunden. Ein Friedensschritt durfte nur getan werden, wenn die Kriegslage günstig war. Daneben mußte getrachtet werden, mit dem Feinde allseits geheime Fäden zu spinnen. Mein Hauptvertrauen beruhte auf England, und ich war der Meinung, der Hauptberuf Österreich-Ungarns sei, mit London Föhlung zu suchen. Doch auch diese Möglichkeit konnte nicht völlig ausprobiert werden, denn Deutschland war mit uns nie in genügend gutem Verhältnis, um eine derartige Aktion von uns ohne Eifersucht mitanzusehen.

Bei uns in Ungarn erwarteten die Sozialdemokraten und die Károlyipartei den Frieden von der Propagierung des Prinzips der Annexions- und Schadenersatzlosigkeit und von der dadurch angeeiferten Tätigkeit der Internationale.

Dieses Erwarten hielt ich stets für gefährlich und kurz-sichtig. Die Sozialdemokratie war nicht stark genug, den Frieden zu erzwingen. Die allgemeine Mobilmachung, die den Regierungen zur Verfügung stehende außerordentliche Gewalt, die emporgeschraubten nationalistischen und imperialistischen Gefühle machten es der Regierung leicht, die Kraftanstrengungen der Internationale zu konterbalancieren, solange die Erschöpfung und die militärische Katastrophe nicht eingetreten waren. Vielerorten schloß sich ein ansehnlicher Teil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft selber den Kriegsparteien an.

Ich hielt die einseitige Annahme des grundsätzlichen Standpunktes des annektionslosen Friedens überhaupt für verfehlt, weil dies unsere Gegner zu der Überzeugung gebracht hätte, daß, so viel sie auch von uns fordern und so lange sie auch diesen mörderischen Krieg fortsetzen und so sehr sie auch besiegt werden mochten, wir uns gebunden hatten und von ihnen nichts fordern konnten, weder Geld noch Gebiet. Es wäre geradezu eine Anspornung für die Kriegsparteien gewesen, durchzuhalten. Im Sieges-falle konnten sie von uns alles erhoffen, im Falle der Niederlage aber waren sie vor den ärgsten Folgen ihrer Politik geschützt. Den Wert der durch uns vor der Entscheidung zugesagten günstigen Bedingungen erhöhten wir durch das mit der Fortsetzung des Kampfes verbundene schwere Risiko. Es mochte richtig sein, in einer gegebenen Lage den Status quo mit der Betonung anzutragen, daß unsere Forderungen im Verhältnis zur

Änderung der Lage sich ebenfalls ändern würden, ja, es mochte angebracht sein, im Notfalle auch gebietliche Opfer zu bringen, aber es mußte die prinzipielle Gebundenheit vermieden werden, von der man ohne moralischen Schaden nicht wieder umkehren kann. Ein Politiker, der sich mit dem Nimbus eines Sozialisten und Pazifisten umgibt, wird der Sklave seiner Rolle und kann nicht ohne schwere moralische Schäden wieder ein Realpolitiker werden. Das war eben die Schwäche des Grafen Czernin, der sich in den Mantel des prinzipiellen Pazifismus hüllte und sich freie Hand für die Ausnutzung der Möglichkeiten einer Realpolitik sichern wollte. Der historischen Gestalt eines Wilson wird auch dieser Widerspruch zwischen Wort und Tat zur Achillesferse werden. Das Sichzueigenmachen der sozialistischen Schlagworte sicherte dem Sozialismus eine solche Macht, bei welcher selbst die Verteidigung nur schwer hätte erfolgreich geführt werden können, wenn der Friede dennoch nicht zustande gekommen wäre.

Ludendorff und Tirpitz bezeichnen in ihren Memoiren sogar die Verkündung des Wunsches nach dem Verständigungsfrieden als einen Fehler. Da — nach ihrer Auffassung — der Feind nicht die Verständigung, sondern den Sieg erreichen wollte, hätte auch uns nur die Kampfbereitschaft, die Energie, das Durchhalten retten können.

Diese letztere Behauptung entspricht jedenfalls der Wahrheit, es war aber ein Verkennen der Psychologie der modernen Völker, anzunehmen, daß man diese Zähigkeit, dieses Durchhalten durch Versprechungen und

imperialistische Erfolge hätte wach erhalten können. Da das defensive Ziel in den Augen der Millionen von Anfang an die einzige Rechtfertigung des Krieges war, da die Eroberung durch mächtige Parteien im Prinzip perhorresziert wurde, da der volle Sieg mit nüchterner Berechnung kaum zu erhoffen war, konnte die Einheit der inneren Front nur durch Verkündung der Mäßigung, des defensiven Ziels, des Verständigungsfriedens erreicht werden. Nichts gefährdete die Entschlossenheit zum Kriege in höherem Grade als die Politik, welche das militärische Friedensprogramm in den Vordergrund stellte, als der Schein, daß man den Krieg wegen der Forderungen des Generalstabes und der Schwerindustrie fortsetzen müsse. Vom Gesichtspunkte des Friedensschlusses und der Fortsetzung des Krieges kämen wir dann in die beste Lage, wenn es uns durch elastische, bescheidene Kriegsziele ermöglicht würde, den eventuellen Erfolg auszunutzen, es aber doch erkennbar wäre, daß wir zum Frieden sogleich bereit sind, im Falle unsere vorherige Machtstellung gewahrt werden kann.

Ich betrachtete die Situation am günstigsten für den Frieden nach dem Durchbruch bei Gorlice, nachdem wir die Russen niedergeworfen hatten, die Italiener keinen sichtbaren Erfolg erzielen konnten und auch die Serben besiegt waren. Das war am Schlusse des Jahres 1915. Ich hielt den Augenblick auch für günstig nach der russischen Revolution, als unsere Ostfront allmählich freier wurde und die Westmächte vor der Gefahr standen, daß jene

siegreiche Armee, welche größere Leistungen aufzuweisen hatte als irgendein Heer im Laufe der Weltgeschichte, mit ihrer ganzen Kraft sich gegen sie wenden werde (1917). Leider war aber auch die Ausnutzung dieser Gelegenheit infolge der von uns begangenen Fehler erschwert. Schwer lastete es auf uns, daß wir besonders damals nicht einig waren. Die im deutschen Reichstage beschlossene berühmte Resolution war das Erzeugnis einer Panikstimmung und machte den Eindruck der zunehmenden Schwäche. Zur selben Zeit aber bekundeten die deutsche Reichsregierung und das Oberkommando eine solche imperialistische Politik, mit welcher diese Resolution im Gegensatz stand. Infolge dieser Unklarheit der Lage konnte man schwer unserer Aufrichtigkeit Glauben schenken. Wir konnten weder imponierend noch beruhigend wirken. Der Hauptfehler aber war zu jener Zeit die Friedensverhandlung in Brest-Litowsk, bei welcher der Modus der Verhandlung ein verfehlt war, gleichwie auch die Ziele verfehlt waren.

Der Verhandlungsmodus war verfehlt erstens deshalb, weil er dem Bolschewismus Gewicht verlieh, weil es als ein revolutionärer Akt betrachtet wurde, daß die leitenden Minister zweier Kaiser sich mit den Feinden jeder bürgerlichen Ordnung und jeder Autorität an einen Tisch setzten und wochenlang verhandelten. Trotzki rühmte sich mit Recht, daß die Streiks in Berlin, Wien und Budapest der direkte Widerhall der Brest-Litowsker Verhandlungen seien. Während man am grünen Tische verhandelte, waren die Bolschewisten bemüht, durch aufreizende

Schriften die Soldaten der deutschen Armee und unseres eigenen Heeres kampfunfähig zu machen und hinter der Front eine Revolution zu entfachen. Das war übrigens vorauszusehen. Mit den Bolschewisten war unmöglich zu einer Vereinbarung zu gelangen. Man hätte mit ihnen nicht verhandeln dürfen, weil sie ja nicht wegen gewisser Fragen der äußeren Politik, sondern wegen ihrer Prinzipien in ständigem und unversöhnlichem Gegensatze mit jeder bürgerlichen Gesellschaft, mit jeder staatlichen Gemeinschaft sind. Man hätte sich ihnen nur mit dem Schwerte in der Faust, mit Befehl und Ultimatum nähern sollen.

Zwischen dem von uns eingenommenen Ausgangspunkte und dem von uns benutzten Losungsworte einerseits und zwischen unseren Forderungen andererseits gab es einen scharfen Gegensatz. Unser Verfahren war kein aufrichtiges. Die imperialistischen Gedanken behängten wir mit dem Mäntelchen des Sozialismus und des Pazifismus. Die Minister sprachen von einem Frieden ohne Annexion und ohne Entschädigung, während man sich in Berlin mit der Verwirklichung der größten imperialistischen Konzeption, die der deutsche Geist bisher ersonnen hatte, befaßte, mit einer Konzeption, die darin bestand, daß Deutschland mit Umgehung Österreich-Ungarns, außer der Linie Hamburg—Bagdad noch über Kiew und Zentralasien eine Verbindung nach Ostasien und Indien erhalte, durch Länder, welche seinem militärischen Einflusse unterworfen sein sollten. Am grünen Tische in Brest-Litowsk sprach jeder von dem Selbstbestimmungsrechte der Völker,

doch der eine Teil wollte unter dem Schutze der deutschen Armee, der andere Teil unter dem Schutze der Roten Garde den Willen der Völker zum Ausdruck bringen, richtiger den eigenen Willen durchsetzen.

Der Hauptanteil an dem Fehler belastet Deutschland. Das Programm des Grafen Czernin, welches er der deutschen Reichsregierung zur Annahme empfahl, war ein ganz richtiges. Unsere Monarchie hatte kein imperialistisches Ziel vor Augen, suchte nur die Möglichkeit der Brotversorgung zu sichern, konnte aber nicht einmal dieses bescheidene Ziel erreichen. Die desorganisierte, durch Krieg und Revolution erschöpfte Ukraine war nicht imstande, uns die erwarteten Rohstoffe zu liefern.

Der Frieden von Brest-Litowsk lieferte jenen eine Waffe, die stets behaupteten, daß der Sieg der Deutschen die deutsche Weltherrschaft bedeuten und zur Knechtschaft aller übrigen Völker führen würde, und zwar gerade in dem Augenblicke, da die Aussicht auf einen günstigen Frieden vielleicht am leichtesten zu gewinnen war, wenn wir die durch die Niederlage der Russen gewonnene Machtposition richtig ausgenutzt hätten und in unseren Ansprüchen mäßig geblieben wären.

Ich hätte die vom General Hoffmann befolgte Verhandlungsmethode, ein rasches, entschiedenes soldatisches Auftreten und dabei mäßigere Bedingungen für die richtige Politik gehalten. Weniger sozialistische Gewandung in den Worten, weniger imperialistische Ambition und mehr Entschlossenheit und Schnelligkeit in den Taten.

Auch die Art und Weise, wie Rumänien behandelt wurde, fand ich nicht glücklich. Ich war der Meinung, daß es besser gewesen wäre, mit Rumänien nicht vor gänzlicher Niederlage der rumänischen Armee Frieden zu schließen. Rumänien war damals von allen Seiten umzingelt. Nach der Meinung kompetenter Persönlichkeiten wäre es damals leicht möglich gewesen, die rumänische Armee gänzlich zu überwinden. So aber bildete der intakt gebliebene Teil der rumänischen Armee eine ständige Gefahr für den Fall, wenn es uns nicht gelänge, mit dem Westen ein Übereinkommen zu schließen. Der rumänische Hof in Jassy, mit der bei ihm akkreditierten Entente-diplomatie, blieb eine beständige Bedrohung unseres Rückens. Was die Friedensbedingungen mit Rumänien betrifft, so hätte ich nur eine Grenzberichtigung gewünscht, und die führenden Männer der ungarischen Politik teilten diese meine Auffassung. Wekerle, Apponyi und Tisza stimmten in großen Zügen mit mir überein. Es gab nur sehr wenige ungarische Politiker, die an größere Eroberungen auf Kosten Rumäniens dachten. Károlyi und der sozialistische Block stellten sich auch hier auf den Standpunkt eines Friedens ohne Annexionen und ohne Entschädigung. Der Monarch neigte gleichfalls dieser Auffassung zu. Den Standpunkt des Grafen Czernin konnte ich nicht genau ermitteln, obgleich ich mit ihm über diesen Gegenstand verhandelt hatte. Czernin ist jetzt bemüht, die ungarischen Forderungen für die nachteilige Wirkung, welche die damalige

Politik zur Folge hatte, verantwortlich zu machen*; das ist aber ungerecht und stammt von seinem bekannten Ungarnhaß her. Nicht der Bukarester, sondern der Brest-Litowsker Frieden war entscheidend für die Weltlage, und die Wirkung wäre genau dieselbe geblieben, wenn wir die kaum bevölkerte rumänische Grenzgegend nicht genommen hätten. Wenn diese unbedeutende Grenzberichtigung dennoch einen so starken Ressens erregte, so geschah dies nur deshalb, weil diese Maßregel während des Kokettierens mit dem Pazifismus und Sozialismus erfolgte, woran wir Ungarn nicht die Schuld tragen, und weil im Verlaufe der Verhandlungen hauptsächlich Deutschland so schwere wirtschaftliche Bedingungen stellte, welche aus Rumänien eine wirtschaftliche Kolonie gemacht hätten und so weit gingen, daß sie auch uns, den Nachbarstaat, beunruhigten und verletzten. Dazu kamen noch jene Requisitionen des Militärs, auf welche die Rumänen jetzt, nach dem Kriege, sich zur Rechtfertigung ihrer eigenen Plünderungen so häufig berufen.

Die wenigen Waldstücke, welche Ungarn durch den Bukarester Frieden gewonnen hätte, figurieren auch seither nicht als Vorwand für die Einmischung Rumäniens oder als Ursache seines Rachegeistes. Die territorialen Feststellungen des Bukarester Friedens wären ein Beispiel einer gemäßigten Politik geblieben, wenn sie nicht einen integrierenden Teil der Rußland gegenüber bekundeten

* Czernins Rede, gehalten den 4. Dezember 1918.

Haltung gebildet hätten und wenn die wirtschaftlichen Bedingungen mäßiger gewesen wären. Es war ein schwerer Fehler des Bukarester Friedens, daß wir auch Bulgarien durch die auf die Dobrudscha bezüglichen wirtschaftlichen Forderungen Deutschlands verletzt haben, was eine der Ursachen des Abfalls Bulgariens wurde.

Die Brest-Litowsker und Bukarester Verhandlungen wirkten schädlich auf die Kampfeslust Österreichs und Ungarns, weil sie den Eindruck machten, wir würden auch im Falle des Sieges unsere Unabhängigkeit verlieren. Ein Deutschland, welches in Warschau, Kiew und Bukarest die führende politische und wirtschaftliche Rolle übernimmt, hätte uns mediatisiert.

In die Geheimnisse der Diplomatie war ich nicht eingeweiht, ausgenommen den Zeitraum, als infolge eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses der Minister des Äußern, Graf Burian, die Abgeordneten Graf Albert Apponyi, Stefan Rakovszky und mich selbst mit der Situation bekannt machte. Diese Epoche wurde aber bald damit abgebrochen, daß Burian erklärte, er fühle sich nicht berechtigt, solche Geheimnisse der internationalen Politik mitzuteilen, die nicht bloß die seinigen sind. (Das geschah am 6. Juli bis 23. August 1916.)

Die Dinge nur von außen betrachtend, hatte ich den Eindruck, daß sich keine positive Gelegenheit für den Friedenschluß darbot. Heute scheint es, daß es dennoch solche Verhandlungen gegeben habe, welche ernste Möglichkeiten des Friedens verhiessen. Solche Verhandlungen

waren diejenigen, welche Graf Revertera im Auftrage Czernins mit dem französischen Grafen Armand im August 1917 in der Schweiz pflog und welche Czernin in der letzten Rede, die er als Minister des Äußern gehalten, in die Öffentlichkeit brachte, in jener Rede, die einen Angriff auf den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau enthielt. Wie ich höre, haben jene Verhandlungen zu einem günstigen Resultate geführt. Clemenceau stand noch nicht an der Spitze der französischen Regierung, die Niederlage der russischen Front wirkte erdrückend, in Paris entstand eine starke Friedensströmung. Das Vertrauen auf den Sieg war erschüttert. Zwar forderten die Franzosen Elsaß-Lothringen, doch versprachen sie im Tausch dafür nicht nur die Rückgabe der deutschen Kolonien, sondern auch noch die Erweiterung derselben; ferner wollten sie Deutschland freie Hand nach Osten gegen Rußland lassen. Von uns forderten sie die von Italienern bewohnten Gebiete.

Czernin fand diese Bedingungen günstig, und wenn man die Endresultate in Betracht zieht, kann es heute keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß dieser Friede ein vorteilhafter gewesen wäre. Allein die Deutschen wollten von einem solchen Vertrage nichts hören. Sie rechneten auf den Sieg und führten eine so energische Sprache, daß Czernin den Eindruck gewann, daß, wenn Österreich-Ungarn diesen Frieden forcieren wollte, die deutsche Armee sogleich in Böhmen einrücken würde. Czernin gab daher nach, und der Friede kam nicht

zustande. Das fürchterliche Gemetzel, die Menschenschlächterei dauerte fort, Clemenceau gelangte an die Spitze der französischen Regierung, und wir erreichten den letzten Akt der Tragödie.

Czernin war unzweifelhaft in einer schwierigen Lage. Hätte er Hoffnung auf den Sieg gehabt oder auf einen so langen Widerstand, der ihm gestattet hätte, günstigere Friedensmöglichkeiten zu erhoffen, so würde ich begreifen, daß er dem deutschen Einflusse nachgab. Allein Czernin sah die Zukunft sehr trübe. Noch als Gesandter in Bukarest urgiert er den Frieden, da seiner Meinung nach ein Sieg ausgeschlossen sei. Als Minister hatte er schon im April 1917 dem Kaiser ein Memorandum überreicht, in welchem er ausführte, daß die Monarchie höchstens bis zum Schlusse des Jahres Widerstand leisten könne, vor dem militärischen Zusammenbruche und vor der Revolution stehe.

Unter so bewandten Umständen kann ich sein Vorgehen nicht verstehen. Das Individuum hat das Recht, kann sogar die Pflicht haben, für die Heiligkeit des Wortes sich selbst aufzuopfern; Regierungen aber sind nicht berechtigt, von jenen Millionen, in deren Namen sie handeln, wegen der unrichtigen Berechnungen jener Macht, an welche sie durch die Bündnistreue gebunden sind, völlig aussichtslose Leiden und Opfer zu fordern. Auch in der Politik gilt das moralische Gesetz. Die Gemeinheit ist auch in der Politik gemein; das gegebene Wort zu halten, ist auch in der Politik Pflicht und nicht

nur Pflicht, sondern auch Interesse, denn der Kredit ist eine politische Kraft ersten Ranges, und auch die Ehrlichkeit zahlt sich aus. Gleichwie der Finanzmann, der seine Verpflichtungen nicht pünktlich erfüllt, auch meistens übler wegkommt, da er das Vertrauen seiner Mitbürger verscherzt, so erweist sich auch ein Staatsmann als kurz-sichtig, der in dem Betrug und in der Irreführung die hauptsächlichen Mittel seiner Politik erblickt. Den Verbündeten für Sicherung gewisser Vorteile ohne Notwendigkeit im Stiche zu lassen, wie England es im spanischen Erbfolgekriege, Preußen im österreichischen Erbfolgekriege und in dem gegen die französische Revolution geführten Kriege tat, ist eine Schmach und zumeist auch eine schlechte Berechnung, weil ein solcher Vorgang die Bündnisfähigkeit wesentlich herabdrückt. Ein Minister aber, der in dem gegenwärtigen fürchterlichen Kriege in Kenntnis der Kräfte und auf Grund verlässlicher Daten weiß, daß die Katastrophe unabwendbar ist, und weiß, daß unter Wahrung der Interessen und der Ehre der Friede geschlossen werden kann, und dennoch seine Nation für die Irrtümer des Bundesgenossen auf die Schlachtbank führen will, ein solcher Minister kann nicht schablonmäßig beurteilt werden. In einem solchen Falle ist der Bruch mit dem Bundesgenossen nicht bloß ein Recht, sondern auch eine Pflicht, Pflicht gegen die Menschheit und gegen sein eigenes Vaterland. Czernin unterließ dies hauptsächlich deshalb, weil er fürchtete, daß die Deutschen sich gegen ihn wenden würden, was in Österreich zu einem

Bürgerkriege führen könnte. Nach seiner Überzeugung hätte der Bruch mit Deutschland nicht zum Frieden geführt, sondern höchstens zu einem neuen Krieg.

Diese seine Auffassung finde ich aber sehr verwunderlich. In dem von ihm veröffentlichten Bericht führt er aus, daß auch Deutschland mit seinen Kräften zu Ende sei, wie dies deutsche Staatsmänner in verantwortlicher Stellung vor ihm zugegeben hätten. Wie konnte er unter solchen Umständen glauben, daß Deutschland sich dennoch entschließen könnte, uns anzugreifen, sich dadurch völlig zu isolieren und in eine absolut unhaltbare Lage zu geraten? Wie konnte er glauben, daß das deutsche Volk einen solchen Entschluß der Heeresleitung dulden würde, wenn es bekannt würde, daß der Abschluß eines anständigen Friedens möglich sei und daß wir uns von Deutschland nur deshalb trennen, weil die deutsche Regierung die bezeichneten Bedingungen nicht annehmen will? Die öffentliche Meinung Deutschlands, die Parlamentsmajorität, welche sich für die bekannte Friedensresolution erklärte, würde jede Regierung gestürzt haben, die es gewagt hätte, einen neuen und hoffnungslosen Kampf aufzunehmen. Übrigens schreibt Ludendorff, daß „an einen militärischen Druck auf Österreich-Ungarn niemand gedacht hat“. Czernin hätte uns, Deutschland und der ganzen Menschheit einen großen Dienst erwiesen, wenn er auf dem Wege, den sein Scharfblick ihm gewiesen, ausgeharrt hätte.

Von einer zweiten Friedensmöglichkeit sprach Erzberger, als er die Friedensaktion des Papstes erwähnte, doch halte

ich diese nicht für unzweifelhaft. Sie ist mehr ein Beweis des Friedenswillens des heiligen Vaters als der Friedensneigung der Entente. Als England auf die Friedensvermittlung des Papstes die ausweichende Antwort erteilte, daß die Friedensverhandlungen nicht ernst genommen werden können, da man nicht einmal wisse, welche Absichten Deutschland bezüglich Belgiens hege, bedeutete diese Erklärung keineswegs, daß England entschlossen sei, den Frieden abzuschließen, wenn Deutschland in der belgischen Frage eine beruhigende Antwort geben werde. Indem Deutschland der Anregung Roms eine ausweichende Antwort gab, beging es einen Fehler, aber es hat einen von seiten der Entente kommenden Friedensvorschlag nicht zurückgewiesen. Hätte Deutschland diese Gelegenheit ergriffen und bezüglich Belgiens eine günstige Antwort erteilt, so hätte dies die Friedensparteien der Entente ermutigt und eventuell dem Papste die Möglichkeit geboten, sein heilsames Wirken mit Erfolg fortzusetzen. Allein von einem zurückgewiesenen Friedensvorschlag der Entente können wir in diesem Falle doch nicht sprechen.

Unsere militärischen Fehler

ZU diesen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik begangenen Fehlern, die nur die Zahl unserer Feinde vermehrten, deren wir ohnehin schon mehr als genug hatten und die unsere schwachen Friedensaussichten nur noch mehr verdarben, kamen auch noch militärische Fehler. Unseren Armeen sind wir großen Dank schuldig, sie wirkten geradezu Wunder. Sie kämpften fast ununterbrochen gegen eine Übermacht und haben dennoch mehr Kriegsgefangene gemacht als unsere Feinde. Sie haben mehr Festungen erobert, mehr Schlachten gewonnen, größere Gebiete besetzt als irgendein Heer in diesem Kriege oder jemals früher irgendeine andere Streitmacht. Ich bin der Meinung, daß auch die Führung eine bessere war als bei unseren Feinden. Einzelne Feldzüge werden auf den Blättern der Kriegsgeschichte stets klassisch bleiben. Die Millionen bewährten sich vollkommen. Es gab viel mehr Helden als man es von der jetzigen Generation je hätte erwarten mögen. Aber auch militärisch machten wir schwere Fehler, die uns hinderten, solche Erfolge zu erzielen, welche uns vielleicht zu einem günstigen Frieden hätten führen können.

Das österreichisch-ungarische Heer hatte solche organische Schwächen, welche die Leistungsfähigkeit des erstklassigen Materials beeinträchtigten. Diese Fehler waren in unserem ganzen staatlichen Organismus zu verspüren. Die lange Regierung Franz Josephs war der Entwicklung der Talente nicht günstig. Dieser Herrscher liebte den pünktlichen, fleißigen Bureaukraten, während er vor den gedankenreichen, großangelegten Menschen eine gewisse Scheu empfand. Vor der letzteren Gattung hatte er eher eine Angst. Die sogenannte Eselsleiter war zur Zeit seiner Regierung der normale Weg des Vorrückens. Eine ausnahmsweise Behandlung zu erzielen, gelang zuweilen der Protektion, der Geburt, dem bureaukratischen Talent, oder dem Opportunismus, seltener der Genialität, der wirklichen Kraft. Der bureaukratische Geist lag wie Meltau auf allem. Die Mittelmäßigkeit konnte sich am besten vorwärtsarbeiten. Der Thronfolger Franz Ferdinand suchte die Talente und zeigte in manchen Fällen einen richtigen Blick. Leider kam es aber oft vor, daß bei den von ihm gewählten Persönlichkeiten das Talent mit der Neigung zur Intrige verbunden war. Seine rechte Hand auf militärischem Gebiete, Baron Conrad, war ein entschiedenes Talent, ein selbständiger Charakter, nicht im geringsten ein Intrigant oder Schmeichler, besaß aber wenig Menschenkenntnis und nicht die Fähigkeit, der Herrschaft der Mittelmäßigkeit und der Intrige in seiner Umgebung ein Ende zu machen. Der Generalstab blieb ein besonderer Körper im Körper der Armee. Es fehlte jener frische

Blutumlauf zwischen ihm und den Truppen, jener organische Zusammenhang, welcher zum Beispiel im deutschen Heere vorhanden war. Alle Vorteile, Auszeichnungen, Avancements waren der Anteil des Generalstabes, die Gefahren und die Mühen jener der Truppen. Den Truppenoffizieren war es kaum möglich, in den Generalstab zu gelangen, und sie wurden den Absolventen der Kriegsschule gegenüber stets zurückgesetzt. Die schwere Arbeit, die unsichere Zukunft, das Damoklesschwert des blauen Bogens ruinieren die Nerven des Offiziers. Das Vorwärtstreben über die Leiche des Kameraden hinweg, das Buhlen um die Gunst der Vorgesetzten, der Sieg der Streber in dem Wettlauf nach oben; all dies schwächte den moralischen Mut, verringerte die Verantwortlichkeitsfreudigkeit. Die Unternehmungslust ist nur in geringem Maße vorhanden, viel häufiger ist die Augendienerei anzutreffen im Generalstab und in den höheren Posten. In der deutschen Armee, wo die eiserne Disziplin sicherlich ebenso stark ist wie bei uns, ist die Selbständigkeit nach oben und der Wagemut viel größer, und man erwartet dort nicht alles von oben, wie bei uns. Während des Krieges konnte man oft mit Befremdung den Haß und das Mißtrauen sehen, welches die Truppenoffiziere dem Generalstab gegenüber erfüllte.

Eine zweite große organische Schwäche der Armee war der Umstand, daß die Ungarn, jene Rasse, welche nebst den Deutschen mit der größten Begeisterung kämpfte, sich in ihr nicht wahrhaft heimisch fühlten, diese Armee

nicht als die eigene betrachteten. Unter den höheren Offizieren gab es nur wenige Ungarn und unter den hochgestellten Ungarn nur wenige von wahrhaft ungarischer Gesinnung. Die Ungarn kamen mit einer Menge von Klagen vom Kriegsschauplatze zurück. Während des Krieges habe ich mit zahllosen solchen ungarischen Politikern gesprochen, die sich früher für die gemeinsame Armee, für die deutsche Dienstsprache exponierten und jetzt, nach den gemachten Erfahrungen, die Errichtung der selbständigen ungarischen Armee für die dringendste Aufgabe betrachteten. An vielen Orten, wo es an ungarischen Offizieren mangelte, glaubten die ungarischen Truppen bei ihren Führern eine entschiedene ungarnefeindliche Gesinnung wahrzunehmen. Tausende und Abertausende ungarische Soldaten hatten den Eindruck, daß man ihnen mit Vorliebe, mit einer gewissen Wollust die gefährlichsten Stellen anwies, die Anerkennung aber nicht ihnen, sondern anderen zuteil werden ließ. Alle diese Erfahrungen führten dazu, daß die ungarischen Truppen zumeist froh waren, wenn sie in die Verbände des deutschen Heeres eingeteilt wurden, trotzdem das rauhe Wesen und die strenge Disziplin der Deutschen dem ungarischen Naturell nicht entspricht. Die kriegerischen Tugenden des Ungars wurden nicht vollständig ausgenützt, die Armee entwickelte nicht jene Vollkraft, deren sie bei einer besseren Organisation und Führung fähig gewesen wäre. Die auf dem Kriegsschauplatze gewonnenen Erfahrungen und Eindrücke erbitterten die Ungarn und waren eine der

Quellen der Oktoberrevolution. Schade! Ewig schade, denn das Menschenmaterial der Armee war das beste. Der ungarische Bauer ist, wenn er durch ein entsprechendes Offizierkorps kommandiert wird, der beste Soldat der Welt. Er hat auch unter den gegebenen Verhältnissen Wunder vollbracht, er wäre aber noch besser geworden, wenn man ihn schon bei Friedenszeiten in einen nationalen Rahmen gestellt hätte.

Ein großer Vorteil war für uns die innere Operationslinie, die uns gestattete, unsere Kräfte planmäßig zwischen den Kriegsschauplätzen zu verteilen und einander beizustehen. Leider ist dieser Vorteil nur selten voll ausgenützt worden, weil die Vorbedingung, nämlich die volle Harmonie in der Leitung, fehlte. Ohne in die Einzelheiten eingeweiht zu sein, hatte ich doch die angstvolle Empfindung, daß wir auch in dieser Hinsicht nicht gut bestellt sind. Wenn ich Gelegenheit hatte, mit einer führenden Persönlichkeit der Deutschen oder der Österreicher zu sprechen, hörte ich zumeist bittere Klagen über den Bundesgenossen. Die politische Disharmonie mußte auch auf die militärische Führung zurückwirken.

Einen interessanten Einblick in diese Zwistigkeiten und in die gegenseitige Stimmung gestattet das Buch Nováks, eine Verherrlichung Conrads. Das Buch an sich ist eine Verkörperung des bei uns herrschenden deutschfeindlichen Geistes. Es ist sicher wahr, daß auch unsere Feinde von den Schwächen der Koalition nicht unberührt geblieben sind. Das beweisen viele ihrer begangenen Fehler, die

sie aber zu ertragen imstande waren, während wir, die über weit geringere Kräfte verfügten als unsere Feinde, keine Fehler begehen durften. Nur bei vollständigster Eintracht, bei tadellosester Führung und bei der Gunst des Glücks wäre uns der Sieg beschieden gewesen. Ich will mich in das Labyrinth militärischer Fragen nicht einlassen, möchte nur auf einige Irrtümer hinweisen, die durch uns begangen wurden.

Ich hatte von Anbeginn die Überzeugung, daß die Kräfte gegen Rußland konzentriert werden müßten und daß, wenn uns nicht die momentane Lage auf anderen Kriegsschauplätzen zu einem anderen Vorgehen zwänge, wir unseren stärksten Feind auf dem Festlande so lange angreifen müßten, bis er gänzlich zusammenbricht.

Zu dieser Überzeugung gelangte ich nebst den schon früher angeführten politischen Gründen durch die Betrachtung der strategischen Lage Polens. Unsere östlichen Grenzen waren günstig für die Offensive und ungünstig für die Defensive. Ungünstig für die Defensive deshalb, weil das Königreich Polen sich in einer solchen zentralen Lage befindet, daß die russische Armee von dort Berlin, Budapest und Wien in gleicher Weise bedrohen und uns zwingen konnte, große Kräfte zum Zwecke der Verteidigung unserer Hauptstädte in Bereitschaft zu halten. Die russische Armee konnte bei Ausnützung der inneren Operationslinie diese unsere Kräfte einzeln schlagen. So wie wir uns auf die Defensive beschränkten, mußten wir große Kräfte ansammeln, und auch diese

Kräfte waren der Gefahr ausgesetzt, einzeln zu unterliegen. Unserer Offensive hingegen war die strategische Lage günstig. Die russische Armee marschierte in Polen in einem solchen Sacke auf, in welchem sie erdrückt werden konnte, wenn wir den Sack an beiden Enden mit einem energischen Ruck zusammenzögen; jeder taktische Erfolg konnte sich leicht zu einem großen strategischen Resultate entwickeln.

Wie es scheint, wollte unsere Heeresleitung den Angriff am russischen Kriegsschauplatz einleiten, doch konnte sie diesen Plan bei den Deutschen nicht durchsetzen. Es scheint, daß unsere Heeresleitung zu Beginn des Krieges der Meinung war, die Deutschen würden größere Kräfte nach dem östlichen Kriegsschauplatze dirigieren, als wie sie tatsächlich dorthin sandten. Es war für uns ein großer Nachteil, daß diese unsere Berechnung sich nicht bewährte und daß die österreichisch-ungarische Armee, welche im Verhältnisse zur russischen sehr schwach war, gleich zu Beginn einen solchen Angriff gegen die Russen führte, als ob sie dazu stark genug wäre. Und dieser Angriff erfolgte noch mit der alten Taktik, ohne daß unsere Soldaten Schützengräben aufwarfen. Das Menschenleben wurde damals noch nicht so geschont wie später. So verloren wir das beste Material und wurden dennoch zurückgedrängt. Die Deutschen waren genötigt, von der Westfront mehr Truppen nach dem Osten zu dirigieren, welche dann in der Marneschlacht fehlten und in Galizien nicht früh genug eintrafen.

Als der unter ungünstigen Umständen begonnene Kampf in Galizien noch tobte und unsere Wehrmacht dort große Verluste erlitt, die nicht mehr zu ersetzen waren, verwendeten wir gegen den Rat des Armeekommandos übermäßige Kräfte gegen die Serben. Wir führten auf dem serbischen Nebenkriegsschauplatze zweimal die Offensive, ohne dazu genug Streitkräfte zu haben, zu einer Zeit, da wir auf dem Hauptkriegsschauplatze jeden einzelnen Soldaten benötigten. Bei der ersten Gelegenheit wurde ohne bleibenden Erfolg in überflüssiger Weise Blut vergossen und wir erweckten die Eifersucht der Italiener, mit unserer zweiten Offensive führten wir eine Katastrophe herbei, welche vielleicht die traurigste in dem ganzen Kriege war. Als Potiorek scheinbar den Sieg schon in Händen hatte, setzte er alles auf das Spiel. Er teilte seine Armee in zwei Teile, sandte einen Teil gegen Norden, um dem obersten Kriegsherrn die Schlüssel Belgrads zur Verherrlichung des Kaiserjubiläums zu Füßen zu legen (2. Dezember 1914), während er mit dem andern Teil, mit ermüdeten Truppen, die fern waren von den Munitionsvorräten und von den Reserven, eine Schlacht annimmt, die er vollständig verliert. Ein tragisches klassisches Beispiel der Augendienerei und des Höflingsgeistes. Durch dieses Vorgehen gewann das kleine Serbien einen großen Sieg über seinen mächtigen Nachbar.

So verloren wir in Galizien und in Serbien die Elite unserer Armee, ohne ein entsprechendes Resultat zu erzielen. Der Échec konnte gutgemacht, die Toten aber nicht

wieder zum Leben erweckt werden. Der gute Ruf der Armee erlitt eine solche Einbuße, welche durch die vielen Beweise von Tapferkeit, durch viele geniale Ideen, durch viele schöne Erfolge nicht ganz wettgemacht werden konnte. Unser Selbstvertrauen, das ja in Österreich auch sonst nicht auf festen Füßen zu stehen pflegt, gerät ebenfalls ins Wanken. Vieles hätte eine andere Entwicklung genommen, wenn der Krieg gegen Rußland mit einem befriedigenden Resultate begonnen hätte.

Es wäre niemals statthaft gewesen, gleichzeitig an zwei verschiedenen Kriegsschauplätzen, gegen zwei verschiedene Feinde eine ernste Offensive zu beginnen. Der Hauptschlag hätte stets an einem Punkte geführt werden müssen. Gegen diese Regel wurde auch im Jahre 1916 verstoßen, als man gleichzeitig gegen Verdun und gegen die italienische Armee einen Angriff unternahm, obgleich nach meiner Überzeugung weder der eine noch der andere Angriff am Platze war, vielmehr nach der Besiegung Serbiens die Offensive gegen Rußland wieder aufgenommen hätte werden müssen, jene Offensive, die seit Gorlice ein so glänzendes Resultat erreichte. So aber konnten wir an keinem Punkte ein Resultat erzielen, hingegen setzten wir an einer dritten Front unsere Streitkräfte den erfolgreichen Schlägen des Feindes aus. Verdun hielt stand. In Italien mußte die mit gutem Erfolge begonnene Offensive haltmachen, weil Brussilow bei Luck unsere Ostfront durchbrochen hatte. Dieser Erfolg Rußlands, welcher unterblieben wäre, wenn wir den Russen nicht

Zeit gelassen hätten, sich neu zu organisieren, sondern die großen Erfolge vom Jahre 1915 mit voller Kraft ausgenützt hätten, gaben den letzten Anstoß zum Eintritt Rumäniens in den Krieg.

Es ist ein klassisches Beispiel der kranken Struktur der Koalition, daß — wie Novák in seiner Schrift ausführt — Baron Conrad nichts von der Offensive auf Verdun wußte, welche Graf Falkenhayn insgeheim vorbereitet hatte.

War es ein Fehler oder war es unvermeidlich, daß wir unsere im Jahre 1917 gegen die italienische Front geführte Offensive nicht bis zur vollständigen Überwindung des italienischen Heeres fortsetzten, ferner, daß wir die Offensive gegen Serbien nicht bis Saloniki fortführten? Ich kann es nicht genügend beurteilen, aber in jedem Falle war es ein Unglück. Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir unsere Erfolge nie genug ausnützten und vielleicht zu oft die Operationsziele wechselten, daß wir den letzten Angriff gegen Italien unvorbereitet und mit einem verfehlten Grundgedanken machten. Es drängt sich auch die Frage auf: War das Forcieren der letzten Offensive im Westen nicht auf eine vollständige Verkennung der Kräfteverhältnisse zurückzuführen und wäre es nicht besser gewesen, sich damals auf die Defensive einzurichten und mit zähem Widerstand auf den Verständigungsfrieden loszuarbeiten, als alles auf eine einzige Karte zu setzen?

Der schwerste Fehler der Heeresleitung war aber jedenfalls der absolute Irrtum bezüglich der Wirkungen des

Unterseebootkrieges und der Leistungsfähigkeit Amerikas, ein Irrtum, welcher die wahre Ursache der schließlichen Katastrophe wurde.

Trotz aller dieser Fehler ist infolge vieler genialer Einfälle, vieler vortrefflicher Kombinationen und dem ganz vorzüglichen Material unserer Armeen der Zusammenbruch doch nicht auf dem Kriegsschauplatze, sondern auf der inneren Front erfolgt. Als Bulgarien uns im Stiche ließ und unsere innere Widerstandskraft erlahmte, standen unsere Truppen auf feindlichem Boden, unbesiegt. Wir hatten mehr glorreiche militärische Erfolge zu verzeichnen als die siegenden Feinde. Nicht die Niederlage der militärischen Front führte zu unserer Deroute, sondern das Niederbrechen der inneren Front verursachte die militärische Katastrophe.

Um daher den Zusammenbruch zu verstehen, müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf die innere Lage richten. Wir müssen untersuchen, was zu der Krise in Ungarn und damit zum Sturze der Monarchie führte.

DRITTER THEIL

INNERE KRISE
UND
ZUSAMMENBRUCH

ES ist eine schmerzliche Aufgabe, die ich unternehme, wenn ich nun von dem Zusammenbruch sprechen muß, der alles begraben oder zumindest schwer erschüttert hat, wofür zahllose ungarische Patrioten ein Jahrtausend hindurch gekämpft und gelitten haben, alles, wofür unsere heldenmütigen Soldaten bluteten, wofür die ganze ungarische patriotische Gesellschaft, Männer, Frauen und Kinder sich in gleicher Weise begeisterten, alles, wofür auch ich gearbeitet und gelebt habe.

Im Parlament habe ich einmal während des Krieges erklärt, daß der vielfach wahrnehmbare Opportunismus und der Kleinmut der ungarischen Gesellschaft mein Vertrauen zu den avitischen Tugenden des ungarischen Volkes erschüttert habe. Angesichts des Heldenmutes und der Ausdauer, deren Zeugen wir im Kriege waren, bin ich jedoch wieder stolz auf meine Nation. Ich dürfte dies mit Fug und Recht erklären. Es ist noch heute ein Trost, sich daran zu erinnern, mit welcher heldenhaften Begeisterung, manhaften Ausdauer und erhebenden Entschlossenheit die Majorität der ungarischen Nation für die heilige Sache ihres Fortbestandes Gut und Blut geopfert hat.

Ist diese Erinnerung eine reiche Quelle auch der Zufriedenheit, des Stolzes und der Hoffnung, so ist sie leider zugleich eine Quelle düsterer Verbitterung. All der heilige Wille, alle Tugend und Vaterlandsliebe, alle Leiden waren vergebens. Wir sind zugrunde gerichtet! Unser Land ist in Stücke zerrissen, wir sind an den Bettelstab gebracht. Der Kampf gegen den Feind ist durch den Klassenkampf abgelöst worden. Die grausamste Klassentyrannei, Streit und Hader machen uns innerlich verbluten. Wir dürfen kühn behaupten, daß unter allen kämpfenden Nationen unser Los das härteste ist!

Wie konnte dies geschehen? Welche Ursachen haben zu dieser schrecklichen Tragödie geführt, an welcher Anteil zu haben mein trauriges Geschick war?

Die Entwicklung Ungarns stand schon seit langer Zeit unter einem ungünstigen Gestirn. Im Laufe des letztverflossenen halben Jahrhunderts, seit dem staatsrechtlichen Ausgleiche vom Jahre 1867, hätten wir die Versäumnisse von Jahrhunderten nachholen müssen, hätten uns stärken und entwickeln sollen, doch ist dies leider nicht genügend gelungen.

Die Tragik der verflossenen Jahrhunderte war, daß wir gegen die Übermacht der Türken auswärts Hilfe suchen mußten, und daß der Herrscher, dem wir für seine Hilfe die Stefanskronen anboten, sich mit der ungarischen Nation nicht identifizierte. Die Nation und die Dynastie verstanden sich nicht in dem wünschenswerten Maße. Das Endziel der Nation war „sie selbst“, das Endziel der

Dynastie gleichfalls „sie selbst“ oder das Gesamtinteresse der von dieser Dynastie beherrschten, häufig genug gar nicht zusammenhängenden Länder. Die Nation, von ihrem Instinkt getrieben, trachtete nach einem unabhängigen staatlichen Leben auf Grund eines Schutzbündnisses mit den übrigen Staaten. Der Instinkt der Dynastie hingegen trieb sie zur Schaffung einer Reichseinheit.

Die Nation wollte von Zeit zu Zeit die vollständige Losreißung (Rakóczi, Kossuth), die Dynastie hingegen die vollständige Einschmelzung (Caraffa, Joseph II., Bach). Zumeist kam ein Kompromiß zwischen diesen gegensätzlichen Richtungen zustande, solche Kompromisse, welche die momentanen Interessen befriedigten, jedoch keine wirkliche, Kraft verleihende Harmonie zu erzielen vermochten.

Die Nation und die Dynastie leisteten einander große Dienste. Buda und Südungarn wurden durch die von den Habsburgern gesammelten Truppen aus türkischem Joche befreit; die Habsburger vertraten die Idee der ungarischen staatlichen Einheit, zu einer Zeit, da unser Reich in drei Teile gerissen wurde. Aber auch die Dynastie war uns zu großem Dank verpflichtet. Ungarn schützte Österreich gegen die östliche Gefahr. Die Zrinyi retteten die Stadt Wien. Maria Theresia verdankte ihren Thron der Insurrektion des ungarischen Adels. Die Siege Napoleons konnten die Habsburgische Dynastie nur deshalb nicht zertrümmern, weil die ungarische Nation ihr treu blieb. Aber trotz all diesen gegenseitigen Hilfeleistungen wurden bei

uns in Ungarn die Epochen der Tyrannei und der Unterdrückung, in Wien die Kämpfe mit den Kuruczen niemals ganz vergessen. Keiner unserer Könige beteiligte sich persönlich an unseren Kämpfen; keiner erlangte wirkliche Volkstümlichkeit. Unter unseren Herrschern war es Maria Theresia allein, die warme fürstliche Worte zu uns sprach, aber in eigenem Interesse. Andererseits fühlte sich die ungarische Nation nicht solidarisch mit ihrem Herrscher. Jene Ungarn, die zu Höflingen wurden, büßten zu Hause ihre Volkstümlichkeit ein. Von der auswärtigen Politik ausgeschlossen, verloren die ungarischen Staatsmänner ihren europäischen Horizont. Sie hatten keinen Anteil an den Sorgen und Ambitionen ihres Königs und konnten daher auch keinen entscheidenden Einfluß auf ihn üben. Die ungarische Nation war häufig gezwungen, für fremde Zwecke zu bluten, für die Herrschaft der Habsburger in Deutschland, Italien, in den Niederlanden.

Das Endresultat dieser Uneinigkeiten war, daß die Nation auf dem Papier zum großen Teil ihre Rechte behielt, in der Praxis jedoch ihre Unabhängigkeit einbüßte und zu einer Provinz wurde. Die ungarische Staatsgewalt wirkt nicht für die Entwicklung der inneren Kraft der Nation, wie die französische, die preußische, die österreichische oder die bayerische. Da die ungarische Nation ihre Hauptsorge dem Schutze der Bollwerke ihrer Verfassung widmen muß, nimmt die geistige Energie der Nation die Tendenz an, sich mehr in negativer Richtung zu betätigen, mehr auf dem Gebiete des Schutzes ihrer

Rechte zu wirken als auf dem der positiven Schöpfungen zur Pflege ihrer wirtschaftlichen, administrativen und sozialen Güter. Der Staatsrechtler tritt an die Stelle des Staatsmannes. Die Folge davon ist, daß wir mit der Entwicklung der Welt nicht Schritt halten können. Wir bleiben wirtschaftlich rückständig und vermögen die wirtschaftlichen Schäden der langen Türkenherrschaft nicht wettzumachen.

Als nach den napoleonischen Kriegen und nach der Reaktion die Entwicklung der Völker in ein modernes Stadium einzutreten begann, als der Wettbewerb der Völker auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens und der Kultur stets kräftiger und intensiver wurde, wir Ungarn aber vom Untergang bedroht sind, wenn wir uns nicht regenerieren, rettet uns jene mächtige Renaissance, die sich an die Namen Széchenyi, Kossuth, Deák, Kölcsey, Vörösmarthy, Petöfi knüpft. Leider brachte uns dieser neue Aufschwung unseres nationalen Selbstbewußtseins in einen Konflikt mit der Idee des Gesamtreiches. Unsere ersten Versuche, uns von neuem auf ein europäisches Niveau zu erheben, führten zu den Kämpfen von 1848/49, schließlich zu Világos und zur vollständigen Unterdrückung.

Das letztverflossene halbe Jahrhundert hatte die Aufgabe, die Wirkungen dieser drückenden Erbschaft wettzumachen. Franz Joseph sah nach vielen bitteren Lehren und schweren Prüfungen ein, daß die Dynastie ihre Sorge darauf richten müsse, die ungarische Nation zu gewinnen. Der staatsrechtliche Ausgleich vom Jahre 1867 war

berufen, diesen Gedanken zu verwirklichen. Einzelne waren schon damals der Meinung, und heute glauben es viele, daß dieser Ausgleich nicht zum Ziele führen konnte, weil auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und der Wehrkraft die Gemeinsamkeit aufrechterhalten wurde. Ich habe diese Ansicht nicht geteilt und teile sie auch heute nicht. Anfänglich ging alles vortrefflich. Die Tatsache der Krönung an sich, der wirtschaftliche Aufschwung, die Wiederherstellung der Integrität des ungarischen Staates, der Einfluß und der Nimbus großer Staatsmänner, wie Deák, Andrassy, Eötvös, erwarben dem Herrscher Volkstümlichkeit, jenem Herrscher, in dessen Namen noch vor kurzem Haynau und Bach gewütet hatten. Der König lebte viel in der ungarischen Gesellschaft; die Königin, die die ungarische Nation liebgewonnen hatte und die von der ungarischen Nation angebetet wurde, vermittelte mit der ihr eigenen Genialität des Herzens zwischen ihrem Gemahl und der ungarischen Nation. Der Thronfolger Rudolf fühlte sich auch als Ungar. Vertrauen und Hoffnung verbanden die aufeinander angewiesenen Faktoren: die Nation und den König. Die Nation gewöhnte sich allmählich daran, den engeren Familienkreis des Königs als Ungarn zu betrachten, aber leider blieb ihr die Dynastie fremd, deren Mitglieder ihr zumeist unbekannt sind.

Diese vielverheißende Epoche war nur von kurzer Dauer. Der König faßte den staatsrechtlichen Ausgleich so auf, daß dieser meritorisch ein Vertrag sei zwischen der Nation

und ihm, ein Vertrag mit dem Inhalte, daß die Nation an die Einheit der Armee nicht rühren dürfe, die Leitung der inneren Angelegenheiten des Heeres vollständig ihm überlasse, wofür der König seinerseits die Wiederherstellung der Verfassung respektieren müsse. Als in Ungarn immer dringender das Verlangen laut wurde, daß der ungarische Teil des Heeres auf eine nationale Grundlage gestellt werde, als die Opposition die Rechte des Königs auf dem Gebiete des Kriegswesens durch die Machtmittel des Parlaments beeinflussen wollte, als jene Partei erstarkte, deren Ziel es war, den ganzen Ausgleich abzuändern, fühlte sich der König enttäuscht, sogar verletzt. Er fürchtete, daß das nationale Motiv als ein Element der Spaltung die Kriegstüchtigkeit des Heeres beeinträchtigen könnte.

Er handelte in vollkommen gutem Glauben. Er dachte, daß er sein Wort gehalten habe und daher mit Recht fordern dürfe, daß auch die Nation ihr Versprechen halte. Allein sein Standpunkt war nicht richtig. Die Nation hatte im Jahre 1867 nicht darauf verzichtet, sich der von neuem bestätigten verfassungsmäßigen Rechte in der Frage der Armee zu bedienen. Die Nation hatte unbedingt das Recht, von Jahr zu Jahr die Rekruten zu bewilligen und bei der Feststellung des Rekrutenkontingents Bedingungen zu stellen, und zwar solche, welche auf die Rechte des obersten Kriegsherrn bindend wirken.

Es gibt im Leben keinen Stillstand. Die Nation konnte in der neuen Armee den Status quo nur so lange beibehalten, als sie mit demselben zufrieden war oder als sie aus

anderen politischen Gründen dies für vorteilhaft erachtete. Sobald sie jedoch eine Reform der vorhandenen Zustände für nötig hielt, war es natürlich, daß sie ihrem Willen auch Geltung zu verschaffen suchte. Die Aktion des Parlaments hätte man nur in dem Falle vermeiden können, wenn der König selbst die notwendige Entwicklung stufenweise angeordnet hätte. Der stufenweise Fortschritt blieb jedoch aus. Der Geist der Armee wollte sich nur sehr langsam dem Staatsrecht anpassen. Auf die Dauer war es unmöglich, daß die Nation ihre Söhne ohne Widerstand in eine solche Armee entsende, in welcher der spezifische ungarische Patriotismus von einem künstlichen Gemeinsamkeitsgefühl in den Hintergrund gedrängt wurde und die ungarische Sprache und die ungarische Fahne keine entsprechende Rolle spielen durften.

Die nationale Richtung gewann an Kraft durch die Theorie, daß, nachdem das Ausgleichsgesetz bei der Regelung der Armeefrage von einer „ungarischen Armee“ spricht, es gesetzliche Pflicht des Königs gewesen wäre, die ungarische Armee auf ungarischer Basis, als einen ergänzenden Teil der gesamten Wehrmacht, zu organisieren.

Was mich betrifft, so hielt ich diese Theorie für ebenso irrtümlich wie jene des Königs.

Ich habe gegen sie ebenso gekämpft wie gegen diejenige des Königs. Allein, diese Theorie fand dennoch starke Verbreitung und verschärfte sehr den Gegensatz, weil sie geeignet war, auf den König den Schein zu werfen, als würde er das Gesetz verletzen. Die Kämpfe der

ungarischen Nation hatten seit Jahrhunderten das Ziel, die Verfassung gegen die Angriffe des Königs zu verteidigen, darum wurde der Kampf dadurch noch verschärft, daß der Streit um die Armee abermals die alte gewöhnliche Form annehmen konnte und das Parlament die Reformen als einen Vollzug der Gesetze forderte.

Die parlamentarische Lage trug noch dazu bei, den Konflikt zuzuspitzen. Nach den vielen Krisen bedurfte das Land der Ruhe, um nach den politischen Kämpfen sich der wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit widmen zu können. Dieser Notwendigkeit entsprach das Regime des ersten Tisza. Dieses Regime hatte eine auffallende Ähnlichkeit mit dem Regime Walpole in England im 18. Jahrhundert, dessen historischer Beruf ein gleicher war wie der des Tizaschen Regimes. Koloman Tisza war der größte Taktiker des ungarischen Parlaments mit tiefer Menschenkenntnis und vielem Takte. Er verstand es meisterhaft, die Schwächen der Menschen auszunützen; er vermochte eine mächtige, wohl disziplinierte Partei zu organisieren, war ein geschickter Debatter, der seine Zuhörerschaft nicht mit tiefen wissenschaftlichen Ausführungen ermüdete, aber in jeder Situation jenes Argument oder jenen rednerischen Kniff zu finden wußte, welcher nötig war, um seine Partei zu begeistern und in ihr das Gefühl zu erwecken, daß der Redner in seinem Rechte sei. Sein Ehrgeiz zielte nicht auf große Schöpfungen, er war bemüht, heftige Kämpfe zu vermeiden, wollte sich eine ruhige und lange Regierung sichern, ganz ähnlich dem genannten

englischen Staatsmann. Er verstand es vortrefflich, die Wahlen zu leiten.

Doch Tizas Regierung dauerte allzu lang, gradeso wie diejenige Walpoles. Er suchte keine begabten Mitarbeiter, ebenso wie der englische Staatsmann. Sämtliche Talente vereinigten sich zum Kampfe gegen ihn, wie gegen Walpole. Auch seiner staatsmännischen Persönlichkeit fehlte der glänzende Zug, sein Regime wirkte nicht auf die Phantasie. Er vermochte den Idealismus nicht zu befriedigen, arbeitete in erster Linie mit dem Opportunismus.

Der Parlamentarismus ist auf die Wechselwirtschaft begründet; wenn diese nicht funktionieren kann, wird das öffentliche Leben vergiftet. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Partei, welche die Macht monopolisiert, das Gefühl der Verantwortung der Nation gegenüber verliert und sich leicht überlebt. Jede Partei aber, welche allzu lange in der Opposition bleibt, wird verbittert. Sie fühlt sich in ihrer patriotischen Überzeugung und in ihrem individuellen Egoismus gleichmäßig verletzt. Die Verbitterung ist besonders dann groß, wenn die Minorität glaubt, daß ihrem Sieg die Regierungsgewalt und die Korruption hinderlich sind. Unter solchen Umständen ist die Opposition bereit, jedes Mittel zu ergreifen, sie gerät in eine Gemütsstimmung, welche fast dem Bürgerkriege gleichkommt. Dies geschah in den letzten Jahren des Regime Walpole, so wie in den letzten Jahren der Regierung Tizas.

Dieser erbitterte Kampf um die Macht fand das brauchbarste Agitationsmittel in der Armeefrage, die schon an

sich die Leidenschaften zu erregen vermag und sich deshalb dazu eignet, von der Leidenschaft ausgenützt zu werden.

Die Wehrgesetzdebatte vom Jahre 1889 bildete den Wendepunkt in der parlamentarischen Geschichte Ungarns. In die neuen Wehrvorlagen hatte sich der sonstigen Vorsicht und Geschicklichkeit Tiszas entgegen eine unpopuläre und fehlerhafte Abweichung von den früheren Wehrgesetzen eingeschlichen, die geeignet war, den parlamentarischen Kampf auf das äußerste zu verschärfen. Seither verschwand diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung. Das Parlament konnte nicht mehr seine Ruhe finden und gesunden. Die Opposition gewann eine Unterstützung in der allgemeinen Stimmung, stieß aber auf ein Hindernis bei dem König, der in den militärischen Forderungen eine Gefahr und einen Wortbruch erblickte. Die Harmonie zwischen König und Nation erleidet eine schwere Erschütterung, und der König gerät in den Vordergrund des politischen Kampfes.

Das Regime Tisza konnte die Wunden, die es im Verlaufe der Wehrgesetzdebatte erlitten, nicht mehr überwinden, aber sein Sturz bedeutete nicht die notwendige parlamentarische Wechselwirtschaft, den Sturz der alten Partei, sondern nur, daß sie in der Person des jeweiligen Ministerpräsidenten einen neuen Führer erhält, ein Vorgang, der nur dazu geeignet war, ein neues Krankheitselement in das öffentliche Leben zu verpflanzen. Die unveränderte Majorität bekundet den wechselnden Führern gegenüber

den gleichen Gehorsam, die gleiche Treue, nützt sich dadurch ab und verliert ihr Ansehen. Es ist eine natürliche Vorbedingung des gut funktionierenden Parlamentarismus, daß der Führer von dem Vertrauen der Partei designiert werde. Bei uns ist das bis Stefan Tisza nicht vorgekommen. Die Regierungspartei wird von Szapáry, Bánffy, Széll, Khuen-Héderváry, Wekerle geführt, und zwar nur auf Grund der Ernennung des Königs. Jede Krise, jede neue Kabinettbildung bedeutet eine neue Demütigung, eine neue schwierige Lage. Ein Politiker, der gestern noch der führende General war, wird heute zu einem gemeinen Kombattanten in seiner eigenen alten Truppe. Ein Politiker, der ihm noch gestern untergeordnet war oder ihn gar angriff, ist über Nacht sein Führer geworden. Von einem Tag zum andern begeistern sich die Anhänger der Majorität für einen andern Politiker, erblicken in einem andern den providenziellen Staatsmann. Dies gilt von den Parlamentariern ebenso wie von ihrer Presse.

Der eigentliche historische Charakterzug Ungarns ist die Dezentralisation. Seit 1867 aber wurde allmählich alles zentralisiert. Das wirtschaftliche Leben, die Verwaltung, der Eisenbahnverkehr: alles führt nach Budapest und geht von Budapest aus. Die ganze politische Macht ruht in den Händen der Regierung. Das Parteiinteresse, das Bestreben, den nationalen Einheitsstaat zu verteidigen, läßt eine wirkliche Autonomie nicht aufkommen. Von Tag zu Tag werden mehr Personen in ihrer Existenz von der Regierung abhängig. Die Volkswirtschaft gerät

in die Machtsphäre der Banken, und diese Banken mit ihren Stellen und ihrem Einfluß stehen im Dienste der Majoritätspartei. Vergebens erlangte die Opposition bedeutende Popularität, sie ist nicht stark genug, um die Macht zu erwerben. Es gelingt ihr zwar nach heftigen Szenen, die Regierungen zu stürzen, doch gelingt es ihr nicht, sich an ihre Stelle zu setzen; sie ist zwar stark genug, um einzelne Minister zu Fall zu bringen, doch hat sie nicht die Macht, um das Parteimonopol zu brechen. Der Sieg der Opposition wäre eine Niederlage des Königs. In dieser Lage kann sich bei der parlamentarischen Minorität das Gefühl der Verantwortlichkeit nicht entwickeln. Sie macht eine rein oppositionelle Politik, nicht aber eine solche, die daran denkt, eventuell morgen dasjenige verwirklichen zu müssen, was sie heute fordert.

Auf eine Schilderung der Etappen des Kampfes will ich mich nicht einlassen. Auf der einen Seite kämpft man mit der Regierungsgewalt, zuweilen mit den rohesten Mitteln, mit Benutzung der königlichen Autorität, zuweilen mit großer parlamentarischer Geschicklichkeit, zuweilen mit Nachgiebigkeit, mit Paktieren und mit Phrasen; auf der anderen — der oppositionellen — Seite mit heftigen Debatten, mit der Obstruktion, sogar mit der technischen Obstruktion, mit der Enthüllung von Panama-Affären usw., bis schließlich Stefan Tisza, der hervorragendste Führer der Regierungspartei, um die Obstruktion lahmzulegen, zu einem Anschlag seine Zuflucht nimmt, worauf er genötigt ist, das Abgeordnetenhaus aufzulösen.

Die sodann ausgeschriebenen Wahlen bringen, zum erstenmal seit 1867, der Opposition die Mehrheit.

Diese ganze Epoche war von der militärischen Frage beherrscht, selbst dann noch, als ganz andere Fragen in den Vordergrund traten, wie zum Beispiel die Kirchenpolitik. Die Regierung hat diese Fragen teilweise in der Absicht aufs Tapet gebracht, um auf diese Weise die militärische Frage von der Tagesordnung zu verdrängen, und der König ging infolge der Haltung der Opposition in der Wehrgesetzfrage aus Angst vor derselben durch dick und dünn mit der Regierungspartei, obgleich er in der konkreten Frage, nämlich in der Frage der Ehengesetze, völlig den Standpunkt der Opposition teilte.

Der König gab den Forderungen der bei den tiszaischen Wahlen sich bildenden neuen Mehrheit nicht nach; er war wohl bereit, ihr die Macht zu übergeben, aber nicht auf Grund ihres Programms, sondern auf Grund seines eigenen. Der Konflikt auf militärischem Gebiete wurde zu einem verfassungsrechtlichen Konflikt. Die Majorität wollte die sich in der Minorität befindende Regierung des Generals Baron Fejérváry durch parlamentarische Machtmittel zu Fall bringen, die Minorität aber suchte mit Hilfe der Regierungsgewalt die Majorität zu unterdrücken. Schließlich wurde das Parlament, welches nur der Gewalt weichen wollte, durch Militär auseinandergesagt. Die Regierung der Minorität vermochte die Krone nicht zu decken. Der König wurde der Eidesverletzung beschuldigt. Das Vertrauen zum König und das frühere gute Verhältnis

zwischen Nation und Herrscher, die Hoffnung auf die Zukunft, wurde auch dadurch erschüttert, daß über den neuen Thronerben Franz Ferdinand allgemein der Glaube verbreitet war, daß er die Ungarn nicht liebe, ihre Bestrebungen bekämpfen wolle, für die Idee der Gesamtmonarchie arbeite und sich nicht zum König krönen lassen werde. Die traurige Gegenwart wurde noch durch die trüben Aussichten auf die Zukunft vergiftet. Diejenigen, die im Vertrauen auf die guten Absichten und die Klugheit Franz Josephs sich selbst tant bien que mal mit den Übergriffen der königlichen Gewalt zufriedengegeben hätten, konnten dies nicht tun, wenn sie bedachten, daß die königliche Gewalt wahrscheinlich binnen nicht langer Zeit in die Hände des Esteischen Prinzen übergehen werde.

Es war ein verhängnisvoller Fehler, daß die Entwirrung aus den Komplikationen des Fejérváry'schen Regimes, entgegen allen meinen Bemühungen, nicht auf der Lösung der militärischen Frage begründet war, sondern durch provisorische Ausschaltung derselben erfolgte. Die Opposition gelangte zwar zur Macht, allein der Gegensatz in der militärischen Frage bestand weiterhin und trieb einen Keil zwischen den König und seine neue Regierung. Die Armee wurde im Innern geschwächt, zu einer Zeit, wo man ihrer eventuell binnen kurzem bedurfte. Die Nation war unzufrieden, erblickte eine Demütigung darin, daß die Majorität ihr Programm nicht durchsetzen könne, sobald es eine nationale Färbung habe. Das ungarische Volk betrachtet seine Verfassung als wertlos. Der König hat

kein Vertrauen zu seiner Regierung und diese wieder hat das Gefühl, sich nicht auf den König stützen zu können. Immer seltener kommt der König nach seiner ungarischen Hauptstadt. Die alten Vertrauten aus seiner Umgebung verschwinden einer nach dem andern. Die persönlichen Bande, die den König an die ungarische Gesellschaft knüpfen, lösen sich. Immer mehr bröckelt sich von der Schöpfung ab, welche, als sie ins Leben gerufen ward, zu so schönen und großen Hoffnungen berechtigte.

Während dieser langen Krise hatte ich häufig Gelegenheit, vor dem greisen König zu erscheinen. Als einer der Führer der Opposition vermittelte ich zwischen dem König und der Opposition. Anfangs als die Militärfrage in den Vordergrund zu treten begann, exponierte ich mich stark für den Standpunkt, daß man die Sprachenfrage in der Armee nicht als eine parteipolitische Frage forcieren, sondern daß die Regierung aus eigener Initiative dahin wirken solle, daß der Geist der Armee eine Umgestaltung erfahre, daß die Mehrzahl der Offiziere aus Ungarn bestehe und daß dem ungarischen Patriotismus in der Armee jener Platz eingeräumt werde, der ihm dort gebührt. Wäre dies geschehen, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, jenen verheerenden Kampf zu vermeiden, welcher später ausbrach. Allein es geschah nichts.

Als ich sah, daß das natürliche Verlangen nach einer nationalen Armee sich zu einem politischen Willen verdichtete und nicht mehr abgerüstet werden könne, bestrebte ich mich mit meiner ganzen Kraft, diesen Willen

vor dem König zu vertreten und den Herrscher zu bewegen, diesen Willen zu erfüllen. Es fiel mir schwer, mich zum König in einen Gegensatz zu bringen. Die Krone des Heiligen Stefan gebietet Verehrung; sie repräsentiert alles, wofür der Ungar lebt; Verehrung gebietet das Stück Weltgeschichte, welches sich an die Person dieses Herrschers knüpft, auch sein hohes Alter, seine vielen Leiden, seine hervorragenden Eigenschaften. Leider war ich sehr oft genötigt, ihm gegenüber einen unangenehmen Standpunkt zu vertreten, aber niemals ließ er mich seine Unzufriedenheit fühlen, er duldete jeden Einwand. Ich hatte die Empfindung, daß er es mir nicht verübelte, weil er erkannte, daß ich von einer lauterer Absicht geleitet war. In der Politik war ich ihm entfremdet, persönlich nicht. Franz Joseph war in allen Stücken ein Grandseigneur; seine Art war eine einfache, unmittelbare, natürliche. Man fühlte sich ihm gegenüber heimisch, konnte aber keinen Augenblick vergessen, wem man gegenüberstehe. Er verstand es, gut zu beobachten, war niemals zerstreut. Interessant war seine Art, zu debattieren, er argumentierte geschickt, liebte den Humor, den kleinen Tratsch. Sein Äußeres war sympathisch, sein Blick hatte vielen Charme. Er sagte niemals mehr, als was er sagen wollte, er war absolut diskret. Wiederholte niemals, was er von anderen gehört hatte. Er war wie ein Beichtvater. Jedermann wußte, daß, was er dem König sagte, bei ihm so gut wie begraben sei. Niemand hatte jemals ein Ungemach zu erleiden dafür, was er dem König geraten. In den

Kronratssitzungen verstand er es vortrefflich zu präsidieren und die Beschlüsse zusammenzufassen. Er war in den verschiedensten Zweigen des staatlichen Lebens heimisch, verfügte über riesige Erfahrung und gute Menschenkenntnis. Er war ein Bürokrat ersten Ranges, eine unermüdliche Arbeitskraft, war pünktlich wie eine Uhr. Er lebte ausschließlich seinen Pflichten, war bereit, diesen alles zu opfern, selbst seine Ansichten, seine Freiheit, seine Bequemlichkeit. Er war einer der objektivsten Männer, die ich jemals kannte, ließ sich nie von seinen Gefühlen leiten; seinem Wesen fehlte die Impulsivität. In seinen Händen war jedermann nur ein Werkzeug. Von Schwung und Genialität hatte er wenig. Er war stärker in der Kenntnis der Details als im Überblick, beschäftigte sich viel zu sehr mit den Einzelheiten sämtlicher Ressorts, als daß er Zeit gefunden hätte, die großen Entschlüsse zu erwägen. Er war ein guter Stilist mit klarem, gesundem Geschmack, doch fehlte ihm jeder künstlerische Zug. Für das Neue, Ungewöhnliche, Moderne hatte er gar kein Verständnis.

Ein warmes Herz besaß er schwerlich. Seine Gefühle wußte er jedenfalls sehr zu beherrschen. Kurz nach dem entsetzlichen Tode des Kronprinzen Rudolf war mein Vater in einer politischen Angelegenheit, in der Frage der Wehrgesetzvorlage, wo er zur Nachgiebigkeit riet, zu dem Monarchen beschieden. Von den beiden Männern war der König der ruhigere, wenigstens scheinbar der kühlere. Er begann zuerst die amtliche Angelegenheit zu besprechen.

Wäre ihm von der Natur ein empfindsameres Herz zuteil geworden, so hätte er das viele Unglück, das ihn im Laufe seiner langen Regierung heimsuchte, unmöglich so lang und so heroisch ertragen können. Er war gerecht, konnte auch großmütig sein, aber niemals wirklich warm. Seine Minister behandelte er gut, solange sie im Amte waren, schenkte ihnen auch Gehör; doch sowie ein Minister gefallen war, verlor er jeden Einfluß auf ihn, und der König war auf seine Meinung nicht mehr neugierig.

In die Zeit der Regierung meines Vaters fallen die größten Erfolge Franz Josephs: damals gewann er das Herz der ungarischen Nation und wurde volkstümlich; in dieser Zeit erwarb er Bosnien und die Herzegowina und hatte eine führende Rolle in der internationalen Politik; doch seitdem mein Vater vom Amte geschieden war, hörte er auch auf ihn nicht mehr. Es fiel dem König schwer, sich von meinem Vater zu trennen, doch nachträglich hatte mein Vater den Eindruck, daß er sich freute, den Staatsmann losgeworden zu sein, der allzu unabhängige, starke Überzeugungen hatte und dessen Überlegenheit er fühlte.

Mit mechanischer und höflicher Einfachheit trennte er sich von seinen alten Ratgebern und gewöhnte sich an die neuen, wenn sein Interesse oder seine Pflicht es so erheischte. Initiative hatte er nicht. Er war von Kindesbeinen auf gewöhnt, unter den von anderen ausgearbeiteten Plänen zu wählen. Er hielt große Stücke auf die Energie, doch habe ich ihn nicht wahrhaft energisch gefunden. Sein Naturell war konservativ veranlagt. Vor

gewagten Entschlüssen hatte er immer eine Angst und war durch und durch friedlicher Natur; haben doch alle seine Kriege unglücklich geendet, so daß ihm wenig Optimismus geblieben war. Ruhmsucht plagte ihn nicht, und er hatte den Wunsch, sein Leben ohne neues Risiko zu beschließen.

Er hatte nicht das Verlangen, große Schöpfungen zu vollbringen. Sein höchster Ehrgeiz war, seine Pflichten zu erfüllen. Das Verdikt der Weltgeschichte akzeptierte er endgültig, selbst dann, wenn es gegen ihn lautete. Er sehnte sich nicht nach einer Revanche in Italien, wollte auch seine Stellung in Deutschland nicht wiedererlangen; strebte nicht nach dem verlorenen Absolutismus, verteidigte aber zähe das Bestehende und wollte nichts mehr davon abgeben. Darum verharrte er in dem langen Kampfe mit Ungarn, welcher seine Volkstümlichkeit vernichtete, weil er der Meinung war, daß die Ungarn seinen Rechtskreis schmälern wollten. Darum nahm er auch noch im vorgerücktesten Lebensalter die riesige Verantwortlichkeit für den Krieg auf sich, weil er davon überzeugt war, daß man ihm rauben wolle, was ihm gehört. In der Zeit, als es mir gegönnt war, ihn näher kennenzulernen, konnte ich zwei starke Überzeugungen bei ihm wahrnehmen. Die eine war die Anhänglichkeit an das deutsche Bündnis, welches zwar seinem Herzen niemals nahestand, welches aber seine Vernunft für notwendig erkannt hatte. Die zweite Überzeugung war seine Anhänglichkeit an den Dualismus, an den Dualismus wie er ihn auslegte, nämlich

so, daß die Armee vollständig in seinem Rechtskreise verbleibe.

Mich, den Erinnerungen aus der Kinderzeit und die Pietät für meinen Vater an den greisen König banden, berührte es oft schmerzlich, daß ich mich mit ihm im Widerspruch befinden mußte, allein die Verehrung und Anhänglichkeit, die ich für ihn fühlte, machten es mir zur Pflicht, mich seinen Lieblingsideen nicht anzupassen, seinen und den Stimmungen der Nation nicht nachzulaufen, sondern nur das zu raten, was ihnen frommt.

Ich habe oft gehört, daß ich durch diese meine Politik in der Armeefrage mit der Tradition meines Vaters in Gegensatz geraten bin. Vor dem ausländischen Publikum will ich diese Frage nicht in ihren Einzelheiten erörtern, sondern nur darauf hinweisen, daß von allen Lehren, die ich als Vermächtnis von meinem Vater empfang, mir diejenige am heiligsten ist, die mir sagt, daß ich niemals etwas anderes tun solle, als was meine Überzeugung mir gebietet. Für alle meine Irrtümer könnte ich mich ihm gegenüber verantworten, nur in dem einen Fall könnte ich es nicht, daß ich meine Überzeugung in feiger Weise preisgegeben hätte. Meine Überzeugung aber gebot mir, eine Änderung des Regierungssystems zu wünschen.

Zu einer Zeit, da die ganze Welt in Waffen starrte und unsere Lage als besonders gefährdet erschien, konnte man es unmöglich ruhig hinnehmen, daß jede Stärkung der Armee zu schweren Erschütterungen führe. Man

mußte in solcher Zeit die Armee volkstümlich machen, mußte sie und den König dem Herzen des Volkes näher bringen.

Auch erblickte ich eine schwere Gefahr darin, daß seit Koloman Tisza noch immer eine und dieselbe Partei am Ruder war, daß ein großer Teil der Nation in dem König einen Feind zu erblicken begann. Wenn das bisherige Parteimonopol auch weiterhin fortbestehen sollte, mußte man mit einer revolutionären Stimmung rechnen.

Ich wollte die Regierungsgewalt einschränken, die Freiheit der Wahlen sichern, die Verwaltung dezentralisieren. Schon im Hinblick auf die Unsicherheit der Zukunft.

Diese meine Auffassungen brachten mich in Gegensatz zu Stefan Tisza, der die auch von ihm erkannte Gefahr durch ein noch strammeres Regime, durch eine ausgesprochene Parteiherrschaft bekämpfen zu können glaubte. In der Militärfrage stellte er sich vollkommen auf den Standpunkt des Königs; nicht etwa, als ob er die Ansichten des Herrschers geteilt hätte, sondern weil er der Meinung war, daß der König in seinem vollen Rechte handele, wenn er seine Hoheitsrechte in den Fragen der Armee nach seiner Einsicht ausübte, und weil ihm die Harmonie zwischen dem König und der Nation wichtiger schien als die Reformen in der Militärfrage. Durch Einführung der staatlichen Verwaltung, durch eine kräftige Parteidisziplin, durch eine strenge Geschäftsordnung im Parlament glaubte er mit der Opposition, die nach seiner Meinung eine faktiöse war, fertig werden zu können.

Als junge Leute waren wir Freunde, unsere politische Laufbahn begann in demselben Lager. Ich war derjenige, der die bis dahin gemeinsame politische Richtung verließ, er war der konsequentere; doch bin ich auch heute noch der Überzeugung, daß der Sieg meiner Richtung allein fähig gewesen wäre, dem König die frühere Volkstümlichkeit wieder zu erwerben, die Harmonie zwischen dem König und der Nation zu sichern, die Armee zu kräftigen, die politische Wechselwirtschaft einzuführen und dem ganzen Regime eine solche Festigkeit zu verleihen, daß es stark genug gewesen wäre, den zu gewärtigenden Stürmen zu trotzen.

Die alte Freundschaft schlug in eine heftige Feindseligkeit um, trotzdem schätzte ich die Persönlichkeit Tizas selbst inmitten der schwersten politischen Kämpfe. Wenn ich häufig scharf gegen ihn auftrat und einen unerbittlichen Kampf gegen ihn führte, so änderte das nichts an der Tatsache, daß ich ihn für einen tapferen Mann von suggestiver Kraft, für einen kernigen Ungar, Patrioten und einen erstrangigen parlamentarischen Führer, für eine mächtige agitatorische Kraft hielt. Ich denke mit vieler Befriedigung daran, und es tut mir wohl, daß wir uns noch vor seinem Tode aussöhnten und verständigten.

Sein System, sein Grundgedanke war vom Anfang bis zum Ende derjenige seines Vaters, seine Individualität jedoch wich in vielen Stücken von derjenigen des Vaters ab. Sein Vater vermied die Schwierigkeiten, er suchte sie. Sein Vater war behutsam, er war kühn und waghalsig. Bei dem Vater war Leidenschaft oder Zorn niemals

wahrzunehmen, er war niemals verletzend, niemals sagte er etwas anderes, als was er sagen wollte; der Sohn ließ sich unzählige Male von der Hitze des Kampfes fortreißen und wurde selbst dann beleidigend, wenn dies nicht seine Absicht war. Tisza der Ältere war ein parlamentarischer Taktiker, der Jüngere ein politischer Athlet. Die Individualität des Vaters erleichterte die Funktion seines Systems, die Persönlichkeit des Sohnes erschwerte sie. Beide wollten ihre Partei und ihr Kabinett unbedingt beherrschen, vertrugen keine Einwendung und konnten selbständige Persönlichkeiten schwer neben sich dulden. Beide wollten die Partei, die sie vollständig beherrschten, nach englischem Muster allmächtig im Staate machen, doch ohne die englische Dezentralisation, ohne die englische öffentliche Meinung, ohne das englische Gericht, ohne die Freiheit und ohne die staatliche Unabhängigkeit der Engländer. Die individuellen Eigenschaften Koloman Tizas verhüllten seinen Despotismus und machten ihn erträglicher. Das Wesen Stefan Tizas jedoch erschwerte das Ertragen dieses Systems. Dazu kam noch, daß Koloman Tisza in der Zeit seiner oppositionellen Führerschaft volkstümlich war und mit diesem Kapital an die Spitze der Regierung trat; Stefan Tisza hingegen begann seine politische Laufbahn zu einer Zeit, da das Gestirn seines Vaters erblich, was schwer auf ihm lastete. Er ward niemals oppositionell und teilte vom ersten Augenblick seines Auftretens die Unpopularität der Regierungspartei. Den Gedanken des Parteimonopols personifizierte er von Jugend auf.

Die erste Wekerle-Regierung, die aus der durch die Tiszaischen Wahlen zur Majorität gelangten Opposition gebildet worden war, kam in der Bankfrage zu Fall. Da das Privilegium der gemeinsamen Notenbank ablief, wollte ein bedeutender Teil der Koalitionsregierung die selbständige ungarische Bank verwirklichen, während der König auf den Rat der hervorragendsten ungarischen Fachmänner diesen Plan zurückwies. So geriet der König wieder in Gegensatz zur Majorität des Parlaments. Die alte liberale Partei erwachte unter dem Namen „Partei der nationalen Arbeit“ zu neuem Leben, doch mit den alten Führern, mit dem alten Geiste.

So kam es, daß der Kampf zwischen der Partei der nationalen Arbeit und der Opposition anläßlich der Wehr-gesetzvorlage von neuem ausbrechen mußte. Stefan Tisza, als Präsident des Abgeordnetenhauses, jagte der Obstruk-tion gegenüber durch Verletzung der Geschäftsordnung die Gesetzentwürfe durch. Die Polizei drang in das Abgeord-netenhaus ein, die Opposition wurde durch Bracchialgewalt aus dem Sitzungssaale entfernt, es spielten sich un-beschreibliche Szenen ab, ein Abgeordneter erhielt im Hause selbst einen Säbelhieb, ein anderer feuerte im Sitzungssaale einige Schüsse gegen Stefan Tisza ab, der im Präsidentenstuhle saß. Das Parlament konnte nur unter militärischer Bewachung beraten.

Die Schwierigkeiten der Lage wurden durch die Frage des Wahlgesetzes noch erhöht. Seit dem Jahre 1848 war auf diesem Gebiete eine organische Reform nicht erfolgt.

Das Wahlrecht war so beschränkt, daß das ungarische Parlament das einzige Parlament in Europa war, aus welchem die Sozialisten ausgeschlossen waren. Zu einer Zeit, da eine mäßige Reform genügt hätte, geschah gar nichts. Die Frage des Wahlrechtes war zwar vermöge ihrer inneren Wichtigkeit wiederholt aufgetaucht, doch kam ein neues Wahlgesetz nicht zustande. Der König selbst brachte diese Frage zur Zeit Fejérvárys als ein Kampfmittel gegen die auf nationaler Basis stehende Majorität mit Verwendung aller seiner Macht auf die Tagesordnung. Auf solche Weise spielte er die sozialistische Idee gegen den unbequem gewordenen Nationalismus aus. Die Minoritätsregierung Fejérvárys, welche den königlichen Willen repräsentierte, warf die Devise des allgemeinen, gleichen und geheim auszuübenden Wahlrechtes in den Kampf. Der momentane Erfolg stellte sich auch ein: es erreichte der nationalen Sache zum Schaden, daß sie von unten angegriffen wurde, während sie nach oben kämpfte, und daß sie zu der Zeit, als sie sich den Bajonetten gegenüber befand, die Straße nicht mehr beherrschen konnte.

Durch diese Taktik konnte jedoch der Thron die Arbeiterschaft, die in der Hofdemokratie nur eine Zwangsdemokratie sah, nicht für sich gewinnen und verletzte das ungarische nationale Gefühl, welches es schmerzlich empfand, daß der König von Ungarn lieber eine Einigung mit der Internationale als mit der ungarischen nationalen Richtung suchte.

Unglücklicherweise wurde das Wahlrechtsproblem trotz der königlichen Initiative nicht gelöst. Auf Grund einer Einigung mit dem König mußte die Oppositionsregierung das allgemeine Wahlrecht einführen, welches ich als Mitglied des Koalitionsministeriums Wekerle in der Form des Pluralwahlrechtes verwirklichen wollte. Ich erblickte einen gefährlichen Sprung darin, daß wir von einem eng bemessenen Wahlrecht auf einmal zu dem allgemeinen, gleichen und geheim auszuübenden Wahlrechte übergehen sollten. Leider wurde die Einheit der Majorität durch die Bankfrage zerstört, noch bevor mein Entwurf zur Verhandlung kam. Vieles wäre anders gekommen, wenn bei Ausbruch des Krieges die Arbeiterklasse im Abgeordnetenhaus vertreten gewesen wäre, was infolge der Annahme meines Entwurfes bestimmt zu erwarten war. So war das ganze Resultat der bisherigen Aktion negativ, und die Wahlrechtsfrage gewann infolge der königlichen Verheißungen und der fruchtlosen Experimente größere Sprengkraft, als sie bisher hatte. Der Partei der nationalen Arbeit harrte nun die schwierige Aufgabe, die vergiftete Wahlrechtsfrage zu lösen. Formell hat sie diese Aufgabe auch erfüllt, indem das Wahlrecht schließlich dennoch Gesetz wurde, allein diese Lösung brachte die Beruhigung nicht. Das hätte nur dann erreicht werden können, wenn das neue Wahlrecht der industriellen Arbeiterschaft zu einer entsprechenden Vertretung im Parlament verholfen hätte; nachdem aber die Reform der Arbeitspartei diesen Zweck nicht erreicht hat, blieb auch künftighin das

Wahlrechtsproblem trotz der geschaffenen Reform eine brennende Frage.

So fand denn der Ausbruch des Krieges die Nation nach großen inneren Kämpfen an der Schwelle neuer innerer Kämpfe. Nationale und soziale Forderungen rüsteten zu einem neuen Angriff. Die Opposition hatte Tisza gegenüber die erste Schlacht verloren, doch waren die Feindlichkeiten nicht zu Ende.

Ein neuer erbitterter Kampf entwickelte sich über die Frage der Verstaatlichung der Verwaltung. Durch diese Reform wollte Stefan Tisza sein System endgültig befestigen. Die Opposition aber war damit vollkommen im klaren, daß Tisza sich dadurch das Parteimonopol für immer sichern würde und an der Schwelle einer gefährlichen Epoche alle Macht in den Händen der Regierung zentralisiert wäre. Heute ist es nicht mehr von Belang, wer recht hatte: Tisza oder die Opposition. Wichtig ist nur und leider auch sehr traurig, daß der Ausbruch des Krieges die Nation in einer Stimmung fand, die dem Bürgerkriege nahekam, daß Partei gegen Partei, Klasse gegen Klasse im Kampfe stand, daß zwischen den führenden Männern sogar die gesellschaftliche Berührung aufhörte, daß das Land seinen König lange Zeit entbehren mußte, daß ein großer Teil der Nation ihn nicht für einen unparteiischen Herrscher, sondern für einen Parteimann hielt. In oppositionellen Kreisen war der Spruch verbreitet, der König sei das erste Ehrenmitglied der Partei der nationalen Arbeit. Um so empfindlicher wurde für das

Autoritätsprinzip, daß dessen andere Quelle, das Parlament, sich abgenutzt hatte, weil bei den Wahlen schwere Mißbräuche gerichtlich festgestellt wurden und weil bei den Verhandlungen sich unmögliche Szenen abspielten.

Die traurigste Erbschaft aber dieser unglücklichen Epoche ist der Niedergang der Sitten, besonders die Entartung der politischen Sitten. Es leben mehr Leute von der Politik als für die Politik. Es gibt nur wenige starke Überzeugungen, wenige unabhängige Charaktere, aber desto mehr Opportunisten. Dieser Mangel an Selbständigkeit und an Unabhängigkeit des Charakters und der übermäßig große Opportunismus hat sich besonders in den Tagen der jetzigen großen Erschütterung bitter gerächt. Zu einer Zeit, wo die Nation eine beinahe übermenschliche Kraftanstrengung zu leisten hat, ist sie innerlich krank.

Um das Bild der bestehenden Schwierigkeiten zu vervollständigen, will ich noch darauf hinweisen, daß auch das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn, dann zwischen Ungarn und Kroatien schwere Erschütterungen erfuhr. Wir standen vor der Notwendigkeit, einen jener Ausgleich abzuschließen, die stets von Reibungen, Agitationen und Kämpfen begleitet sind. Die Forderung nach einer selbständigen Bank, welche zum Sturz der Regierung Wekerle führte, und die Tatsache, daß die Unabhängigkeitspartei, wenn auch nur für kurze Zeit, einmal die Mehrheit erlangen konnte, riefen in Österreich eine tiefgehende Nervosität hervor. Unser Verhältnis zu Kroatien hatte schon seit langer Zeit ein kritisches Gepräge.

Der Haß gegen die alte liberale Partei hatte die kroatische und die ungarische Opposition zusammengeführt. Als die ungarische Opposition siegte, siegte mit ihr zugleich die kroatische Opposition, und es unterlag jene einzige kroatische Partei, welche der Union mit Ungarn treugeblieben war. Unserem größten Feinde, der überwiegend serbisch fühlenden Opposition, verhalfen wir selbst zur Macht, dann aber gerieten wir notwendigerweise in einen Gegensatz zu ihr. Als die ungarische Koalition die Macht verlor, waren wir gerade im schweren Kampf mit der serbischen Koalition und waren bemüht, auf den Trümmern der Koalition mit Hilfe der katholischen Kroaten eine solche Partei zu schaffen, welche den Verband mit dem ungarischen Staate unterstützt.

Auch die neue Regierung der nationalen Arbeit setzte dieses Betreiben fort, jedoch nur so lange, bis — wahrscheinlich infolge Einflußnahme des Thronfolgers Franz Ferdinand — Stefan Tisza den Kurs änderte und die Macht abermals jener serbisch-kroatischen Koalition übertrug, die in der Tiefe ihrer Seele uns feindlich gesinnt und der Exponent der großserbischen Idee war. So traf der Ausbruch des Krieges in Kroatien eine mit unseren Feinden sympathisierende Regierung an und in Bosnien einen solchen Kurs, welcher mit unseren Zielen in der auswärtigen Politik in offenem Widerspruch stand.

Auch muß ich hier noch erwähnen, daß in Österreich die nationalen Gegensätze das Parlament vollständig lahmgelegt hatten und daß bei Ausbruch des Krieges das

bureaukratische, untalentierte Ministerium Stürgkh ohne Parlament und ohne Autorität die Geschäfte leitete.

Macht es unter derartigen Verhältnissen angesichts einer solchen inneren Lage wahrhaftig nicht den Eindruck eines schlechten Scherzes, wenn behauptet wird, daß wir ohne zwingende Ursache, aus eigenem Antrieb, mit der ungeheuren Macht der Entente abrechnen wollten, und daß der greise König, dem bisher noch jeder Krieg mißlungen war, der deutlich empfand, daß er zu allem eher geeignet sei, als seine Staaten durch den größten Krieg der Welt hindurch zu lenken, einer solchen Abenteuerpolitik zugestimmt hätte? Nie werde ich jene tragischen Eindrücke vergessen, die ich empfing, als ich während des Krieges zum alten Kaiser befohlen worden war. Gebeugt, gebrochen, willen- und kraftlos saß er auf seinem Stuhl. Im vollen Besitze seiner Urteilskraft fühlte er deutlich die ungeheure Verantwortung, und er wußte, daß er eine Aufgabe lösen sollte, die napoleonische Kraft beanspruchen würde, da ja jede Endesentscheidung auf ihm wuchtete, jede lebendige Macht in seine Hand niedergelegt war. Wer dieses Anblickes teilhaftig wurde, wer die innerpolitischen Schwierigkeiten kannte, wer sich der Gefahren des Weltkrieges bewußt war, der konnte keinen Augenblick lang glauben, daß die Monarchie in den Kampf eingegangen wäre, wenn sie ihn für vermeidlich gehalten hätte.

Trotz der eben skizzierten Lage war bei Kriegsbeginn die Begeisterung allgemein, und die Menschen beherrschte der gute Wille, allen inneren Hader beiseitezulassen und

alle Kraft im Interesse der Kriegführung zu einigen. Die Tragödie von Sarajevo hatte die Gefahr augenscheinlich gemacht, in der die Monarchie schwebte. Wir, die Führer der ungarischen Opposition, beschlossen auf der Stelle, unsere oppositionelle Tätigkeit einzustellen und die Regierung zu unterstützen. Nach meiner Auffassung hätte damals bei uns dasselbe Vorgehen befolgt werden sollen, welches anderswo überall befolgt wurde: es hätte eine neue Regierung aus der Koalition sämtlicher Parteien gebildet werden müssen — das geschah aber nicht. Tisza fand das seiner Leitung unterworfenen einheitlichen Regieren für wichtiger als den parlamentarischen Frieden und die Konzentration aller Kräfte.

Wäre der Krieg in der Weise abgelaufen wie die Feldzüge von 1866 oder von 1870, hätten wir in rascher Aufeinanderfolge Schlag auf Schlag siegreich gegen den Feind geführt, und wäre die günstige Entscheidung binnen weniger Monate eingetreten, dann hätte diese Lage beibehalten werden können. Der Krieg zog sich aber in die Länge. Alter Haß und altes Mißtrauen spornten zu neuen Kämpfen an. Abgeordnete, die aus der Provinz kamen, brachten zu Beginn jeder Session die Klage vor, in der Provinz sei die alte Parteiherrschaft aufrechterhalten geblieben, und die Macht, welche die Ausnahmeverfügungen der Regierungsgewalt übertragen haben, werde durch die Regierungsorgane zu Parteizwecken benutzt. Ob dies nun der Wahrheit entsprach oder übertrieben war, will ich anheimgestellt sein lassen, das eine aber ist Tatsache, daß

diese Auffassung, diese Annahme in breiten Schichten lebte und die allgemeine Stimmung vergiftete. Die Führer vermochten die Treuga Dei nur mit großer Kraftanstrengung aufrechtzuerhalten. Als wir aber selber mit der Kriegspolitik der Regierung unzufrieden wurden, da wir der Ansicht waren, die Regierung habe durch ihr Vorgehen die Lage in der italienischen Frage verschlimmert, als wir wegen der polnischen Politik Tizzas Bedenken hegten, als jene, die sich mit der Verpflegungspolitik befaßten, diese verurteilten — dann konnten auch wir nicht mehr lange passiv bleiben. So unrecht es gewesen wäre, den Kampf — basiert auf die alten Gegensätze — neu anzufachen, so unrecht wäre die passive Unterstützung, sobald in der Kriegspolitik Gegensätze auftauchen.

Als natürliche Folge des langen Krieges drängte sich unter den innerpolitischen Fragen mit elementarer Gewalt das Wahlrecht in den Vordergrund. Viele hielten die Wahlrechtsreform für wichtiger als alles andere, viele waren der Ansicht, der Krieg verleihe den Forderungen der Massen unwiderstehliche Kraft und innere Gerechtigkeit, viele erhofften den sozialen Frieden, der eben während des Krieges so wichtig ist, bloß von einer raschen Reform; aber alle drängten auf Ausdehnung des Wahlrechtes.

Mir war es von Anfang an klar, daß die Reform unvermeidlich sei und eine Ausdehnung, die bloß die Ansprüche der gewerblichen Arbeiterschaft befriedige, nunmehr unzulänglich sei, daß auch jene großen Massen miteinbezogen werden müßten, die am Kriegsschauplatze

bluteten, und auch die daheim für die Nation arbeiteten. Als in England, Preußen, Rumänien und Italien die Wahlrechtsreform durchgeführt oder versprochen wurde, als wir auf die Unterstützung der Millionen angewiesen waren, ging es nicht mehr an, der oft versprochenen Reform auszuweichen.

Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt der schroffen Abweisung. Und doch wäre es die einzig richtige und die einzig konservative Politik gewesen, dem Zwange zuvorzukommen und, als die Regierung noch stark war, die Frage aus eigener Initiative zu lösen.

Parallel mit der Frage des Wahlrechtes trat auch die Frage der Besitzreform hervor. Auch in anderen Ländern trägt man sich mit der Idee, den Soldaten oder wenigstens den Invaliden Grundbesitz zukommen zu lassen. Bei uns verknüpft sich dieser natürliche Wunsch mit dem Gedanken einer radikalen Änderung unserer Besitzverhältnisse. „Grund und Boden dem Volke!“, das wurde das Lieblings Schlagwort, mit dessen Hilfe am besten gehetzt und gezündet werden konnte. Károlyi und seine Leute griffen das Schlagwort auf und verschafften sich dadurch auf dem flachen Lande Volkstümlichkeit. Es war aber leichter, ein solches Schlagwort hinauszuschleudern, als zu verwirklichen, besonders in solchen Zeiten.

Es kann nicht abgeleugnet werden, daß die ungarischen Bodenverhältnisse nicht gesund waren. Nirgend ist das Verhältnis zwischen den Besitzern und den Arbeitenden in den Kreisen jener, denen der Boden zu leben gab,

ungünstiger als bei uns. Da mußte Abhilfe geschaffen werden. Die Sucht nach der Bodenaufteilung aber zu erhöhen gerade zu einer Zeit, da zwecks Versorgung der Nation und damit die Kriegslasten getragen werden konnten, die intensivste und ungestörteste landwirtschaftliche Arbeit not tat, das ging nicht an.

Dadurch, daß das Eigentumsrecht unsicher gemacht wurde, war die landwirtschaftliche Tätigkeit schädlich beeinflußt. Zu einer Zeit, wo die Notwendigkeit der Mehrproduktion zu einer brennenden Notwendigkeit wurde, war die Agitation besonders gefährlich, weil eine zu weit gehende Zersplitterung des Gutsbesitzes die Produktion schädigt. Es bedurfte nicht demagogischer Schlagworte, sondern einer in Kenntnis und gründlicher Erwägung aller Interessen ausgeführten Reform, was aber durch die zügellose Agitation nur erschwert wurde. Auch da wäre die Initiative von oben und das energische Handeln die wirkliche Voraussicht und die wirkliche konservative Politik gewesen.

Wie infolge eines lange währenden Fiebers die im Körper verborgenen Krankheitskeime sich entwickeln, so wucherte unter dem Eindrucke des langen Krieges jedes Übel am Körper der Nation. Die militärische Frage wurde durch die Erfahrungen auf den Kriegsschauplätzen verschlimmert. Der jahrzehntelang in krankhafter Übertriebenheit lodernde Parteihaß wurde zur Flamme entzündet, weil, als die Regierung mit Unterstützung der Opposition auf Grundlage der Ausnahmeverfügungen eine außergewöhnliche

Macht genoß, als die großen staatlichen Interessen das Zusammenwirken sämtlicher Parteien und aller sittlichen und geistigen Kräfte verlangten, das bei uns überwuchernde Machtmonopol unberührt blieb. Und die Leiden des Krieges fügten den alten Leiden neue bei, die alle, gleichviel, ob begründet oder nicht, zu Lasten der Regierung geschrieben wurden.

Ich will aber nicht die Einzelheiten der inneren Kämpfe eingehend schildern. Das Ziel der Opposition war in erster Reihe die Koalition, eine Vereinigung sämtlicher Kräfte im Dienste der Kriegsinteressen. Als dieser Versuch mißlang, war ich bemüht, die oppositionelle Aktion möglichst auf die Kontrolle unserer auswärtigen Politik abzulenken, was das Wichtigste war. Die Parteien aber waren nicht zu meistern. Der Kampf dehnte sich auf alles aus. Die Tätigkeit der übrigen Parteien spornte ganz besonders die Befürchtung an, die Károlyi-Partei könnte durch ihre beständige Agitation die Oberhand gewinnen.

Zur Zeit König Karls war auch ich schon für einen parlamentarischen Kampf auf der ganzen Linie, denn damals erhoffte ich mir ein Resultat davon. Ich sah es mit Bestimmtheit voraus, daß der neue König sich nach neuen Männern umsehen und eine neue Richtung zu inaugurierten trachten würde. Ich wußte auch, daß sein Interesse dies so erheischte, denn es wäre ein verhängnisvoller Fehler gewesen, die alten Gehässigkeiten durch Aufrechterhaltung des alten Regimes auf sich zu nehmen, was in gewissen Kreisen eine revolutionäre Stimmung

hätte schaffen können. Ich befürchtete, daß, wenn auch unter dem neuen Regime die Opposition vernachlässigt würde, ihrer eine so große Erbitterung Herr würde, daß es unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen zur Katastrophe führen könnte. Das allzu lange Parteimonopol hatte ohnehin schon den Nachteil, daß die ihren Überlieferungen und Interessen nach konservativen Elemente sich an eine revolutionäre Stimmung, an revolutionäre Allüren gewöhnten, daß in einzelnen führenden Gesellschaftsschichten sich eine gefährliche Menge Haß gegen die Dynastie und die Regierungen aufgehäuft hatte.

Ich gab dem König den Rat, die Konzentration zu fordern — die im Kriege natürlichste und richtigste Regierungsform. Statt dessen stellte er sich auf die Plattform des Wahlrechtes und entließ die Regierung Tisza, weil diese im Wahlrechte nicht weit genug gehen wollte. Wie ich schon gesagt habe, war die Wahlrechtsreform unzweifelhaft dringend. Die neue Regierung mußte die Wahlrechtsreform zu ihrem ersten Programmpunkte machen, die Initiative durch den König war aber in einer so heiklen Frage nicht angebracht. Tat er es aber dennoch, so mußte das königliche Versprechen auch rasch eingelöst werden.

Jedes weitere Schwanken war um so gefährlicher, da die Basis des neuen Entwurfes eine Vereinbarung mit den Sozialisten war. — Als nämlich der König sich in die Frage des Wahlrechtes festnagelte, suchte ich, damit dieses königliche Versprechen ohne allzu radikale Reformen und

ohne allzu große Erschütterung verwirklicht werden könne, mit der sozialdemokratischen Partei ein Abkommen zu treffen. Dies gelang auch und ward in der Folge zum Programm des Kabinetts Esterházy, später des Kabinetts Wekerle. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung verfaßte dann Vázsonyi, der auch beim Zustandekommen der Vereinbarung eine leitende Rolle spielte, als Justizminister die Vorlage.

Sobald es klar wurde, daß die bestehende parlamentarische Mehrheit die durch den König angenommene und auf Grund des Abkommens geschaffene Reform nicht durchlassen würde, hätte das Haus aufgelöst werden müssen. Und wenn Neuwahlen, aus welchem Grunde immer, unmöglich waren, hätte die Regierung jedenfalls ihre auf Grund der gemachten Versprechungen beruhende Vorlage aufrechterhalten müssen. Aber dies geschah nicht. Die Vorlage wurde dem Willen Tizsas angepaßt, was ohne wesentliche, das Abkommen verletzende Änderungen nicht möglich war.

Politische, parlamentarische Kämpfe, selbst die schärfsten, berührten bei uns in der Regel nur die führende Gesellschaft, die eigentliche politische Welt; das Wahlrecht der Soldaten aber wühlte nach den abgegebenen Erklärungen und Versprechungen auch die tieferen Schichten der Bevölkerung auf. In breiten Kreisen wurde das Vertrauen zu König und Regierung erschüttert. Es hieß, das Wahlrecht sei unter der Wirkung des Schreckgespenstes der russischen Revolution versprochen worden, und dieses

Versprechen habe man, sobald der Alpdruck geschwunden war, gebrochen. Unter diesem Eindruck machte sich eine so heftige Agitation gegen die Person des Königs geltend, daß ihre späteren Früchte unausbleiblich waren. Oft habe ich auch im Abgeordnetenhaus und in verschiedenen Artikeln auf diese Gefahr verwiesen, diese Mahnung wurde jedoch durch das Argument erledigt, daß ich durch diese Prophezeiung nur hetzen wolle. Als ob nicht die Krankheit, sondern ihre Erwähnung schaden würde. Seitdem die Wahlrechtsvorlage geändert wurde, konnten die zur Revolution hinneigenden Elemente durch die nichtrevolutionären Elemente nicht mehr gemäßigt werden. Jene Führer, die die Umwälzung wollten oder die zu allem zu haben waren, um ihren Einfluß behalten zu können, blieben ohne Gegengewicht.

Hätte der König in Ungarn gelebt, so wäre es ein leichtes gewesen, die royalistischen Gefühle wachzurufen und dem verheerenden Werk der Umstürzler entgegenzuarbeiten. Allen Ratschlägen zum Trotz aber kam der König nicht nach Budapest. Die Erinnerung an die glänzenden Krönungstage, das Verständnis des Königs für die Idee der ungarischen Armee — all dies vermochte den alten Glanz und die Volkstümlichkeit der Krone nicht aufrechtzuerhalten. In der Frage der ungarischen Armee ergriff der König selber die Initiative, was um so überraschender und erfreulicher war und eine um so größere Änderung bedeutete, als der ehemalige Thronfolger Franz Ferdinand mir im Jahre 1908 gesagt hatte, seinen Standpunkt

in der Heeresfrage müßten auch wir akzeptieren, denn diesen hätten drei herrschende Generationen sich zu eigen gemacht: Franz Joseph, er und Karl.

✚ Aber auch diese günstige Wendung vermochte keinen Umschlag der Stimmung herbeizuführen. Die auf die Armee bezügliche Versprechung befriedigte die breiten Schichten der öffentlichen Meinung nicht mehr, denn an Versprechungen wurde um so weniger geglaubt, als in der Frage des allgemeinen Wahlrechts die Versprechungen nicht eingehalten wurden und in der militärischen Frage sich keine tatsächliche Besserung zeigte. Und das Versprechen, das in Ungarn seine beruhigende Wirkung verloren hatte, war in Österreich und in gewissen Armeekreisen von übler Rückwirkung, verschärfte den Zwist zwischen Österreich und Ungarn, brachte in der Armee das Politisieren in Mode und schwächte bei uns die Hoffnung auf eine gute Lösung.

Die Katastrophe wurde durch diese Entwicklung der Dinge auch darum gefördert, weil in so entscheidenden Zeiten die Führung der Geschäfte eine Minderheitsregierung innehatte, die kein Ansehen genoß, die ihr Programm nicht durchzuführen vermochte und für dieses Programm nicht so ernst kämpfte, wie es von ihr erwartet wurde. Sie fristete ihr Dasein bloß aus Gnaden der ihr feindselig gesinnten Mehrheit.

Zur Zeit der Übernahme der Regierung durch die Opposition erhoffte ich den Vorzug, daß die alten Gehässigkeiten die Aktionsfähigkeit der Regierung nicht schwächen

würden, daß die Bürde der Verantwortung für die schicksalsschwere Zukunft durch die neuen frischen Elemente leichter zu tragen wäre als durch die alten, denen die Verantwortlichkeit des Krieges anhaftete, und ich rechnete auch darauf, daß jene Elemente, die unter dem Kriege am meisten gelitten und das wenigste zu verlieren hatten und daher die Ordnung am ehesten bedrohen konnten, der Regierung nähergerückt wären und daher eher befriedigt werden könnten. Ich wußte aber, daß es anfänglich eine schwache Seite des neuen Regimes sein würde, daß ihm die parlamentarische Mehrheit und die gouvernementale Erfahrung abgehen würden. Die unglückliche Entwicklung der Dinge hatte zur Folge, daß zur Unpopularität des alten Regimes sich die Unerfahrenheit und Disziplinlosigkeit der Opposition gesellte wie auch jene Ohnmacht, die jede Minoritätsregierung befällt und auf die Dauer aktionsunfähig macht.

Infolge all dieser Umstände vermögen in der letzten Kriegsphase die verfassungsmäßigen Faktoren die Nation nicht zu führen; sie haben kein Ansehen, sie genießen kein Vertrauen, es gibt keine Körperschaft, von der das Volk glauben würde, sie spreche und handle für das Volk und im Interesse des Volkes, die Massen leiden und glauben, sie spielen die Rolle des Stiefkindes, welches getäuscht wird und dessen Schicksal ohne sein Befragen entschieden wird.

Zu all dem gesellt sich noch, daß die Ernährungsfrage in den breiten Bevölkerungsschichten Österreichs gegen uns einen tiefen Haß zeitigt. Die Grenze ist gesperrt, das selbständige Zollgebiet ist in mancher Richtung de facto

ins Leben getreten, die Versorgung Österreichs hängt von den Verfügungen der ungarischen Regierung ab. Ich habe mich mit dieser Frage nicht eingehend befaßt, aber ich war stets dafür, Österreich mehr zu geben, obgleich sämtliche verantwortlichen Stellen und Fachautoritäten dies für unmöglich hielten. Da die durchschnittliche Lage in der Ernährungsfrage bei uns günstiger war als in Österreich, hatte die Agitation trotz unserer gewichtigen Argumente gegen uns ein leichtes Spiel. Für die vielen Fehler der österreichischen Regierung wurde der Sündenbock in uns gesucht. Wenn die österreichische Regierung in Böhmen und Mähren mit der Energie requiriert hätte, die sie von uns verlangte, hätte Österreich besser ernährt werden können. Dies wird aber gezeugnet, und Österreich wurde ungerechterweise glauben gemacht, es müsse bloß wegen der ungarischen Selbstsucht hungern.

Die nationalen Gegensätze, die in den ersten Zeiten des Krieges unter der Wirkung des gemeinsamen Patriotismus sich zu mildern schienen, verschärfen sich immer mehr, besonders in Österreich. Der Verrat tschechischer und ruthenischer Regimenter löste gegen diese einen glühenden Haß aus. Gar mancher Deutsche oder Ungar starb, geriet in Gefangenschaft oder wurde verwundet bloß darum, weil der Waffengenosse meineidig geworden und zum Feinde übergelaufen war. In Ungarn selbst wurde die Lage durch den Gegensatz in der Nationalitätenfrage nicht so sehr beherrscht wie in Österreich. Das Gros der rumänischen Intelligenz erwies sich zwar dort, wo der Feind

einbrach, treulos, ein erheblicher Teil der Serben und einzelne Ruthenen ebenfalls, aber der Konflikt der Nationalitäten hatte unsere Kraft noch nicht gelähmt. Das Gros der Nationalitäten schlug sich gut, erfüllte getreulich seine Staatsbürgerpflicht. Ernste revolutionäre Versuche gab es nirgend.

Unter solchen sich akut gestaltenden chronischen Leiden mußten wir den Kampf mit der Infektion der Revolution aufnehmen — ein Erzeugnis dieses langen Krieges, dessen einziges Gegengift, der Sieg, ausblieb.

Der Krieg, und besonders der lange Krieg, verwildert und erbittert, Verwilderung und Erbitterung sind aber die natürlichen Warmbeete der Revolution. Zur Verwilderung treiben die Verwüstungen und die Gewalttätigkeiten, die der Soldat täglich sieht und verursacht, die geringe Wertschätzung des Menschenlebens im Krieg und die Teilnahmslosigkeit für die Leiden anderer, welche leicht zur zweiten Natur des Soldaten wird. Vom Requirieren zum Rauben ist bloß ein Schritt. Das Eigentumsrecht wird nicht geachtet. Die Blockade schafft unerträgliche Zustände auf dem Gebiete der Versorgung. Die unsäglichen Leiden, Gefahren und Entbehrungen, die Besorgnisse und Aufregungen, die von Millionen im Schützengraben und daheim durchlebt werden, die von der außerordentlichen Machtbefugnis untrennbare Parteilichkeit, die Grausamkeit und die Mißbräuche, das Überwuchern des Militarismus züchten Erbitterung und Haß. Der Klassengegensatz wird durch den Umstand genährt, daß es der Offizier

naturgemäß besser hat als die Mannschaft, und daß die beiden Elemente verschiedenen Klassen angehören.

Der Konsument ist im allgemeinen gegen den Produzenten und den Zwischenhändler erbittert.

Von Tag zu Tag erstarkt auch der Antisemitismus. Die ungeheuren Kriegsgewinne erregen überall Haß und Neid, aber speziell bei uns schüren sie den Antisemitismus, denn der größte Teil der Kriegsgewinne geht in Judenhände über. Der Beamte vermag von seinem festen Gehalt nicht zu leben, und der Luxus der neuen Reichen steigert seine Erbitterung. Unwissende, ungebildete Egoisten werden ohne Arbeit, durch Schwindel oder geschickte Kniffe zu Millionären, protzen mit ihrem Gelde, während andere, ehrliche Patrioten im Schützengraben den unmenschlichsten Entbehrungen ausgesetzt sind und auch die Familien der Helden daheim darben. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß die Zahl jener, die sich der revolutionären Sozialdemokratie anschließen, täglich wächst.

Das Ansehen der Behörden wird unter der schweren Last der zentralen Organisation des ganzen wirtschaftlichen Lebens, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Heeresversorgung erschüttert. Diese Schwächung der Autorität macht sich überall fühlbar, wird aber zur Katastrophe dort, wo die Leiden zur Niederlage führen. Gegen die Obrigkeit, gegen alle leitenden Kreise und Klassen greift ein solcher Haß, greift eine solche Verachtung um sich, die das friedliche staatliche Leben in großem Maße erschweren. Abenteuerer, Demagogen, Hochstrebende und Neurastheniker

nutzen die Konjunktur aus und erhöhen künstlich die ohnehin große Aufregung.

Dieses verzehrende Fieber machte bei uns mehrere Stadien durch, ehe es die Fortsetzung des Krieges verhinderte und zu der Oktoberrevolution führte. Schon beim Beginn schadete es uns, daß wir den Krieg moralisch unrichtig eingeführt hatten. Die Schlagworte der modernen Zeit und der Demokratie waren gegen uns leicht ins Treffen zu führen, und sie repräsentieren eine ungeheure Kraft, besonders während des Krieges, zur Zeit der Massenanstrengungen und des hieraus sich entwickelnden Massenselbstbewußtseins. Eine besonders tiefe Wunde schlug uns später die Aktion Wilsons. Die Demagogen und die naiven Seelen fragen sich, ob es keine empörende Schurkerei ist, den Krieg weiterzuführen, wenn Wilson im Namen der großen amerikanischen Republik erklärt, der Krieg werde nicht gegen Nationen geführt, sondern gegen das autokratische System, welches den Krieg verursacht hatte und welches das Volk ohnehin nicht mehr dulden will? Wozu uns weiter schlagen, wenn der amerikanische Präsident sagt, der Friede werde gerecht sein und das Zeitalter des ewigen Friedens und der Herrschaft des Rechtes inaugurieren? Wird die Revolution nicht zur Pflicht gegen die Menschheit und das Vaterland, wenn es klar auf der Hand liegt, daß mit Hilfe einer neuen völlig demokratischen Regierungsform ein guter Friede zu sichern ist, und wenn wir wissen, daß mit den alten führenden Elementen nicht einmal verhandelt wird?

Kann und muß sich die Nation nicht damit retten, daß sie unsere öffentlichen Zustände mit einem Schlag demokratisiert und mit ihren bisherigen Führern bricht? Wer den Versprechungen des amerikanischen Präsidenten nicht vertraute, wurde unerbittlich zum Kriegshetzer gestempelt. Wilson, „der Feind“, war populärer als die eigenen Staatsmänner. Seitdem Rußland niedergebrochen war und die Stelle des Zarismus die amerikanische Republik eingenommen hatte, seitdem es zur Wahrheit ward, daß die demokratischsten Nationen gegen die minder demokratischen kämpfen, greift der Glaube um sich, die demokratische Revolution werde zu dem versprochenen Eldorado führen. Es fragt sich: Kann ein Krieg auf diese Weise erfolgreich geleitet werden?

Die Abfallsgelüste der Nationalitäten werden dadurch stark genährt, daß an Hand der Theorien Wilsons selbst ungarische Politiker die konstruktiven Grundsätze der modernen Welt in dem Rechte eines jeden Volkes, sich vom Staate durch eine Abstimmung zu trennen, entdecken. Geld und systematische Umwälzungspropaganda steigern die gärende Kraft der Theorien. Die ex officio revolutionären Elemente werden auch dadurch gestärkt, daß die Monarchie, die Notwendigkeit des Friedens und die Kraft der erwähnten geistigen Strömungen erkennend, die Vorbedingungen des Friedens in der Weise zu schaffen bestrebt ist, daß sie den Sozialistenjargon international ausnützt, wobei sie sich aber verrechnet und nicht die Regierung sich der Sozialdemokratie zur Herstellung des

Friedens, sondern im Gegenteil die Internationale sich der Regierungen zur Verbreitung des revolutionären Geistes bedient. Welch ungeheure Erstarkung bedeutet es für die Sozialdemokratie, daß, als alle Welt mit Recht und naturgemäß nach den Segnungen des Friedens lechzt, die Regierungen selbst die Erlösung von der Sozialdemokratie erwarten! Welch besonderen Nimbus, daß, während die deutschen und französischen Bürger einander morden, die französischen und deutschen Sozialisten Händedrucke wechseln. Die leitenden Kreise geraten in eine falsche Lage, weil sie sich der Schlagworte des Sozialismus und des Defaitismus bedienen und die Kriegspolitik im Geiste Ludendorffs betreiben. Es fragt sich: Wie ist der harte Kampf gegen das allgemeine Wahlrecht bei uns vereinbar mit der Rolle, die Dr. Adler und Dr. Renner in der Frage des Weltfriedens und bei der Stockholmer Konferenz spielen? Wenn wirklich nur die Sozialisten den Frieden bringen können, muß ihnen dann nicht die Macht überantwortet werden und sind dann nicht einzig sie dieser Macht würdig?

Einen tiefen Eindruck ruft der rasche Sturz des Zarenthrones hervor. Wenn der größte Autokrat der Welt durch eine kurze, einige Stunden währende Revolution hinweggefegt werden kann, welcher Thron steht da sicher auf seinen Grundlagen? Wenn in Rußland die Sozialdemokratie führt, warum soll diese Partei ihren Hoffnungen dort entsagen, wo ihre Wurzeln tiefer liegen? Und alle Hoffnung, alles Erwarten wendet sich täglich mehr der

Sozialdemokratie zu. Der Boden der Gesetzlichkeit ist ins Wanken geraten, die Revolutionäre sind kühn geworden, sie sind zu allem bereit und wagen alles, denn sie fühlen, daß die Zeiten ihnen günstig sind. Nachdem der deutsche Reichstag und die Oberste Heeresleitung (Juli 1917) in einen scharfen Kampf verwickelt wurden, der um die Friedensbedingungen geht, seitdem Czernin gegen die deutschen leitenden Kreise einen fruchtlosen, aber scharfen und nicht verhehlbaren Kampf führt, ebenfalls wegen des Friedens (April 1917), erstarkt bei uns das Gefühl immer mehr, daß wir die Gefangenen unserer Verbündeten sind. Man hat das Gefühl, uns sei ein Knoten um den Hals geschlungen worden, mit dessen Hilfe uns der preußische Militarismus in den Abgrund reißt, wenn dieser gordische Knoten nicht durch das Schwert der Revolution entzweigeschnitten wird. Schon längst schwächt der Pessimismus unsere Willenskraft. Jetzt verbreitet er sich auch von oben her, wo er doch nur von unten her besiegtbar wäre. Czernin hat wenig Hoffnung auf den Sieg und ebenso wenig auf den Frieden, was auf ihn und auf die ganze Staatsmaschine demoralisierend wirkt. Nach dem Versagen des Unterseebootkriegs verbleibt der öffentlichen Meinung nur mehr die einzige Hoffnung, es werde gelingen, der amerikanischen Machtentfaltung durch entscheidende Ergebnisse im Westen zuvorzukommen. Als auch dies versagt, ist das Verzagen vollständig. Die Offensive des Marschalls Foch und der Abfall Bulgariens lassen es als evident erscheinen, daß unsere Zeit um ist, und daß das Verhängnis

unabwendbar nahe bevorsteht. Und immer stürmischer drängt sich uns die Frage auf: Kann man es zugeben, daß wegen der Freundschaft für Deutschland die Nation gezwungen werde, den bitteren Kelch der Leiden bis auf die Hefe zu leeren?

Und nun war der psychologische Moment für die Revolution da!

Mit welcher inneren Politik hätte sie besänftigt werden oder hätte man ihr zuvorkommen können? Mit Energie oder größerem sozialem Gefühl? Mit moderneren Schöpfungen?

Ich bin der Ansicht: mit diesen letztgenannten eher als mit den ersteren, am ehesten aber mit beiden zugleich. Eher mit Reformen, denn der Zusammenbruch hätte doch nicht vermieden werden können, nachdem wir vor der vollkräftigen Einmischung Amerikas auf dem Kontinent keine Entscheidung herbeizuführen vermochten. Nach der Niederlage aber wäre das Emporkommen und die Rache der gewaltsam niedergedrückten Elemente unvermeidlich gewesen. Hatte es sich in andern Ländern nicht genau so ereignet? Was wäre aus dem inneren Frieden, aus der inneren Ordnung Frankreichs geworden, wenn es wie wir endlich unterlegen wäre und die von Clemenceau verfolgten und hinter Schloß und Riegel gesetzten Personen die Oberhand gewonnen hätten?

Ich glaube, wir hätten die meisten Aussichten zur Vermeidung des katastrophalen Niederbruches dann gehabt, wenn die Regierungen, die an der Verantwortung

der jüngsten Vergangenheit nicht beteiligt waren, das Verständnis für die Erfordernisse der Zeit mit dem energischen Kampf gegen die Umstürzler vereinigt hätten. Am wenigsten Chancen auf Erfolg aber hatte die bei uns entstandene Situation, wo infolge der sich kreuzenden, gegeneinander ankämpfenden Einflüsse weder die Energie noch der soziale Geist gehörig zur Geltung kommen konnten und das Endresultat kein anderes als ein katastrophales sein mußte. Die radikalen Führer und Parteien werden ohne durchschlagende Beweise insultiert, aber nicht unschädlich gemacht; es werden Reformen versprochen, aber nicht in erforderlichem Maße verwirklicht, was alles nur die Erbitterung der Massen und der revolutionären Elemente steigert, ohne ihre Kraft zu schwächen.

Die lange Tragödie ist bei ihrem schmachvollen letzten Akte angelangt. Die Geschichte dieser Ära, in der mir eine größere Rolle zufiel, verknüpfe ich mit meinen persönlichen Erfahrungen.

VIERTER TEIL

DAS ENDE

